
Zukunftsgerichtete Aussagen enthalten Risiken

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält verschiedene Aussagen, die die zukünftige Entwicklung der Deutsche Balaton AG betreffen. Diese Aussagen beruhen sowohl auf Annahmen als auch auf Schätzungen. Obwohl wir davon überzeugt sind, dass diese vorausschauenden Aussagen realistisch sind, können wir hierfür nicht garantieren; denn unsere Annahmen bergen Risiken und Unsicherheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den erwarteten abweichen. Gründe hierfür können

unter anderem die Schwankungen der Kapitalmärkte, Wechselkurse und Zinsen oder grundsätzliche Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld sein. Vor dem Hintergrund dieser Ungewissheiten raten wir dem Leser davon ab, sich zu sehr auf derartige in die Zukunft gerichtete Aussagen zu verlassen. Wir übernehmen keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben oder an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Organe

Vorstand Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen

Aufsichtsrat Thomas Zours, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender

Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Mannheim
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim

Organe	4
Inhalt	5
Lagebericht	6
Gewinn- und Verlustrechnung	35
Bilanz	36
Anhang	38
Entwicklung des Anlagevermögens	52
Versicherung des gesetzlichen Vertreters	54
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	55
Konzernlagebericht	56
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	85
Konzernbilanz	86
Aufstellung der Veränderungen des Eigenkapitals des Konzerns	88
Konzern-Kapitalflussrechnung	90
Konzernanhang	91
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	173
Bestätigungsvermerk	174
Bericht des Aufsichtsrats	175

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

1. Anzuwendende Rechnungslegungsstandards

Der Einzelabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (im Folgenden kurz „Deutsche Balaton AG“ genannt) ist nach den Grundsätzen der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Der nachfolgende Lagebericht bezieht sich auf den nach den nationalen Rechnungslegungsvorschriften des HGB und des AktG aufgestellten Jahresabschluss der Deutsche Balaton AG.

Die Deutsche Balaton AG ist Mutterunternehmen des Deutsche Balaton-Konzerns und erstellt für das Geschäftsjahr 2009 einen Konzernabschluss. Über den Konzernabschluss wird separat berichtet.

2. Geschäft und Rahmenbedingungen

■ 2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2009 zum ersten Mal seit sechs Jahren geschrumpft und die Finanzkrise hat das wirtschaftliche Umfeld im dritten Jahr in Folge beeinflusst.

Die US-Notenbank hat bereits im Januar 2009 500 Milliarden US-Dollar in den angeschlagenen Immobilienmarkt der USA gepumpt und hat dann später weitere Mittel nachgeschossen. Im Februar 2009 wurde in den USA mit einem Volumen von 790 Milliarden US-Dollar das größte je von einem Parlament beschlossene Konjunkturpaket zur Unterstützung der Wirtschaft und der Banken verabschiedet.

Auch in Deutschland war staatliche Hilfe zur Unterstützung der Banken notwendig. Die Commerzbank

wurde teilverstaatlicht, indem der im Oktober 2008 auf dem Höhepunkt der Finanzkrise gegründete staatliche Finanzmarktstabilisierungsfonds (Soffin) 25 % plus eine Aktie an ihr übernommen hat. Das wohl größte Sorgenkind der deutschen Bankenlandschaft aber war die Hypo Real Estate Group (HRE). Hatte der Bund zunächst im Sommer 2009 90 % der Anteile an der HRE erworben und in diesem Zusammenhang rund 3 Milliarden Euro zugeführt, folgte kurz darauf der Squeeze-Out der Minderheitsaktionäre. Bereits im November 2009 musste der Soffin dann erneut die HRE mit weiteren 3 Milliarden Euro stützen. Im Dezember 2009 betrug das um Prolongationen bereinigte Antragsvolumen auf Stabilisierungshilfen des Soffin insgesamt 238,2 Mrd. Euro. Das Volumen unterzeichneter Verträge für Stabilisierungshilfen belief sich auf 148,6 Mrd. €. Hiervon entfielen 117,7 Mrd. € auf die Gewährung von Garantien, 25,0 Mrd. € auf die Vergabe von Eigenkapital und 5,9 Mrd. € auf Risikoübernahmen.

Der 2008 zu beobachtende Absatzrückgang in der Automobilindustrie konnte in 2009 zwar mit staatlicher Hilfe gebremst werden. Wer sein altes Auto abwrackte, der durfte sich in 2009 beim Kauf eines Neuwagens über eine staatliche Prämie von 2.500 Euro freuen. Zu Beginn des Jahres 2010 kehrte auch hier, mit Auslaufen der Abwrackprämie, wieder Ernüchterung ein. Hingegen lieferten die Autobauer im Februar 2010 mehr als 300.000 Pkws ins Ausland; das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 57 %. Ein Jahr zuvor war der Export um 47 % eingebrochen.

Der in 2009 gebremste Absatzrückgang konnte aber die Zunahme von Kurzarbeit in der Automobilindustrie nicht verhindern. Nahezu alle namhaften Autohersteller und ihre Zulieferbetriebe schickten

ihre Belegschaft in die staatlich subventionierte Arbeitszeitverringerung. Unvergessen auch der zähe Kampf um die Continental-Übernahme durch die Schaeffler-Gruppe. Beide Automobilzulieferer bekamen später die wirtschaftlichen Probleme in der Automobilindustrie auch zu spüren.

Überhaupt trug die Kurzarbeit insgesamt dazu bei, dass die Zahl der Erwerbslosen trotz des Wirtschaftseinbruchs im Jahresverlauf nicht überproportional zunahm. Somit lag die Zahl der Arbeitslosen mit rund 3,28 Mio. Arbeitslosen im Dezember 2009 rund 5,6 % über dem Vorjahresmonat. Im Jahresverlauf 2009 hat die Zahl der Arbeitslosen hingegen abgenommen, nachdem im Januar 2009 die Zahl der Arbeitslosen bei rund 3,49 Mio. lag und ihren Höhepunkt im März 2009 mit rund 3,59 Mio. arbeitslosen Personen hatte. Der Bestand an Kurzarbeitern erreichte seinen Höhepunkt im Mai 2009 mit rund 1,53 Mio., was einer Zunahme um rund 1,48 Mio. Euro im Jahresvergleich entspricht. Zum Jahresende waren noch rund 0,9 Mio. Kurzarbeiter registriert und damit etwa 55 % mehr als zu Jahresbeginn.

Dem moderaten Wachstum der deutschen Wirtschaft in 2008 mit einem preisbereinigten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,3 % folgte in 2009 ein Schreckensszenario. Deutschland erlebte mit einem Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5 % im Vorjahresvergleich seine schlimmste Rezession der Nachkriegszeit. Der wirtschaftliche Einbruch fand überwiegend im Winterhalbjahr 2008/2009 statt, wohingegen sich im Jahresverlauf 2009 eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung auf einem niedrigeren Niveau zeigte. Im vierten Quartal 2009 stagnierte dann das BIP preis-, saison- und kalenderbereinigt auf dem Niveau des Vorquartals.

Ein starker Einbruch zeigte sich in 2009 sowohl bei den Exporten wie auch den Ausrüstungsinvestitionen. Während die Exporte preisbereinigt um 14,7 % sanken, betrug der Rückgang bei den Importen nur 8,9 %. Dennoch war der Außenhandel im vierten Quartal 2009 mit einem quartalsbezogenen Zuwachs von 3,0 % bei um 1,8 % rückläufigen Importen der einzige Wachstumsimpuls.

Die Finanzkrise zeigte ihre Wirkungen auch an den internationalen Wertpapiermärkten. Am 9. März 2009 verzeichneten die weltweiten Börsenindizes ihren absoluten Tiefststand als Ausmaß der Finanzkrise. Der US-Aktienmarkt verzeichnete zu diesem Tag mit 6.440,08 Punkten sein Zwölf-Jahres-Tief. Der deutsche Leitindex DAX schloss am 9. März 2009 bei 3.692,03 Punkten, nachdem er am selben Tag sein Jahrestief bei 3.588,89 Punkten erreicht hatte. Bis zum Jahresende 2009 legte der DAX wieder um mehr als 65 % auf 5.957,43 Punkte zu. Im Jahresvergleich war im DAX somit ein Anstieg um rd. 23 % zu verzeichnen.

Ähnlich auch die Entwicklung im Anleihemarkt. Der von der Deutsche Börse AG herausgegebene Anleiheindex, in dem die Anleihen der DAX-30-Unternehmen erfasst sind, schloss das Jahr 2009, das er bei 92,93 Punkten begonnen hatte, bei einem Stand von 99,62 Punkten ab. Der Tiefstwert des RDAX wurde mit 91,56 Punkten am 18. März 2009 erreicht.

■ 2.2 Geschäftsverlauf

Die Deutsche Balaton AG bewegte sich in ihrem Geschäftsjahr 2009 in einem konträren Umfeld, geprägt durch die positive Entwicklung der Finanzmärkte und die größte Rezession der Nachkriegsgeschichte

in Deutschland. Dieses Umfeld spiegelt sich auch im Geschäftsverlauf und schließlich dem Jahresergebnis wider.

Die Deutsche Balaton AG setzte im Geschäftsjahr 2009 den Schwerpunkt ihrer Investitionstätigkeit in Unternehmensanleihen und Genussrechte. Hieraus konnten im Gesamtverlauf des Geschäftsjahres 2009 Erträge in Höhe von rd. 4,2 Mio. Euro erwirtschaftet werden.

Aus einem Spruchverfahren, das anlässlich der am 24. Februar 2000 beschlossenen Umwandlung der ehemaligen Friedrich Grohe AG durchgeführt wurde, hat die Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2009 eine Nachbesserung in Höhe von rd. 4,7 Mio. Euro zuzüglich Zinsen von weiteren 1,9 Mio. Euro erhalten.

Demgegenüber mussten bei der Deutsche Balaton AG zum 31. Dezember 2009 aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und anhaltend niedrigen Börsenkursen auf bestehende Beteiligungen Wertberichtigungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens von rd. 7,5 Mio. Euro vorgenommen werden, die das Jahresergebnis schmälerten. Den Abschreibungen standen Wertaufholungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von rd. 6 Mio. Euro gegenüber.

Im Rahmen von beschlossenen Squeeze-Outs bei verschiedenen Unternehmen hat die Deutsche Balaton AG Aktienpakete eingereicht und hierfür Abfindungen erhalten. Aktien wurden im Rahmen des Squeeze-Outs bei der Kölnische Rückversicherungsgesellschaft AG, Köln, und der Techem AG, Eschborn, eingereicht.

Wesentliche Unternehmensbeteiligungen wurden im Geschäftsjahr 2009 nicht veräußert.

Im Dezember 2009 wurde auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft Deutsche Balaton AG mit der Aktionärin VV Beteiligungen AG, Heidelberg, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses über rd. 54 % der Aktien und Stimmrechte verfügte, ein Entherrschungsvertrag abgeschlossen. In dem Entherrschungsvertrag hat sich die VV Beteiligungen AG gegenüber der Deutsche Balaton AG verpflichtet, während der Laufzeit des Entherrschungsvertrages in den Hauptversammlungen der Deutsche Balaton AG grundsätzlich jeweils nur so viele Stimmrechte auszuüben, dass bei den jeweiligen Abstimmungen durch die VV Beteiligungen AG keine Stimmrechtsmehrheit erreicht wird. Der Entherrschungsvertrag ist auf unbestimmte Zeit, mindestens aber fünf Jahre, abgeschlossen.

Die Deutsche Balaton AG war, wie schon im Vorjahr, im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 von den Auswirkungen der Subprime-Krise nicht unmittelbar betroffen. Geschäfte mit Hypothekendarlehen oder damit verbundenen Finanzprodukten wurden auch im Geschäftsjahr 2009, mit Ausnahme des Erwerbs von Hypothekendarlehen, die den Bestimmungen des deutschen Pfandbriefgesetzes unterliegen, nicht getätigt.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Deutsche Balaton AG

■ 3.1 Ertragsentwicklung

Die Deutsche Balaton AG hat in ihrem Geschäftsjahr 2009 (1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009) eine gute Entwicklung gezeigt. Die Gesellschaft konnte ihr Jahresergebnis verbessern und hat ihr Geschäftsjahr 2009 nach einem deutlichen Jahresfehlbetrag im Vorjahr mit einem erfreulichen Jahresüberschuss in Höhe von rd. 8,3 Mio. abschließen können.

Der Jahresüberschuss der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von rd. 8,3 Mio. Euro (Vj. Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 24,0 Mio. Euro) geht im Wesentlichen auf Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen und den Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens zurück.

Die Erträge aus Finanzanlagen in Höhe von rd. 1,4 Mio. Euro (Vj. rd. 1,9 Mio. Euro) beinhalten ausschließlich Dividenden.

Bei den Erträgen aus dem Abgang von Finanzanlagen in Höhe von rd. 5,0 Mio. Euro (Vj. rd. 2,2 Mio. Euro) stehen den Erlösen aus Verkäufen von Finanzanlagen in Höhe von rd. 8,3 Mio. Euro (Vj. rd. 30,1 Mio. Euro) bei der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2009 Buchwertabgänge bei Finanzanlagen in Höhe von rd. 3,3 Mio. Euro (Vj. rd. 29,7 Mio. Euro) gegenüber. Im Wesentlichen sind darin die Nachbesserung aus dem Spruchverfahren anlässlich der Umwandlung der Friedrich Grohe AG sowie Abfindungen für Squeeze-Out-Werte enthalten, bei denen der Ausschluss der Minderheitsaktionäre im Geschäftsjahr 2009 wirksam wurde. Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen sind im Berichtszeitraum nicht angefallen (Vj. rd. 1,0 Mio. Euro).

Den Erträgen aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von rd. 4,2 Mio. Euro (Vj. 0 Euro) stehen bei der Deutsche Balaton AG zum 31. Dezember 2009 Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von rd. 0,1 Mio. Euro (Vj. 0 Euro) gegenüber.

Die bei der Deutsche Balaton AG zum Bilanzstichtag vorgenommenen Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von rd. 7,5 Mio. Euro (Vj. rd. 23,6 Mio. Euro) entfallen in Höhe von rd. 7,5 Mio. Euro fast vollständig auf

Abschreibungen auf Finanzanlagen (Vj. rd. 18,5 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr 2009 sind bei der Deutsche Balaton AG keine wesentlichen Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens angefallen (Vj. rd. 5,1 Mio. Euro). Von den auf Finanzanlagen vorgenommenen Abschreibungen entfallen wiederum rd. 4,9 Mio. Euro auf die Beteiligung an der ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, und rd. 2,1 Mio. Euro auf die Beta Systems Software AG, Berlin.

Aufgrund der Rücknahme von im Vorjahr durchgeführten Wertberichtigungen auf Finanzanlagen sind zum 31. Dezember 2009 in den Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens, die zum Bilanzstichtag rd. 6,0 Mio. Euro (Vj. 0 Euro) betragen, in Höhe von rd. 5,6 Mio. Euro Wertaufholungen auf Finanzanlagen sowie in Höhe von rd. 0,4 Mio. Euro Erträge aus der Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens enthalten.

Der Personalaufwand der Deutsche Balaton AG lag mit rd. 0,4 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2009 rd. 9 % unter dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich bei der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2009 auf rd. 2,2 Mio. Euro (Vj. rd. 1,9 Mio. Euro). Darin enthalten sind Rechts- und Beratungskosten in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro (Vj. rd. 0,3 Mio. Euro) sowie Jahresabschluss- und Prüfungskosten in Höhe von rd. 0,2 Mio. Euro (Vj. rd. 0,2 Mio. Euro). Der Anstieg der Rechts- und Beratungskosten im Vorjahresvergleich steht im Zusammenhang mit gestiegenen sonstigen Beratungsleistungen. Die ebenfalls als sonstige betriebliche Aufwendungen erfassten Forderungsverluste liegen im Geschäftsjahr 2009 mit rd. 0,7 Mio. Euro rd. 0,4 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Außerdem sind in Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro Drohverlustrückstellungen als sonstige

betriebliche Aufwendungen erfasst, die sich aus einer Verpflichtung zum Erwerb von Aktien eines assoziierten Unternehmens ergeben können, falls eine Put-Option im Zeitraum vom 1. Juli 2011 bis 30. September 2011 ausgeübt werden sollte.

Für das Geschäftsjahr 2009 weist die Deutsche Balaton AG ein positives Zinsergebnis (Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen) in Höhe von rd. 2,1 Mio. Euro aus, das deutlich über dem Vorjahresniveau (Vj. rd. -1,3 Mio. Euro) liegt. Die in dem Zinsergebnis enthaltenen Zinserträge lagen im Geschäftsjahr 2009 mit rd. 3,1 Mio. Euro um rd. 2,2 Mio. Euro über dem Vorjahreswert von rd. 0,9 Mio. Euro. Der Anstieg der Zinserträge im Vergleich zum Geschäftsjahr 2008 geht überwiegend auf die Verzinsung der Nachbesserung aus dem Spruchverfahren „Friedrich Grohe AG“ sowie Zinserträge aus Genussscheinen und Unternehmensanleihen zurück. Die Zinsaufwendungen haben sich im Geschäftsjahr 2009 mit rd. 1,0 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert (-rd. 56 %). Der Rückgang der Zinsaufwendungen steht im Zusammenhang mit der Reduzierung von Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, gesunkenen Zinssätzen und der vorzeitigen teilweisen Tilgung einer Unternehmensanleihe.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2009 belief sich bei der Deutsche Balaton AG auf rd. 8,7 Mio. Euro (Vj. rd. -24,0 Mio. Euro).

Unter den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro (Vj. rd. 0 Mio. Euro) sind Aufwendungen für Gewerbesteuer (rd. 0,3 Mio. Euro) sowie Körperschaftsteueraufwendungen (rd. 0,2 Mio. Euro) erfasst.

Der zum 31. Dezember 2009 ausgewiesene Bilanz-

gewinn der Deutsche Balaton AG liegt bei rd. 11,3 Mio. Euro (Vj. rd. 4,3 Mio. Euro).

■ 3.2 Vermögens- und Finanzlage

Das Finanzanlagevermögen der Deutsche Balaton AG betrug zum Bilanzstichtag rd. 77,4 Mio. Euro (Vj. rd. 81,5 Mio. Euro) und setzt sich aus Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von rd. 40,9 Mio. Euro (Vj. rd. 43,8 Mio. Euro), Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von rd. 30,7 Mio. Euro (Vj. rd. 29,3 Mio. Euro) sowie den, im Vergleich zum Vorjahr um rd. 2,4 Mio. Euro wertberichtigten Beteiligungen von rd. 5,8 Mio. Euro zusammen.

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen trat durch Abschreibungen auf Finanzanlagen eine Buchwertminderung um rd. 5,0 Mio. Euro ein. Der Rückgang bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen geht im Wesentlichen auf Abschreibungen auf die ABC Beteiligungen AG in Höhe von rd. 4,9 Mio. Euro zurück, denen eine Zunahme der Anteile an verbundenen Unternehmen durch Einlageleistungen von rd. 2,0 Mio. Euro in den CornerstoneCapital-Fonds, die CornerstoneCapital II AG & Co. KG, gegenüberstehen.

Die Buchwerte bei den Beteiligungen sind durch Abschreibungen auf Finanzanlagen zum Bilanzstichtag um rd. 2,6 Mio. Euro gemindert. Hiervon entfallen rd. 2,1 Mio. Euro auf die Beteiligung an der Beta Systems Software AG.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens haben sich durch Zuschreibungen und unter Berücksichtigung von Buchwertabgängen im Geschäftsjahr 2009 um rd. 1,4 Mio. Euro auf rd. 30,7 Mio. Euro erhöht. In den Abgängen aus den Finanzanlagen (rd. 3,5 Mio. Euro) sind Beteiligungen an der Kölnische Rückver-

sicherungs-Gesellschaft AG, Köln, und der Techem AG, Eschborn, enthalten. Die Zuschreibungen auf Finanzanlagen belaufen sich auf rd. 5,8 Mio. Euro. Darin enthalten sind unter anderem Zuschreibungen auf die Beteiligungen an der Nemetschek AG, München, der PUMA AG, Herzogenaurach, der Hans Einhell AG, Landau an der Isar, sowie auf eigene Aktien und von der Republik Argentinien begebene Staatsanleihen.

Das Umlaufvermögen betrug zum 31. Dezember 2009 rd. 25,0 Mio. Euro (Vj. rd. 22,5 Mio. Euro). In dem Umlaufvermögen sind Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von rd. 2,1 Mio. Euro (Vj. rd. 10,2 Mio. Euro), Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von rd. 1,7 Mio. Euro (Vj. 0,2 Mio. Euro), sonstige Vermögensgegenständen in Höhe von rd. 1,9 Mio. Euro (Vj. rd. 2,2 Mio. Euro), Wertpapiere in Höhe von rd. 19,3 Mio. Euro (Vj. rd. 9,6 Mio. Euro) sowie Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von rd. 0,01 Mio. Euro (Vj. rd. 0,03 Mio. Euro) enthalten. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zum Bilanzstichtag nicht (Vj. rd. 0,3 Mio. Euro).

Der Rückgang bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ist auf die Rückzahlung von an die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, und die Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, ausgereichten Darlehen zurückzuführen.

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind zum Bilanzstichtag unter anderem Forderungen aus gewährten Darlehen an die Fortuna Maschinenbau Holding AG (rd. 1,2 Mio. Euro; Vj. rd. 3,1 Mio. Euro) sowie eine Forderung gegen die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG (rd. 0,8 Mio. Euro; Vj. rd. 0,8 Mio. Euro) enthalten. Die Forderungen gegen

Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von insgesamt rd. 1,7 Mio. Euro (Vj. rd. 0,2 Mio. Euro), beinhalten ausschließlich Forderungen aus Gesellschafterdarlehen.

Von den sonstigen Vermögensgegenständen entfällt ein Betrag in Höhe von rd. 0,4 Mio. Euro (Vj. rd. 0,5 Mio. Euro) auf eine Körperschaftsteuerrückforderung inklusive Körperschaftsteuerguthaben.

Von den Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von rd. 19,3 Mio. Euro (Vj. rd. 4,8 Mio. Euro) entfallen rd. 14,4 Mio. Euro auf Anleihen und Genussscheine verschiedener Emittenten, die im Geschäftsjahr 2009 zur kurzfristigen Anlage erworben wurden. In den Wertpapieren sind zum 31. Dezember 2009 aufgrund der Einziehung von 1.059.402 eigenen Aktien im Geschäftsjahr 2009 keine eigenen Aktien mehr erfasst. Zum Vorjahresstichtag wurden noch 999.958 eigene Aktien mit einem Buchwert von rd. 4,8 Mio. Euro gehalten.

Das in der Bilanz der Deutsche Balaton AG zum 31. Dezember 2009 ausgewiesene Eigenkapital erhöhte sich um 2,2 Mio. Euro auf 73,1 Mio. Euro (Vj. rd. 70,9 Mio. Euro). In dem Eigenkapital ist der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2009 in Höhe von rd. 11,3 Mio. Euro (Vj. rd. 4,3 Mio. Euro) enthalten. Die Kapitalrücklage erhöhte sich infolge der Einziehung von 1.059.402 eigenen Aktien zum Bilanzstichtag um rd. 1,0 Mio. Euro auf 50,1 Mio. Euro (Vj. rd. 49,1 Mio. Euro). Die Rücklage für eigene Anteile wurde mit Einziehung der eigenen Aktien vollständig aufgelöst (Vj. rd. 4,8 Mio. Euro).

Die Verbindlichkeiten verringerten sich zum Bilanzstichtag von rd. 33,3 Mio. Euro um rd. 4,5 Mio. Euro auf rd. 28,8 Mio. Euro. Hiervon entfallen rd. 12,6 Mio. Euro (Vj. rd. 9,4 Mio. Euro) auf Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten, die sich aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahresstichtag höheren Kreditaufnahme zur Rückzahlung einer Unternehmensanleihe und zum Erwerb von Wertpapieren um rd. 35 % gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag erhöht haben. Die sonstigen Verbindlichkeiten blieben mit rd. 0,2 Mio. Euro (Vj. rd. 0,2 Mio. Euro) nahezu unverändert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen veränderten sich im Geschäftsjahr 2009 nur unwesentlich von rd. 6,0 Mio. Euro auf rd. 5,9 Mio. Euro.

Von dem zum Vorjahresstichtag noch unter den Verbindlichkeiten ausgewiesenen Nominalbetrag der im Jahr 2004 mit einer Laufzeit von fünf Jahren begebenen 6,00 %-Unternehmensanleihe in Höhe von rd. 7,2 Mio. Euro hat die Deutsche Balaton AG im Rahmen eines freiwilligen Erwerbsangebots einen Nominalbetrag in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro vorzeitig zurückgekauft und eingezogen. Der verbleibende Nominalbetrag der Anleihe in Höhe von rd. 4,2 Mio. Euro wurde fristgerecht am 2. Dezember 2009 an die Anleihegläubiger zurückbezahlt.

Eine im Geschäftsjahr 2008 begebene 5,00 %-Unternehmensanleihe mit einer Laufzeit von fünf Jahren ist unter den Verbindlichkeiten mit ihrem Nominalbetrag von 10 Mio. Euro ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag waren 5,75 Mio. Euro ausstehend; rd. 4,25 Mio. Euro sind, insoweit unverändert zum Vorjahr, im Umlaufvermögen als Eigenbestand ausgewiesen.

Die Bilanzsumme hat sich zum 31. Dezember 2009 um rd. 1,7 Mio. Euro auf rd. 102,7 Mio. Euro (Vj. rd. 104,3 Mio. Euro) verringert. Hieraus errechnet sich eine gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegene Eigenkapitalquote von rd. 71,2 % (Vj. rd. 67,9 %).

■ 3.3 Bedeutende Beteiligungen

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG lag im Geschäftsjahr 2009 weiterhin in Beteiligungen in Unternehmen.

■ *CornerstoneCapital*

Die CornerstoneCapital II AG & Co. KG hat im Februar 2009 im Rahmen eines MBO/MBI (Management-Buy-Out / Management-Buy-In) zusammen mit weiteren Co-Investoren rd. 91 % der Aktien an der Integrata AG, Stuttgart, von der Logica-Gruppe erworben. Bei der Integrata AG handelt es sich um einen führenden, herstellerunabhängigen Qualifizierungspartner rund um die Informationstechnologie, Business & Skills sowie SAP Trends & Prozesse. Mit dem Einstieg bei der Integrata AG verfügt der CornerstoneCapital II-Fonds jetzt über zwei Beteiligungen. Bereits in 2008 konnte der Fonds eine mittelbare Beteiligung an der EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein, einem Hersteller hochveredelter NE-Metallfolien, erwerben.

Die Deutsche Balaton AG hat sich verpflichtet, insgesamt bis zu 45 Mio. Euro in den Fonds zu investieren.

Die ebenfalls im Bereich Private Equity tätige CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, geht seit der Neustrukturierung ihrer Aktivitäten in 2007 keine Neuinvestments mehr ein. Jedoch können bestehende Beteiligungen weiterhin aufgestockt werden. Zum 31. Dezember 2009 bestehen noch sieben aktive Beteiligungen, die in den nächsten Jahren verkauft werden sollen.

■ *ABC Beteiligungen AG*

Die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, hält zum Bilanzstichtag eine rd. 77%ige Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg, die den überwiegenden Teil des Vermögens der ABC Beteiligungen darstellt. Die ABC Beteiligungen AG hat ihr am 31. Dezember 2009 beendetes Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Vj. 0,3 Mio. Euro) abgeschlossen. Das negative Jahresergebnis der ABC Beteiligungen AG beruht im Wesentlichen auf Wertberichtigungen anlässlich der Ergebniszahlen ihrer Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG, die ihr Geschäftsjahr 2009 mit einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 6,4 Mio. Euro (Vj. Jahresüberschuss in Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro) abgeschlossen hat.

Die Heidelberger Beteiligungsholding AG hat vor dem Hintergrund der anhaltenden Börsenbewertung der Beta Systems Software AG, Berlin, aufgrund bilanzieller Vorschriften entschieden, die Bewertung der Beteiligung an der Beta System Software AG auf den Börsenkurs zum Stichtag 31. Dezember 2009 anzupassen. Diese Wertberichtigung führt im Jahresabschluss 2009 der Heidelberger Beteiligungsholding AG zu einem negativen Ergebnisbeitrag in Höhe von rd. 6,9 Mio. Euro. Der operative Gewinn der Heidelberger Beteiligungsholding AG hat sich im Geschäftsjahr 2009 um rd. 0,2 Mio. Euro auf rd. 0,5 Mio. Euro (Vj. rd. 0,3 Mio. Euro) erhöht.

Sämtliche Anteile an der ABC Beteiligungen AG werden zum Bilanzstichtag von der Deutsche Balaton AG gehalten.

■ *Beta Systems Software AG*

Die Deutsche Balaton AG hält eine unmittelbare Beteiligung von rd. 18 % an dem Entwickler hochwertiger Softwareprodukte und -lösungen für die sichere und effiziente Verarbeitung großer Datenmengen. Der Deutsche Balaton-Konzern ist mit rd. 38 % an der Beta Systems AG beteiligt.

Die internationale Finanzmarktkrise hatte im Geschäftsjahr 2009 auf die Geschäftsbereiche der Beta Systems Software AG mit Sitz in Berlin (Beta Systems) unterschiedliche Auswirkungen. Das Infrastrukturgeschäft im Bereich LoB Data Center Infrastructure (DCI) war mit einem Umsatz (nachfolgende Angaben beziehen sich, soweit nicht explizit anders angegeben, sämtlich auf den Beta Systems-Konzern (IFRS)) von rd. 39,5 Mio. Euro (Vj. rd. 40,5 Mio. Euro) und einem Ergebnisbeitrag von rd. 17,4 Mio. Euro (Vj. rd. 21,2 Mio. Euro) nahezu stabil bzw. konnte im Bereich LoB Identity Management (IdM) bei einem Segmentumsatz von rd. 9,3 Mio. Euro auf rd. 12,7 Mio. Euro das Segmentergebnis von rd. 0,4 Mio. Euro auf rd. 2,9 Mio. Euro steigern. Im Gegensatz zum Infrastrukturgeschäft war das ECM-Lösungsgeschäft (LoB Enterprise Content Management (ECM)) stark negativ betroffen, da sich dessen Hauptkunden Banken und Versicherungen deutlich mit Investitionen zurückgehalten haben bzw. Projekte verschoben wurden und von Kundenseite der Preisdruck erhöht wurde. Im Bereich ECM war daher im Geschäftsjahr 2009 ein deutlicher Umsatzrückgang um rd. ein Drittel auf rd. 28,8 Mio. Euro zu verzeichnen, der sich auch in einem Rückgang des Segmentergebnisses von rd. 7,1 Mio. Euro auf rd. 1,3 Mio. Euro zeigte. Der Gesamtumsatz auf Konzernebene ging demzufolge im Geschäftsjahr 2009 auf rd. 81,1 Mio. Euro (Vj. rd. 90,4 Mio. Euro) zurück.

Das Konzernbetriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) lag 2009 bei 1,4 Mio. Euro (2008: 6,4 Mio. Euro) und das EBITDA (EBIT vor Abschreibungen) bei 4,9 Mio. Euro (2008: 10,3 Mio. Euro). Das Vorsteuerergebnis (EBT) betrug hierbei 1,7 Mio. Euro (2008: 6,0 Mio. Euro) und das Konzernjahresergebnis (gemäß IFRS) war mit 1,2 Mio. Euro (2008: 4,8 Mio. Euro) weiterhin positiv. Das Ergebnis je Stammaktie lag bei 0,09 Euro (2008: 0,36 Euro). Ebenfalls positiv war mit 0,5 Mio. Euro für das Jahr 2009 der Jahresüberschuss der Beta Systems Software AG gemäß HGB (2008: 1,3 Mio. Euro).

Beta Systems hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 ein Maßnahmenpaket verabschiedet, in dessen Mittelpunkt, neben kurzfristigen Kosteneinsparungen, eine Neuausrichtung des Lösungsgeschäfts steht. Um größtmögliche Freiheitsgrade bei der Auswahl geeigneter Optionen zu haben, wurde der Bereich ECM organisatorisch und gesellschaftsrechtlich separiert und in eine eigenständige Tochtergesellschaft ausgegliedert. Die Hauptversammlung der Beta Systems hat der Ausgliederung im Dezember 2009 zugestimmt. Durch die rechtliche Verselbständigung soll es für den Geschäftsbereich ECM leichter sein, sich stärker als bisher auf das eigene, sehr spezifische Großprojekt- bzw. Lösungsgeschäft im Banken- und Versicherungsumfeld zu fokussieren.

Um das Umsatzniveau wieder zu heben und die Ertragskraft nachhaltig zu steigern, beabsichtigt Beta Systems nach eigenen Angaben auch in Zukunft die eingeschlagene Strategie zu verfolgen und die Marktposition im Infrastrukturgeschäft und im ECM-Lösungsgeschäft auszubauen.

Das Management bei Beta Systems rechnet insgesamt im Jahr 2010 mit einer umsatzseitigen Erholung im Zuge der Auflösung des Investitionsstaus. Gegen-

wärtig erarbeitet der Vorstand verschiedene Konzepte für eine zukünftige Neuausrichtung. Aufgrund der im 1. Halbjahr abschließend zu definierenden Maßnahmen in Verbindung mit kurzfristig wirksamen Kostenanpassungen (u. a. selektive Einführung von Kurzarbeit im Bereich ECM) geht der Vorstand der Beta Systems davon aus, dass sich das Ergebnis im Jahr 2010 auf dem Niveau des Berichtsjahres 2009 stabilisieren wird mit dem Ziel eines deutlichen Umsatz- und Ergebniswachstums in den Jahren 2011 und 2012.

■ *W.E.T. Automotive Systems AG*

Die W.E.T. Automotive Systems AG (W.E.T.), Odelzhausen, konnte nach eigenen Angaben trotz der weiter anhaltenden Krise der Automobilzulieferindustrie operative Stärke beweisen. In ihrem Geschäftsjahr 2009 (1. Januar 2009 – 31. Dezember 2009) erzielte der Automobilzulieferer mit rd. 158,1 Mio. Euro einen Konzernumsatz, der rd. 7 % unter dem Vorjahresniveau von rd. 169,6 Mio. Euro liegt. Das operative Ergebnis konnte von rd. -38,2 Mio. Euro auf rd. 1,0 Mio. Euro deutlich gesteigert werden. Das Ergebnis konnte insbesondere durch Programme zur Kostensenkung und Optimierung erreicht werden.

Der Automobilzulieferer im Bereich von Sitzklimasystemen konnte zum 1. Oktober 2009 die Kurzarbeit zurückfahren und gleichzeitig eine zehnpromtente Gehaltsreduzierung für Mitarbeiter an Standorten mit hoher Auslastung aufheben.

Im November 2009 hat die W.E.T. mitgeteilt, sie habe erfahren, dass ein Wettbewerber, das in den USA ansässige Unternehmen Amerigon Incorporated (Amerigon), in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Klage gegen ihre kanadische Tochtergesellschaft wegen behaupteter Patentverletzungen eingereicht

habe. Die Gesellschaft halte den Vorwurf der Patentverletzung für unbegründet. Im Februar 2010 hat die W.E.T. mitgeteilt, ihre kanadische Tochtergesellschaft habe ihrerseits eine Klage gegen Amerigon wegen Verstoßes gegen acht Patente, die sich im Besitz der W.E.T. befänden, eingereicht.

Im April 2010 hat die W.E.T. Automotive Systems AG den Abschluss von Finanzierungsverträgen angekündigt. Außerdem hat die Gesellschaft den Wechsel des Mehrheitsaktionärs berichtet.

Der Vorstand der W.E.T. ist nach eigenen Angaben davon überzeugt, infolge des verbesserten Geschäftsumfelds und den internen Programmen zur Optimierung und Effizienzsteigerung, wie Purchase Excellence und Lean Production, in den kommenden Jahren die Ergebnisse des W.E.T.-Konzerns weiter und nachhaltig zu verbessern.

Die Deutsche Balaton AG hält an der W.E.T. eine Beteiligung von mehr als 10 %.

■ *P&I Personal & Informatik AG*

Die Deutsche Balaton AG ist zum Bilanzstichtag mit rd. 5,4 % der Aktien an der P&I Personal & Informatik AG (P&I), Wiesbaden, beteiligt.

P&I konnte nach eigenen Angaben in den ersten neun Monaten ihres Geschäftsjahres 2009/2010 (1. April 2009 bis 31. Dezember 2009) ihren Konzernumsatz (IFRS) von rd. 43,8 Mio. Euro auf rd. 47,2 Mio. Euro steigern und erzielte ein IFRS-Konzernergebnis vor Steuern und Zinsen (EBIT) von 11,5 Millionen Euro (Vj. rd. 10,5 Mio. Euro).

Das operative Konzernergebnis (IFRS) verbesserte sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um rd. 1,0 Mio. Euro auf rd. 11,5 Mio. Euro.

Im Februar 2010 hat P&I den Wiedereinstieg des Großaktionärs Carlyle Group bekannt gegeben. Die Carlyle Group habe über ihre Tochtergesellschaft Argon GmbH & Co. KG, München, mehr als 29 % der Stimmrechte erworben. Die Carlyle Group war, vor ihrem Ausstieg im August 2007, bereits mehrere Jahre durch ein mittelbar gehaltenes Aktienpaket Großaktionär der Gesellschaft. Im Februar 2010 gab die Argon GmbH & Co. KG bekannt, dass Sie ein Übernahmeangebot zum gesetzlichen Mindestpreis an die Aktionäre der P&I richten will.

Die Hauptversammlung der P&I hat am 1. September 2009 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,00 Euro je Stückaktie beschlossen. Der Dividendenzufluss hieraus bei der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2009 beträgt rd. 0,4 Mio. Euro.

■ *TDS Informationstechnologie AG*

Die TDS Informationstechnologie AG (TDS), Neckarsulm, konnte nach eigenen Angaben ihren Umsatz im Konzern (IFRS) in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2009/2010 (1. April bis 31. Dezember 2009) um 4,0 Prozent auf rd. 102 Mio. Euro (Vorjahreszeitraum rd. 98 Mio. Euro) steigern. Das operative EBITDA wuchs im gleichen Zeitraum leicht und betrug rd. 16,5 Mio. Euro (Vergleichszeitraum rd. 16,5 Mio. Euro). Der Jahresüberschuss nach neun Monaten lag bei rd. 4,4 Mio. Euro und damit rd. 10,7 % unter dem Vorjahreszeitraum (rd. 4,9 Mio. Euro).

Nach neun Monaten des Geschäftsjahres 2009/10 lag das Ergebnis der TDS leicht hinter den Erwartungen der Unternehmensplanung. Der Vorstand der TDS geht für das Geschäftsjahr 2009/2010 von einem Umsatz (IFRS-Konzern) leicht über der bisherigen Prognose von etwa 130 Mio. EUR aus, wobei das EBIT das Niveau

des Vorjahres nicht erreichen soll. Aufgrund der weiterhin angespannten Wirtschaftslage, verbunden mit der Investitionszurückhaltung der Kunden, rechnet der Vorstand mit einer EBIT-Marge leicht unterhalb der bisherigen Prognose. Insgesamt geht der Vorstand davon aus, dass sich das Geschäft der TDS im laufenden Jahr weiterhin stabil entwickeln wird.

Im Jahr 2009 haben wir konzernweit für unsere rd. 6%-ige Beteiligung an der TDS eine Ausgleichszahlung aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der TDS und der Fujitsu Services Overseas Holdings Ltd. als herrschendem Unternehmen in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro (Deutsche Balaton AG: rd. 0,4 Mio. Euro; CornerstoneCapital AG: rd. 0,1 Mio. Euro) erhalten.

■ *Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG*

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG (Fidelitas), Heidelberg, an der die Deutsche Balaton AG mit 70 % beteiligt ist, ist eine Beteiligungsgesellschaft, die schwerpunktmäßig in nicht-börsennotierte Beteiligungen investiert. Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG erzielte im Geschäftsjahr 2009 ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis (rd. -8 Tsd. Euro; Vj. rd. 3 Tsd. Euro). Neben einer 100%igen Beteiligung an der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, einem Hersteller von Bäckereimaschinen, hält die Fidelitas 67,5 % der Anteile an der Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck, einem Hersteller technischer Spezialpapiere.

■ *Weitere Beteiligungen*

Neben den vorstehend genannten Beteiligungen hält die Deutsche Balaton AG weitere Beteiligungen in veränderlicher Höhe, unter anderem auch an der Nemet-schek AG, der PUMA AG und der Hans Einhell AG.

4. Nachtragsbericht

Es haben sich keine berichtspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ergeben. Die am 8. Dezember 2009 bzw. am 16. Dezember 2009 von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossenen und durchgeführten Kapitalherabsetzungen wurden formal am 23. Februar 2010 in das Handelsregister eingetragen.

5. Chancen- und Risikobericht

■ *5.1 Allgemeine Aussagen*

Die Deutsche Balaton AG ist in ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl interner und externer Risiken ausgesetzt. Die Deutsche Balaton AG definiert Risiken nicht nur als den Unternehmensbestand gefährdende, sondern auch als den Geschäftserfolg bedeutsam beeinflussende Ereignisse und Entwicklungen. Einzelrisiken können sich gegenseitig verstärken bzw. können sich jedenfalls teilweise kompensieren. Diese wechselseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt die Deutsche Balaton AG bei den für sie bedeutsamen Einzelrisiken, die in externe Risiken, Finanzrisiken, Operative Risiken und Risiken aus Corporate Governance unterteilt sind.

Im Rahmen der Risikosteuerung bildet das bei der Deutsche Balaton AG eingerichtete interne Kontrollsystem (IKS) einen integralen Bestandteil des Risikomanagements. Die Steuerung von Chancen und Risiken ist bei der Deutsche Balaton AG nicht einer bestimmten organisatorischen Einheit zugeordnet, sondern im Rahmen des IKS als ein integraler Bestandteil der Unternehmensführung eingerichtet. Daher verantwortet der Vorstand der Deutsche Balaton AG unmittelbar den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Systeme sowohl für die Deutsche Balaton AG als auch den Deutsche Balaton-

Konzern. Anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen der Deutsche Balaton legt der Vorstand der Deutsche Balaton AG den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Kontrollsysteme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen fest und bestimmt deren Ausgestaltung.

Funktionsfähig eingerichtete angemessene Systeme zur Risikosteuerung ermöglichen ein frühzeitiges Erkennen von Risiken und einen sorgsamsten Umgang mit erkannten Risiken. Dennoch bleibt unternehmerisches Handeln stets mit Risiken verbunden. Das Ziel der Deutsche Balaton ist daher der bewusste Umgang mit potenziellen Risiken und eine verbesserte Kontrolle von Einzelrisiken sowie der konsequente Umgang mit auftretenden Risiken.

Mit dem Risikomanagement eng verknüpft ist bei der Deutsche Balaton AG das Chancenmanagement. Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken können Ziele und Strategien der Geschäftspolitik abgeleitet und für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis gesorgt werden. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand, der sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmenbedingungen, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld befasst. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

■ 5.2 Zielsetzungen

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton AG hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems, jederzeit

einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten und so im Rahmen einer Risikovermeidung bzw. Risikominimierung durch eine angemessene Chancen-/Riskoverteilung den Unternehmenserfolg zu optimieren. Hierbei ist für den Vorstand die Rendite auf das eingesetzte Kapital neben dem Wert je Aktie die zentrale Steuerungsgröße.

Das aktive Risikomanagement dient der Sicherung des Fortbestandes des Unternehmens, d. h. der zukünftigen Entwicklung und Ertragskraft der Deutsche Balaton AG und des Konzerns. Zugleich sollen Einzelrisiken reduziert werden, die eine Verletzung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verwendeten oder enthaltenen Informationen und Daten im Rahmen der Ausführung von Tätigkeiten zur Folge haben. Im Rahmen des Risikomanagements sollen außerdem Abweichungen von den Unternehmenszielen erfasst werden, um ein rechtzeitiges Gegensteuern zu ermöglichen.

Erkannte Risiken werden hinsichtlich ihres Einflusses auf die Deutsche Balaton AG oder die Tochtergesellschaften untersucht und ihr mögliches Risikopotential ermittelt. In Einzelfällen erfolgt bereits auf dieser Ebene die unterstützende Einschaltung externer Berater.

■ 5.3 Organisatorischer Aufbau

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem der Deutsche Balaton AG ist an der Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG und des Konzerns ausgerichtet.

Auf Ebene der Deutsche Balaton AG sind die Mitarbeiter zu einer unverzüglichen ad-hoc Berichterstattung von aufgetretenen oder möglichen Risiken angehalten. Darüber hinaus findet im Rahmen von regelmäßigen Sitzungen ein Informationsaustausch

statt, der eine Erkennung und Behandlung von Risiken ermöglicht.

Im Konzern erfolgt die Risikosteuerung, ungeachtet der fortbestehenden und durch das Risikokontrollsystem unangetasteten Verantwortung der Deutsche Balaton AG, grundsätzlich eigenständig auf Ebene der jeweiligen Konzernunternehmen. Im Rahmen der konzernweiten Risikobeobachtung unterstützt die Deutsche Balaton AG ihre Tochterunternehmen bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Risikocontrollings. Im Rahmen der Risikokontrolle steht der Vorstand der Deutsche Balaton AG in einem regelmäßigen Austausch mit den Tochtergesellschaften.

Sowohl auf Ebene der Deutsche Balaton AG als auch des Deutsche Balaton-Konzern werden im Einzelfall externe Berater zur Unterstützung des Risikoprozesses hinzugezogen.

Im Bereich der Compliance existieren Verhaltensanweisungen für die Deutsche Balaton AG und die Konzernunternehmen, die sich insbesondere auf die Einhaltung aktien- und wertpapierrechtlicher Vorschriften beziehen.

Die Identifizierung von Risiken erfolgt im Rahmen des auf Ebene der Unternehmensleitung angesiedelten Risikomonitorings, das eine zentrale Aufgabe des Risikomanagements darstellt. Bestandteile des Risikomonitoringprozesses sind unter anderem die Liquiditätsplanung sowie eine wöchentliche Vermögensaufstellung, die auch eine Aufstellung über die Veränderungen der Portfoliozusammensetzung und des Portfoliowertes beinhaltet. Aus diesen Unterlagen lassen sich Frühwarnindikatoren in Bezug auf einzelne Risiken ableiten, anhand derer sich Prognosen in Bezug auf Unternehmensrisiken erstellen lassen, die vom Vorstand durch verschiedene Szenarioanalysen

ergänzt werden. Die Unternehmensleitung entscheidet auf Basis dieser Informationen, gegebenenfalls unter Hinzuziehung externer Spezialisten, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Risikobewältigung zu ergreifen sind.

Der Vorstand erstattet dem Aufsichtsrat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen Berichte in Bezug auf die Entwicklung einzelner Portfoliounternehmen sowie die Unternehmensentwicklung. Der Aufsichtsrat hat außerdem einen, zuletzt im Geschäftsjahr 2009 angepassten, Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf.

Durch die Ansiedelung des Risikomanagements auf Ebene der Unternehmensleitung ist eine laufende Überwachung der eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit durch den Vorstand sichergestellt.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton AG derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

■ *5.4 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess (Bericht gem. §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB)*

Bei der Deutsche Balaton AG ist ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess (IKS-RP) eingerichtet. Die Ausgestaltung des IKS-RP orientiert sich an dem Geschäftsumfang und der Art der bei der Deutsche Balaton AG vorkommenden Geschäftsvorfälle.

Die Verantwortung für die Erstellung und Richtigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts der

Deutsche Balaton AG obliegt dem Vorstand der Deutsche Balaton AG. Dieser hat den Einzelabschluss zum 31. Dezember 2009 nach den nationalen Rechnungslegungsbestimmungen des deutschen Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt.

Darüber hinaus fällt die Unterhaltung und laufende Überwachung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in den Verantwortungsbereich des Vorstands. Zu den Grundlagen des internen Kontrollsystems gehört neben der laufenden internen Abstimmung von Vorgängen die Trennung von Funktionen sowie die Einhaltung von Arbeitsanweisungen. Die Steuerung des Konzernrechnungslegungsprozesses bei der Deutsche Balaton AG obliegt dem Vorstand.

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem hat die Ordnungsgemäßheit und Verlässlichkeit der internen sowie der externen Rechnungslegung zum Ziel und ist darauf ausgerichtet, die Darstellung und Richtigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts und die darin jeweils gemachten Angaben zu gewährleisten. Hierzu hat der Vorstand auf Ebene der Deutsche Balaton AG verschiedene Überwachungsmaßnahmen eingerichtet. Sämtliche buchhaltungsrelevanten Geschäftsvorfälle unterliegen einem Vier-Augen-Prinzip. Der Vorstand überwacht außerdem rechnungslegungsrelevante Prozesse durch Stichproben. Sämtliche neu eingegangenen Vertragsbeziehungen werden systematisch erfasst und laufend kontrolliert und überwacht.

Die Deutsche Balaton AG verfügt über eine klare und übersichtliche Führungs- und Unternehmensstruktur, die auch in der schlanken Besetzung der Fachabteilungen zum Ausdruck kommt. Bereichs-

übergreifende Schlüsselfunktionen werden vom Vorstand der Deutsche Balaton gesteuert.

In Bezug auf den Rechnungslegungsprozess sind die Funktionen der beteiligten Mitarbeiter und externen Dienstleister klar nach Verantwortungsbereichen gegliedert. Sämtliche Mitarbeiter, die mit Aufgaben im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses betraut sind, verfügen über die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten und sind mit der für die ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Ressourcen in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausgestattet.

Die Rechnungslegung erfolgt bei der Deutsche Balaton AG, soweit dies möglich ist, unter Einsatz von Standardsoftware des Herstellers DATEV. Der Zugang zu den rechnungslegungsbezogenen EDV-Systemen ist durch Zugriffsbeschränkungen geschützt.

Buchungsdaten, die von der Deutsche Balaton AG im Rahmen der Rechnungslegung an externe Dienstleister weitergegeben werden oder welche, die Deutsche Balaton AG von Dritten erhält, werden in Stichproben auf ihre Richtigkeit überprüft. Im Rahmen des EDV-gestützten Rechnungslegungsprozesses finden außerdem Plausibilitätskontrollen statt.

Im Rahmen der Konzernrechnungslegung wird durch interne Anweisungen über die Bilanzierung von Geschäftsvorfällen eine einheitliche Rechnungslegung erreicht. Die Konzerngesellschaften erstellen ihre Abschlüsse lokal und leiten diese, unter Berücksichtigung der maßgeblichen Rechnungslegungsbestimmungen und internen Anweisungen zur Rechnungslegung, zur Konsolidierung an die Deutsche Balaton AG als Konzernmuttergesellschaft weiter. Die Verantwortung für die Einhaltung der maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften sowie den ordnungs-

gemäßigen und zeitgerechten Ablauf des Rechnungslegungsprozesses verbleibt dabei bei den jeweiligen Konzerngesellschaften. Die Konzerngesellschaften werden während des gesamten Konzernrechnungslegungsprozesses durch zentrale Ansprechpartner bei der Deutsche Balaton AG unterstützt.

Konzerninterne Leistungsbeziehungen werden im Rahmen der laufenden Rechnungslegung auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft erfasst und im Rahmen der Konsolidierungsarbeiten eliminiert.

Die Erstellung des Konzernrechnungslegungswerkes erfolgt zentral auf Basis der von den konsolidierungspflichtigen Unternehmen zur Verfügung gestellten Daten. Die Konsolidierungsarbeiten sowie erforderliche Abstimmungsarbeiten erfolgen durch die Deutsche Balaton AG, gemeinsam mit externen Beratern. Dem Vorstand der Deutsche Balaton AG obliegt außerdem die zeitliche und prozessorganisatorische Überwachung der Konsolidierungsarbeiten. Für spezielle fachliche Fragestellungen werden externe Berater unterstützend hinzugezogen.

■ 5.5 Einzelrisiken

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsgeschäft der Deutsche Balaton AG stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, branchen- und unternehmensspezifische Risiken, steuerrechtliche Risiken sowie Liquiditätsrisiken. Die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf die Risiken in den vorgenannten Bereichen obliegt dem Vorstand, der auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton AG derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

■ Gesetzliche Risiken

Unter gesetzlichen Risiken verstehen wir rechtliche und regulatorische Risiken, welche die Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG negativ beeinflussen können.

Als Unternehmen ist die Deutsche Balaton AG einer Vielzahl von rechtlichen Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen des Steuerrechts, Gesellschaftsrechts und Wertpapierhandelsrechts. Die Ergebnisse von gegenwärtig anhängigen bzw. künftigen Verfahren können oft nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden, so dass aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen oder der Vereinbarung von Vergleichen Aufwendungen entstehen können, die Auswirkungen auf das Geschäft der Deutsche Balaton AG und ihre Ergebnisse haben können.

Die Veränderung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen kann nachteilige Auswirkungen auf das Geschäft der Deutsche Balaton AG und den wirtschaftlichen Erfolg einzelner Projekte haben. Eine Änderung der steuerlichen Gesetzgebung, insbesondere hinsichtlich der Nutzung bestehender oder künftiger steuerlicher Verlustvorträge oder die Änderung der steuerlichen Belastung auf Ebene der Ertrags- und Verbrauchsteuern können hierfür beispielsweise ursächlich sein. Die Deutsche Balaton AG versucht dem Risiko auf steuerrechtlicher Ebene entgegenzuwirken, indem eine laufende steuerliche Überwachung eingerichtet ist.

Die Deutsche Balaton AG ist als börsennotiertes Beteiligungsunternehmen außerdem verschiedenen regulatorischen Risiken ausgesetzt. Hierbei sind insbesondere Risiken aus der Regulierung des Wertpapierhandels, des Handels- und Bilanzrechts und des Aktienrechts zu erwähnen. Weiter unterliegt die Gesellschaft verschiedenen passiven Klagerisiken. Entsprechende Risiken können aus einer Änderung der Gesetzgebung oder unterlassenen oder falschen Mitteilungen nach WpHG und AktG herrühren. Die Realisierung entsprechender Risiken kann zu einem Stimmrechtsverlust bei Beteiligungen, der Nichtdurchführbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen oder einem Schadensersatzrisiko führen. Die Gesellschaft begegnet diesem Risiko durch die laufende Überwachung von Stimmrechtsmitteilungen und einem laufenden Screening von Ad-hoc-Meldungen. Darüber hinaus erfolgt eine laufende Überwachung von Stimmrechtsschwellen. In Zweifelsfällen werden fallweise externe Rechtsanwaltskanzleien insbesondere in den Bereichen des WpHG und AktG in die Entscheidungsfindung und Risikoabwehr eingebunden.

■ Politische Risiken

Zu den politischen Risiken, denen die Deutsche Balaton AG ausgesetzt ist, zählen gesetzgeberische oder behördliche Maßnahmen, Aufruhr, kriegerische Ereignisse oder Revolution im Ausland, welche die Realisierung von Forderungen oder die Durchsetzung von Gesellschafter- und Teilhaberechten verhindern. Daneben fällt die Möglichkeit der Nichtkonvertierung und Nichttransferierung von in Landeswährung eingezahlten Beträgen infolge von Beschränkungen des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs unter die politischen Risiken, denen sich die Deutsche Balaton AG ausgesetzt sieht. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Deutsche Balaton AG aufgrund politischer

Ursachen ihr an sich zustehende Ansprüche nicht durchsetzen kann.

Die Deutsche Balaton AG beobachtet daher die politische Entwicklung der Länder, in denen Beteiligungen bestehen, regelmäßig und holt gegebenenfalls vor Ort Informationen über die Entwicklung der politischen Verhältnisse ein. Eine Risikominimierung erfolgt durch die schwerpunktmäßige Beschränkung von Investitionen in Deutschland.

■ Allgemeine Marktpreisrisiken

Die von der Deutsche Balaton AG gehaltenen börsennotierten Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. Solche Wertschwankungen können aus sich ändernden Marktpreisen auf Grund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt ausgeschlossen werden, da alle Wertpapiere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit, marktpreisrelevante Ereignisse zu erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Die Deutsche Balaton AG war in der Vergangenheit und im Geschäftsjahr 2009 auf Grund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen

auf den jeweils niedrigeren beizulegenden Wert von ihr gehaltener Vermögensgegenstände und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen der Deutsche Balaton AG wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Balaton AG ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch. Die Unternehmensbranchen, in welche die Deutsche Balaton AG durch Eingehen von Beteiligungen investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen. Die nicht auf bestimmte Branchen begrenzte Streuung des Beteiligungsportfolios bietet dem Vorstand die Chance, Veränderungen branchenspezifischer Rahmenbedingungen nach Abwägung der Chancen und Risiken für neue Investments zu nutzen.

■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte die Deutsche

Balaton AG einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG haben.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine dem potenziellen Investment angemessene Voranalyse zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments gegeneinander ab. Weiterhin gibt die regelmäßige Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsen-nachrichten dem Vorstand die Möglichkeit, unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

■ *Steuerrechtliche Risiken*

Die Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf das Geschäft der Deutsche Balaton AG auswirken.

Die Deutsche Balaton AG geht davon aus, dass die Gesellschaft auf Grund von Verlustvorträgen nicht oder nur teilweise zu Steuerzahlungen verpflichtet ist, solange und soweit der steuerliche Verlustvortrag nicht durch erzielte Jahresüberschüsse aufgebraucht ist. Aktuell sind die bestehenden Verlustvorträge wirtschaftlich allerdings nur in begrenztem Umfang nutzbar. Sollten die von der Gesellschaft ermittelten steuerlichen Verlustvorträge nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, führte dies nach Ansicht der Gesellschaft zu einer Verringerung der bestehenden Verlustvorträge. In diesem Fall wären Steuernachzahlungen möglich.

Änderungen im Steuerrecht bergen das Risiko, dass die steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG zunimmt. Eine höhere steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG mit direkten oder indirekten Steuern führt zu einer Verringerung des Jahresergebnisses und damit des wirtschaftlichen Erfolgs. In der Folge könnten sich hieraus nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG ergeben.

■ *Liquiditätsrisiken in Bezug auf Beteiligungen*

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können auf Grund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio der Deutsche Balaton AG gehaltenen Beteiligungen bestehen. Die Deutsche Balaton AG beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz- bis mittelfristig ein großes Chance-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Dieses Risiko ist auch Beteiligungen, die nicht an einer Börse gehandelt werden, immanent. Die Veräußerung von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen ist oftmals nur im Rahmen eines aufwändigen, strukturierten Verkaufsprozesses möglich.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potenzieller Beteiligungsobjekte zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

Im gegenwärtigen Marktumfeld sieht der Vorstand die Veräußerungsmöglichkeiten eingeschränkt.

■ *Informationstechnologische Risiken*

Die Deutsche Balaton AG identifiziert im Bereich informationstechnologischer Risiken neben Risiken in Form von Datenverlusten und Systemausfallzeiten auch das Risiko des Missbrauchs informationstechnischer Anlagen.

Das Risiko von Datenverlusten wird durch regelmäßige Sicherungen der elektronisch verfügbaren Unternehmensdaten minimiert, insbesondere der Unternehmensdatenbanken, der Finanzbuchhaltung und der Rechnungslegungsdaten. Außerdem werden alle von unseren Mitarbeitern innerhalb der Server-Client-Umgebung erstellten Dateien ebenfalls gesichert. Für die Datensicherungen werden werktäglich separate Festplatten verwendet. Die Aufbewahrung der Datensicherungsplatten erfolgt an sicheren, gegen Brand geschützten Orten.

Der Zugriff auf elektronische Dokumente und zu den EDV-Systemen ist durch Benutzerzugriffsrechte geschützt.

Systemausfallzeiten werden durch den Einsatz von sachkundigen Mitarbeitern auf ein geringes Maß reduziert. Gegen schädliche Computerprogramme wird aktuelle Schutzsoftware eingesetzt.

Geschäftsvorfälle und Transaktionen sind durch Mitarbeiter nicht über EDV-Anlagen auslösbar. Die Freigabe von vorbereiteten elektronisch auszuführenden Transaktionen und Geschäftsvorfällen muss durch den Vorstand mittels separater TAN-Freigabe erfolgen.

■ *Finanzmarktrisiken*

Die Deutsche Balaton AG ist als Beteiligungsunternehmen von der Stabilität der Finanzmarktsysteme, insbesondere den Börsen und Banken, abhängig. Darüber hinaus bestehen für die Deutsche Balaton AG Finanzmarktrisiken in Form von Zinsschwankungen sowie der Änderung von Wechselkursen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen. Die Finanzmarktrisiken können einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG haben. Die Deutsche Balaton AG steuert und überwacht Finanzmarktrisiken überwiegend im Rahmen der operativen Geschäfts- und Finanzierungsaktivitäten und bei Bedarf durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente.

Die Deutsche Balaton AG ist als Beteiligungsunternehmen Kursschwankungen an den Aktienmärkten ausgesetzt. Insbesondere Wertpapiere, die eine geringe Marktliquidität aufweisen, bergen ein Risiko des Wertverlustes. Durch die regelmäßige Beobachtung der Börsenentwicklung ist eine angemessene Risikosteuerung durch den Vorstand gewährleistet. Der Vorstand trifft in der konkreten Situation, unter Beachtung des Anlagehorizonts, geeignete Maßnahmen zur Schadensminderung.

Darüber hinaus besteht im Einzelnen ein Emittentenrisiko. Hierunter versteht die Deutsche Balaton AG das Risiko in Bezug auf die geschäftliche Entwicklung einzelner Emittenten von Wertpapieren. Das Emittentenrisiko kann dazu führen, dass einzelne Emittenten keine Ausschüttungen vornehmen können. Hierdurch kann die Liquidität und Ertragslage der Deutsche Balaton AG beeinträchtigt werden. Die Deutsche Balaton AG ist bemüht, das Emittentenrisiko durch eine Diversifikation des Beteiligungsportfolios zu begrenzen.

Wechselkursrisiken bestehen in Bezug auf ausländische Wertpapiere und Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Der Vorstand ist bemüht, den Einfluss von Wechselkursschwankungen gering zu halten. Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen spielen eine eher untergeordnete Rolle im Geschäft der Deutsche Balaton AG. In Einzelfällen erfolgt eine Absicherung des Wechselkursrisikos durch Währungssicherungsgeschäfte.

■ *Forderungsrissen*

Die Deutsche Balaton AG ist im Zusammenhang mit der Finanzierung ihrer Beteiligungen und Konzernunternehmen und dem Verkauf von Beteiligungen an Dritte dem Risiko des Ausfalls von Forderungen ausgesetzt. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass kurzfristig fällig werdende Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht vollständig fristgerecht erfüllt werden können.

Im Rahmen der Finanzierung von Beteiligungsunternehmen und Konzernunternehmen erfolgt die Zurverfügungstellung von Mitteln ausschließlich nach Durchführung einer Chancen-/Risiko-Analyse. In Abhängigkeit von der prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeit wird die Zurverfügungstellung von Finanzmitteln von der Stellung liquider Sicherheiten abhängig gemacht.

Entsprechendes gilt in Bezug auf gestundete Kaufpreiszahlungen.

Darüber hinaus bestehen Forderungsrissen aus Investitionen in Genussscheine und Anleihen. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Emittenten kann die Zinszahlung und auch die Rückzahlung von Forderungen aus Anleihen und Genussrechten eingeschränkt sein oder ausfallen. Die Deutsche Balaton AG betreibt zur Risikominimierung eine regelmäßige Chance-/Risikoanalyse.

■ *Liquiditätsrisiken (Finanzrisiken)*

Im Bereich der Finanzrisiken ist die Deutsche Balaton AG dem Risiko ausgesetzt, kurzfristig fällig werdende Forderungen nicht oder nicht vollständig rechtzeitig bedienen zu können. Die Deutsche Balaton AG steuert diese Liquiditätsrisiken durch die Begrenzung der Inanspruchnahme von Lombardkrediten, die wertmäßig auf den jeweiligen Beleihungswert begrenzt sind. Auf Basis der Depotwerte und Beleihungswerte erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Kreditlimite durch den Vorstand. Im Rahmen einer Liquiditätsplanung erfasst der Vorstand die Liquiditätsrisiken und trifft Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken.

Verschiedene Banken haben der Deutsche Balaton AG laufende Kreditrahmen in unterschiedlicher Höhe eingeräumt. Die Deutsche Balaton AG nimmt aus den eingeräumten Kreditrahmen laufend Kredit in Anspruch. Die jeweils in Anspruch genommenen Kreditlinien sind in ihrer jeweiligen Höhe mit börsennotierten und von den jeweiligen Banken als beleihbar akzeptierten Wertpapieren ausreichend zu besichern. Das allgemeine Marktpreisrisiko sinkender Wertpapierpreise börsennotierter Wertpapiere kann dazu führen, dass eine ausreichende Besicherung der in Anspruch genommenen Kredite nicht mehr dargestellt werden kann und die Bank den Kredit zur sofortigen Rückzahlung fällig stellt. Außerdem kann die Prolongation von Krediten erschwert oder unmöglich sein oder die Bank laufende Kredite, die bis auf weiteres oder kurzfristig gewährt sind, kündigen. Zudem kann die Bank die jeweils zugrunde gelegten Beleihungswerte einseitig zum Nachteil der Deutsche Balaton AG anpassen und das zur Verfügung stehende Kreditvolumen hierdurch verringern.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine vorausschauende und vorsichtige Planung der Kreditinanspruchnahmen zu minimieren. Zur weiteren Verminderung von Kreditbeschaffungsrisiken erfolgt die Inanspruchnahme von Krediten auf mehrere Banken verteilt.

■ *Personalwirtschaftliche Risiken*

Personalrisiken ergeben sich im Wesentlichen durch Personalbeschaffung, mangelnde Qualifikation und Fluktuation. Diese Risiken werden begrenzt durch Weiterbildungsmaßnahmen und leistungsgerechte Vergütung.

Bei der Deutsche Balaton AG besteht eine vertrauensbasierte Unternehmenskultur mit flachen Hierarchien, die auf jeder Ebene eigenverantwortliches Handeln und Denken fordert. Der Zugang zu vertraulichen Informationen birgt trotz ausgebauter Prüfungs- und Kontrollmechanismen grundsätzlich das Risiko des Missbrauchs. Personen, die im Sinne des Aktienrechts über Insiderkenntnisse verfügen, verpflichten sich zur Einhaltung der damit verbundenen Vorschriften. Darüber hinaus werden die bestehenden Autorisierungsregelungen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

■ *Managementrisiken*

Unter Managementrisiken verstehen wir die Möglichkeit, dass die Unternehmensführung eine grundlegende strategische Fehlentscheidung trifft, die bei den vorhandenen Informationen eigentlich vermeidbar wäre.

Managementrisiken werden daher unter Berücksichtigung derjenigen Informationen bewertet, die dem Management zum Entscheidungszeitpunkt zur Ver-

fügung stehen oder mit vertretbarem Aufwand beschafft werden können. Bei wirtschaftlich bedeutsamen Entscheidungen ist neben dem Vorstand auch der Aufsichtsrat beratend in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Im Rahmen der Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats hat dieser einen Katalog von Geschäften beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Bestandteil des Katalogs ist auch eine Budgetplanung, die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats jährlich vorzunehmen ist. Rechtsgeschäfte, die aufgrund des Zustimmungskatalogs der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen bzw. nicht in der jeweiligen, vom Aufsichtsrat genehmigten jährlichen Budgetplanung beinhaltet sind, legt der Vorstand dem Aufsichtsrat zur vorherigen Zustimmung vor.

■ *Risikomanagement als Chance*

Risiko- und Chancenmanagement sind bei der Deutsche Balaton AG eng miteinander verknüpft.

Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken leiten wir Ziele und Strategien der Geschäftspolitik ab und sorgen so für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand. Der Vorstand beschäftigt sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

6. Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht

Die Deutsche Balaton AG ist gemäß §§ 311 ff. AktG verpflichtet, einen Abhängigkeitsbericht zu der Beziehung zur VV Beteiligungen AG, der DELPHI Unternehmensberatung AG und der mit diesen Gesellschaften verbundenen Unternehmen aufzustellen. Im Rahmen der Schlussklärung zu diesem Abhängigkeitsbericht hat der Vorstand der Deutsche Balaton AG folgende Erklärung abgegeben:

„Im Laufe des Geschäftsjahres wurden Rechtsgeschäfte zwischen der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und der VV Beteiligungen AG bzw. mit der VV Beteiligungen AG und der DELPHI Unternehmensberatung AG verbundenen Unternehmen abgeschlossen. Dabei hat die Gesellschaft nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft jeweils vorgenommen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten.

Auf Veranlassung der VV Beteiligungen AG oder der DELPHI Unternehmensberatung AG oder eines mit diesen verbundenen Unternehmen wurden im Berichtszeitraum Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen.“

7. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Deutsche Balaton AG hat außerdem im Geschäftsjahr 2009 Optionsgeschäfte mit Aktien eines im DAX gelisteten Unternehmens getätigt. Der Vorstand hat während der Laufzeit der Optionsgeschäfte die Kurse und die Entwicklung des unterliegenden Wertpapiers regelmäßig beobachtet, um im Einzelfall kurzfristig eingreifen zu können.

8. Grundzüge des Vergütungssystems der Gesellschaft für die in § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB genannten Gesamtbezüge

Das Vorstandsmitglied erhält eine Festvergütung ohne variable Bestandteile. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine Festvergütung ohne variable Bestandteile, wobei der Vorsitzende das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache der Grundvergütung erhält. Die Hauptversammlung der Gesellschaft vom 28. August 2006 hat den Vorstand ermächtigt, die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 und 7 HGB für den Jahresabschluss und in § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 6 und 7 für den Konzernabschluss verlangten Angaben in den Jahresabschlüssen und Konzernabschlüssen der Gesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2010 zu unterlassen.

9. Übernahmerelevante Angaben

■ *Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals*
Hinsichtlich der Einteilung und Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals wird auf die im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Balaton AG unter Punkt 3 unter der Überschrift „Eigenkapital“ gemachten Angaben verwiesen.

■ *Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten*

Hinsichtlich direkter und indirekter Beteiligungen am Kapital der Deutsche Balaton AG, die zehn Prozent übersteigen, wird auf die im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Balaton AG unter Punkt 3 unter der Überschrift „Stimmrechtsmeldungen“ gemachten Angaben verwiesen.

■ *Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen*

Am 16. Dezember 2009 hat die Deutsche Balaton AG mit der VV Beteiligungen AG, Heidelberg, einen Entherrschungsvertrag abgeschlossen. Mit dem Entherrschungsvertrag hat sich die VV Beteiligungen AG verpflichtet, während der Laufzeit des Entherrschungsvertrages in den Hauptversammlungen der Deutsche Balaton AG grundsätzlich jeweils nur so viele Stimmrechte auszuüben, dass bei den jeweiligen Abstimmungen durch die VV Beteiligungen AG keine Stimmrechtsmehrheit erreicht wird. Der Entherrschungsvertrag ist auf unbestimmte Zeit, mindestens aber fünf Jahre, abgeschlossen.

■ *Unternehmensleitung*

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand vertreten und geleitet. Gemäß § 84 Absatz 1 und 3 AktG werden die Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung der Deutsche Balaton AG besteht der Vorstand aus einer oder mehreren Personen; die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt der Aufsichtsrat. Werden mehrere Personen zu Vorstandsmitgliedern bestellt, kann der Aufsichtsrat gemäß § 84 Absatz 2 AktG bzw. § 8 Absatz 3 der Satzung ein Mitglied zum Vorsitzenden und ein weiteres Mitglied des Vorstands zu dessen Stellvertreter ernennen. Soweit der Aufsichtsrat bei der Bestellung der Mitglieder des Vorstands keinen kürzeren Zeitraum beschließt, werden die Mitglieder des Vorstands für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung,

es sei denn, dass das Vertrauen aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen worden ist. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, wenn nicht die Satzung den Erlass der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat übertragen hat oder der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlässt. Der Aufsichtsrat hat Arten von Geschäften definiert, die vom Vorstand nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen der ihm obliegenden Kontrollfunktion den Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte an das Finanzmarktumfeld im Geschäftsjahr 2009 angepasst und den Katalog entsprechend erweitert.

■ *Erwerb eigener Aktien,
genehmigtes und bedingtes Kapital*

Die ordentliche Hauptversammlung vom 28. August 2008 hat unter Aufhebung der Ermächtigung vom 30. August 2007 mit Wirkung für die Zukunft den Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, für bestimmte Zwecke bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Unter Aufhebung der Ermächtigung vom 28. August 2008 hat die ordent-

liche Hauptversammlung der Deutsche Balaton AG am 27. August 2009 den Vorstand erneut ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels an alle Aktionäre gerichteter öffentlicher Einladung zur Abgabe von Verkaufsofferten erfolgen. Unter bestimmten weiteren Voraussetzungen ist der Vorstand berechtigt, den Erwerb eigener Aktien auch außerhalb der Börse vorzunehmen, wenn der Erwerb eigener Aktien im Rahmen des Erwerbs von oder des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder wenn es sich um einen Paketerwerb von mindestens 1 % des Grundkapitals handelt und ein solcher Erwerb einem Zweck dient, der im vorrangigen Interesse der Gesellschaft liegt und der Paketerwerb geeignet und erforderlich ist, diesen Zweck zu erreichen.

Der Vorstand hat von den Erwerbsermächtigungen im Geschäftsjahr 2009 wie folgt Gebrauch gemacht und im Rahmen von drei freiwilligen Erwerbsangeboten eigene Aktien erworben:

**Entwicklung des Bestands an
eigenen Aktien im Geschäftsjahr 2009**

Datum	Veränderung	Bestand	Erwerbspreis je Aktie
01.01.2009	Anfangsbestand	999.958	
21.10.2009	50.069	1.050.027	6,30 EUR
08.12.2009	-1.050.027	0	Aktieneinziehung
09.12.2009	+6.008	6.008	6,30 EUR
10.12.2009	+3.367	9.375	6,30 EUR
16.12.2009	-8.250	1.125	Aktieneinziehung
16.12.2009	-1.125	0	Aktieneinziehung
31.12.2009	Endbestand	0	

Im Handelsregister der Deutsche Balaton AG ist ein genehmigtes Kapital eingetragen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 26. August 2014 einmalig oder in Teilbeträgen mehrmals um bis zu insgesamt 6.300.000,00 Euro durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtigt. Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem durch den Vorstand bestimmten Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bei einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen auszuschließen. Der Vorstand hat von der vorstehenden Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital bislang keinen Gebrauch gemacht.

Ein bedingtes Kapital in Höhe von bis zu EUR 6.675.000,00 durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautenden nennbetragslosen Stammaktien (Stückaktien) dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 zur Ausgabe von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Das bedingte Kapital dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien

erfolgt zu dem gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Gesellschaft hat bisher von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

10. Erklärung gemäß § 289a HGB

10.1 Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Balaton AG haben im Geschäftsjahr 2009 die nachfolgende Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben:

„Entsprechenserklärung 2009 zum Deutsche Corporate Governance Kodex gemäß § 161 Aktiengesetz des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft haben die vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate

Governance Kodex“ bisher nicht angewendet und werden diese bis auf weiteres nicht anwenden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft sehen wie in den Vorjahren die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex auf große Publikumsgesellschaften mit den entsprechend komplexen Strukturen zugeschnitten. Eine ordnungsgemäße Unternehmensführung ist nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat auch weiterhin ohne Anwendung der Empfehlungen des Corporate Governance Kodex durch die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen möglich.

Heidelberg, im November 2009

Der Aufsichtsrat der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft	Der Vorstand der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft“
--	---

■ *10.2 Relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken, die über die gesetzlichen Anforderungen hinaus angewandt werden*

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand vertreten und in eigener Verantwortung geleitet. Der Vorstand handelt unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere den Bestimmungen des deutschen Aktien- und Handelsrechts. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat überwacht und in Wahrnehmung seiner Leitungsaufgaben beraten.

Zu den Aufgaben des Vorstands gehört die Unternehmensplanung, insbesondere die strategische Planung sowie die Koordination und Kontrolle der Planung im Unternehmen.

Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus werden bei der Deutsche Balaton AG keine Unternehmensführungspraktiken angewendet.

■ *10.3 Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen*

Der Vorstand der Deutsche Balaton AG besteht aus einer Person. Angaben zu dem alleinigen Vorstandsmitglied sind im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Balaton AG unter Punkt 5 unter der Überschrift „Sonstige Angaben“ gemacht. Solange der Vorstand aus einer Person besteht, finden keine regelmäßigen förmlichen Vorstandssitzungen statt. Die Beschlussfassungen des Alleinvorstands erfolgen ohne Einhaltung einer besonderen Form und Frist und ohne Einberufung und Abhaltung einer förmlichen Sitzung des Vorstandes.

Der Vorstand steht im Rahmen seiner Unternehmensführung auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in ständiger und enger Abstimmung mit dem Aufsichtsrat, insbesondere dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Aufsichtsrat der Deutsche Balaton AG besteht gemäß § 11 Ziffer 1 der Satzung aus drei Mitgliedern. Die Deutsche Balaton AG unterliegt keinen gesetzlichen Vorschriften, die eine Mitbestimmung im Aufsichtsrat vorsehen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats sind Vertreter der Anteilseigner.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009 sind im Anhang zum Jahresabschluss angegeben.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Sitzungen und, bei Eilbedürftigkeit, außerhalb von Sitzungen im Parallelverfahren gefasst. Die Sitzungen werden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, bei dessen Verhinderung, durch seinen Stellvertreter einberufen. Der Aufsichtsrat hat einen Katalog von Geschäften beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Der Aufsichtsrat hat den Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte zuletzt im Geschäftsjahr 2009 angepasst. Bestandteil des Katalogs ist auch eine Budgetplanung, die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats jährlich vorzunehmen ist. Rechtsgeschäfte, die aufgrund des Zustimmungskatalogs der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen bzw. nicht in der jeweiligen, vom Aufsichtsrat genehmigten jährlichen Budgetplanung beinhaltet sind, legt der Vorstand dem Aufsichtsrat zur vorherigen Zustimmung vor. Der Vorstand erstattet dem Aufsichtsratsvorsitzenden außerdem auch über die gesetzliche Berichtspflichten hinaus schriftlich oder mündlich Bericht in Angelegenheiten, die für die Gesellschaft von besonderem Gewicht oder besonderer Bedeutung sind.

Der Aufsichtsrat befasst sich entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit der Überwachung der Unternehmensführung sowie der Abschlussprüfung, hier insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Im Zusammenhang mit der Abschlussprüfung steht der Aufsichtsrat in engem Kontakt mit dem Abschlussprüfer und überwacht auch dessen Tätigkeit im Unternehmen.

Der Aufsichtsrat berichtet der Hauptversammlung jährlich in seinem Bericht an die Hauptversammlung über seine Arbeit.

11. Prognosebericht

Die weitere Entwicklung der europäischen und außer-europäischen Wirtschaftsräume zeigt zu Beginn des Jahres 2010 weiterhin Unsicherheiten. Der von der EU-Kommission ermittelte Economic Sentiment Indicator zeigte sich im Februar 2010 erstmals nach einem Jahr des Anstiegs nahezu unverändert und verharrte in der Europäischen Union bei 97,4 Punkten (+0,2 Punkte) bzw. 95,9 Punkten (-0,1 Punkte) in der Eurozone. Positive Anzeichen gibt der Business Climate Indicator (BCI), der im Februar 2010 den elften Monat in Folge anstieg, wenngleich sich dessen Wert weiterhin mit 0,98 Punkten leicht negativ zeigt. Inwieweit sich darin eine langfristige Rückkehr des Wirtschaftsvertrauens zeigt, bleibt abzuwarten. Auch die weitere Entwicklung an den Wertpapiermärkten ist wie immer unsicher.

In diesem Umfeld agiert die Deutsche Balaton AG als Beteiligungsholding. Bereits in der Vergangenheit haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass das Geschäftsmodell der Deutsche Balaton AG als Beteiligungsgesellschaft dazu führt, dass die Ergebnisse einzelner Geschäftsjahre für sich genommen nur begrenzt Aufschluss über den mittel- und langfristigen Erfolg geben können. Das Jahresergebnis der Deutsche Balaton AG wird unter anderem von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt, die zu Beginn und auch während eines Geschäftsjahres nicht oder nur schwer planbar und vorhersehbar sind.

Der Beteiligungshorizont der Deutsche Balaton AG ist weiterhin mittel- bis langfristig. Der Zeithorizont, vor dem wir diesen Prognosebericht erstellt haben, bezieht sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren.

Wir wollen unterbewertete Unternehmen identifizieren und eine erfolgreiche Entwicklung der Beteiligungen realisieren. Der Erfolg oder Misserfolg einer eingegangenen Beteiligung zeigt sich meist erst, wenn ein Exit realisiert werden kann. Diese Realisierbarkeit ist dabei auch von dem Marktumfeld abhängig, das wiederum den Preis der Transaktion mitbestimmt. Unvorhergesehene Wirtschaftsentwicklungen und Veränderungen an den Kapitalmärkten spielen hier eine große und nur schwer vorhersehbare Rolle.

Die mittel- bis langfristige Investition in Unternehmen führt dazu, dass schwankende Entwicklungen bei den einzelnen Beteiligungen sich jeweils unterschiedlich in einzelnen Geschäftsjahren auswirken können. Eine einzelgeschäftsjahresbezogene Betrachtung übersieht, dass der Erfolg für die Deutsche Balaton AG erst nach dem Exit wirklich messbar ist. Erst dann steht fest, welcher Ertrag insgesamt aus der Beteiligung generiert und ob das Investment insgesamt erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die Umsatzzahlen der produzierenden Beteiligungsunternehmen sind ein Indikator für deren wirtschaftliche Entwicklung. Rückschlüsse auf den tatsächlichen Erfolg der Deutsche Balaton AG lassen sich hieraus nach unserer Auffassung jedenfalls nicht unmittelbar ziehen. Weiterhin bewegt sich die Deutsche Balaton AG in Rahmenbedingungen, die ständigen Änderungen unterworfen sind. Neben den sich in steter Regelmäßigkeit ändernden (steuer-) gesetzlichen Voraussetzungen sind insbesondere für das Private Equity-Geschäft die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen interessant. Durch die Umbrüche an den Kapital- und Finanzmärkten können sich auch im Geschäftsjahr 2010 interessante Investitionsoportunitäten für die Deutsche Balaton AG ergeben. Die Deutsche Balaton AG wird jeweils im Einzelfall prüfen, ob sich bietende Investitions-

gelegenheiten zum Ausbau und zur Stärkung des Beteiligungsportfolios genutzt werden können.

Die Beruhigung der Finanzmarktlage führt dazu, dass Banken wieder verstärkt Kredite zur Verfügung stellen werden. Wir erwarten aber, dass die Vergabekriterien auf längere Sicht deutlich strenger sein werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Ein Zeichen hierfür ist aus unserer Sicht die auch zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 andauernde Zurückhaltung der Banken bei Unternehmenskreditvergaben. Insgesamt sollte auf den Kreditmärkten innerhalb der nächsten Jahre eine Normalisierung eintreten.

Die aufgrund der Kapitalmarkt- und Finanzmarktkrise gesunkenen Unternehmenswerte bieten auf der einen Seite Chancen, Beteiligungen günstig zu erwerben. Dem steht das Risiko der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungen gegenüber. Dies gilt es in jedem Einzelfall abzuwägen. Ebenso können auf der Verkaufsseite derzeit nur geringere Verkaufserlöse für Beteiligungen erzielt werden. Hierdurch kann sich die Haltedauer der einzelnen Portfoliounternehmen verlängern.

Die über Jahre gewachsene Erfahrung der Deutsche Balaton AG im Beteiligungsgeschäft, die Präsenz am Markt und die Investitionserfolge geben uns Zuversicht, das Geschäft auch unter schwierigen Marktbedingungen erfolgreich fortsetzen zu können. Dennoch rechnen wir damit, dass sich im Prognosezeitraum die Renditen, vor allem im Private Equity-Geschäft, reduzieren werden. Wir bleiben jedoch zuversichtlich, dass wir im langjährigen Schnitt eine vernünftige Eigenkapitalrendite erzielen können.

Viele unserer Portfoliounternehmen sind als Investitionsgüterunternehmen in unterschiedlichen Branchen

am Markt tätig und waren in unterschiedlicher Ausprägung von der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen beiden Jahre betroffen. Die kurzfristige Entwicklung der Portfoliounternehmen, die für die kurzfristige Wertentwicklung unseres Portfolios wichtig ist, war daher teilweise nicht so, wie wir uns das erwünscht hätten und hat auch unsere Portfoliounternehmen getroffen. Erwartungen für eine schnelle kurzfristige Erholung der Wirtschaft wurden zurückgeschraubt. Dennoch bleibt die Hoffnung auf eine langsame Erholung der Wirtschaft bestehen. Wir gehen daher davon aus, dass einige unserer Portfoliounternehmen kurzfristig einen langsamen Aufwärtstrend nachvollziehen können; eine Einschätzung über das konkrete Ausmaß können wir weiterhin nicht zuverlässig abgeben. Wir halten weiter an unserer Auffassung fest, dass unsere Portfoliounternehmen aufgrund ihrer Entwicklung und Positionierung am Markt tendenziell gestärkt aus der Krise hervorgehen können.

Eine zuverlässige Prognose hinsichtlich der künftigen Ergebnisse können wir aktuell nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit abgeben. Sollte der Aufschwung der Weltwirtschaft anhalten, wird dies voraussichtlich bei einer Vielzahl unserer Portfoliounternehmen zunächst zu einer Stabilisierung und später einem Anstieg signifikanter unternehmensinterner Daten führen. Im Zeitfenster des Prognosehorizonts sind wir zuversichtlich, dass der Wert unseres Unternehmensportfolios einschließlich der Veräußerungserlöse weiter zunehmen wird. Eine Voraussetzung hierfür sind stabile Bewertungsrelationen an den Kapitalmärkten.

Wir halten an unserer Erwartung fest, aus dem Beteiligungsgeschäft, das den größten Einfluss auf das Ergebnis der Deutsche Balaton AG hat, für den Prognosezeitraum von fünf Jahren ein im Durchschnitt

positives Ergebnis zu erreichen. Eine Quantifizierung der Ergebnisentwicklung ist uns, wie in den Vorjahren auch, aber nicht möglich. Wir haben bereits dargestellt, dass die Ergebnisentwicklung von verschiedenen unwägbaren Faktoren abhängt, die derzeit und auch zukünftig mit großen Unsicherheiten belastet sind; hierzu gehört unter anderem die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Die unregelmäßig wechselnden Zu- und Abgänge in unserem Portfolio und die Unsicherheiten hinsichtlich der Kapitalmarktentwicklung spielen hier ebenfalls eine wesentliche Rolle. Zu den Beteiligungserträgen rechnen wir auch Nachbesserungen, die wir aus Aktien, die wir im Rahmen von Squeeze-Outs oder im Zusammenhang mit dem Abschluss von Unternehmensverträgen eingereicht haben, erhoffen. Diese potenziellen Beteiligungserträge sind für uns aus heutiger Sicht, aufgrund der nicht vorhersehbaren Entwicklung der Spruchverfahren, jedoch nicht zu quantifizieren.

Insgesamt erwarten wir in der Summe der kommenden fünf Jahre ein positives Ergebnis.

Heidelberg, 14. April 2010

Der Vorstand

Jörg Janich

	1.1.–31.12.2009 EUR	1.1.–31.12.2008 EUR
1. Erträge aus Finanzanlagen davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 268 (i.V.: TEUR 246)	1.444.427,45	1.908.674,98
2. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	5.048.637,56	2.248.975,26
3. Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,00	983.462,96
4. Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens	4.248.184,14	0,00
5. Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens	79.751,63	0,00
6. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	6.009.781,69	0,00
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	7.491.676,26	23.600.915,39
8. Sonstige betriebliche Erträge	76.009,67	129.376,97
9. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	381.100,40	428.659,20
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	29.769,36	21.828,83
10. Abschreibungen auf Sachanlagen	24.192,78	24.171,88
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.151.431,87	1.877.917,21
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 379 (i.V.: TEUR 554)	3.086.271,39	933.275,94
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 176 (i.V.: TEUR 722)	1.006.312,83	2.261.449,95
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.749.076,77	-23.978.102,27
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	497.165,09	4.060,00
16. Sonstige Steuern	1.199,00	817,00
17. Jahresüberschuss (i.V.: Jahresfehlbetrag)	8.250.712,68	-23.982.979,27
18. Gewinnvortrag	4.328.162,55	33.080.941,42
19. Aufwand aus der Einziehung eigener Aktien	6.029.259,90	0,00
20. Entnahmen aus Gewinnrücklagen für eigene Aktien	6.029.259,90	0,00
21. Einstellung in Gewinnrücklagen für eigene Aktien	1.259.460,30	4.769.799,60
22. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	1.059.402,00	0,00
23. Einstellung in die Kapitalrücklage nach § 237 Abs. 5 AktG (vereinfachte Einziehung von Aktien)	1.059.402,00	0,00
24. Bilanzgewinn	11.319.414,93	4.328.162,55

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		232.510,06	241.991,42
II. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	40.867.117,26		43.762.589,15
2. Beteiligungen	5.825.175,90		8.447.874,94
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	30.720.673,53		29.336.497,98
		77.412.966,69	81.546.962,07
		77.645.476,75	81.788.953,49
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00		262.500,00
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.055.635,95		10.165.395,27
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.723.561,65		230.000,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.895.789,33		2.233.045,67
		5.674.986,93	12.890.940,94
II. Wertpapiere			
1. Eigene Anteile	0,00		4.769.799,60
2. Sonstige Wertpapiere	19.345.158,32		4.839.107,00
		19.345.158,32	9.608.906,60
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		10.636,03	28.306,10
		25.030.781,28	22.528.153,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten		16.520,00	28.232,84
		102.692.778,03	104.345.339,97

Passiva	EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		11.640.424,00	12.699.826,00
II. Kapitalrücklage		50.121.964,80	49.062.562,80
III. Gewinnrücklagen			
Rücklage für eigene Anteile		0,00	4.769.799,60
IV. Bilanzgewinn		11.319.414,93	4.328.162,55
		73.081.803,73	70.860.350,95
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	271.684,00		0,00
2. Sonstige Rückstellungen	558.000,00		170.000,00
		829.684,00	170.000,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Anleihen	10.000.000,00		17.184.000,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.642.346,94		9.357.036,55
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.066,27		557.208,42
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.925.050,31		6.012.646,77
5. Sonstige Verbindlichkeiten	195.826,78		204.097,28
		28.781.290,30	33.314.989,02
		102.692.778,03	104.345.339,97

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 wurde nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften der §§ 264 ff. HGB sowie ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Gemäß § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB gilt die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Um den Besonderheiten einer Beteiligungsgesellschaft Rechnung zu tragen, ist die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB umgestellt und erweitert worden.

Im Berichtsjahr ist die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzlich um die Posten „Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens“ und „Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens“ erweitert worden, um die Klarheit der Darstellung der Ertragslage zu verbessern. Die Vorjahresbeträge sind entsprechend angepasst worden. Der im Vorjahr enthaltene Posten „Zuschreibung auf Finanzanlagen“ wurde auf „Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens“ erweitert.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung sind einige Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen (§ 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB).

Im Interesse der Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, insgesamt im Anhang aufgeführt.

Der Jahres- und Konzernabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2009 werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

■ Anlagevermögen

Die Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen unter Berücksichtigung von § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB bewertet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) werden nach § 6 Abs. 2 und Abs. 2a EStG n. F. abgeschrieben, sofern ihnen kein niedrigerer Wert am Stichtag beizumessen war. Vor dem Geschäftsjahr 2008 angeschaffte GWG wurden im Jahr der Anschaffung gemäß § 6 Abs. 2 EStG a. F. im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und für Zwecke des Anlagespiegels als Abgänge behandelt. Im Übrigen sind die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

Die Finanzanlagen sind nach dem Grundsatz der Einzelbewertung mit den Anschaffungskosten bilanziert. Voraussichtlich dauernden Wertminderungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens wird auch bei nur vorübergehenden Wertminderungen eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Als beizulegender Wert gilt für Anteile an börsennotierten Unternehmen der Börsenkurs am Stichtag bzw. am letzten Handelstag vor diesem Datum. Sofern für die Zukunft mit einem (weiteren) nachhaltigen Kursrückgang gerechnet

werden muss, wird der Stichtagskurs auf Grund des Vorsichtsprinzips insoweit unterschritten. Für nicht börsennotierte Anteile können sich Anzeichen für Wertminderungen, z. B. aus aktuellen Finanzierungsrunden der jeweiligen Investoren oder aus Verkaufsverhandlungen ergeben, die einen unter den Anschaffungskosten liegenden Preis signalisieren. In diesen Fällen wird die jeweilige Beteiligung auf diesen niedrigeren Wert abgeschrieben.

Wertaufholungen (Zuschreibungen auf Finanzanlagen) werden, soweit die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen am Bilanzstichtag nicht mehr bestehen, höchstens bis zu den historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

■ *Umlaufvermögen*

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Wertpapiere des Umlaufvermögens, die auch die eigenen Anteile umfassen, werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Zum Bilanzstichtag waren eigene Anteile in einem Umfang von TEUR 0 (Vj. TEUR 4.770) unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens erfasst.

Die Bewertung der flüssigen Mittel erfolgt zum Nennwert.

Der Rechnungsabgrenzungsposten ist nach den Vorschriften des § 250 HGB angesetzt worden.

■ *Gewinnrücklagen*

Unter den Gewinnrücklagen wurde im Vorjahr eine Rücklage für die im Vorjahr erworbenen eigenen Anteile ausgewiesen, die dem Bilanzwert der unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens ausgewiesenen eigenen Anteile entsprachen.

■ *Rückstellungen*

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten abzudecken.

■ *Verbindlichkeiten*

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

■ *Währungsumrechnungen*

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sind zum Kurs am Transaktionstag in Euro bewertet; zum Bilanzstichtag wurde das Niederst- bzw. Höchstwertprinzip beachtet.

■ *Erträge / Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen*

Die „Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen“ erfassen den Differenzbetrag zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse höher sind als die Buchwerte. „Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen“ erfassen Differenzbeträge zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse unter den Buchwerten liegen.

■ *Erträge / Aufwendungen aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens*

Die „Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens“ erfassen den Differenzbetrag zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse höher sind als die Buchwerte. „Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens“ erfassen Differenzbeträge zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse unter den Buchwerten liegen.

■ *Dividendenerträge*

Dividendeneinnahmen werden in dem Jahr, in welchem der entsprechende Gewinnverwendungsbeschluss gefasst wird, als Ertrag erfasst.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Aufgliederung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt. Zu den Anteilsbesitzern der Gesellschaft gemäß § 285 Nr. 11 HGB an Beteiligungen mit einem Kapitalanteil von mindestens 20 % sowie an Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften mit einem Stimmrechtsanteil von mehr als 5 % verweisen wir auf die Ausführungen unter Punkt 7.

Umlaufvermögen

■ *Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände*

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 0 (Vj. TEUR 263) betrafen im Vorjahr Forderungen aus kurzfristigen Wertpapiergeschäften.

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 2.056 (Vj. TEUR 10.165). Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren aus Darlehensgewährungen an die Tochtergesellschaften ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, (EUR 0, Vj. TEUR 6.273) und Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg, (TEUR 839, Vj. TEUR 781) sowie an die Konzerngesellschaft Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, (TEUR 1.216, Vj. TEUR 3.111).

Die Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von insgesamt TEUR 1.724 (Vj. TEUR 230), beinhalten ausschließlich Forderungen aus Gesellschafterdarlehen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 1.896; Vj. TEUR 2.233) setzen sich aus Darlehensforderungen in Höhe von TEUR 1.162, Körperschaftsteuer-rückforderung/-guthaben in Höhe von TEUR 438, Stückzinsen der Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von TEUR 244 sowie Zinsforderungen in Höhe von TEUR 52 zusammen.

In den zum Bilanzstichtag ausgewiesenen sonstigen Vermögensgegenständen sind Darlehensforderungen in Höhe von TEUR 1.046 (Vj. TEUR 1.556) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr enthalten. Darüber hinaus bestehen keine Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einer vertraglichen oder gesetzlichen Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Außerdem hat die Gesellschaft am 11. August 2009 sowie am 12. Oktober 2009 im Rahmen von Kaufoptionsvereinbarungen das Recht erworben, bis zum 31. Januar 2011 ihren Kapitalanteil an einem assoziierten Unternehmen zu erhöhen. Der Kaufpreis der Anteile bei Ausübung der Optionen zum 31. Dezember 2009 hätte TEUR 129 sowie TEUR 165 betragen. Aufgrund fehlender Werthaltigkeit zum 31. Dezember 2009, kann den Kaufoptionen zum Bilanzstichtag kein beizulegender Zeitwert zu gerechnet werden.

■ *Wertpapiere*

In den Wertpapieren sind zum Bilanzstichtag eigene Anteile mit einem Bilanzwert von EUR 0 (Vj. TEUR 4.770) enthalten. Wir verweisen diesbezüglich auf unsere Ausführungen zu den eigenen Anteilen unter der Überschrift „Eigenkapital“ in diesem Anhang.

Die sonstigen Wertpapiere enthalten die im Eigenbestand gehaltenen Unternehmensanleihen (gemäß Bruttoausweis) sowie sonstige Anleihen und Aktien.

Der von der Gesellschaft gehaltene Eigenbestand einer im Geschäftsjahr 2008 begebenen 5,00 %-Unternehmensanleihe 2008/2013 beträgt wie im Vorjahr TEUR 4.250. Die sonstigen Wertpapiere in Höhe von TEUR 15.095 (Vj. TEUR 589) betreffen kurzfristig gehaltene Wertpapiere.

Die aus den beiden Unternehmensanleihen zum Bilanzstichtag resultierenden Bruttoverbindlichkeiten in Höhe von insgesamt TEUR 10.000 (Vj. TEUR 17.184) setzen sich wie folgt zusammen:

Die 6,00 %-Unternehmensanleihe 2004/2009 wurde mit Fälligkeit am 30. November 2009 in einem Umfang von TEUR 7.184 zurückbezahlt. Ebenfalls wurde die letzte Zinszahlung zum 30. November 2009 bezahlt.

Zum Bilanzstichtag wird die im Vorjahr begebene 5,00 %-Unternehmensanleihe 2008/2013 in Höhe von TEUR 10.000 ausgewiesen. Die 5 %-ige Unternehmensanleihe 2008/2013 in einem Umfang von TEUR 5.750 ist am 1. Juli 2013 zur Rückzahlung fällig, die Zinszahlungen sind jährlich jeweils zum 1. Juli eines Kalenderjahres zur Zahlung fällig.

Die aus diesen beiden Unternehmensanleihen zum Bilanzstichtag resultierenden Nettoverbindlichkeiten einschließlich Zinsen belaufen sich somit auf TEUR 5.894 (Vj. TEUR 13.124). In diesem Betrag

sind abgegrenzte Zinsverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 144 (Vj. TEUR 190) enthalten, die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden.

■ *Rechnungsabgrenzungsposten*

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 17 (Vj. TEUR 28) resultiert im Wesentlichen aus dem Disagio aus den begebenen Unternehmensanleihen.

Eigenkapital

■ *Gezeichnetes Kapital*

Das gezeichnete Kapital der Deutsche Balaton AG betrug zum Bilanzstichtag EUR 11.640.424,00 und war in 11.640.424,00 auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennwert (Stückaktien) mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1,00 Euro je Aktie eingeteilt. Das Grundkapital ist in Höhe von EUR 11.640.424,00 vollständig eingezahlt.

Die Aktien sind an der Frankfurter Wertpapierbörse und im Xetra-Handel im Regulierten Markt (General Standard) zugelassen und an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg-Bremen, München und Stuttgart jeweils in den Freiverkehr einbezogen.

Die Anzahl der Aktien hat sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

	Geschäftsjahr 2009	Geschäftsjahr 2008
Stand Geschäftsjahresbeginn	12.699.826	12.699.826
Eingezogene Aktien	-1.059.402	0
Stand Geschäftsjahresende	11.640.424	12.699.826

■ *Genehmigtes Kapital*

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 26. August 2014 durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch höchstens um EUR 6.300.000,00 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital gemäß § 202 ff. AktG).

Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtig. Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Das Bezugsrecht darf nur in folgenden Fällen ganz oder teilweise ausgeschlossen werden:

1. um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
2. wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht unwesentlich unterschreitet und der Nennbetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung, und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. (1) und Abs. (2), 186 Abs. (3) Satz 4 AktG unterschreitet; auf die Grenze von 10 % des Grundkapitals sind diejenigen Aktien anzurechnen, die unter Bezugsrechtsausschluss in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert wurden;
3. wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen erfolgt.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts zu entscheiden und die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung festzulegen.

■ *Bedingtes Kapital*

Auf der Hauptversammlung am 28. August 2006 wurde, unter Aufhebung der bestehenden bedingten Kapitalia, das Grundkapital der Gesellschaft um EUR 6.675.000,00 durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautende nennbetragslose Stammaktien (Stückaktien) bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden.

Die bedingte Kapitalerhöhung dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß des Beschlusses der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch

Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

■ Eigene Anteile

Die Gesellschaft hält zum Bilanzstichtag keine (Vj. 999.958) eigenen Anteile.

Die Gesellschaft war gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Dabei wurde der Vorstand auch ermächtigt, die eigenen Aktien ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung, jedoch nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats, einzuziehen. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2009 wurde die Gesellschaft unter Aufhebung der vorgenannten Ermächtigung mit Wirkung zum 29. August 2009 erneut ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Dabei wurde der Vorstand auch ermächtigt, die eigenen

Aktien ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung, jedoch nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats, einzuziehen. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Im Geschäftsjahr 2009 wurden von der Gesellschaft aufgrund obiger Ermächtigung der Hauptversammlung 59.444 (Vj. 999.958) eigene Aktien erworben. Die gesamt gehaltenen 1.059.402 eigenen Aktien wurden im Geschäftsjahr 2009 aufgrund obiger Ermächtigung der Hauptversammlung und mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu Lasten des Bilanzgewinns eingezogen. Mit der Einziehung wurde das Grundkapital von EUR 12.699.826,00 um EUR 1.059.402,00 auf EUR 11.640.424,00 herabgesetzt.

Die Einziehung wurde am 23. Februar 2010 in das Handelsregister eingetragen.

Die Aktien der Deutsche Balaton AG werden im General Standard der deutschen Wertpapierbörsen gehandelt.

Die Rücklage für eigene Anteile gemäß § 272 Abs. 4 HGB wurde in Höhe von TEUR 4.770 aufgelöst.

Entwicklung des Bestands an eigenen Aktien im Geschäftsjahr 2009

Datum	Veränderung	Bestand	Erwerbspreis je Aktie
01.01.2009	Anfangsbestand	999.958	
21.10.2009	50.069	1.050.027	6,30 EUR
08.12.2009	-1.050.027	0	Aktieneinziehung
09.12.2009	+6.008	6.008	6,30 EUR
10.12.2009	+3.367	9.375	6,30 EUR
16.12.2009	-8.250	1.125	Aktieneinziehung
16.12.2009	-1.125	0	Aktieneinziehung
31.12.2009	Endbestand	0	

■ Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 50.122 (Vj. TEUR 49.063) umfasst die Beträge, die bei der Ausgabe von Aktien über den Nennbetrag erzielt worden sind. Im Geschäftsjahr 2009 wurden aus der Herabsetzung des Grundkapitals EUR 1.059.402,00 (Vj. EUR 0) in die Kapitalrücklage eingestellt.

■ Gewinnrücklagen

Im Berichtszeitraum haben sich die Gewinnrücklagen wie folgt entwickelt:

Angaben in TEUR	Gesetzliche Rücklage	Rücklage für eigene Anteile	Andere Gewinn- rücklagen	Gewinn- rücklagen insgesamt
Stand 01.01.2009	0	4.770	0	4.770
Einstellung	0	1.259	0	1.259
Umgliederung	0	0	0	0
Entnahme	0	6.029	0	6.029
Stand 31.12.2009	0	0	0	0

Die gesetzliche Rücklage blieb unverändert, da die Summe der Beträge aus der gesetzlichen Rücklage und der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB den zehnten Teil des Grundkapitals erreichen.

Die Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile in Höhe von TEUR 1.259 resultiert aus dem Erwerb eigener Aktien im Berichtszeitraum sowie aus Zuschreibungen auf eigene Anteile in Höhe von TEUR 880. Die Entnahme aus der Rücklage für eigene Aktien in Höhe von 6.029 TEUR erfolgt durch den Einzug eigener Aktien.

■ Gewinnvortrag

Die Hauptversammlung hat am 27. August 2009 beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2008 in Höhe von EUR 4.328.162,55 vollständig auf neue Rechnung vorzutragen.

■ Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2009 beträgt, unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr, EUR 11.319.414,93. In dem Bilanzgewinn ist der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2009 in Höhe von EUR 8.250.712,68 enthalten.

■ Stimmrechtsmeldungen

Der Gesellschaft liegen folgende Meldungen über das Bestehen einer Beteiligung, die nach § 20 Abs. 1 oder Abs. 4 AktG oder nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 1 a WpHG bzw. § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt worden sind, vor:

Die VV Beteiligungen AG mit Sitz in Heidelberg (Deutschland) hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 %, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt.

Die DELPHI Unternehmensberatung AG mit Sitz in Heidelberg (Deutschland) hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 % der Stimmrechte, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt. Hiervon sind der DELPHI Unternehmensberatung AG 54,395 % (6.336.950 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die der DELPHI Unternehmensberatung AG zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgendes von der DELPHI Unternehmensberatung AG kontrolliertes Unternehmen, dessen Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG 54,395 %, also 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

– VV Beteiligungen AG, Heidelberg

Sie selbst hält keine Aktien der Deutsche Balaton AG.

Herr Wilhelm Konrad Thomas Zours, Deutschland, hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 % der Stimmrechte, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt. Hier- von sind ihm 54,395 % (6.336.950 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Die ihm zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihm kontrollierte Unternehmen,

deren Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG jeweils 54,395 %, also jeweils 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

– DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg

– VV Beteiligungen AG, Heidelberg

Er selbst hält keine Aktien der Deutsche Balaton AG.

Die Axxion S.A., Luxemburg-Munsbach, Luxemburg, hat uns am 20. August 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG (ISIN: DE0005508204) am 16. August 2007 die Schwelle von 15,00 % überschritten hat und nun 15,03 % (Bestand Axxion S.A.: 2.007.111 Stücke) beträgt.

■ Rückstellungen

Die Steuerrückstellung betrifft die Rückstellung für Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 272 (Vj. EUR 0).

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 558 (Vj. TEUR 170) enthalten im Wesentlichen eine Drohverlustrückstellung, Rückstellung für ausstehenden Urlaub, Rechts- und Beratungskosten, Aufsichtsratsvergütungen sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses.

Die Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 325 (Vj. TEUR 0) ergibt sich aus einer Verpflichtung, Aktien eines assoziierten Unternehmens zu einem Kaufpreis von TEUR 325 zu erwerben, falls die Vertragspartei zwischen 1. Juli 2011 und 30. September 2011 die Put-Option ausübt.

■ Verbindlichkeiten

Hinsichtlich der Anleihen verweisen wir auf die Erläuterungen zu den sonstigen Wertpapieren.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf TEUR 12.642 (Vj. TEUR 9.357). Die

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 5.925 (Vj. TEUR 6.013) und betreffen überwiegend Darlehensverbindlichkeiten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 196 (Vj. TEUR 204) enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 18 (Vj. TEUR 14). Es bestehen zum Bilanzstichtag, wie im Vorjahr, keine Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

Bis auf die Verbindlichkeiten aus der Unternehmensanleihe 2008/2013 in Höhe von TEUR 10.000 (Vj. TEUR 10.000) sind alle Verbindlichkeiten kurzfristig fällig. Es bestehen, wie im Vorjahr, keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Für Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen waren zum Bilanzstichtag Pfandrechte an Aktien in Höhe von TEUR 1.600 (Vj. TEUR 2.400) bestellt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im banküblichen Umfang durch bankübliche Verpfändung von Wertpapierdepots und Bankkonten besichert.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

■ *Erträge aus Finanzanlagen*

Die Erträge aus Finanzanlagen betreffen im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von TEUR 1.444 (Vj. TEUR 1.909) Dividendenerträge aus dem Finanzanlagevermögen. Darin enthalten sind Dividendenerträge von verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 268 (Vj. TEUR 246).

■ *Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens*

Die Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von TEUR 6.010 entfallen auf Zuschreibungen von Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von TEUR 4.738 (Vj. TEUR 0), auf Zuschreibungen von eigenen Anteile in einem Umfang von TEUR 880 (Vj. TEUR 0), sowie von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von TEUR 392 (Vj. TEUR 0).

■ *Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens*

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen (TEUR 7.489) und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens (TEUR 2) in Höhe von insgesamt TEUR 7.492 (Vj. TEUR 23.601) betreffen ausschließlich Abschreibungen infolge eines niedrigeren beizulegenden Wertes; darin enthalten sind Abschreibungen auf eigene Anteile in einem Umfang von TEUR 0 (Vj. TEUR 4.388).

■ *Sonstige betriebliche Erträge*

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf TEUR 76 (Vj. TEUR 129) und enthalten im Wesentlichen Mieterträge in Höhe von TEUR 31 (Vj. TEUR 30), Erträge aus Kursdifferenzen in Höhe von TEUR 17 (Vj. TEUR 0) und Erträge aus Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 14 (Vj. TEUR 2).

Die periodenfremden Erträge betragen TEUR 14 (Vj. TEUR 2).

■ *Sonstige betriebliche Aufwendungen*

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf TEUR 2.151 (Vj. TEUR 1.878). Darin enthalten sind im Wesentlichen Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 741 (Vj. TEUR 1.075), Rechts- und Beratungskosten in Höhe von TEUR 588 (Vj. TEUR 291),

drohende Verluste aus einer gewährten Put-Option, ausübbar zwischen 1. Juli 2011 und 30. September 2011 in Höhe von TEUR 325 (Vj. EUR 0), Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von TEUR 170 (Vj. TEUR 164), Mieten für Büroräume und Parkgaragenplätze in Höhe von TEUR 85 (Vj. TEUR 84), Kosten für die Hauptversammlung und Investor Relations in Höhe von TEUR 58 (Vj. TEUR 100), Aufwendungen aus Kursdifferenzen in Höhe von TEUR 25 (Vj. EUR 0) und Kosten im Zusammenhang mit Veröffentlichungen im Bundesanzeiger sowie Handelsregistergebühren in Höhe von TEUR 4 (Vj. TEUR 4).

■ *Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge*

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von TEUR 3.086 (Vj. TEUR 933) enthalten sonstigen Zinsertrag und ähnliche Erträge in Höhe von TEUR 2.706 (Vj. TEUR 379) sowie sonstige Zinserträge aus verbundenen Unternehmen von TEUR 379 (Vj. TEUR 554).

In den Zinserträgen sind periodenfremde Zinsen in Höhe von TEUR 1.880 enthalten.

■ *Zinsen und ähnliche Aufwendungen*

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen belaufen sich im Berichtszeitraum auf TEUR 1.006 (Vj. TEUR 2.261). Darin enthalten sind Aufwendungen für Zinsen an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 176 (Vj. TEUR 722). Außerdem ist darin Zinsaufwand in Höhe von TEUR 319 (Vj. TEUR 491) für die 6,00 %-Unternehmensanleihe 2004/2009 und Zinsaufwand in Höhe von TEUR 291 (Vj. EUR 172) für die 5,00 %-Unternehmensanleihe 2008/2013 enthalten. Die Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten belaufen sich auf TEUR 203 (Vj. TEUR 877).

■ *Steuern vom Einkommen und vom Ertrag*

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR 497 (Vj. TEUR 4) beinhalten Körperschaftsteueraufwand und Zinsabschlagsteuer inkl. Solidaritätszuschlag in Höhe von TEUR 467 (Vj. TEUR 0) und Gewerbesteueraufwand in Höhe von TEUR 272 (Vj. TEUR 4). Gegenläufig wirkten sich Erträge aus Körperschaftsteuerguthaben 2009 in Höhe von TEUR 242 aus.

5. Sonstige Angaben

■ *Sonstige finanzielle Verpflichtungen, Haftung, Treuhandverhältnisse*

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 283, wovon TEUR 83 innerhalb eines Jahres und TEUR 200 innerhalb von zwei bis fünf Jahren fällig sind.

Gegenüber der CornerstoneCapital II AG & Co. KG ist die Gesellschaft als Kommanditist zu weiteren Einlageleistungen in Höhe von TEUR 38.462 verpflichtet.

Die Gesellschaft hat sich im Rahmen einer Optionsvereinbarung verpflichtet, 10 % der gesamten Aktien eines assoziierten Unternehmens zu einem Kaufpreis von TEUR 25 zu erwerben, falls die Vertragspartei bis zum 31. Januar 2012 die Put-Option ausübt.

Die Gesellschaft hat für die Gewährung eines kurzfristigen Darlehens in Höhe von 200 T€ diverse Sicherheiten erhalten. Zudem hat der Schuldner eine Kaufoption auf die Anteile einer kleinen Gesellschaft eingeräumt, die sich mit börsennotierten Wertpapieren beschäftigt. Die Option endet am 31. Dezember 2011 und der Kaufpreis der Anteile bemisst sich nach dem Eigenkapitalwert des Gesellschaftsanteils nach Verkehrswerten am zweiten Tag nach Abgabe der Annahmeerklärung in notariell beurkundeter Form

abzüglich 10 % Abschlag. Die Option dient in erster Linie der weiteren Absicherung des Darlehens.

Mitglieder der Organe im Geschäftsjahr 2009 waren:

■ *Vorstand*

- Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen

■ *Aufsichtsrat*

- Wilhelm Konrad Thomas Zours, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender
Vorstand DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg
Vorstand VV Beteiligungen AG, Heidelberg
- Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Mannheim
Stellvertretender Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
- Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim
Unternehmensberater

■ *Angaben zur Mitgliedschaft*

der Organmitglieder in Aufsichtsräten:

Herr Jörg Janich ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender
- CARUS AG, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender seit 18. Februar 2009
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim
Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG,
seit 1. Januar 2009

Herr Philip Andreas Hornig ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender
- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG,
seit 1. Januar 2010

Herr Dr. Burkhard Schäfer ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg,
seit 19. November 2009
- GPXS Services AG, München
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Thomas Zours nimmt keine weiteren Aufsichtsratsmandate wahr.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 betragen TEUR 255 (Vj. TEUR 335). Die Hauptversammlung vom 28. August 2006 hat den Vorstand gemäß § 286 Abs. 5 HGB ermächtigt, die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 und 7 HGB für den Jahresabschluss und in § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 6 und 7 für den Konzernabschluss verlangten Angaben in den Jahresabschlüssen und Konzernabschlüssen der Gesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2010 zu unterlassen.

Die Bezüge des Aufsichtsrats für seine Tätigkeit im Berichtszeitraum betragen insgesamt TEUR 32 (Vj. TEUR 32).

Im Berichtsjahr wurden neben dem Vorstand durchschnittlich 3 (Vj. 2) Mitarbeiter beschäftigt.

■ Abschlussprüferhonorar

Auf die Angabe des Honorars des Abschlussprüfers im Einzelabschluss wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet. Die Angabe wird im Konzernabschluss der Deutsche Balaton AG, Heidelberg, zusammengefasst für alle Konzernunternehmen gemacht.

■ Entsprechenserklärung

Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben die gemäß § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung im November

2009 abgegeben und den Aktionären dauerhaft auf der Internetseite der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zugänglich gemacht.

6. Konzernzugehörigkeit

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft stellt zum 31. Dezember 2009 als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss nach den internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften auf. Der Konzernabschluss wird nach § 325 Abs. 1 HGB im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft ist selbst nicht in den Konzernabschluss eines anderen Mutterunternehmens einbezogen.

7. Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

■ Beteiligungen mit einem Kapitalanteil von mindestens 20 Prozent

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag in TEUR
ABC Beteiligungen AG, Heidelberg	100,0 %	10.717	-5.122
Administration Intelligence AG, Würzburg (2008)	28,8 %	1.953	699
ASE AG, Bruchsal (2008)	25,1 %	363	72
Beta Systems Software AG, Berlin	38,5 %	14.506	539
BNS Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	13	-1
CARUS AG, Heidelberg	49,5 %	-217	-581
CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main	99,3 %	13.837	695
CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	16	-1

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg	90,0 %	4.381	245
CornerstoneCapital II In GmbH & Co. KG, Heidelberg	49,0 %	-7	0
CornerstoneCapital MTAG GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	-4.503	0
CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg	100,0 %	543	252
EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein	100,0 %	2.000	2.988
Eppstein Foils Holding GmbH, Eppstein	70,0 %	6.272	2.468
Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg	70,0 %	239	-8
Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein	100,0 %	1.725	430
Fortuna Technologie GmbH, Krems/Donau (A)	100,0 %	35	24
HART Technik Kft, Pomáz (HU)	100,0 %	2.252	196
Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg	77,4 %	12.883	-6.331
Human Solutions GmbH, Kaiserslautern (2008)	42,1 %	3.462	581
Isolite Holding GmbH, Ludwigshafen	40,0 %	4.014	1.480
Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck	67,5 %	1.233	896
PL Industrie-Verwaltungs-GmbH, Kappelrodeck	67,5 %	149	126
PL Verwaltungs-GmbH, Kappelrodeck	67,5 %	52	26
Qualification Star GmbH, Bad Soden am Taunus	50,0 %	3.074	1.049
Staniolfabrik Eppstein Flaschenk. GmbH, Eppstein	100,0 %	28	0
STRATEC Grundbesitz AG, Mannheim	70,0 %	1.749	-32
Stratec Projektgesellschaft mbH, Mannheim	100,0 %	22	0
STRATEC Rheinallee GmbH, Mannheim	93,9 %	-154	-465
Verwaltungsgesellschaft Eppstein FOILS mbH, Eppstein	100,0 %	80	3

■ *Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften mit einem Stimmrechtsanteil von mehr als 5 Prozent*

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
Kartonpack Rt., Budapest (HU) (2008)	8,3 %	4.357	328
Mania Technologie AG, Weilrod (Insolvenz 2008)	9,4 %	–	–
Mistral Media AG, Köln (2008)	8,2 %	18.584	-335
P&I Personal & Informatik AG, Wiesbaden (31.03.2009)	5,4 %	26.533	9.376
Synaxon AG, Bielefeld	14,7 %	15.509	883
TDS Informationstechnologie AG, Neckarsulm (31.03.2009)	6,3 %	51.446	9.284
wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main	36,7 %	39.535	3.279
W.E.T. Automotive Systems AG, Odelzhausen	10,5 %	40.191	-1.979

Anmerkungen:

- Die Angaben werden grundsätzlich in Tausend Euro (= TEUR) per 31.12.2009 gemacht.
- Die Angaben zu folgenden Gesellschaften erfolgen, sofern nicht nachfolgend in Klammern ein anderer Stichtag angegeben ist, auf den Stichtag 31.12.2008, da für diese Gesellschaften zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Anhangs keine aktuelleren Jahresabschlusszahlen zur Verfügung standen: Administration Intelligence AG, ASE AG, Human Solutions GmbH, Kartonpack Rt., Mania Technologie AG (Insolvenz 2008), Mistral Media AG, P&I Personal & Informatik AG (31.03.2009) und TDS Informationstechnologie AG (31.03.2009).
- Angaben in Euro zur Hart-Technik Kft. und Kartonpack Rt. sind unter Berücksichtigung des letzten von der Europäischen Zentralbank im Kalenderjahr 2009 am 31.12.2009 festgelegten Referenzkurses (1,00 EUR = 270,42 HUF) angegeben.

Heidelberg, 14. April 2010

Der Vorstand

Jörg Janich

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

Anschaffungskosten			
	01.01.2009	Zugänge	
	EUR	EUR	
I. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	282.235,81	14.712,42	
II. Finanzanlagen			
1. Anteile verbundene Unternehmen	60.774.848,77	2.076.778,19	
2. Beteiligungen	8.447.874,94	36.500,00	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	59.709.229,90	27.840,30	
	128.931.953,61	2.141.118,49	
	129.214.189,42	2.155.830,91	

Kumulierte Abschreibungen			
	01.01.2009	Zugänge	
	EUR	EUR	
I. Sachanlagenvermögen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.244,39	24.192,78	
II. Finanzanlagen			
1. Anteile verbundene Unternehmen	17.012.259,62	4.972.250,08	
2. Beteiligungen	0,00	2.411.700,04	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	30.372.731,92	104.960,19	
	47.384.991,54	7.488.910,31	
	47.425.235,93	7.513.103,09	

	Abgänge	Umbuchung	31.12.2009
	EUR	EUR	EUR
	13.348,81	0,00	283.599,42
	0,00	0,00	62.851.626,96
	247.500,00	69.970,63	8.306.845,57
	3.607.438,49	-69.970,63	56.059.661,08
	3.854.938,49	0,00	127.218.133,61
	3.868.287,30	0,00	127.501.733,03

	Abgänge	Umbuchung	Zuschreibungen	31.12.2009	Buchwerte 31.12.2009	31.12.2008
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	13.347,81	0,00	0,00	51.089,36	232.510,06	241.991,42
	0,00	0,00	0,00	21.984.509,70	40.867.117,26	43.762.589,15
	0,00	69.969,63	0,00	2.481.669,67	5.825.175,90	8.447.874,94
	330.376,34	-69.969,63	4.738.358,59	25.338.987,55	30.720.673,53	29.336.497,98
	330.376,34	0,00	4.738.358,59	49.805.166,92	77.412.966,69	81.546.962,07
	343.724,15	0,00	4.738.358,59	49.856.256,28	77.645.476,75	81.788.953,49

Versicherung des gesetzlichen Vertreters

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Heidelberg, den 14. April 2010

Der Vorstand

Jörg Janich

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 14. April 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Kronner
Wirtschaftsprüfer

Blohm
Wirtschaftsprüfer

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009

1. Anzuwendende Rechnungslegungsstandards

Der Konzernlagebericht für den Deutsche Balaton-Konzern (nachfolgend auch „Deutsche Balaton“ bezeichnet) ist im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009 der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (im Folgenden als „Deutsche Balaton AG“ bezeichnet) zu lesen; dieser wird nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt.

2. Geschäft und Rahmenbedingungen

■ 2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2009 zum ersten Mal seit sechs Jahren geschrumpft und die Finanzkrise hat das wirtschaftliche Umfeld im dritten Jahr in Folge beeinflusst.

Die US-Notenbank hat bereits im Januar 2009 500 Milliarden US-Dollar in den angeschlagenen Immobilienmarkt der USA gepumpt und hat dann später weitere Mittel nachgeschossen. Im Februar 2009 wurde in den USA mit einem Volumen von 790 Milliarden US-Dollar das größte je von einem Parlament beschlossene Konjunkturpaket zur Unterstützung der Wirtschaft und der Banken verabschiedet.

Auch in Deutschland war staatliche Hilfe zur Unterstützung der Banken notwendig. Die Commerzbank wurde teilverstaatlicht, indem der im Oktober 2008 auf dem Höhepunkt der Finanzkrise gegründete staatliche Finanzmarktstabilisierungsfonds (Soffin) 25 % plus eine Aktie an ihr übernommen hat. Das wohl größte Sorgenkind der deutschen Bankenlandschaft aber war die Hypo Real Estate Group (HRE). Hatte

der Bund zunächst im Sommer 2009 90 % der Anteile an der HRE erworben und in diesem Zusammenhang rund 3 Milliarden Euro zugeführt, folgte kurz darauf der Squeeze-Out der Minderheitsaktionäre. Bereits im November 2009 musste der Soffin dann erneut die HRE mit weiteren 3 Milliarden Euro stützen. Im Dezember 2009 betrug das um Prolongationen bereinigte Antragsvolumen auf Stabilisierungshilfen des Soffin insgesamt 238,2 Mrd. €. Das Volumen unterzeichneter Verträge für Stabilisierungshilfen belief sich auf 148,6 Mrd. €. Hiervon entfielen 117,7 Mrd. € auf die Gewährung von Garantien, 25,0 Mrd. € auf die Vergabe von Eigenkapital und 5,9 Mrd. € auf Risikoübernahmen.

Der 2008 zu beobachtende Absatzrückgang in der Automobilindustrie konnte in 2009 zwar mit staatlicher Hilfe gebremst werden. Wer sein altes Auto abwrackte, der durfte sich in 2009 beim Kauf eines Neuwagens über eine staatliche Prämie von 2.500 Euro freuen. Zu Beginn des Jahres 2010 kehrte auch hier, mit Auslaufen der Abwrackprämie, wieder Ernüchterung ein. Hingegen lieferten die Autobauer im Februar 2010 mehr als 300.000 Pkws ins Ausland; das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 57 %. Ein Jahr zuvor war der Export um 47 % eingebrochen.

Der in 2009 gebremste Absatzrückgang konnte aber die Zunahme von Kurzarbeit in der Automobilindustrie nicht verhindern. Nahezu alle namhaften Autohersteller und ihre Zulieferbetriebe schickten ihre Belegschaft in die staatlich subventionierte Arbeitszeitverringerung. Unvergessen auch der zähe Kampf um die Continental-Übernahme durch die Schaeffler-Gruppe. Beide Automobilzulieferer bekamen später die wirtschaftlichen Probleme in der Automobilindustrie auch zu spüren.

Überhaupt trug die Kurzarbeit insgesamt dazu bei, dass die Zahl der Erwerbslosen trotz des Wirtschaftseinbruchs im Jahresverlauf nicht überproportional zunahm. Somit lag die Zahl der Arbeitslosen mit rund 3,28 Mio. Arbeitslosen im Dezember 2009 rund 5,6 % über dem Vorjahresmonat. Im Jahresverlauf 2009 hat die Zahl der Arbeitslosen hingegen abgenommen, nachdem im Januar 2009 die Zahl der Arbeitslosen bei rund 3,49 Mio. lag und ihren Höhepunkt im März 2009 mit rund 3,59 Mio. arbeitslosen Personen hatte. Der Bestand an Kurzarbeitern erreichte seinen Höhepunkt im Mai 2009 mit rund 1,53 Mio., was einer Zunahme um rund 1,48 Mio. Euro im Jahresvergleich entspricht. Zum Jahresende waren noch rund 0,9 Mio. Kurzarbeiter registriert und damit etwa 55 % mehr als zu Jahresbeginn.

Dem moderaten Wachstum der deutschen Wirtschaft in 2008 mit einem preisbereinigten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,3 % folgte in 2009 ein Schreckensszenario. Deutschland erlebte mit einem Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5 % im Vorjahresvergleich seine schlimmste Rezession der Nachkriegszeit. Der wirtschaftliche Einbruch fand überwiegend im Winterhalbjahr 2008/2009 statt, wohingegen sich im Jahresverlauf 2009 eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung auf einem niedrigeren Niveau zeigte. Im vierten Quartal 2009 stagnierte dann das BIP preis-, saison- und kalenderbereinigt auf dem Niveau des Vorquartals.

Ein starker Einbruch zeigte sich in 2009 sowohl bei den Exporten wie auch den Ausrüstungsinvestitionen. Während die Exporte preisbereinigt um 14,7 % sanken, betrug der Rückgang bei den Importen nur 8,9 %. Dennoch war der Außenhandel im vierten Quartal 2009 mit einem quartalsbezogenen Zuwachs von 3,0 % bei um 1,8 % rückläufigen Importen der einzige Wachstumsimpuls.

Die Finanzkrise zeigte ihre Wirkungen auch an den internationalen Wertpapiermärkten. Am 9. März 2009 verzeichneten die weltweiten Börsenindizes ihren absoluten Tiefststand als Ausmaß der Finanzkrise. Der US-Aktienmarkt verzeichnete zu diesem Tag mit 6.440,08 Punkten sein Zwölf-Jahres-Tief. Der deutsche Leitindex DAX schloss am 9. März 2009 bei 3.692,03 Punkten, nachdem er am selben Tag sein Jahrestief bei 3.588,89 Punkten erreicht hatte. Bis zum Jahresende 2009 legte der DAX wieder um mehr als 65 % auf 5.957,43 Punkte zu. Im Jahresvergleich war im DAX somit ein Anstieg um rd. 23 % zu verzeichnen.

Ähnlich auch die Entwicklung im Anleihemarkt. Der von der Deutsche Börse AG herausgegebene Anleiheindex, in dem die Anleihen der DAX-30-Unternehmen erfasst sind, schloss das Jahr 2009, das er bei 92,93 Punkten begonnen hatte, bei einem Stand von 99,62 Punkten ab. Der Tiefstwert des RDAX wurde mit 91,56 Punkten am 18. März 2009 erreicht.

■ 2.2 Geschäftsverlauf

Der Deutsche Balaton-Konzern bewegte sich in seinem Geschäftsjahr 2009 in einem konträren Umfeld, geprägt durch die positive Entwicklung der Finanzmärkte und die größte Rezession der Nachkriegsgeschichte in Deutschland. Dieses Umfeld spiegelt sich auch im Geschäftsverlauf und schließlich dem Jahresergebnis wider.

Der Deutsche Balaton-Konzern setzte im Geschäftsjahr 2009 den Schwerpunkt seiner Investitionstätigkeit auf Unternehmensanleihen und Genussrechte. Hieraus konnten im Gesamtverlauf des Geschäftsjahres 2009 Erträge in Höhe von rd. 4,3 Mio. Euro erwirtschaftet werden.

Aus einem Spruchverfahren, das anlässlich der am 24. Februar 2000 beschlossenen Umwandlung der ehemaligen Friedrich Grohe AG durchgeführt wurde, hat der Deutsche Balaton-Konzern im Geschäftsjahr 2009 eine Nachbesserung in Höhe von rd. 4,7 Mio. Euro zuzüglich Zinsen von weiteren 1,9 Mio. Euro erhalten.

Demgegenüber sind im Deutsche Balaton-Konzern zum 31. Dezember 2009 aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und anhaltend niedrigen Börsenkursen Wertberichtigungen auf langfristige und kurzfristige Wertpapiere von rd. 6,0 Mio. Euro vorgenommen worden, die das Jahresergebnis schmälern. Den Wertberichtigungen steht eine Zunahme der Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert in Höhe von rd. 8,7 Mio. Euro gegenüber.

Im Rahmen von beschlossenen Squeeze-Outs bei verschiedenen Unternehmen hat die Deutsche Balaton Aktienpakete eingereicht und hierfür Abfindungen erhalten. Aktien wurden im Rahmen des Squeeze-Outs bei der Kölnische Rückversicherungsgesellschaft AG, Köln, und der Techem AG, Eschborn, eingereicht.

Wesentliche Unternehmensbeteiligungen wurden im Geschäftsjahr 2009 nicht veräußert.

Im Dezember 2009 wurde auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft Deutsche Balaton AG mit der Aktionärin VV Beteiligungen AG, Heidelberg, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses über rd. 54 % der Aktien und Stimmrechte verfügte, ein Entherrschungsvertrag abgeschlossen. In dem Entherrschungsvertrag hat sich die VV Beteiligungen AG gegenüber der Deutsche Balaton AG verpflichtet, während der Laufzeit des Entherrschungsvertrages in

den Hauptversammlungen der Deutsche Balaton AG grundsätzlich jeweils nur so viele Stimmrechte auszuüben, dass bei den jeweiligen Abstimmungen durch die VV Beteiligungen AG keine Stimmrechtsmehrheit erreicht wird. Der Entherrschungsvertrag ist auf unbestimmte Zeit, mindestens aber fünf Jahre, abgeschlossen.

Der Deutsche Balaton-Konzern war, wie schon im Vorjahr, im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 von den Auswirkungen der Subprime-Krise nicht unmittelbar betroffen. Geschäfte mit Hypothekendarlehen oder damit verbundenen Finanzprodukten wurden auch im Geschäftsjahr 2009, mit Ausnahme des Erwerbs von Hypothekendarlehen, die den Bestimmungen des deutschen Pfandbriefgesetzes unterliegen, nicht getätigt.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Deutsche Balaton-Konzerns

3.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung

Aufgrund der erstmaligen Vollkonsolidierung der Eppstein FOILS GmbH & Co. KG, Eppstein, und der Lenk-Gruppe für ein volles Geschäftsjahr im Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009 ist die Vergleichbarkeit der Umsatz- und Ertragsentwicklung mit dem Vorjahr nur teilweise möglich. Betroffen davon sind insbesondere die Abschlussposten Umsatzerlöse, Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Zuwendungen an Arbeitnehmer, Abschreibungen sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

Das Periodenergebnis im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von rd. 12,9 Mio. Euro (Vj. rd. -20,4 Mio. Euro) geht wesentlich auf sonstige betriebliche Erträge aus Geschäften in Unternehmensanleihen und Genussrechten zurück. In das Periodenergebnis sind außer-

dem die Ergebnisse der drei vollkonsolidierten Industrieunternehmen (Ergebnis vor Konsolidierungseffekten aus den IFRS-Einzelabschlüssen der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, und der Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck, sowie der EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein) mit anteilig rd. 2,3 Mio. Euro eingeflossen.

Den Konzernumsatzerlösen, die sich im Geschäftsjahr 2009 auf rd. 52,2 Mio. Euro (Vj. rd. 25,0 Mio. Euro) belaufen, stehen im Berichtszeitraum Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von rd. 25,0 Mio. Euro (Vj. rd. 12,2 Mio. Euro) gegenüber. Die Bestandsveränderungen fertige und unfertige Erzeugnisse sind mit rd. -0,6 Mio. Euro (+0,8 Mio. Euro) negativ. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen im Berichtsjahr mit rd. 16,1 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahreswert (Vj. rd. 3,0 Mio. Euro). Der Anstieg der Umsatzerlöse und Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist auf die erstmalige 12-monatige Einbeziehung der EppsteinFOILS GmbH & Co. KG sowie der Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck, zurückzuführen. Des Weiteren hat die Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, zu den Umsatzerlösen sowie Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und sonstigen betrieblichen Aufwendungen beigetragen.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist im Geschäftsjahr 2009 ein deutlicher Anstieg um rd. 13,1 Mio. Euro auf rd. 16,1 Mio. Euro zu verzeichnen. Aus der Veräußerung und ergebniswirksamen Bewertung von Wertpapieren wurde im Geschäftsjahr 2009 ein konzernweites Ergebnis in Höhe von rd. 15,1 Mio. Euro (Vj. rd. 2,0 Mio. Euro) erzielt, das in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten ist.

Das Rohergebnis des Geschäftsjahres 2009 des Deutsche Balaton-Konzerns beläuft sich auf rd.

42,8 Mio. Euro (Vj. rd. 16,5 Mio. Euro). Im Rohergebnis sind die Umsatzerlöse sowie sonstige betriebliche Erträge und Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres 2009 sowie die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe enthalten. Der deutliche Anstieg des Rohergebnisses resultiert aus den im Vorjahresvergleich um rd. 27,2 Mio. Euro höheren Umsatzerlösen, wohingegen die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nur um rd. 12,8 Mio. Euro im Berichtszeitraum gestiegen sind. Außerdem hat der deutliche Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge, die sich im Vorjahresvergleich um rd. 13,1 Mio. Euro verbessert haben, zum Rohergebnis beigetragen. Der Anstieg der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträgen steht im Zusammenhang mit den Erträgen der produzierenden Konzernunternehmen sowie Erträgen aus der Veräußerung von Wertpapieren.

Bei den Zuwendungen an Arbeitnehmer ist ein Anstieg auf rd. 14,1 Mio. Euro (Vj. rd. 8,4 Mio. Euro) zu verzeichnen, der überwiegend auf die erstmalige 12-monatige Einbeziehung der Papierwerke Lenk AG sowie der Eppstein FOILS GmbH & Co. KG zurück geht.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen im Deutsche Balaton-Konzern belaufen sich auf rd. 1,9 Mio. Euro (Vj. rd. 1,0 Mio. Euro). Die Abschreibungen gehen überwiegend auf planmäßige Abschreibungen bei den drei vollkonsolidierten Industrieunternehmen zurück, insbesondere auf die erstmals in einem gesamten Geschäftsjahr vollkonsolidierte EppsteinFOILS GmbH & Co. KG. Außerdem sind zum 31. Dezember 2009 Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien in Höhe von rd. 0,1 Mio. Euro (Vj. 0,1 Mio. Euro) ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2009 liegen mit rd. 10,8 Mio. Euro um rd. 3,3 Mio. Euro über dem Vorjahreswert in Höhe von rd. 7,5 Mio. Euro. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten, Investor Relations, Abschluss- und Prüfungskosten, Raumkosten sowie sonstige Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs enthalten. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen geht wesentlich auf die erstmalige 12-monatige Einbeziehung von zwei Industrieunternehmen in einem vollen Geschäftsjahr zurück und betrifft höhere Kosten für Marketing und Vertrieb, Instandhaltung und Reparatur von technischen Anlagen und Maschinen sowie Reisekosten der Arbeitnehmer.

Das Konzernbetriebsergebnis 2009 ist, nach einem negativen Konzernbetriebsergebnis im Vorjahr (rd. -0,4 Mio. Euro), mit rd. 16,0 Mio. Euro positiv. Das Konzernbetriebsergebnis ermittelt sich aus dem Rohergebnis, den Zuwendungen an Arbeitnehmer, den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und den Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen sowie Abschreibungen auf Immobilien im Finanzanlagevermögen.

Das Konzernfinanzergebnis des Geschäftsjahres 2009 ist mit rd. -3,0 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr (Vj. rd. -24,5 Mio. Euro) deutlich verbessert, aber dennoch im dritten Geschäftsjahr in Folge negativ. Das Konzernfinanzergebnis setzt sich aus den Finanzerträgen abzüglich der Finanzierungsaufwendungen zusammen.

Die Finanzerträge in Höhe von rd. 6,9 Mio. Euro (Vj. rd. 7,2 Mio. Euro) enthalten Dividendenerträge in Höhe von rd. 1,2 Mio. Euro (Vj. rd. 1,6 Mio. Euro). Die Zins- und zinsähnlichen Erträge liegen mit rd. 5,5 Mio. Euro leicht über dem Vorjahreswert (Vj. rd. 5,1 Mio. Euro).

In den Finanzierungsaufwendungen von rd. 9,9 Mio. Euro sind im Geschäftsjahr 2009 Wertminderungen auf im Konzern langfristig und kurzfristig gehaltene Wertpapiere in Höhe von rd. 6,0 Mio. Euro (Vj. rd. 25,4 Mio. Euro) enthalten. Die Wertminderungen im Vorjahr 2008 erfolgten im Zusammenhang mit den starken Kursverlusten an den Wertpapiermärkten. Im Berichtsjahr entfallen von den Wertminderungen auf im Konzern langfristig und kurzfristig gehaltene Wertpapiere rd. 5,5 Mio. Euro auf die Beteiligung an der Beta Systems Software AG. Aufgrund der in 2009 insgesamt erholten Wertpapiermärkte traten Wertminderungen auf andere im Konzern gehaltene Wertpapiere nur in geringem Umfang auf.

In den Finanzierungsaufwendungen sind außerdem Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen im Umfang von rd. 3,9 Mio. Euro enthalten. Unter den Zinsen und zinsähnlichen Aufwendungen sind Zinsen für zwei Unternehmensanleihen in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro (Vj. rd. 0,7 Mio. Euro) sowie ein aus kurzfristigen Kapitalmarktgeschäften resultierender Aufwand in Höhe von rd. 1,9 Mio. Euro (Vj. rd. 4,0 Mio. Euro) erfasst. Insgesamt liegen die Zinsaufwendungen im Deutsche Balaton-Konzern im Geschäftsjahr 2009 um rd. 2,3 Mio. Euro unter denen des Vorjahres (Vj. rd. 6,2 Mio. Euro).

Der auf die assoziierten Unternehmen entfallende Ergebnisanteil ist, wie im Vorjahr, mit rd. 1,4 Mio. Euro (Vj. rd. 3,3 Mio. Euro) positiv. Dieser Ergebnisanteil ist insbesondere auf die positive Entwicklung bei den assoziierten Unternehmen wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main, und Beta Systems Software AG, Berlin, zurückzuführen, deren anteilige Periodenergebnisse sich um rd. 0,33 Mio. Euro (wvd) bzw. rd. 1,36 Mio. Euro (Beta Systems) gegenüber dem Vorjahr verringert haben.

Das Ergebnis nach Steuern aus fortgeführter Geschäftstätigkeit liegt im Geschäftsjahr 2009 mit rd. 12,2 Mio. Euro deutlich über dem negativen Vorjahresergebnis von rd. -21,6 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten (rd. 0,7 Mio. Euro; Vj. rd. 1,3 Mio. Euro) beläuft sich das Periodenergebnis des Geschäftsjahres 2009 auf rd. 12,9 Mio. Euro (Vj. rd. -20,4 Mio. Euro).

■ 3.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Struktur der Vermögenswerte ist geprägt durch einen deutlichen Anstieg der kurzfristigen Vermögenswerte sowie einen moderaten Zuwachs bei den langfristigen Vermögenswerten. Auf der anderen Seite weisen die langfristigen Schulden einen deutlichen Rückgang auf, wohingegen die kurzfristigen Schulden sich in vergleichbarem Verhältnis erhöht haben. Die Veränderung der Bilanzstruktur ist insbesondere durch den deutlichen Anstieg der zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere geprägt.

Zum 31. Dezember 2009 beläuft sich die Bilanzsumme des Deutsche Balaton-Konzerns auf rd. 140,5 Mio. Euro und liegt damit rd. 15,4 % über dem Vorjahreswert von rd. 121,7 Mio. Euro. Aus dem Quotient aus bilanziellem Eigenkapital und Bilanzsumme ergibt sich zum 31. Dezember 2009 eine Eigenkapitalquote von rd. 66,3 % (Vj. rd. 59,2 %). Das Konzerneigenkapital ist aufgrund des positiven Periodenergebnisses und dem Anstieg der Neubewertungsrücklage deutlich um rd. 21,1 Mio. Euro angestiegen. Die Zunahme des Eigenkapitals bei gleichzeitig insgesamt gering verminderten Schulden führt zu einer Verschiebung des Verhältnisses aus Eigenkapital und Fremdkapital zu Gunsten des Eigenkapitals.

Das langfristige Vermögen des Deutsche Balaton-Konzerns ist zum Bilanzstichtag um rd. 4,8 % auf 93,3 Mio. Euro (Vj. rd. 89,1 Mio. Euro) erhöht. In den langfristigen Vermögenswerten sind Anteile an assoziierten Unternehmen in Höhe von rd. 25,2 Mio. Euro (Vj. 30,2 Mio. Euro) sowie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in Höhe von rd. 47,4 Mio. Euro (Vj. rd. 40,6 Mio. Euro) enthalten. Durch die zum 31. Dezember 2009 infolge der Kursentwicklung an den Wertpapiermärkten vorgenommenen Wertzuschreibungen auf das Wertpapierportfolio haben sich die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte um rd. 6,8 Mio. Euro auf rd. 47,4 Mio. Euro erhöht. Außerdem lagen die im Geschäftsjahr 2009 getätigten Investitionen unter den Finanzanlagenabgängen, woraus ein Nettoabgang in Höhe von rd. 2,1 Mio. Euro resultiert. In den Abgängen aus den Finanzanlagen sind Beteiligungen an der Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, und der Techem AG, Eschborn, enthalten.

Die immateriellen Vermögenswerte und Firmenwerte sind zum 31. Dezember 2009 mit rd. 3,5 Mio. Euro um rd. 0,4 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert (Vj. rd. 3,8 Mio. Euro) ausgewiesen. Der Rückgang resultiert aus planmäßigen Abschreibungen immaterieller Vermögenswerte. Das Sachanlagevermögen ist von rd. 5,9 Mio. Euro um rd. 0,8 Mio. Euro auf rd. 6,7 Mio. Euro infolge der Investitionstätigkeit angestiegen.

Der Bestand der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien hat sich zum 31. Dezember 2009 um rd. 0,5 Mio. Euro auf rd. 6,9 Mio. Euro leicht erhöht.

Die sonstigen Forderungen haben sich um rd. 0,6 Mio. Euro reduziert.

Die kurzfristigen Vermögenswerte sind einerseits insbesondere durch den Anstieg der zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere um rd. 18,0 Mio. Euro sowie der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente um rd. 6,0 Mio. Euro, andererseits durch den Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um rd. 9,8 Mio. Euro bestimmt. Der Anstieg der zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere ist insbesondere auf den im Geschäftsjahr 2009 vorgenommenen Erwerb von Inhaberschuldverschreibungen, Pfandbriefen und Genussscheinen zurückzuführen. Der Anstieg der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beruht auf den zum Bilanzstichtag bestehenden Bankguthaben. Der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist überwiegend durch die Erfüllung einer Forderung aus dem Verkauf börsennotierter Wertpapiere im Rahmen eines Übernahmeangebots bestimmt.

Das kurzfristige Konzernvermögen beläuft sich zum 31. Dezember 2009 auf rd. 47,1 Mio. Euro (Vj. rd. 32,7 Mio. Euro). Darin enthalten sind Vorräte in Höhe von rd. 10,1 Mio. Euro (Vj. rd. 10,9 Mio. Euro inkl. der Fertigungsaufträge), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von rd. 2,7 Mio. Euro (Vj. rd. 12,5 Mio. Euro), laufende Steuererstattungsansprüche in Höhe von rd. 1,6 Mio. Euro (Vj. rd. 2,5 Mio. Euro) und sonstige Vermögenswerte in Höhe von rd. 3,6 Mio. Euro (Vj. rd. 1,7 Mio. Euro). In den laufenden Steuererstattungsansprüchen sind Körperschaftsteuerguthaben gem. § 37 (5) KStG mit einem Barwert von 0,2 Mio. Euro enthalten. Weiter sind in dem kurzfristigen Konzernvermögen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von rd. 9,9 Mio. Euro (Vj. rd. 3,9 Mio. Euro) enthalten. Die Zahlungsmittel und Äquivalenzen haben sich aufgrund der Finanzstruktur im Konzern verändert. Fertigungsaufträge sind zum 31. Dezember 2009 nicht (Vj. rd. 2,1 Mio. Euro) ausgewiesen, da im Berichtsjahr die Produktion konzern-

weit auf sogenannte individualisierte Massenfertigung umgestellt wurde und ein Ausweis der Fertigungsaufträge hierdurch entfällt.

Das Konzerneigenkapital zum 31. Dezember 2009 beträgt rd. 93,2 Mio. Euro (Vj. rd. 72,0 Mio. Euro). Die Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert hat sich durch Kursgewinne und Bewertung der Unternehmensbeteiligungen aus noch gehaltenen Wertpapieren deutlich von 5,2 Mio. Euro auf 13,9 Mio. Euro erhöht.

Im Konzern werden zum Bilanzstichtag keine eigenen Aktien der Deutsche Balaton AG gehalten. Zum Vorjahresstichtag hielt der Deutsche Balaton-Konzern noch eigene Aktien der Deutsche Balaton AG in einem Umfang von Stück 999.958, die im Vorjahr das Konzerneigenkapital um 9,2 Mio. Euro gemindert haben. Der konzernweite Bestand an eigenen Aktien ist damit um Stück 999.958 Aktien bzw. um 9,2 Mio. Euro niedriger als zum Vorjahresstichtag. Im Berichtsjahr 2009 wurden insgesamt 1.059.402 eigene Aktien eingezogen. Hierdurch hat sich das ausgewiesene Grundkapital des Deutsche Balaton-Konzerns von 12.699.826,00 Euro um 1.059.402,00 Euro auf 11.640.424,00 Euro verringert. Hinsichtlich der Einzelheiten zur Entwicklung des Bestands an eigenen Aktien wird auf die Übernahmerechtlichen Angaben unter Ziffer 12 des Lageberichts verwiesen.

Die zum 31. Dezember 2009 im Deutsche Balaton-Konzern ausgewiesenen lang- und kurzfristigen Schulden sind zum 31. Dezember 2009 mit rd. 47,3 Mio. Euro um rd. 2,4 Mio. Euro niedriger als noch zum Vorjahresstichtag (Vj. rd. 49,7 Mio. Euro). Die Veränderungen resultieren überwiegend aus der Rückzahlung einer Unternehmensanleihe und einer Zunahme von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Berichtsjahr.

Unter den langfristigen Schulden (23,6 Mio. Euro; Vj. rd. 30,0 Mio. Euro) sind unter anderem finanzielle Schulden (rd. 20,2 Mio. Euro) um rd. 7,1 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert von rd. 27,3 Mio. Euro ausgewiesen. Die latenten Steuerschulden haben sich im Berichtsjahr um rd. 0,5 Mio. Euro auf rd. 1,3 Mio. Euro (Vj. rd. 0,8 Mio. Euro) erhöht.

In den finanziellen Schulden war im Vorjahr noch die im Jahr 2004 mit einer Laufzeit von fünf Jahren begebene 6,00 %-Unternehmensanleihe ausgewiesen, die im Geschäftsjahr 2009 vollständig zurückbezahlt wurde. Im Geschäftsjahr 2008 wurde eine neue 5,00 %-Unternehmensanleihe mit einer Laufzeit von fünf Jahren begeben. Diese ist unter den langfristigen finanziellen Schulden mit ihrem Nominalbetrag von 5,8 Mio. Euro ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag waren 5,8 Mio. Euro ausstehend. Ein Nominalbetrag von 4,2 Mio. Euro, der als Eigenbestand gehalten wird, ist von den langfristigen finanziellen Schulden abgezogen.

Die kurzfristigen Schulden belaufen sich zum Bilanzstichtag auf rd. 23,7 Mio. Euro (Vj. rd. 19,7 Mio. Euro) und enthalten finanzielle Schulden in Höhe von rd. 16,2 Mio. Euro (Vj. rd. 12,9 Mio. Euro), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von rd. 2,3 Mio. Euro (Vj. rd. 2,1 Mio. Euro) und laufende Steuerschulden in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro (Vj. rd. 0,9 Mio. Euro). Die ebenfalls unter den kurzfristigen Schulden ausgewiesenen sonstigen Schulden sind zum Bilanzstichtag mit rd. 4,0 Mio. Euro im Vorjahresvergleich nur leicht erhöht (Vj. rd. 3,8 Mio. Euro). In den sonstigen Schulden sind insbesondere Personalverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Gewährleistungen und Anzahlungen auf Bestellungen sowie Lohnsteuer- und Umsatzsteuerverbindlichkeiten enthalten.

Die Finanzlage des Konzerns entwickelte sich im Geschäftsjahr 2009 positiv.

Der Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit (Mittelzufluss) war mit rd. 31,4 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2009 positiv und hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um rd. 41,2 Mio. Euro verbessert. Hierfür ursächlich ist, ausgehend von dem positiven Periodenergebnis, insbesondere der Rückgang bei den Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Mittelabfluss) erhöhte sich um rd. 14,1 Mio. Euro auf rd. 21,0 Mio. Euro (Vj. rd. 6,9 Mio. Euro). Der im Berichtszeitraum gestiegene Mittelabfluss ist auf die im Jahresvergleich gestiegenen Investitionen zurückzuführen. Während im Geschäftsjahr 2008 die Auszahlungen für die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen bei rd. 0,3 Mio. Euro lagen, sind diese im Geschäftsjahr 2009 auf rd. 2,4 Mio. Euro angestiegen. Deutlich ist auch die Veränderung bei den Auszahlungen für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, assoziierten Unternehmen, sonstigen finanziellen Vermögenswerten und im laufenden Jahr aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren, die zum 31. Dezember 2009 mit rd. 59,5 Mio. Euro um rd. 38,2 Mio. Euro über den Vorjahresauszahlungen liegen. Den Auszahlungen stehen höhere Einzahlungen aus Abgängen von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, assoziierten Unternehmen, sonstigen finanziellen Vermögenswerten und im laufenden Jahr aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren (rd. 43,7 Mio. Euro; +rd. 17,3 Mio. Euro) gegenüber. Demgegenüber waren die Auszahlungen für Unternehmenserwerbe im Berichtsjahr mit rd. 1,0 Mio. Euro um rd. 10,8 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr.

Die Entwicklung des Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist im Geschäftsjahr 2009 geprägt durch die Rückzahlung einer Unternehmensanleihe in Höhe von rd. 7,2 Mio. Euro, die sich negativ auf den Cashflow ausgewirkt hat. Hingegen liegen die Auszahlungen für den Erwerb eigener Aktien mit rd. 0,4 Mio. Euro im Berichtszeitraum deutlich um rd. 8,8 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Insgesamt ist der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit mit rd. 4,4 Mio. Euro negativ.

■ 3.3 Bedeutende Konzerngesellschaften und -beteiligungen

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Konzerns lag im Geschäftsjahr 2009 in Beteiligungen an Unternehmen. Darüber hinaus wurden von Konzernunternehmen auch Geschäfte im Bereich Immobilien getätigt. Mit der EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein, und der Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck, gehören seit dem Geschäftsjahr 2008 zwei weitere Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe zum Konzernverbund.

■ *CornerstoneCapital*

Die CornerstoneCapital II AG & Co. KG hat im Februar 2009 im Rahmen eines MBO/MBI (Management-Buy-Out / Management-Buy-In) zusammen mit weiteren Co-Investoren rd. 91 % der Aktien an der Integrata AG, Stuttgart, von der Logica-Gruppe erworben. Bei der Integrata AG handelt es sich um einen führenden, herstellerunabhängigen Qualifizierungspartner rund um die Informationstechnologie, Business & Skills sowie SAP Trends & Prozesse. Mit dem Einstieg bei der Integrata AG verfügt der CornerstoneCapital II-Fonds jetzt über zwei Beteiligungen. Bereits in 2008 konnte der Fonds eine mittelbare Beteiligung an der EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein, einem Hersteller hochveredelter NE-Metallfolien, erwerben.

Die ebenfalls im Bereich Private Equity tätige CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, geht seit der Neustrukturierung ihrer Aktivitäten in 2007 keine Neuinvestments mehr ein. Jedoch können bestehende Beteiligungen weiterhin aufgestockt werden. Zum 31. Dezember 2009 bestehen noch sieben aktive Beteiligungen, die in den nächsten Jahren verkauft werden sollen.

Die CornerstoneCapital II AG & Co. KG und die CornerstoneCapital AG gehören zum Kreis der in dem Konzernabschluss vollkonsolidierten Unternehmen.

■ *ABC Beteiligungen AG*

Die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, hält zum Bilanzstichtag eine rd. 77 %-ige Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg, die den überwiegenden Teil des Vermögens der ABC Beteiligungen darstellt. Die ABC Beteiligungen AG hat ihr am 31. Dezember 2009 beendetes Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Vj. 0,3 Mio. Euro) abgeschlossen. Das negative Jahresergebnis der ABC Beteiligungen AG beruht im Wesentlichen auf Wertberichtigungen anlässlich der Ergebniszahlen ihrer Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG, die ihr Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 6,4 Mio. Euro (Vj. Jahresüberschuss in Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro) abgeschlossen hat.

Die Heidelberger Beteiligungsholding AG hat vor dem Hintergrund der anhaltenden Börsenbewertung der Beta Systems Software AG, Berlin, aufgrund bilanzieller Vorschriften entschieden, die Bewertung der Beteiligung an der Beta System Software AG auf den Börsenkurs zum Stichtag 31. Dezember 2009 anzupassen. Diese Wertberichtigung führt im Jahresabschluss 2009 der Heidelberger Beteiligungsholding AG zu einem negativen Ergebnisbeitrag in Höhe von

rd. 6,9 Mio. Euro. Der operative Gewinn der Heidelberger Beteiligungsholding AG hat sich im Geschäftsjahr 2009 um rd. 0,2 Mio. Euro auf rd. 0,5 Mio. Euro (Vj. rd. 0,3 Mio. Euro) erhöht.

Die ABC Beteiligungen ist im Konzernabschluss vollkonsolidiert.

■ *Beta Systems Software AG*

Der Deutsche Balaton-Konzern hält eine Beteiligung von rd. 38 % an dem Entwickler hochwertiger Softwareprodukte und -lösungen für die sichere und effiziente Verarbeitung großer Datenmengen.

Die internationale Finanzmarktkrise hatte im Geschäftsjahr 2009 auf die Geschäftsbereiche der Beta Systems Software AG mit Sitz in Berlin (Beta Systems) unterschiedliche Auswirkungen. Das Infrastrukturgeschäft im Bereich LoB Data Center Infrastructure (DCI) war mit einem Umsatz (nachfolgende Angaben beziehen sich, soweit nicht explizit anders angegeben, sämtlich auf den Beta Systems-Konzern (IFRS)) von rd. 39,5 Mio. Euro (Vj. rd. 40,5 Mio. Euro) und einem Ergebnisbeitrag von rd. 17,4 Mio. Euro (Vj. rd. 21,2 Mio. Euro) nahezu stabil bzw. konnte im Bereich LoB Identity Management (IdM) bei einem Segmentumsatz von rd. 9,3 Mio. Euro auf rd. 12,7 Mio. Euro das Segmentergebnis von rd. 0,4 Mio. Euro auf rd. 2,9 Mio. Euro steigern. Im Gegensatz zum Infrastrukturgeschäft war das ECM-Lösungsgeschäft (LoB Enterprise Content Management (ECM)) stark negativ betroffen, da sich dessen Hauptkunden Banken und Versicherungen deutlich mit Investitionen zurückgehalten haben bzw. Projekte verschoben wurden und von Kundenseite der Preisdruck erhöht wurde. Im Bereich ECM war daher im Geschäftsjahr 2009 ein deutlicher Umsatzrückgang um rd. ein Drittel auf rd. 28,8 Mio. Euro zu verzeichnen, der sich auch in einem Rück-

gang des Segmentergebnisses von rd. 7,1 Mio. Euro auf rd. 1,3 Mio. Euro zeigte. Der Gesamtumsatz auf Konzernebene ging demzufolge im Geschäftsjahr 2009 auf rd. 81,1 Mio. Euro (Vj. rd. 90,4 Mio. Euro) zurück.

Das Konzernbetriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) lag 2009 bei € 1,4 Mio. (2008: € 6,4 Mio.) und das EBITDA (EBIT vor Abschreibungen) bei € 4,9 Mio. (2008: € 10,3 Mio.). Das Vorsteuerergebnis (EBT) betrug hierbei € 1,7 Mio. (2008: € 6,0 Mio.) und das Konzernjahresergebnis (gemäß IFRS) war mit € 1,2 Mio. (2008: € 4,8 Mio.) weiterhin positiv. Das Ergebnis je Stammaktie lag bei € 0,09 (2008: € 0,36). Ebenfalls positiv war mit € 0,5 Mio. für das Jahr 2009 der Jahresüberschuss der Beta Systems Software AG gemäß HGB (2008: € 1,3 Mio.).

Beta Systems hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 ein Maßnahmenpaket verabschiedet, in dessen Mittelpunkt, neben kurzfristigen Kosteneinsparungen, eine Neuausrichtung des Lösungsgeschäfts steht. Um größtmögliche Freiheitsgrade bei der Auswahl geeigneter Optionen zu haben, wurde der Bereich ECM organisatorisch und gesellschaftsrechtlich separiert und in eine eigenständige Tochtergesellschaft ausgegliedert. Die Hauptversammlung der Beta Systems hat der Ausgliederung im Dezember 2009 zugestimmt. Durch die rechtliche Verselbständigung soll es für den Geschäftsbereich ECM leichter sein, sich stärker als bisher auf das eigene, sehr spezifische Großprojekt- bzw. Lösungsgeschäft im Banken- und Versicherungsumfeld zu fokussieren.

Um das Umsatzniveau wieder zu heben und die Ertragskraft nachhaltig zu steigern, beabsichtigt Beta Systems nach eigenen Angaben auch in Zukunft die eingeschlagene Strategie weiter zu verfolgen und die Marktposition im Infrastrukturgeschäft und im ECM-Lösungsgeschäft auszubauen.

Das Management bei Beta Systems rechnet insgesamt im Jahr 2010 mit einer umsatzseitigen Erholung im Zuge der Auflösung des Investitionsstaus. Gegenwärtig erarbeitet der Vorstand verschiedene Konzepte für eine zukünftige Neuausrichtung. Aufgrund der im 1. Halbjahr abschließend zu definierenden Maßnahmen in Verbindung mit kurzfristig wirksamen Kostenanpassungen (u. a. selektive Einführung von Kurzarbeit im Bereich ECM) geht der Vorstand der Beta Systems davon aus, dass sich das Ergebnis im Jahr 2010 auf dem Niveau des Berichtsjahres 2009 stabilisieren wird mit dem Ziel eines deutlichen Umsatz- und Ergebniswachstums in den Jahren 2011 und 2012.

■ *W.E.T. Automotive Systems AG*

Die W.E.T. Automotive Systems AG (W.E.T.), Odelzhausen, konnte nach eigenen Angaben trotz der weiter anhaltenden Krise der Automobilzulieferindustrie operative Stärke beweisen. In ihrem Geschäftsjahr 2009 (1. Januar 2009 – 31. Dezember 2009) erzielte der Automobilzulieferer mit rd. 158,1 Mio. Euro einen Konzernumsatz, der rd. 7 % unter dem Vorjahresniveau von rd. 169,6 Mio. Euro liegt. Das operative Ergebnis konnte von rd. -38,2 Mio. Euro auf rd. 1,0 Mio. Euro deutlich gesteigert werden. Das Ergebnis konnte insbesondere durch Programme zur Kostensenkung und Optimierung erreicht werden.

Der Automobilzulieferer im Bereich von Sitzklimasystemen konnte zum 1. Oktober 2009 die Kurzarbeit zurückfahren und gleichzeitig eine zehnpromtente Gehaltsreduzierung für Mitarbeiter an Standorten mit hoher Auslastung aufheben.

Im November 2009 hat die W.E.T. mitgeteilt, sie habe erfahren, dass ein Wettbewerber, das in den USA

ansässige Unternehmen Amerigon Incorporated (Amerigon), in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Klage gegen ihre kanadische Tochtergesellschaft wegen behaupteter Patentverletzungen eingereicht habe. Die Gesellschaft halte den Vorwurf der Patentverletzung für unbegründet. Im Februar 2010 hat die W.E.T. mitgeteilt, ihre kanadische Tochtergesellschaft habe ihrerseits eine Klage gegen Amerigon wegen Verstoßes gegen acht Patente, die sich im Besitz der W.E.T. befänden, eingereicht.

Im April 2010 hat die W.E.T. Automotive Systems AG den Abschluss von Finanzierungsverträgen angekündigt. Außerdem hat die Gesellschaft über den Wechsel des Mehrheitsaktionärs berichtet.

Der Vorstand der W.E.T. ist nach eigenen Angaben davon überzeugt, infolge des verbesserten Geschäftsumfelds und den internen Programmen zur Optimierung und Effizienzsteigerung, wie Purchase Excellence und Lean Production, in den kommenden Jahren die Ergebnisse des W.E.T.-Konzerns weiter und nachhaltig zu verbessern.

Der Deutsche Balaton-Konzern hält an der W.E.T. eine Beteiligung von mehr als 10 %.

■ *P&I Personal & Informatik AG*

Der Deutsche Balaton-Konzern ist zum Bilanzstichtag mit rd. 5,4 % der Aktien an der P&I Personal & Informatik AG (P&I), Wiesbaden, beteiligt.

P&I konnte nach eigenen Angaben in den ersten neun Monaten ihres Geschäftsjahres 2009/2010 (1. April 2009 bis 31. Dezember 2009) ihren Konzernumsatz (IFRS) von rd. 43,8 Mio. Euro auf rd. 47,2 Mio. Euro steigern und erzielte ein IFRS-Konzernergebnis vor Steuern und Zinsen (EBIT) von 11,5 Millionen Euro (Vj. rd. 10,5 Mio. Euro).

Das operative Konzernergebnis (IFRS) verbesserte sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um rd. 1,0 Mio. Euro auf rd. 11,5 Mio. Euro.

Im Februar 2010 hat P&I den Wiedereinstieg des Großaktionärs Carlyle Group bekannt gegeben. Die Carlyle Group habe über ihre Tochtergesellschaft Argon GmbH & Co. KG, München, mehr als 29 % der Stimmrechte erworben. Die Carlyle Group war, vor ihrem Ausstieg im August 2007, bereits mehrere Jahre durch ein mittelbar gehaltenes Aktienpaket Großaktionär der Gesellschaft. Im Februar 2010 gab die Argon GmbH & Co. KG bekannt, dass Sie ein Übernahmeangebot zum gesetzlichen Mindestpreis an die Aktionäre der P&I richten will.

Die Hauptversammlung der P&I hat am 1. September 2009 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,00 Euro je Stückaktie beschlossen. Der Dividendenzufluss hieraus beträgt rd. 0,4 Mio. Euro im Deutsche Balaton-Konzern.

■ TDS Informationstechnologie AG

Die TDS Informationstechnologie AG (TDS), Neckarsulm, konnte nach eigenen Angaben ihren Umsatz im Konzern (IFRS) in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2009/2010 (1. April bis 31. Dezember 2009) um 4,0 Prozent auf rd. 102 Mio. Euro (Vorjahreszeitraum rd. 98 Mio. Euro) steigern. Das operative EBITDA wuchs im gleichen Zeitraum leicht und betrug rd. 16,5 Mio. Euro (Vergleichszeitraum rd. 16,5 Mio. Euro). Der Jahresüberschuss nach neun Monaten lag bei rd. 4,4 Mio. Euro und damit rd. 10,7 % unter dem Vorjahreszeitraum (rd. 4,9 Mio. Euro).

Nach neun Monaten des Geschäftsjahres 2009/10 lag das Ergebnis der TDS leicht hinter den Erwartungen der Unternehmensplanung. Der Vorstand

der TDS geht für das Geschäftsjahr 2009/2010 von einem Umsatz (IFRS-Konzern) leicht über der bisherigen von etwa 130 Mio. EUR aus, wobei das EBIT das Niveau des Vorjahres nicht erreichen soll. Aufgrund der weiterhin angespannten Wirtschaftslage, verbunden mit der Investitionszurückhaltung der Kunden, rechnet der Vorstand mit einer EBIT-Marge leicht unterhalb der bisherigen Prognose. Insgesamt geht der Vorstand davon aus, dass sich das Geschäft der TDS im laufenden Jahr weiterhin stabil entwickeln wird.

Im Jahr 2009 haben wir konzernweit für unsere rd. 6 %-ige Beteiligung an der TDS eine Ausgleichszahlung aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der TDS und der Fujitsu Services Overseas Holdings Ltd. als herrschendem Unternehmen in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro erhalten. Konzernweit wird eine Beteiligung von rd. 6,3 % an der TDS gehalten.

■ Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG (Fidelitas), Heidelberg, ist eine Beteiligungsgesellschaft, die schwerpunktmäßig in nicht-börsennotierte Beteiligungen investiert. Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG erzielte im Geschäftsjahr 2009 ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis (rd. -8 Tsd. Euro; Vj. rd. 3 Tsd. Euro). Neben einer 100 %-igen Beteiligung an der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, einem Hersteller von Bäckereimaschinen, hält die Fidelitas 67,5 % der Anteile an der Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck, einem Hersteller technischer Spezialpapiere.

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG ist im Konzernabschluss vollkonsolidiert.

■ *wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG*

Die wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG (wvd), Frankfurt am Main, konnte im Geschäftsjahr 2009 ihren Konzernumsatz um rd. 8,0 % von rd. 73,4 Mio. Euro auf rd. 79,2 Mio. Euro steigern. Im selben Zeitraum ging das EBITDA, das bei rd. 10,9 Mio. Euro lag, um rd. 10,5 % zurück (- rd. 1,1 Mio. Euro). wvd hat mitgeteilt, dass der Rückgang im Wesentlichen auf den Schrumpfungsprozess in der Fondsbranche durch Fondsschließungen und -zusammenlegungen zurückzuführen sei. Einen solchen Schrumpfungsprozess habe es in dieser Dimension in zurückliegenden Krisen bislang nicht gegeben. Dies gelte in ähnlicher Form auch für den Zertifikatemarkt. Diese Entwicklung habe bei wvd zu Einbußen bei den medienübergreifenden Veröffentlichungs- und Kommunikationsdienstleistungen geführt. Der hieraus resultierende Ergebnisrückgang habe durch das Wachstum im klassischen B2B-Geschäft mit Banken und Sparkassen nicht kompensiert werden können.

Abschreibungen im Zusammenhang mit Kaufpreiszuzuordnungen (Purchase Price Allocations), haben bei wvd in einer Größenordnung von rd. 1,5 Mio. EUR (Vorjahr: rd. 0,5 Mio. Euro) zu einer Erhöhung der Abschreibungen auf rd. 3,9 Mio. EUR nach rd. 2,6 Mio. EUR im Vorjahr geführt und verschlechterten damit das Konzern-EBIT der wvd von rd. 8,3 Mio. Euro im Vorjahr auf rd. 5,8 Mio. EUR in 2009.

Nach Aussagen der wvd sieht diese die wvd group für das Geschäftsjahr 2010 zwar gut positioniert, rechnet jedoch damit, dass die Wachstumsmöglichkeiten aufgrund des wirtschaftlichen Umfelds im Saldo der drei Geschäftsbereiche begrenzt sein würden. Dies gilt sowohl für den Umsatz als auch für den Ertrag. Bei einer verbesserten gesamtwirtschaft-

lichen Situation sieht das Unternehmen für das Geschäftsjahr 2011 deutlich mehr Spielraum für ein höheres Wachstum.

Im Konzern lag die Beteiligung der Deutsche Balaton an wvd zum Bilanzstichtag bei rd. 37 %.

■ *Papierwerke Lenk AG*

Die Papierwerke Lenk AG versteht sich heute als einer der führenden Anbieter von technischen Spezialpapieren. Der Name Lenk steht nach Angaben des Unternehmens für mehr als 100 Jahre erfolgreiche Papierproduktion. Das Unternehmen verfolgt die kontinuierliche Strategie der Spezialisierung. Gemeinsam mit dem Kunden werden individuelle Lösungen in Papier erarbeitet.

Die Papierwerke Lenk AG konnte ihr Geschäftsjahr 2009 bei Umsatzerlösen von rd. 20,5 Mio. Euro mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 0,9 Mio. Euro abschließen. Die Papierwerke Lenk AG ist im Konzernabschluss vollkonsolidiert.

■ *Fortuna Maschinenbau Holding AG*

Die Fortuna Maschinenbau Holding AG mit Unternehmenssitz in Bad Staffelstein versteht sich als einer der ältesten Hersteller der Welt für Bäckereimaschinen, der im Laufe der Jahre einen einzigartigen Erfahrungsschatz zusammengetragen hat. Im Juni 2009 hat die Gesellschaft ihren 12.000ten Automaten, eine bewährte Teigteil- und Wirkmaschine, ausliefern können.

Mit Umsatzerlösen von rd. 10,1 Mio. Euro im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Entwickler und Hersteller von Maschinen zur Herstellung von Kleingebäck einen Jahresüberschuss von rd. 0,4 Mio. Euro erzielen können. Die Gesellschaft ist ein vollkonsolidiertes Konzernunternehmen.

■ *Weitere Beteiligungen*

Neben den vorstehend genannten Beteiligungen hält die Deutsche Balaton weitere Beteiligungen in veränderlicher Höhe, unter anderem auch an der Nemetschek AG, der PUMA AG und der Hans Einhell AG.

4. Nachtragsbericht

Es haben sich keine berichtspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ergeben. Die am 8. Dezember 2009 bzw. am 16. Dezember 2009 von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossenen und durchgeführten Kapitalherabsetzungen wurden formal am 23. Februar 2010 in das Handelsregister eingetragen.

Im April 2010 wurde die Beteiligung an der G + H Isolite GmbH, Ludwigshafen, verkauft.

5. Chancen- und Risikobericht

■ *5.1 Allgemeine Aussagen*

Die Deutsche Balaton ist in ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl interner und externer Risiken ausgesetzt. Die Deutsche Balaton definiert Risiken nicht nur als den Unternehmensbestand gefährdende, sondern auch als den Geschäftserfolg bedeutsam beeinflussende Ereignisse und Entwicklungen. Einzelrisiken können sich gegenseitig verstärken bzw. jedenfalls teilweise kompensieren. Diese wechselseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt die Deutsche Balaton bei den für sie bedeutsamen Einzelrisiken, die in externe Risiken, Finanzrisiken, Operative Risiken und Risiken aus Corporate Governance unterteilt sind.

Im Rahmen der Risikosteuerung bildet das bei der Deutsche Balaton eingerichtete interne Kontroll-

system (IKS) einen integralen Bestandteil des Risikomanagements. Die Steuerung von Chancen und Risiken ist bei der Deutsche Balaton nicht einer bestimmten organisatorischen Einheit zugeordnet, sondern im Rahmen des IKS als ein integraler Bestandteil der Unternehmensführung eingerichtet. Daher verantwortet der Vorstand der Konzernmuttergesellschaft unmittelbar den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Systeme auch für den Deutsche Balaton-Konzern. Anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen der Deutsche Balaton legt der Konzernvorstand den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Kontrollsysteme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen fest und bestimmt deren Ausgestaltung. Konzernvorstand ist der Vorstand der Konzernmuttergesellschaft.

Funktionsfähig eingerichtete angemessene Systeme zur Risikosteuerung ermöglichen ein frühzeitiges Erkennen von Risiken und einen sorgsam Umgang mit erkannten Risiken. Dennoch bleibt unternehmerisches Handeln stets mit Risiken verbunden. Das Ziel der Deutsche Balaton ist daher der bewusste Umgang mit potenziellen Risiken und eine verbesserte Kontrolle von Einzelrisiken sowie der konsequente Umgang mit auftretenden Risiken.

Mit dem Risikomanagement eng verknüpft ist bei der Deutsche Balaton das Chancenmanagement. Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken können Ziele und Strategien der Geschäftspolitik abgeleitet und für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis gesorgt werden. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand, der sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie

dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld befasst. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

■ 5.2 Zielsetzungen

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems, jederzeit einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten und so im Rahmen einer Risikovermeidung bzw. Risikominimierung durch eine angemessene Chancen-/Riskoverteilung den Unternehmenserfolg zu optimieren. Hierbei ist für den Vorstand die Rendite auf das eingesetzte Kapital neben dem Wert je Aktie die zentrale Steuerungsgröße.

Das aktive Risikomanagement dient der Sicherung des Fortbestandes des Konzerns und seiner Unternehmen, d. h. der zukünftigen Entwicklung und Ertragskraft des Deutsche Balaton-Konzerns. Zugleich sollen Einzelrisiken reduziert werden, die eine Verletzung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verwendeten oder enthaltenen Informationen und Daten im Rahmen der Ausführung von Tätigkeiten zur Folge haben. Im Rahmen des Risikomanagements sollen außerdem Abweichungen von den Unternehmenszielen erfasst werden, um ein rechtzeitiges Gegensteuern zu ermöglichen.

Erkannte Risiken werden hinsichtlich ihres Einflusses auf die Deutsche Balaton untersucht und ihr mögliches Risikopotential ermittelt. In Einzelfällen erfolgt bereits auf dieser Ebene die unterstützende Einschaltung externer Berater.

■ 5.3 Organisatorischer Aufbau

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem der Deutsche Balaton ist an der Geschäftstätigkeit des Konzerns ausgerichtet.

Auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft, Deutsche Balaton AG, sind die Mitarbeiter zu einer unverzüglichen ad-hoc Berichterstattung von aufgetretenen oder möglichen Risiken angehalten. Darüber hinaus findet im Rahmen von regelmäßigen Sitzungen ein Informationsaustausch statt, der eine Erkennung und Behandlung von Risiken ermöglicht.

Im Konzern erfolgt die Risikosteuerung, ungeachtet der fortbestehenden und durch das Risikokontrollsystem unangetasteten Verantwortung der Konzernobergesellschaft, grundsätzlich eigenständig auf Ebene der jeweiligen Konzernunternehmen. Im Rahmen der konzernweiten Risikobeobachtung unterstützt die Deutsche Balaton AG die Konzernunternehmen bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Riskocontrollings. Im Rahmen der Risikokontrolle steht der Konzernvorstand in einem regelmäßigen Austausch mit den Konzerngesellschaften.

Auf Ebene des Deutsche Balaton-Konzern werden im Einzelfall externe Berater zur Unterstützung des Risikoprozesses hinzugezogen.

Im Bereich der Compliance existieren konzernweite Verhaltensanweisungen, die sich insbesondere auf die Einhaltung aktien- und wertpapierrechtlicher Vorschriften beziehen.

Die Identifizierung von Risiken erfolgt im Rahmen des auf Ebene der Unternehmensleitung angesiedelten Risikomonitorings, das eine zentrale Aufgabe des Risikomanagements darstellt. Bestandteile des

Risikomonitoringprozesses sind unter anderem die Liquiditätsplanung sowie eine wöchentliche Vermögensaufstellung, die auch eine Aufstellung über die Veränderungen der Portfoliozusammensetzung und des Portfoliowertes beinhaltet. Aus diesen Unterlagen lassen sich Frühwarnindikatoren in Bezug auf einzelne Risiken ableiten, anhand derer sich Prognosen in Bezug auf Unternehmensrisiken erstellen lassen, die vom Vorstand durch verschiedene Szenarioanalysen ergänzt werden. Die Unternehmensleitung entscheidet auf Basis dieser Informationen, gegebenenfalls unter Hinzuziehung externer Spezialisten, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Risikobewältigung zu ergreifen sind.

Der Vorstand erstattet dem Aufsichtsrat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen Berichte in Bezug auf die Entwicklung einzelner Portfoliounternehmen, die Unternehmensentwicklung sowie die Entwicklung des Konzerns. Der Aufsichtsrat hat außerdem einen, zuletzt im Geschäftsjahr 2009 angepassten, Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte beschlossen, die der Konzernvorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf.

Durch die Ansiedelung des Risikomanagements auf Ebene der Unternehmensleitung ist eine laufende Überwachung der eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit durch den Vorstand sichergestellt.

■ *5.4 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess (Bericht gem. §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB)*

Bei der Deutsche Balaton ist ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf den Konzernrechnungslegungsprozess (IKS-RP) eingerichtet. Die Ausgestaltung des IKS-RP orientiert sich an dem

Geschäftsumfang und der Art der im Deutsche Balaton-Konzern vorkommenden Geschäftsvorfälle.

Die Verantwortung für die Erstellung und Richtigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts obliegt dem Konzernvorstand. Dieser hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, und unter ergänzender Beachtung der nach § 315 a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Darüber hinaus fällt die Unterhaltung und laufende Überwachung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess in den Verantwortungsbereich des Vorstands. Zu den Grundlagen des internen Kontrollsystems gehört neben der laufenden internen Abstimmung von Vorgängen die Trennung von Funktionen sowie die Einhaltung von Arbeitsanweisungen. Die Steuerung des Konzernrechnungslegungsprozesses im Deutsche Balaton-Konzern obliegt dem Konzernvorstand.

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem hat die Ordnungsgemäßheit und Verlässlichkeit der internen sowie der externen Rechnungslegung zum Ziel und ist darauf ausgerichtet, die Darstellung und Richtigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts und die darin jeweils gemachten Angaben zu gewährleisten. Hierzu hat der Konzernvorstand auf Ebene des Deutsche Balaton-Konzerns verschiedene Überwachungsmaßnahmen eingerichtet. Sämtliche buchhaltungsrelevanten Geschäftsvorfälle unterliegen

einem Vier-Augen-Prinzip. Der Konzernvorstand überwacht außerdem rechnungslegungsrelevante Prozesse durch Stichproben. Sämtliche neu eingegangenen Vertragsbeziehungen werden systematisch erfasst und laufend kontrolliert und überwacht.

Die Deutsche Balaton verfügt über eine klare und übersichtliche Führungs- und Unternehmensstruktur, die auch in der schlanken Besetzung der Fachabteilungen zum Ausdruck kommt. Bereichsübergreifende Schlüsselfunktionen werden vom Konzernvorstand gesteuert.

In Bezug auf den Rechnungslegungsprozess sind die Funktionen der beteiligten Mitarbeiter und externen Dienstleister klar nach Verantwortungsbereichen gegliedert. Sämtliche Mitarbeiter, die mit Aufgaben im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses betraut sind, verfügen über die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten und sind mit der für die ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Ressourcen in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausgestattet.

Die Rechnungslegung im Deutsche Balaton-Konzern erfolgt, soweit dies möglich ist, unter Einsatz von Standardsoftware der Hersteller DATEV, Navision und SAP. Der Zugang zu den rechnungslegungsbezogenen EDV-Systemen ist durch Zugriffsbeschränkungen geschützt.

Buchungsdaten, die von der Deutsche Balaton im Rahmen der Rechnungslegung an externe Dienstleister weitergegeben werden oder welche, die die Deutsche Balaton von Dritten erhält, werden in Stichproben auf ihre Richtigkeit überprüft. Im Rahmen des EDV-gestützten Rechnungslegungsprozesses finden außerdem Plausibilitätskontrollen statt.

Im Rahmen der Konzernrechnungslegung wird durch interne Anweisungen über die Bilanzierung von Geschäftsvorfällen eine einheitliche Rechnungslegung erreicht. Die Konzerngesellschaften erstellen ihre Abschlüsse lokal und leiten diese, unter Berücksichtigung der maßgeblichen Rechnungslegungsbestimmungen und internen Anweisungen zur Rechnungslegung, zur Konsolidierung an die Deutsche Balaton AG als Konzernmuttergesellschaft weiter. Die Verantwortung für die Einhaltung der maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften sowie den ordnungsgemäßen und zeitgerechten Ablauf des Rechnungslegungsprozesses verbleibt dabei bei den jeweiligen Konzerngesellschaften. Die Konzerngesellschaften werden während des gesamten Konzernrechnungslegungsprozesses durch zentrale Ansprechpartner bei der Deutsche Balaton AG unterstützt.

Konzerninterne Leistungsbeziehungen werden im Rahmen der laufenden Rechnungslegung auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft erfasst und im Rahmen der Konsolidierungsarbeiten eliminiert.

Die Erstellung des Konzernrechnungslegungswerkes erfolgt zentral auf Basis der von den konsolidierungspflichtigen Unternehmen zur Verfügung gestellten Daten. Die Konsolidierungsarbeiten sowie erforderliche Abstimmungsarbeiten erfolgen durch die Konzernmuttergesellschaft gemeinsam mit externen Beratern. Dem Konzernvorstand obliegt außerdem die zeitliche und prozessorganisatorische Überwachung der Konsolidierungsarbeiten. Für spezielle fachliche Fragestellungen werden externe Berater unterstützend hinzugezogen.

■ 5.5 Einzelrisiken

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsgeschäft der Deutsche Balaton

stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, branchen- und unternehmensspezifische Risiken, steuerrechtliche Risiken sowie Liquiditätsrisiken. Die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf die Risiken in den vorgenannten Bereichen obliegt dem Vorstand, der auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

■ *Gesetzliche Risiken*

Unter gesetzlichen Risiken verstehen wir rechtliche und regulatorische Risiken, welche die Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton negativ beeinflussen können.

Die Deutsche Balaton ist einer Vielzahl von rechtlichen Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen des Steuerrechts, Gesellschaftsrechts und Wertpapierhandelsrechts. Die Ergebnisse von gegenwärtig anhängigen bzw. künftigen Verfahren können oft nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden, so dass aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen oder der Vereinbarung von Vergleichs Aufwendungen entstehen können, die Auswirkungen auf das Geschäft der Deutsche Balaton und ihre Ergebnisse haben können.

Die Veränderung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen kann nachteilige Auswirkungen auf das Geschäft der Deutsche Balaton und den wirtschaftlichen Erfolg einzelner Projekte haben. Eine Änderung der steuerlichen Gesetzgebung, insbesondere hinsichtlich der Nutzung bestehender oder künftiger steuerlicher Verlustvorträge oder die Änderung der steuerlichen Belastung auf Ebene der Ertrags- und Verbrauchsteuern können hierfür beispielsweise ursächlich sein. Die Deutsche Balaton versucht dem Risiko auf steuerrechtlicher Ebene entgegenzuwirken, indem eine laufende steuerliche Überwachung eingerichtet ist.

Aufgrund der Börsennotiz zweier Konzernunternehmen ist der Deutsche Balaton-Konzern außerdem verschiedenen regulatorischen Risiken ausgesetzt. Hierbei sind insbesondere Risiken aus der Regulierung des Wertpapierhandels, des Handels- und Bilanzrechts und des Aktienrechts zu erwähnen. Weiter unterliegt die Gesellschaft verschiedenen passiven Klagerisiken. Entsprechende Risiken können aus einer Änderung der Gesetzgebung oder unterlassenen oder falschen Mitteilungen nach WpHG und AktG herrühren. Die Realisierung entsprechender Risiken kann zu einem Stimmrechtsverlust bei Beteiligungen, der Nichtdurchführbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen oder einem Schadensersatzrisiko führen. Die Deutsche Balaton begegnet diesem Risiko durch die laufende Überwachung von Stimmrechtsmitteilungen und einem laufenden Screening von Ad-hoc Meldungen. Darüber hinaus erfolgt eine laufende Überwachung von Stimmrechtsschwellen. In Zweifelsfällen werden fallweise externe Rechtsanwaltskanzleien insbesondere in den Bereichen des WpHG und AktG in die Entscheidungsfindung und Risikoabwehr eingebunden.

■ *Politische Risiken*

Zu den politischen Risiken, denen die Deutsche Balaton ausgesetzt ist, zählen gesetzgeberische oder behördliche Maßnahmen, Aufruhr, kriegerische Ereignisse oder Revolution im Ausland, welche die Realisierung von Forderungen oder die Durchsetzung von Gesellschafter- und Teilhaberechten verhindern. Daneben fällt die Möglichkeit der Nichtkonvertierung und Nichttransferierung von in Landeswährung eingezahlten Beträgen infolge von Beschränkungen des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs unter die politischen Risiken, denen sich die Deutsche Balaton ausgesetzt sieht. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Deutsche Balaton aufgrund politischer Ursachen ihr an sich zustehende Ansprüche nicht durchsetzen kann.

Die Deutsche Balaton beobachtet daher die politische Entwicklung der Länder, in denen Beteiligungen bestehen, regelmäßig und holt gegebenenfalls vor Ort Informationen über die Entwicklung der politischen Verhältnisse ein. Eine Risikominimierung erfolgt durch die schwerpunktmäßige Beschränkung von Investitionen in Deutschland.

■ *Allgemeine Marktpreisrisiken*

Die von der Deutsche Balaton gehaltenen börsennotierten Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. Solche Wertschwankungen können aus sich ändernden Marktpreisen auf Grund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt ausgeschlossen werden, da alle Wertpapiere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit marktpreisrelevante Ereignisse zu erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Die Deutsche Balaton war in der Vergangenheit und im Geschäftsjahr 2009 auf Grund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen auf den jeweils niedrigeren beizulegenden Wert von ihr gehaltener Vermögensgegenstände und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen der Deutsche Balaton wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Balaton ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch. Die Unternehmensbranchen, in welche die Deutsche Balaton durch Eingehen von Beteiligungen investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen. Die nicht auf bestimmte Branchen begrenzte Streuung des Beteiligungsportfolios bietet dem Vorstand die Chance, Veränderungen branchenspezifischer Rahmenbedingungen nach Abwägung der Chancen und Risiken für neue Investments zu nutzen.

■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte die Deutsche Balaton einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben.

Im Konzern wird versucht, dieses Risiko durch eine dem potenziellen Investment angemessene Vor-

analyse zu minimieren und die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments gegeneinander abzuwägen. Weiterhin gibt die regelmäßige Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten dem Vorstand die Möglichkeit, unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Konzernvorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

■ *Steuerrechtliche Risiken*

Die Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf das Geschäft der Deutsche Balaton auswirken.

Die Deutsche Balaton geht davon aus, dass die Gesellschaft auf Grund von Verlustvorträgen nicht oder nur teilweise zu Steuerzahlungen verpflichtet ist, solange und soweit der steuerliche Verlustvortrag nicht durch erzielte Jahresüberschüsse aufgebraucht ist. Aktuell sind die bestehenden Verlustvorträge wirtschaftlich allerdings nur in begrenztem Umfang nutzbar. Sollten die von der Gesellschaft ermittelten steuerlichen Verlustvorträge nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, führte dies nach Ansicht der Gesellschaft zu einer Verringerung der bestehenden Verlustvorträge. In diesem Fall wären Steuernachzahlungen möglich.

Änderungen im Steuerrecht bergen das Risiko, dass die steuerliche Belastung der Deutsche Balaton zunimmt. Eine höhere steuerliche Belastung der Deutsche Balaton mit direkten oder indirekten Steuern führt zu einer Verringerung des Jahresergebnisses und damit des wirtschaftlichen Erfolgs. In der Folge könnten sich hieraus nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton ergeben.

■ *Liquiditätsrisiken in Bezug auf Beteiligungen*

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können auf Grund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio der Deutsche Balaton gehaltenen Beteiligungen bestehen. Die Deutsche Balaton beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz- bis mittelfristig ein großes Chance-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Dieses Risiko ist auch Beteiligungen, die nicht an einer Börse gehandelt werden, immanent. Die Veräußerung von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen ist oftmals nur im Rahmen eines aufwändigen, strukturierten Verkaufsprozesses möglich.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potenzieller Beteiligungsobjekte zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

Im gegenwärtigen Marktumfeld sieht der Vorstand die Veräußerungsmöglichkeiten eingeschränkt.

■ *Informationstechnologische Risiken*

Die Deutsche Balaton identifiziert im Bereich informationstechnologischer Risiken neben Risiken in Form von Datenverlusten und Systemausfallzeiten auch das Risiko des Missbrauchs informationstechnischer Anlagen.

Das Risiko von Datenverlusten wird durch regelmäßige Sicherungen der elektronisch verfügbaren

Unternehmensdaten minimiert, insbesondere der Unternehmensdatenbanken, der Finanzbuchhaltung und der Rechnungslegungsdaten. Außerdem werden alle von unseren Mitarbeitern innerhalb der Server-Client-Umgebung erstellten Dateien ebenfalls gesichert. Für die Datensicherungen werden werktäglich separate Festplatten verwendet. Die Aufbewahrung der Datensicherungsplatten erfolgt an sicheren, gegen Brand geschützten Orten.

Der Zugriff auf elektronische Dokumente und zu den EDV-Systemen ist durch Benutzerzugriffsrechte geschützt.

Systemausfallzeiten werden durch den Einsatz von sachkundigen Mitarbeitern oder externen Fachkräften auf ein geringes Maß reduziert. Gegen schädliche Computerprogramme wird aktuelle Schutzsoftware eingesetzt.

■ *Finanzmarktrisiken*

Die Deutsche Balaton ist aufgrund ihres Schwerpunktes im Bereich von Unternehmensbeteiligungen von der Stabilität der Finanzmarktsysteme, insbesondere den Börsen und Banken, abhängig. Darüber hinaus bestehen für die Deutsche Balaton Finanzmarktrisiken in Form von Zinsschwankungen sowie der Änderung von Wechselkursen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen. Die Finanzmarktrisiken können einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben. Die Deutsche Balaton steuert und überwacht Finanzmarktrisiken überwiegend im Rahmen der operativen Geschäfts- und Finanzierungsaktivitäten und bei Bedarf durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente.

Die Deutsche Balaton ist als Beteiligungsunternehmen Kursschwankungen an den Aktienmärkten ausgesetzt. Insbesondere Wertpapiere, die eine

geringe Marktliquidität aufweisen, bergen ein Risiko des Wertverlustes. Durch die regelmäßige Beobachtung der Börsenentwicklung ist eine angemessene Risikosteuerung durch den Vorstand gewährleistet. Der Vorstand trifft in der konkreten Situation, unter Beachtung des Anlagehorizonts, geeignete Maßnahmen zur Schadensminderung.

Darüber hinaus besteht im Einzelnen ein Emittentenrisiko. Hierunter versteht die Deutsche Balaton das Risiko in Bezug auf die geschäftliche Entwicklung einzelner Emittenten von Wertpapieren. Das Emittentenrisiko kann dazu führen, dass einzelne Emittenten keine Ausschüttungen vornehmen können. Hierdurch kann die Liquidität und Ertragslage der Deutsche Balaton beeinträchtigt werden. Die Deutsche Balaton ist bemüht, das Emittentenrisiko durch eine Diversifikation des Beteiligungsportfolios zu begrenzen.

Wechselkursrisiken bestehen in Bezug auf ausländische Wertpapiere und Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Der Vorstand ist bemüht, den Einfluss von Wechselkursschwankungen gering zu halten. Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen spielen eine eher untergeordnete Rolle im Geschäft der Deutsche Balaton. In Einzelfällen erfolgt eine Absicherung des Wechselkursrisikos durch Währungssicherungsgeschäfte.

■ *Forderungsrisiken*

Die Deutsche Balaton ist im Zusammenhang mit der Finanzierung ihrer Beteiligungen und Konzernunternehmen und dem Verkauf von Beteiligungen an Dritte dem Risiko des Ausfalls von Forderungen ausgesetzt. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass kurzfristig fällig werdende Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht vollständig fristgerecht erfüllt werden können.

Im Rahmen der Finanzierung von Beteiligungsunternehmen und Konzernunternehmen erfolgt die Zurverfügungstellung von Mitteln ausschließlich nach Durchführung einer Chance-/Risiko-Analyse. In Abhängigkeit von der prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeit wird die Zurverfügungstellung von Finanzmitteln von der Stellung liquider Sicherheiten abhängig gemacht.

Entsprechendes gilt in Bezug auf gestundete Kaufpreiszahlungen.

Darüber hinaus bestehen Forderungsrisiken aus Investitionen in Genussscheine und Anleihen. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Emittenten kann die Zinszahlung und auch die Rückzahlung von Forderungen aus Anleihen und Genussrechten eingeschränkt sein oder ausfallen. Die Deutsche Balaton betreibt zur Risikominimierung eine regelmäßige Chance-/Risiko-Analyse.

■ *Liquiditätsrisiken (Finanzrisiken)*

Im Bereich der Finanzrisiken ist die Deutsche Balaton dem Risiko ausgesetzt, kurzfristig fällig werdende Forderungen nicht oder nicht vollständig rechtzeitig bedienen zu können. Die Deutsche Balaton steuert diese Liquiditätsrisiken durch die Begrenzung der Inanspruchnahme von Lombardkrediten, die wertmäßig auf den jeweiligen Beleihungswert begrenzt sind. Auf Basis der Depotwerte und Beleihungswerte erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Kreditlimite durch den Vorstand. Im Rahmen einer Liquiditätsplanung erfasst der Vorstand die Liquiditätsrisiken und trifft Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken.

Verschiedene Banken haben der Deutsche Balaton laufende Kreditrahmen in unterschiedlicher Höhe eingeräumt. Die Deutsche Balaton nimmt aus den

eingeräumten Kreditrahmen laufend Kredit in Anspruch. Die jeweils in Anspruch genommenen Kreditlinien sind in ihrer jeweiligen Höhe zumeist mit börsennotierten und von den jeweiligen Banken als beliehbar akzeptierten Wertpapieren ausreichend zu besichern. Das allgemeine Marktpreisrisiko sinkender Wertpapierpreise börsennotierter Wertpapiere kann dazu führen, dass eine ausreichende Besicherung der in Anspruch genommenen Kredite nicht mehr dargestellt werden kann und die Bank den Kredit zur sofortigen Rückzahlung fällig stellt. Außerdem kann die Prolongation von Krediten erschwert oder unmöglich sein oder die Bank kann laufende Kredite, die bis auf Weiteres oder kurzfristig gewährt sind, kündigen. Zudem kann die Bank die jeweils zugrunde gelegten Beleihungswerte einseitig zum Nachteil der Deutsche Balaton anpassen und das zur Verfügung stehende Kreditvolumen hierdurch verringern.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine vorausschauende und vorsichtige Planung der Kreditinanspruchnahmen zu minimieren. Zur weiteren Verminderung von Kreditbeschaffungsrisiken erfolgt die Inanspruchnahme von Krediten auf mehrere Banken verteilt.

■ *Personalwirtschaftliche Risiken*

Personalrisiken ergeben sich im Wesentlichen durch Personalbeschaffung, mangelnde Qualifikation und Fluktuation. Diese Risiken werden begrenzt durch Weiterbildungsmaßnahmen und leistungsgerechte Vergütung.

Bei der Deutsche Balaton besteht eine vertrauensbasierte Unternehmenskultur mit flachen Hierarchien, die auf jeder Ebene eigenverantwortliches Handeln und Denken fordert. Der Zugang zu vertraulichen Informationen birgt trotz ausgebauter Prüfungs- und

Kontrollmechanismen grundsätzlich das Risiko des Missbrauchs. Personen, die im Sinne des Aktienrechts über Insiderkenntnisse verfügen, verpflichten sich zur Einhaltung der damit verbundenen Vorschriften. Darüber hinaus werden die bestehenden Autorisierungsregelungen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

■ *Managementrisiken*

Unter Managementrisiken verstehen wir die Möglichkeit, dass die Unternehmensführung eine grundlegende strategische Fehlentscheidung trifft, die bei den vorhandenen Informationen eigentlich vermeidbar wäre.

Managementrisiken werden daher unter Berücksichtigung derjenigen Informationen bewertet, die dem Management zum Entscheidungszeitpunkt zur Verfügung stehen oder mit vertretbarem Aufwand beschafft werden können. Bei wirtschaftlich bedeutsamen Entscheidungen ist neben dem Vorstand auch der Aufsichtsrat beratend in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Im Rahmen der Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats hat dieser einen Katalog von Geschäften beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Bestandteil des Katalogs ist auch eine Budgetplanung, die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats jährlich vorzunehmen ist. Rechtsgeschäfte, die aufgrund des Zustimmungskatalogs der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen bzw. nicht in der jeweiligen, vom Aufsichtsrat genehmigten jährlichen Budgetplanung beinhaltet sind, legt der Vorstand dem Aufsichtsrat zur vorherigen Zustimmung vor.

■ *Risikomanagement als Chance*

Risiko- und Chancenmanagement sind bei der Deutsche Balaton eng miteinander verknüpft.

Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken leiten wir Ziele und Strategien der Geschäftspolitik ab und sorgen so für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand. Der Vorstand beschäftigt sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Deutsche Balaton nutzt Währungssicherungsgeschäfte zur Absicherung von Wechselkursrisiken sowie Zins-Swaps zur Begrenzung von Zinsrisiken, die im Zusammenhang mit der Finanzierung des Erwerbs einer Konzerngesellschaft stehen. Im Geschäftsjahr 2009 wurden außerdem Optionsgeschäfte getätigt.

Im Zusammenhang mit dem Auslandsgeschäft eines Konzernunternehmens fallen Geschäfte an, die in Fremdwährung, insbesondere in US-Dollar, abgerechnet werden. Zur Absicherung des hierin liegenden Wechselkursrisikos werden von dem Konzernunternehmen regelmäßig Währungssicherungsgeschäfte abgeschlossen. Währungssicherungsgeschäfte bergen das Risiko, dass Chancen aus sinkenden Kursen der Fremdwährung zwischen dem Zeitpunkt des Geschäftsabschluss und dem Fälligkeitstag des

Sicherungsgeschäfts nicht realisiert werden können. Zur Minderung des Ausfallrisikos werden Sicherungsgeschäfte nur mit Kreditinstituten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen.

Im Rahmen der Fremdfinanzierung des Erwerbs eines Konzernunternehmens wurde zur Absicherung des Zinsniveaus eines langfristigen Darlehens ein Zins-Swap mit dem finanzierenden Kreditinstitut vereinbart. Für den Zins-Swap fällt über die Laufzeit eine regelmäßige laufende Prämie an. Ohne den Abschluss des Zins-Swaps hätte eine Erhöhung der Zinsen Auswirkungen auf den laufenden Zinsaufwand und die künftigen Refinanzierungskosten des Konzerns. Die in Form eines derivativen Finanzinstruments durchgeführte Zinssicherungstransaktion kann jedoch, insbesondere bei fallenden Zinsen, zu Verlusten führen.

Die Deutsche Balaton hat außerdem im Geschäftsjahr 2009 Optionsgeschäfte mit Aktien eines im DAX gelisteten Unternehmens getätigt. Der Vorstand hat während der Laufzeit der Optionsgeschäfte die Kurse und die Entwicklung des unterliegenden Wertpapiers regelmäßig beobachtet, um im Einzelfall kurzfristig eingreifen zu können.

7. Grundzüge des Vergütungssystems der Gesellschaft für die in § 314 Abs. 1 Nr. 6 HGB genannten Gesamtbezüge

Das Vorstandsmitglied erhält eine Festvergütung ohne variable Bestandteile. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine Festvergütung ohne variable Bestandteile, wobei der Vorsitzende das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache der Grundvergütung erhält. Die Hauptversammlung der Gesellschaft vom 28. August 2006 hat den Vorstand ermächtigt, die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a

Satz 6 und 7 HGB für den Jahresabschluss und in § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 6 und 7 für den Konzernabschluss verlangten Angaben in den Jahresabschlüssen und Konzernabschlüssen der Gesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2010 zu unterlassen.

8. Übernahmerelevante Angaben

■ *Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals*
Hinsichtlich der Einteilung und Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals wird auf die im Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2009 der Deutsche Balaton AG unter Ziffer 31 („Eigenkapital“) gemachten Angaben verwiesen.

■ *Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten*
Hinsichtlich direkter und indirekter Beteiligungen am Kapital der Deutsche Balaton AG, die zehn Prozent übersteigen, wird auf die im Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2009 der Deutsche Balaton AG unter Ziffer 47 („Mitgeteilte Beteiligungen“) gemachten Angaben verwiesen.

■ *Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen*

Am 16. Dezember 2009 hat die Deutsche Balaton AG mit der VV Beteiligungen AG, Heidelberg, einen Entherrschungsvertrag abgeschlossen. Mit dem Entherrschungsvertrag hat sich die VV Beteiligungen AG verpflichtet, während der Laufzeit des Entherrschungsvertrages in den Hauptversammlungen der Deutsche Balaton AG grundsätzlich jeweils nur so viele Stimmrechte auszuüben, dass bei den jeweiligen Abstimmungen durch die VV Beteiligungen AG keine Stimmrechtsmehrheit erreicht wird. Der Entherrschungsvertrag ist auf unbestimmte Zeit, mindestens aber fünf Jahre, abgeschlossen.

■ *Unternehmensleitung*

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand vertreten und geleitet. Gemäß § 84 Absatz 1 und 3 AktG werden die Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung der Deutsche Balaton AG besteht der Vorstand aus einer oder mehreren Personen; die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt der Aufsichtsrat. Werden mehrere Personen zu Vorstandsmitgliedern bestellt, kann der Aufsichtsrat gemäß § 84 Absatz 2 AktG bzw. § 8 Absatz 3 der Satzung ein Mitglied zum Vorsitzenden und ein weiteres Mitglied des Vorstands zu dessen Stellvertreter ernennen. Soweit der Aufsichtsrat bei der Bestellung der Mitglieder des Vorstands keinen kürzeren Zeitraum beschließt, werden die Mitglieder des Vorstands für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen worden ist. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, wenn nicht die Satzung den Erlass der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat übertragen hat oder der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlässt. Der Aufsichtsrat hat Arten von Geschäften definiert, die vom Vorstand nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen der ihm obliegenden Kontrollfunktion den Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte an das Finanzmarktumfeld im Geschäftsjahr 2009 angepasst und den Katalog entsprechend erweitert.

■ *Erwerb eigener Aktien, genehmigtes und bedingtes Kapital*

Die ordentliche Hauptversammlung vom 28. August 2008 hat unter Aufhebung der Ermächtigung vom 30. August 2007 mit Wirkung für die Zukunft den Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, für bestimmte Zwecke bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Unter Aufhebung der Ermächtigung vom 28. August 2008 hat die ordentliche Hauptversammlung der Deutsche Balaton AG am 27. August 2009 den Vorstand erneut ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels an alle Aktionäre gerichteter öffentlicher Einladung zur Abgabe von Verkaufsofferten erfolgen. Unter bestimmten weiteren Voraussetzungen ist der Vorstand berechtigt, den Erwerb eigener Aktien auch außerhalb der Börse vorzunehmen, wenn der Erwerb eigener Aktien im Rahmen des Erwerbs von oder des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder wenn es sich um einen Paketerwerb von mindestens 1 % des Grundkapitals handelt und ein solcher Erwerb einem Zweck dient, der im vorrangigen Interesse der Gesellschaft liegt und der Paketerwerb geeignet und erforderlich ist, diesen Zweck zu erreichen.

Der Vorstand hat von den Erwerbsermächtigungen im Geschäftsjahr 2009 wie folgt Gebrauch gemacht und im Rahmen von drei freiwilligen Erwerbsangeboten eigene Aktien erworben:

**Entwicklung des Bestands an
eigenen Aktien im Geschäftsjahr 2009**

Datum	Veränderung	Bestand	Erwerbspreis je Aktie
01.01.2009	Anfangsbestand	999.958	
21.10.2009	50.069	1.050.027	6,30 EUR
08.12.2009	-1.050.027	0	Aktieneinziehung
09.12.2009	+6.008	6.008	6,30 EUR
10.12.2009	+3.367	9.375	6,30 EUR
16.12.2009	-8.250	1.125	Aktieneinziehung
16.12.2009	-1.125	0	Aktieneinziehung
31.12.2009	Endbestand	0	

Im Handelsregister der Deutsche Balaton AG ist ein genehmigtes Kapital eingetragen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 26. August 2014 einmalig oder in Teilbeträgen mehrmals um bis zu insgesamt 6.300.000,00 Euro durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtigt. Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem durch den Vorstand bestimmten Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bei einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen ausschließen. Der Vorstand hat von der vorstehenden Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital bislang keinen Gebrauch gemacht.

Ein bedingtes Kapital in Höhe von bis zu EUR 6.675.000,00 durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautenden nennbetrags-

losen Stammaktien (Stückaktien) dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 zur Ausgabe von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Das bedingte Kapital dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung

von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Gesellschaft hat bisher von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

9. Prognosebericht

Die weitere Entwicklung der europäischen und außer-europäischen Wirtschaftsräume zeigt zu Beginn des Jahres 2010 weiterhin Unsicherheiten. Der von der EU-Kommission ermittelte Economic Sentiment Indicator zeigte sich im Februar 2010 erstmals nach einem Jahr des Anstiegs nahezu unverändert und verharrte in der Europäischen Union bei 97,4 Punkten (+0,2 Punkte) bzw. 95,9 Punkten (-0,1 Punkte) in der Eurozone. Positive Anzeichen gibt der Business Climate Indicator (BCI), der im Februar 2010 den elften Monat in Folge anstieg, wenngleich sich dessen Wert weiterhin mit 0,98 Punkten leicht negativ zeigt. Inwieweit sich darin eine langfristige Rückkehr des Wirtschaftsvertrauens zeigt, bleibt abzuwarten. Auch die weitere Entwicklung an den Wertpapiermärkten ist wie immer unsicher.

In diesem Umfeld agiert die Deutsche Balaton als Beteiligungsholding. Bereits in der Vergangenheit haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass das Geschäftsmodell der Deutsche Balaton als Beteiligungsgesellschaft dazu führt, dass die Ergebnisse einzelner Geschäftsjahre für sich genommen nur begrenzt Aufschluss über den mittel- und langfristigen Erfolg geben können. Das Jahresergebnis der Deutsche Balaton wird unter anderem von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt, die zu Beginn und auch während eines Geschäftsjahres nicht oder nur schwer planbar und vorhersehbar sind.

Der Beteiligungshorizont der Deutsche Balaton ist weiterhin mittel- bis langfristig. Der Zeithorizont, vor dem wir diesen Prognosebericht erstellt haben, bezieht sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren.

Wir wollen unterbewertete Unternehmen identifizieren und eine erfolgreiche Entwicklung der Beteiligungen realisieren. Der Erfolg oder Misserfolg einer eingegangenen Beteiligung zeigt sich meist erst, wenn ein Exit realisiert werden kann. Diese Realisierbarkeit ist dabei auch von dem Marktumfeld abhängig, das wiederum den Preis der Transaktion mitbestimmt. Unvorhergesehene Wirtschaftsentwicklungen und Veränderungen an den Kapitalmärkten spielen hier eine große und nur schwer vorhersehbare Rolle.

Die mittel- bis langfristige Investition in Unternehmen führt dazu, dass schwankende Entwicklungen bei den einzelnen Beteiligungen sich jeweils unterschiedlich in einzelnen Geschäftsjahren auswirken können. Eine einzelgeschäftsjahresbezogene Betrachtung übersieht, dass der Erfolg für die Deutsche Balaton erst nach dem Exit wirklich messbar ist. Erst dann steht fest, welcher Ertrag insgesamt aus der Beteiligung generiert und ob das Investment insgesamt erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die Umsatzzahlen der produzierenden Beteiligungsunternehmen sind ein Indikator für deren wirtschaftliche Entwicklung. Rückschlüsse auf den tatsächlichen Erfolg der Deutsche Balaton lassen sich hieraus nach unserer Auffassung jedenfalls nicht unmittelbar ziehen.

Weiterhin bewegt sich die Deutsche Balaton in Rahmenbedingungen, die ständigen Änderungen unterworfen sind. Neben den sich in steter Regelmäßigkeit ändernden (steuer-) gesetzlichen Voraussetzungen sind insbesondere für das Private Equity-Geschäft die Veränderungen der wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen interessant. Durch die Umbrüche an den Kapital- und Finanzmärkten können sich auch im Geschäftsjahr 2010 interessante Investitionsoportunitäten für die Deutsche Balaton ergeben. Die Deutsche Balaton wird jeweils im Einzelfall prüfen, ob sich bietende Investitionsmöglichkeiten zum Ausbau und zur Stärkung des Beteiligungsportfolios genutzt werden können.

Die Beruhigung der Finanzmarktlage führt dazu, dass Banken wieder verstärkt Kredite zur Verfügung stellen werden. Wir erwarten aber, dass die Vergabekriterien auf längere Sicht deutlich strenger sein werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Ein Zeichen hierfür ist aus unserer Sicht die auch zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 andauernde Zurückhaltung der Banken bei Unternehmenskreditvergaben. Insgesamt sollte auf den Kreditmärkten innerhalb der nächsten Jahre eine Normalisierung eintreten.

Die aufgrund der Kapitalmarkt- und Finanzmarktkrise gesunkenen Unternehmenswerte bieten auf der einen Seite Chancen, Beteiligungen günstig zu erwerben. Dem steht das Risiko der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungen gegenüber. Dies gilt es in jedem Einzelfall abzuwägen. Ebenso können auf der Verkaufsseite derzeit nur geringere Verkaufserlöse für Beteiligungen erzielt werden. Hierdurch kann sich die Haltedauer der einzelnen Portfoliounternehmen verlängern.

Die über Jahre gewachsene Erfahrung der Deutsche Balaton im Beteiligungsgeschäft, die Präsenz am Markt und die Investitionserfolge geben uns Zuversicht, das Geschäft auch unter schwierigen Marktbedingungen erfolgreich fortsetzen zu können. Dennoch rechnen wir damit, dass sich im Prognosezeitraum die Renditen, vor allem im Private Equity-Geschäft, reduzieren werden. Wir bleiben

jedoch zuversichtlich, dass wir im langjährigen Schnitt eine vernünftige Eigenkapitalrendite erzielen können.

Viele unserer Portfoliounternehmen sind als Investitionsgüterunternehmen in unterschiedlichen Branchen am Markt tätig und waren in unterschiedlicher Ausprägung von der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen beiden Jahre betroffen. Die kurzfristige Entwicklung der Portfoliounternehmen, die für die kurzfristige Wertentwicklung unseres Portfolios wichtig ist, war daher teilweise nicht so, wie wir uns das erwünscht hätten und hat auch unsere Portfoliounternehmen getroffen. Erwartungen für eine schnelle kurzfristige Erholung der Wirtschaft wurden zurückgeschraubt. Dennoch bleibt die Hoffnung auf eine langsame Erholung der Wirtschaft bestehen. Wir gehen daher davon aus, dass einige unserer Portfoliounternehmen kurzfristig einen langsamen Aufwärtstrend nachvollziehen können; eine Einschätzung über das konkrete Ausmaß können wir weiterhin nicht zuverlässig abgeben. Wir halten weiter an unserer Auffassung fest, dass unsere Portfoliounternehmen aufgrund ihrer Entwicklung und Positionierung am Markt tendenziell gestärkt aus der Krise hervorgehen können.

Eine zuverlässige Prognose hinsichtlich der künftigen Ergebnisse können wir aktuell nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit abgeben. Sollte der Aufschwung der Weltwirtschaft anhalten, wird dies voraussichtlich bei einer Vielzahl unserer Portfoliounternehmen zunächst zu einer Stabilisierung und später einem Anstieg signifikanter unternehmensinterner Daten führen. Im Zeitfenster des Prognosehorizonts sind wir zuversichtlich, dass der Wert unseres Unternehmensportfolios einschließlich der Veräußerungserlöse weiter zunehmen wird. Eine Voraussetzung hierfür sind stabile Bewertungsrelationen an den Kapitalmärkten.

Wir halten an unserer Erwartung fest, aus dem Beteiligungsgeschäft, das den größten Einfluss auf das Ergebnis der Deutsche Balaton hat, für den Prognosezeitraum von fünf Jahren ein im Durchschnitt positives Ergebnis zu erreichen. Eine Quantifizierung der Ergebnisentwicklung ist uns, wie in den Vorjahren auch, aber nicht möglich. Wir haben bereits dargestellt, dass die Ergebnisentwicklung von verschiedenen unwägbar Faktoren abhängt, die derzeit und auch zukünftig mit großen Unsicherheiten belastet sind; hierzu gehört unter anderem die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Die unregelmäßig wechselnden Zu- und Abgänge in unserem Portfolio und die Unsicherheiten hinsichtlich der Kapitalmarktentwicklung spielen hier ebenfalls eine wesentliche Rolle. Zu den Beteiligungserträgen rechnen wir auch Nachbesserungen, die wir aus Aktien, die wir im Rahmen von Squeeze-Outs oder im Zusammenhang mit dem Abschluss von Unternehmensverträgen eingereicht haben. Diese potenziellen Beteiligungserträge sind für uns aus heutiger Sicht, aufgrund der nicht vorhersehbaren Entwicklung der Spruchverfahren, jedoch nicht zu quantifizieren.

Insgesamt erwarten wir in der Summe der kommenden fünf Jahre ein positives Ergebnis.

Heidelberg, 29. April 2010

Der Vorstand

Jörg Janich

	Anhang	01.01.– 31.12.2009 T€	01.01.– 31.12.2008 T€
Umsatzerlöse	(7)	52.189	24.968
Bestandsveränderungen fertige und unfertige Erzeugnisse	(8)	-557	751
Sonstige betriebliche Erträge	(9)	16.122	2.966
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	(10)	-24.975	-12.203
Zuwendungen an Arbeitnehmer	(11)	-14.058	-8.380
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	(12)	-1.909	-977
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(13)	-10.836	-7.524
Finanzerträge	(14)	6.866	7.168
Finanzierungsaufwendungen	(15)	-9.906	-31.627
Gewinn- und Verlustanteile an assoziierten Unternehmen	(16)	776	3.306
Ergebnis vor Ertragsteuern		13.712	-21.552
Ertragsteuern	(17)	-1.506	-68
Ergebnis aus fortgeführter Geschäftstätigkeit nach Ertragsteuern		12.206	-21.620
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	(18)	668	1.266
Periodenergebnis		12.874	-20.354
Übriges Ergebnis			
Unrealisierte Gewinne aus der Währungsumrechnung		0	98
Änderungen des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten		8.421	-7.752
Neutrale Veränderungen nach IAS 28 (assoziierte Unternehmen)		457	-403
Ertragsteuern auf übriges Gesamtergebnis		-163	196
Übriges Ergebnis der Periode (nach Steuern)		8.715	-7.861
Summe Gesamtergebnis der Periode		21.589	-28.215
Zurechnung des Ergebnisses der Periode:			
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne (Vj.: Verluste)		13.050	-20.711
Verluste (i. Vj. Gewinne), die den Minderheitsanteilen zuzurechnen sind		-176	357
Ergebnis der Periode		12.874	-20.354
Zurechnung des Gesamtergebnisses der Periode:			
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne (Vj.: Verluste)		21.757	-28.645
Verluste (i. Vj. Gewinne), die den Minderheitsanteilen zuzurechnen sind		-168	430
Summe Gesamtergebnis der Periode		21.589	-28.215
Ergebnis je Aktie			
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (in EUR)	(42)	1,12	-1,71
Verwässertes Ergebnis je Aktie (in EUR)		1,12	-1,71

Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2009

Vermögenswerte (Aktiva)	Anhang	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte	(19)	3.452	3.839
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(19)	6.931	6.437
Sachanlagen	(19)	6.697	5.943
Anteile an assoziierten Unternehmen	(20)	25.219	30.173
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	(21)	47.354	40.551
Sonstige Forderungen	(22)	1.235	1.834
Latente Steueransprüche	(23)	504	299
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	(30)	1.940	0
		93.332	89.076
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	(24)	10.134	8.791
Fertigungsaufträge (POC)	(25)	0	2.149
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(26)	2.679	12.485
Laufende Steuererstattungsansprüche	(23)	1.646	2.491
Sonstige Vermögenswerte	(27)	3.605	1.724
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	(28)	19.127	1.135
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	(29)	9.931	3.881
		47.123	32.656
		140.455	121.732

Eigenkapital und Schulden (Passiva)		31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(31)	11.640	12.700
Kapitalrücklage	(31)	47.322	46.262
Eigene Anteile	(31)	0	-9.157
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert	(31)	13.934	5.227
Gewinnrücklage	(31)	13.028	9.515
Eigenkapital der Anteilseigner des Mutterunternehmens		85.924	64.547
Minderheitsanteile	(32)	7.238	7.470
		93.162	72.017
Langfristige Schulden			
Sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Kapital	(32)	427	374
Leistungen an Arbeitnehmer	(34)	1.560	1.573
Finanzielle Schulden	(33)	19.966	27.267
Latente Steuerschulden	(23)	1.324	787
		23.277	30.001
Kurzfristige Schulden			
Finanzielle Schulden	(35)	16.191	12.927
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(36)	2.307	2.082
Laufende Steuerschulden	(23)	1.521	929
Sonstige Schulden	(37)	3.997	3.776
		24.016	19.714
		140.455	121.732

Aufstellung der Veränderungen des Eigenkapitals des Konzerns

	Mutterunternehmen		
	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Eigene Anteile
	Stamm- aktien		
	T€	T€	T€
Stand 1. Januar 2008	12.700	46.262	0
Ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 39	0	0	0
latente Steuern auf ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 39	0	0	0
Ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 28	0	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
- Zu- und Verkauf von Anteilen von Tochterunternehmen			
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	0	0	0
Konzern-Periodenergebnis	0	0	0
Summe Periodenergebnis und direkt im Eigenkapital erfasste Aufwendungen und Erträge	0	0	0
Kapitalherabsetzung Deutsche Balaton AG	0	0	0
Aufwand aus der Einziehung eigener Aktien	0	0	0
- beim Mutterunternehmen			
Erwerb eigener Aktien	0	0	-9.157
Stand 31. Dezember 2008	12.700	46.262	-9.157
Stand 1. Januar 2009	12.700	46.262	-9.157
Ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 39	0	0	0
latente Steuern auf ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 39	0	0	0
Ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 28	0	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
- Zu- und Verkauf von Tochterunternehmen			
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	0	0	0
Konzern-Periodenergebnis	0	0	0
Summe Periodenergebnis und direkt im Eigenkapital erfasste Aufwendungen und Erträge	0	0	0
Kapitalherabsetzung Deutsche Balaton AG	-1.060	1.060	0
Aufwand aus der Einziehung eigener Aktien	0	0	9.537
- beim Mutterunternehmen			
Erwerb eigener Aktien	0	0	-380
Anteil an Ausschüttungen	0	0	0
Stand 31. Dezember 2009	11.640	47.322	0

Weitere Angaben sind in der Tz. 29 des Konzernanhangs für das Geschäftsjahr 2009 enthalten.

					Minderheiten	Konzern
	Rücklage aus Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	Gewinnrücklage	Eigenkapitalanteil der Anteilseigner des Mutterunternehmens	Minderheitsanteile	Summe Eigenkapital
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	13.181	-20	30.226	102.349	7.040	109.388
	-7.747	0	0	-7.747	-5	-7.752
	196	0	0	196	0	196
	-403	0	0	-403	0	-403
	0	20	0	20	78	98
	-7.954	20	0	-7.934	73	-7.861
	0	0	-20.711	-20.711	357	-20.354
	-7.954	20	-20.711	-28.645	430	-28.215
	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	-9.157	0	-9.157
	5.227	0	9.515	64.547	7.470	72.017
	5.227	0	9.515	64.547	7.470	72.017
	8.413	0	0	8.413	8	8.421
	-163	0	0	-163	0	-163
	457	0	0	457	0	457
	0	0	0	0	0	0
	8.707	0	0	8.707	8	8.715
	0	0	13.050	13.050	-176	12.874
	8.707	0	13.050	21.757	-168	21.589
	0	0	0	0	0	0
	0	0	-9.537	0	0	0
	0	0	0	-380	0	-380
	0	0	0	0	-64	-64
	13.934	0	13.028	85.924	7.238	93.162

Konzern-Kapitalflussrechnung 2009

	2009	2008
	T€	T€
1. Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit		
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne (Vj. Verluste)	13.049	-20.711
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sowie als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.909	977
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf sonstige finanzielle Vermögenswerte	5.871	24.382
Verluste (i. Vj. Gewinne), die den Minderheitsanteilen zuzurechnen sind	-176	349
Erhaltene Zinsen	-5.225	-5.087
Gezahlte Zinsen	3.888	6.211
Dividendenerträge	-1.640	-2.081
Laufende Steuern	1.330	178
Latente Steuern	176	-110
Erhaltene Ertragsteuern	107	769
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist	15.594	-3.679
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist	-3.520	-11.082
Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	31.363	-9.884
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	89	20
Auszahlungen für die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-2.364	-300
Einzahlungen aus Abgängen von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien, assoziierten Unternehmen, sonstigen finanziellen Vermögenswerten und im laufenden Jahr aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren	43.734	26.471
Auszahlungen für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, assoziierten Unternehmen, sonstigen finanziellen Vermögenswerten und im laufenden Jahr aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren	-59.491	-21.279
Auszahlungen für Unternehmenserwerbe	-979	-11.873
Zugang und Abgang von Minderheitsanteilen	-1.940	73
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-20.951	-6.888
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
Ein- (+)/Auszahlungen (-) von Finanzschulden/Darlehen	-3.983	20.498
Auszahlungen (-) aus dem Erwerb eigener Anteile	-379	-9.158
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-4.362	11.340
4. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (Zwischensummen 1.–3.)	6.050	-5.432
Veränderungen der Zahlungsmittel aus Wechselkursänderungen	0	20
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Anfang der Periode	3.881	9.293
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Periode	9.931	3.881

■ Allgemeine Angaben

1. Geschäftstätigkeit des Konzerns

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (im Folgenden auch „Deutsche Balaton AG“ oder „Deutsche Balaton“ genannt) ist ein börsennotierter Investment-spezialist mit dem Fokus auf Beteiligungen an Unternehmen. Außerdem investiert der Konzern in Immobilien und sonstige Anlagen.

Ziel ist es, durch einen langfristigen Vermögensaufbau eine angemessene Kapitalverzinsung für unsere Aktionäre zu erwirtschaften. Die Erträge werden überwiegend durch Wertsteigerungen bei den Investments erzielt.

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft hat ihren Sitz in 69120 Heidelberg, Ziegelhäuser Landstraße 1 und wird zum Bilanzstichtag im Handelsregister beim Amtsgericht Mannheim unter HRB 338172 geführt. Die Tochtergesellschaften sind in Europa ansässig.

Aufgrund der Erweiterung des Konsolidierungskreises (vergleiche Tz. 4) ist die Vergleichbarkeit des Berichtszeitraums mit dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich. Durch die Erweiterungen des Konsolidierungskreises haben sich die Umsatzerlöse, Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie die Zuwendungen an Arbeitnehmer und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöht. Im Vorjahr erstmals konsolidierte Gesellschaften wurden im Berichtsjahr erstmals ganzjährig im Konzernabschluss berücksichtigt.

Außerdem ist der Konzernabschluss durch Anwendung des IFRS 5 für zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar.

Des Weiteren wurden zur besseren Darstellung der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 im Berichtsjahr erhaltene und gezahlte Zinsen und Dividendenerträge der betrieblichen Tätigkeit zugeordnet; die Vorjahresbeträge wurden entsprechend angepasst.

Im Berichtsjahr 2009 veröffentlicht der Konzern erstmals die Segmentberichterstattung nach dem verpflichtenden Standard IFRS 8.

2. Grundlagen des Konzernabschlusses

■ Übereinstimmungserklärung

Der Konzernabschluss der Deutsche Balaton AG wurde in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Dabei werden die ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften beachtet.

Der Vorstand der Deutsche Balaton AG hat den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009 am 29. April 2010 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Die Billigung des Konzernabschlusses erfolgt voraussichtlich auf der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 30. April 2010. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss der Gesellschaft zu prüfen und durch seine Billigung zu bestätigen.

■ Funktionale Währung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Soweit nichts anderes vermerkt ist, werden alle Beträge auf volle Tausend

Euro kaufmännisch gerundet angegeben. Bei der Summierung gerundeter Beträge und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen Rundungsdifferenzen auftreten.

■ *Verwendung von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen und Ermessensentscheidungen*

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses nach den Vorschriften der IFRS muss der Vorstand Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, die die ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Passiva und die Angabe bedingter Beträge am Tag des Konzernabschlusses sowie die ausgewiesenen Ertrags- und Aufwandsbeträge während des Berichtszeitraums betreffen. Die später tatsächlich eintretenden Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen.

Schätzungen und deren zugrunde liegende Annahmen werden fortlaufend geprüft. Veränderungen an rechnungslegungsbezogenen Schätzungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Berichtsperiode gebucht, in der die Änderungen vorgenommen wurden sowie in den nachfolgenden Berichtsperioden.

Wesentliche zukunftsbezogene Annahmen sowie Art und Buchwerte von Vermögenswerten, bei denen Schätzungsrisiken bestehen, sind in der Ermessensausübung des Vorstands erfolgt.

Folgende Bilanzposten beinhalten wesentliche Schätzungen und Ermessensausübungen:

- Unternehmenszusammenschlüsse (Angabe 4)
- Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Angabe 19)
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Angabe 21)
- Sonstige Forderungen (Angabe 22)

- Latente Steueransprüche (Angabe 23)
- Fertigungsaufträge (Angabe 25)
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Angabe 26)
- Sonstige Vermögenswerte (Angabe 27)
- Leistungen an Arbeitnehmer (Angabe 34)
- Sonstige Schulden (Angabe 37)

3. Angewandte IFRS-Vorschriften

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde auf Grundlage aller für das Geschäftsjahr 2009 verbindlichen Standards und Interpretationen, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt.

Die Änderungen bestehender IAS sowie neuer IFRS- und IFRIC-Interpretationen, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, wurden bei der Aufstellung des Konzernabschlusses beachtet.

Auf die freiwillige vorzeitige Anwendung von nachfolgend angeführten Standards oder Interpretationen, die zum 31. Dezember 2009 nicht verpflichtend anzuwenden sind, wurde verzichtet. Die Auswirkungen sind aufgrund fehlender Informationen nicht verlässlich abschätzbar. Eine erstmalige Anwendung erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der verpflichtenden Anwendung.

■ *Im laufenden Geschäftsjahr erstmals verpflichtend anzuwendende Standards und Interpretationen*

Im Geschäftsjahr 2009 fanden die folgenden Rechnungslegungsstandards und Interpretationen erstmals Anwendung.

Im November 2006 veröffentlichte das IASB IFRS 8 (Geschäftssegmente), der den bisherigen Standard

zur Segmentberichterstattung, IAS 14 (Segmentberichterstattung), ersetzt. Nach IFRS 8 sind die zu veröffentlichenden Segmentinformationen aus den Informationen, die das Management intern zur Beurteilung der Segmentleistung und Segmentabgrenzung nutzt, abzuleiten. Damit folgt IFRS 8 dem sogenannten „Management Approach“.

Im März 2007 veröffentlichte das IASB den geänderten Standard IAS 23 (Fremdkapitalkosten), der die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts vorschreibt. Das bisherige Wahlrecht zur Aktivierung der direkt zurechenbaren Fremdkapitalzinsen für qualifizierte Vermögenswerte wurde bisher schon genutzt.

Im September 2007 veröffentlichte das IASB Änderungen zu IAS 1 (Darstellung des Abschlusses). Diese beinhalten Vorschläge zur Umbenennung der einzelnen Abschlussbestandteile, die Pflicht, unter bestimmten Bedingungen eine Eröffnungsbilanz für das Vorjahr und eine getrennte Darstellung von Eigenkapitaltransaktionen mit Gesellschaftern bzw. Nichtgesellschaftern offen zu legen sowie die Ertragsteuerwirkungen pro ergebnisneutral erfasster Komponente separat auszuweisen oder als zusammengefasster Betrag in der Gesamtergebnisrechnung.

Im Mai 2008 veröffentlichte das IASB im Rahmen des jährlichen „Improvement“-Projektes Änderungen diverser IFRSs, die im Wesentlichen terminologische und redaktionelle Aspekte betreffen.

Die im März 2009 veröffentlichten Änderungen zu IFRS 7 (Finanzinstrumente: Anhangsangaben), sehen erweiterte Angaben zu den Finanzinstrumenten vor, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Ferner sind zusätzliche Angaben zu Liquiditätsrisiken

zu erbringen. Wesentliche Änderungen des IFRS 7 sind insbesondere, dass auf Basis einer dreistufigen Hierarchie anzugeben ist, auf welcher Grundlage die beizulegenden Zeitwerte ermittelt wurden. Oberste Hierarchieebene sind beizulegende Zeitwerte auf Basis von quotierten Marktpreisen. Beizulegende Zeitwerte auf Basis nicht extern beobachtbarer Bewertungsfaktoren entsprechen der untersten Hierarchieebene. Für Finanzinstrumente, die auf dieser Basis bewertet werden, sind zusätzliche Angaben, die insbesondere das Periodenergebnis aus der Bewertung dieser Instrumente betreffen, zu machen. Finanzgarantien und Kreditzusagen sind in die Fälligkeitsanalyse eines Unternehmens einzubeziehen.

Keine der neuen Rechnungslegungsvorschriften hatte einen materiellen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder das Ergebnis je Aktie. Die sich für Ausweis- und Angabepflichten ergebenden Änderungen wurden im Konzernabschluss, insbesondere in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung sowie im Konzernanhang, berücksichtigt.

■ *Veröffentlichte Standards und Interpretationen, die noch nicht angewendet werden*

Auf die freiwillige vorzeitige Anwendung von nachfolgend angeführten Standards oder Interpretationen, die zum 31. Dezember 2009 nicht verpflichtend anzuwenden sind, wurde verzichtet. Die Auswirkungen sind aufgrund fehlender Informationen nicht verlässlich abschätzbar. Eine erstmalige Anwendung erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der verpflichtenden Anwendung.

Folgende Standards und Interpretationen, deren Anwendung bislang nicht verpflichtend ist, werden im vorliegenden Abschluss noch nicht angewandt.

Norm	Bezeichnung	Verpflichtend für Geschäftsjahre beginnend ab:	Anwendung geplant ab:	Mögliche Auswirkungen auf künftige Abschlüsse
IFRS 3 (revised 2008)	Unternehmenszusammenschlüsse	01.07.2009	01.01.2010	unbestimmt
IAS 27 (revised 2008)	Konzern- und Einzelabschlüsse	01.07.2009	01.01.2010	unwesentlich
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.07.2009	01.10.2010	unwesentlich
IFRS 2	Änderungen zu IFRS 2 – Anteilsbasierte Vergütung	01.01.2010	01.01.2010	unwesentlich
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung	01.02.2010	01.01.2010	unwesentlich
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	01.01.2011	01.01.2011	unwesentlich
IFRS 9	Finanzinstrumente	01.01.2013	01.01.2013	unwesentlich
IFRIC 17	Sachdividenden an Eigentümer	01.11.2009	01.01.2010	keine
IFRIC 19	Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch die Ausgabe von Eigenkapitalinstrumenten	01.07.2010	01.01.2011	unwesentlich
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2010	01.01.2010	unwesentlich
IFRIC 12	Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen	29.03.2009	01.01.2010	keine
IFRIC 15	Verträge über die Errichtung von Immobilien	01.01.2010	01.01.2010	keine
IFRIC 16	Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb	30.06.2009	01.01.2010	keine
IFRIC 18	Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden	01.11.2009	01.01.2010	keine
IFRS 1 (revised)	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards	01.01.2010	01.01.2010	keine

4. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss werden neben der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft als Muttergesellschaft die Gesellschaften durch Vollkonsolidierung einbezogen, bei denen die Muttergesellschaft die Möglichkeit hat, beherrschenden Einfluss (Control-Verhältnis) im Sinne des IAS 27 auszuüben. Die Einbeziehung erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem das Control-Verhältnis vorliegt. Soweit Anteile von Tochterunternehmen von untergeordneter Bedeutung sind, werden sie nicht einbezogen.

Im Einzelnen werden folgende Gesellschaften in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 einbezogen:

· Deutsche Balaton AG, Heidelberg (Mutterunternehmen)	
· ABC Beteiligungen AG, Heidelberg	100,0 %
· CornerstoneCapital AG, Frankfurt/Main	99,3 %
· CornerstoneCapital MTAG GmbH, Frankfurt/Main	100,0 %
· CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg	100,0 %
· CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg	90,0 %
· Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg	70,0 %
· Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein	100,0 %
· Fortuna Technology GmbH, Krems/Donau, Österreich	100,0 %
· Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg	77,4 %
· Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck	67,5 %
· PL Industrie-Verwaltungs GmbH, Kappelrodeck	67,5 %
· PL Verwaltungs-GmbH, Kappelrodeck	67,5 %
· Stratec Grundbesitz AG, Mannheim	70,0 %
· Stratec Projektgesellschaft mbH, Mannheim	100,0 %
· Stratec Rheinallee GmbH, Mannheim	93,9 %
· Eppstein Foils Holding GmbH, Eppstein/Taunus	70,0 %
· EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein/Taunus	100,0 %
· Staniolfabrik Eppstein Flaschenkapsel GmbH, Eppstein/Taunus	100,0 %
· Verwaltungsgesellschaft Eppstein Foils mbH, Eppstein/Taunus	100,0 %

Die angegebenen Prozentsätze (gerundet) entsprechen den Beteiligungsquoten zum Bilanzstichtag.

Folgende Tochterunternehmen werden aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht konsolidiert und als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ ausgewiesen:

- BNS Holding GmbH, Frankfurt/Main
- CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH, Frankfurt/Main
- CornerstoneCapital Management GmbH, Frankfurt/Main
- Hart Technik kft, Pomáz, Ungarn
- Nemet Rt, Budapest, Ungarn

Die Gesellschaften haben sowohl einzeln als auch in Summe keinen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Beteiligungen ab einer Beteiligungsquote von 20 % gelten grundsätzlich als assoziierte Unternehmen, d. h. das Beteiligungsverhältnis führt zu einem maßgeblichen Einfluss. Folgende assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode im Konzernabschluss erfasst und bewertet:

· Administration Intelligence AG, Würzburg	28,8 %
· Beta Systems Software AG, Berlin	38,5 %
· CARUS AG, Heidelberg	49,5 %
· ForceFive AG, München	7,6 %
· Human Solutions GmbH, Kaiserslautern	42,1 %
· Qualification Star GmbH, Bad Soden am Taunus	50,0 %
· vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main	36,7 %

Die angegebenen Beteiligungsquoten entsprechen dem Kapitalanteil des Konzerns an den assoziierten Unternehmen unter Berücksichtigung von Stimmrechtsvereinbarungen. Es bestehen Optionsrechte zur Erhöhung des Kapitalanteils an der ForceFive AG, München, auf 48,3 % Kapitalanteil.

Da die Voraussetzungen des IFRS 5 erfüllt sind, wurde mit Einleitung des Verkaufsprozesses im Dezember 2009 die G + H Isolite GmbH, Ludwigshafen/Rhein, bilanziell umgegliedert.

Folgende Beteiligungen werden wegen mangelnden maßgeblichen Einflusses nicht unter Anwendung der Equity-Methode konsolidiert. Stattdessen erfolgt die Bewertung als Beteiligung gemäß der konzerneinheitlichen Bewertungsrichtlinie für langfristige finanzielle Vermögenswerte wie sie in Tz. 6 bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angegeben ist:

- ASE AG, Bruchsal
- CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg

Ein maßgeblicher Einfluss liegt bei den vorgenannten Unternehmen nicht vor, da aufgrund der vorliegenden Aktionärsstruktur der Unternehmen keine Möglichkeit der Mitwirkung an finanz- und geschäftspolitischen

Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens besteht. Insbesondere gibt es keine Zugehörigkeit zu Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorganen der Beteiligungsunternehmen, keine Teilnahme an Entscheidungsprozessen, keine laufenden Geschäftsvorfälle mit den Beteiligungsunternehmen, kein Austausch von Führungspersonal sowie keine Bereitstellung von bedeutenden technischen Informationen.

Der Kommanditanteil an der CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg, wird aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht als assoziiertes Unternehmen konsolidiert, sondern unter den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

■ *Veränderungen im Konsolidierungskreis gegenüber dem Vorjahr:*

Am 27. Januar 2009 (Erwerbszeitpunkt) hat die Konzerngesellschaft CornerstoneCapital AG & Co. KG, Heidelberg, 50,0 % der Anteile an der Qualification Star GmbH, Bad Soden am Taunus erworben. Diese Gesellschaft hält rd. 91,04 % der Aktien der Integrata Training AG, Stuttgart. Diese Gesellschaft ist in der Bundesrepublik Deutschland ein führender herstellerunabhängiger Full Service Anbieter von Qualifizierungsleistungen.

Die Anschaffungskosten betragen für den Anteil an der erworbenen Gesellschaft 911 T€. Der Kaufpreis wurde in bar bezahlt. Die Qualification Star GmbH wird als assoziiertes Unternehmen ab dem Erwerbszeitpunkt in den Konzernabschluss nach der Equity-Methode einbezogen.

Die Deutsche Balaton hat am 9. Juni 2009 an einer beschlossenen Kapitalerhöhung der ForceFive AG, München, teilgenommen. Im Rahmen der Kapitalerhöhung sind 37 T€ an Zahlungsmitteln abgeflossen. Nach der Kapitalerhöhung hält der Konzern 7,6 % der Anteile. Die ForceFive AG beschäftigt sich mit der Entwicklung, der Herstellung und dem Vertrieb von Software, insbesondere CAD (Computer Aided Design) sowie zwei- und dreidimensionalem Design und Schulung.

Am 10. August 2009 (Erwerbszeitpunkt) hat die Deutsche Balaton AG im Rahmen von Optionsvereinbarungen das Recht erworben bis zum 31. Januar 2011 ihren Kapitalanteil von 7,6 % auf 48,3 % der Anteile der ForceFive AG, München zu erhöhen. Der Kaufpreis der Anteile bei Ausübung der einzelnen Optionen zum 31. Dezember 2009 hätte TEUR 129 sowie TEUR 165 betragen. Seit dem Erwerbszeitpunkt wird die ForceFive AG, München, als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

5. Konsolidierungsgrundsätze und -methoden

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse der Muttergesellschaft und der Tochtergesellschaften werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Abschlussstichtag sämtlicher in den Konzernabschluss einbezogener Unternehmen ist der 31. Dezember 2009.

Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaften werden die wesentlichen Bewertungsabweichungen, die bekannt sind, angepasst. Uns bekannte wesentliche Abweichungen liegen in der Nutzungsdauer von Patenten. Die Abschlüsse ausländischer Tochtergesellschaften werden von der funktionalen Währung in die Berichtswährung umgerechnet und entsprechend einbezogen. Die Umrechnung gemäß IAS 21 erfolgt bei Vermögen und Schulden zu Stichtagskursen und bei Aufwendungen und Erträgen zu Jahresdurchschnittskursen. Das Eigenkapital wird zu historischen Kursen der Erstkonsolidierung umgerechnet. Sich hieraus ergebende Währungsdifferenzen werden ergebnisneutral gesondert im Eigenkapital ausgewiesen.

Konzerninterne Erträge und Aufwendungen, Forderungen und Schulden, Zwischengewinne und Dividendenausschüttungen werden eliminiert.

Die Periodenergebnisse der nach der Equity-Methode einbezogenen Beteiligungen wurden, sofern vollständige Abschlüsse der Gesellschaften nicht vorlagen, auf Grundlage der zur Verfügung stehenden vorläufigen bzw. der zuletzt veröffentlichten Finanzdaten der Gesellschaften einbezogen.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß den Regelungen des IFRS 3 nach der Erwerbsmethode. IFRS 3 wird nicht rückwirkend angewendet.

Für Unternehmenszusammenschlüsse, die vor dem Übergangszeitpunkt am 1. Januar 2004 stattfanden, muss IFRS 3 nicht retrospektiv angewendet werden. Die Deutsche Balaton macht von diesem Erleichterungswahlrecht Gebrauch; sie übernimmt in diesem Zusammenhang die Wertansätze, die bei der Erstkonsolidierung nach HGB zum Stichtag der jeweiligen Erstkonsolidierung ermittelt worden sind.

6. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gegenüber den zum 31. Dezember 2008 im IFRS-Konzernabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ergeben sich keine Unterschiede.

Basis für die Bewertung der Vermögenswerte sind grundsätzlich die historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Für die nachfolgenden finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte und Schulden ist der beizulegende Zeitwert angesetzt:

- Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
- Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere
- Kurzfristige sonstige Vermögenswerte
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
- Kurzfristige finanzielle Schulden
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Buchwerte entsprechen grundsätzlich den beizulegenden Zeitwerten mit Ausnahme des Beteiligungsbuchwerts der assoziierten Unternehmen Beta Systems Software AG, Berlin, und vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main. Die beizulegenden Zeitwerte sowie ihre in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerte sind wie folgt:

Beta Systems Software AG, Berlin

in Tsd. €	2009	2008
Buchwert	12.430	17.514
Beizulegender Zeitwert	12.430	11.415

vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main

in Tsd. €	2009	2008
Buchwert	8.527	7.529
Beizulegender Zeitwert	26.936	37.900

Der genannte beizulegende Zeitwert stellt eine Stichtagsbetrachtung bezogen auf den Bilanzstichtag dar. Der Kurswert der Beteiligungen unterliegt den bei Wertpapieren üblichen Kursschwankungen und Kursrisiken. Aufgrund bestimmter Marktumstände, wie z. B. ein geringes Handelsvolumen, kann der Stichtagskurs möglicherweise nicht repräsentativ für die Bewertung der Beteiligung sein. Es besteht das Risiko, dass im Veräußerungsfall für die Beteiligung nicht der unter Annahme des angegebenen Stichtagskurses errechnete Beteiligungswert erzielt werden kann.

■ Ertrags- und Umsatzrealisierung

Umsatzerlöse aus Verkäufen von Gütern werden entsprechend den Kriterien des IAS 18 mit der Übertragung der maßgeblichen Chancen und Risiken erfasst, wenn ein Preis vereinbart oder bestimmbar ist und von dessen Bezahlung verlässlich ausgegangen werden kann. Im Rahmen des Verkaufs von Gütern ist dies regelmäßig der Zeitpunkt, wenn die Lieferung erfolgt ist und die Gefahr auf den Kunden übergegangen ist. Außerdem muss der Konzern die Höhe des Umsatzes verlässlich ermitteln und von der Einbringlichkeit der Forderung ausgehen können. Vor Lieferung werden Umsatzerlöse erfasst, wenn das Produkt auf Verlangen des Kunden noch nicht ausgeliefert wird, dieser die Rechnungsstellung akzeptiert, die Lieferung wahrscheinlich ist, die gewöhnlichen Zahlungsbedingungen Anwendung finden sowie das rechtliche Eigentum auf den Kunden übergeht. Umsatzerlöse für die Erbringung von Dienstleistungen werden erfasst, wenn die Dienstleistungen erbracht worden sind. In den Umsatzerlösen werden die den Kunden berechneten Entgelte für Lieferungen und Leistungen – vermindert um Erlösschmälerungen, Konventionalstrafen und Skonti – ausgewiesen.

Die Umsatzrealisierung aus Fertigungsaufträgen erfolgt gemäß IAS 11 entsprechend dem Leistungsfortschritt nach der Percentage-of-Completion Methode (POC), die sich auf den Fertigstellungsgrad des Projektes bezieht und welche die folgenden Bedingungen für die Umsatzrealisierung voraussetzt:

Die Höhe des Ertrags muss zuverlässig bestimmt werden können, der aus der Erbringung von Dienstleistungen resultierende wirtschaftliche Nutzen muss wahrscheinlich sein, der Fertigstellungsgrad am Abschlussstichtag muss zuverlässig gemessen werden können und die mit dem Auftrag verbundenen

Kosten müssen zuverlässig bestimmt werden können. Zur Bestimmung des Fertigstellungsgrades verwendet der Konzern die Cost-to-Cost-Methode, wofür das Verhältnis der tatsächlich bis zum Abschlussstichtag angefallenen Kosten für bereits vollendete Arbeiten zu den zu diesem Zeitpunkt geschätzten Gesamtkosten herangezogen wird. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Fertigungsaufträge im Sinne des IAS 11.

Zeitabhängige Vergütungen wie Mieterträge werden zeitanteilig vereinnahmt.

Käufe und Verkäufe zu marktüblichen Konditionen werden am Handelstag, das heißt an dem Tag, an dem das Verpflichtungsgeschäft entsteht, bilanziert. Eine Bilanzierung der Rechtsgeschäfte erst zum Erfüllungstag erfolgt nicht.

■ Sonstige Erträge / sonstige Aufwendungen

Die sonstigen Erträge umfassen Gewinne aus dem Abgang von Sachanlagen und aus dem Verkauf von Wertpapieren. Die Erträge werden in der Rechnungsperiode ihres Anfallens ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Aufwendungen umfassen Verluste aus dem Verkauf von Sachanlagen und Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs. Diese Aufwendungen werden in der Rechnungsperiode ihres Anfallens in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Gewinne und Verluste aus Wechselkursänderungen werden nicht saldiert dargestellt.

■ Finanzerträge und Finanzierungsaufwendungen

Die Finanzerträge umfassen Dividendenerträge sowie Zinserträge von kurzfristigen und langfristigen Forderungen. Die Dividendenerträge werden im Jahr der Beschlussfassung der Hauptversammlung ergebnis-

wirksam erfasst. Die Zinserträge werden zeitanteilig ergebniswirksam erfasst.

Die Finanzierungsaufwendungen umfassen Zinsaufwendungen für kurzfristige und langfristige Schulden gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Fremdkapitalgebern. Alle Fremdkapitalzinsen werden in der Rechnungsperiode ihres Anfallens als Aufwand erfasst. Zusätzlich sind Wertminderungen auf kurzfristige und langfristige finanzielle Vermögenswerte als Finanzierungsaufwendungen erfasst.

■ *Laufende Ertragsteuern*

Die laufenden Ertragsteuern ergeben sich aus dem Betrag der geschuldeten bzw. erstattungsfähigen Ertragsteuern aus dem für die einzelnen Gesellschaften zu versteuernden Einkommen bzw. dem steuerlichen Verlust der laufenden und früheren Berichtsperioden. Sie sind unter Anwendung der zum Abschlussstichtag gültigen Steuervorschriften und -sätze mit dem Betrag bewertet, der als Steuerzahlung oder Steuerrück-erstattung zu erwarten ist. Da der Ausgleich auf Nettobasis vorzunehmen ist, wurden tatsächliche Steuer-schulden und tatsächliche Steuererstattungsansprüche gegenüber derselben Finanzbehörde saldiert.

■ *Latente Steuern*

Nach IFRS sind latente Steuern auf temporäre Differenzen zwischen dem Steuerbilanzwert und dem IFRS-Bilanzwert eines Vermögenswertes oder einer Schuld anzusetzen (bilanzorientierter Ansatz). Als temporäre Differenzen werden nach IFRS alle Differenzen eingeordnet, die nicht permanent sind. Nach IFRS besteht bei Vorliegen der Ansatzkriterien sowohl für aktive als auch für passive latente Steuern eine Ansatzpflicht.

Darüber hinaus sind nach IFRS zu erwartende Steuer-minderungen aus Verlustvorträgen zu aktivieren,

wenn in absehbarer Zukunft wahrscheinlich in aus-reichendem Umfang zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, womit die noch nicht genutzten steuer-lichen Verlustvorträge verrechnet werden können. Für die Bewertung wird der im Nutzungszeitpunkt voraussichtlich gültige Steuersatz herangezogen.

Änderungen von latenten Steuern werden grundsätz-lich erfolgswirksam erfasst, soweit die ihnen zugrunde liegenden Sachverhalte auch erfolgswirksam behan-delt und nicht erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet werden.

■ *Steuersatzänderung aus der Unternehmenssteuerreform 2008 für die Bundesrepublik Deutschland*

Seit dem Geschäftsjahr 2008 wurde der Körperschaft-steuersatz auf 15,0 % abgesenkt. Während die Gewerbesteuermesszahl von maximal 5,0 % auf einheitlich 3,5 % verringert wurde, stellt die Ge-werbesteuer seitdem keine abziehbare Betriebsaus-gabe dar.

Für die Bewertung der latenten Steuern ist infolge-dessen, wie im Vorjahr, im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 nach IAS 12 ein zusammengefasster Gesamtsteuersatz von 29,83 % zugrunde gelegt wor-den, welcher sich aus einem Körperschaftsteuersatz von 15,0 %-Punkten, einem Solidaritätszuschlag in Höhe von 0,83 %-Punkten und einer durchschnitt-lichen Gewerbesteuer von 14,0 %-Punkten errechnet.

■ *Ergebnis je Aktie*

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird durch Division des den Stammaktionären des Mutterunternehmens zurechenbaren Ergebnisses mit dem gewichteten Durchschnitt der Anzahl der während des Geschäftsjahres im Umlauf befindlichen Aktien ermittelt.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie wird aus den bisherigen und den möglichen neuen Stammaktionären zustehenden Ergebnis, dividiert durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der während des Geschäftsjahres im Umlauf befindlichen Aktien, unter Berücksichtigung der Effekte aller verwässernden potenziellen Aktien, berechnet.

■ *Immaterielle Vermögenswerte*

Immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von linearen, planmäßigen Abschreibungen über die Nutzungsdauer bewertet. Immaterielle Vermögenswerte werden im Falle einer Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben. Die Nutzungsdauer bei den immateriellen Anlagewerten beträgt zwischen drei und fünf Jahren. Die Nutzung ist zeitlich begrenzt.

■ *Firmenwerte*

Firmenwerte werden im Gegensatz zu den übrigen immateriellen Vermögenswerten nur im Falle einer Wertminderung abgeschrieben. Hierzu erfolgt jährlich ein entsprechender Wertminderungstest (Impairmenttest).

Ein Firmenwert entsteht bei einem Unternehmenszusammenschluss und stellt den positiven Saldo der Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses über den von der Gesellschaft angesetzten Anteil an den beizulegenden Nettozeitwerten der identifizierten Vermögenswerte und Schulden des Verkäufers dar. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

Die aktivierten Firmenwerte wurden im Jahr 2009 gemäß IFRS 3 und IAS 36 einem Wertminderungstest (Impairmenttest) unterzogen. Dabei werden die

Firmenwerte den betreffenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten (Cash Generating Units = CGU) zugeordnet. Die zum Bewertungsstichtag erzielbaren Beträge der CGUs entsprechen dem höheren der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten und dem jeweiligen Nutzungswert der Zahlungsmittel generierenden Einheit. Der beizulegende Zeitwert der CGU wird nur dann bestimmt, wenn der Buchwert der CGU den Nutzungswert übersteigt und die CGU auf einem aktiven Markt gehandelt wird und damit eine Grundlage für eine verlässliche Schätzung des beizulegenden Zeitwertes besteht.

Die jährlich vorzunehmenden Wertminderungstests für Firmenwerte werden mittels anerkannter Discounted-Cashflow-Methoden durchgeführt. Dabei ergeben sich die Nutzungswerte der CGU aus den zukünftig zu erwartenden Cashflows aus der jüngsten Managementplanung, die mit langfristigen Umsatzwachstumsraten sowie Annahmen über die Margenentwicklung fortgeschrieben und mit den Kapitalkosten der Unternehmenseinheit abgezinst werden. Neben den Annahmen über die Entwicklung in den Branchen, in denen die CGUs tätig sind, wurden auch die deutlich verschlechterten makroökonomischen Rahmenbedingungen (Finanzkrise) berücksichtigt. Bei der Bestimmung der Diskontierungsfaktoren werden Kapitalkosten einer Gruppe von vergleichbaren Unternehmen herangezogen. Getestet wird auf der Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit.

■ *Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien*

Unter dem Posten als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien sind fremd zu vermietende und in der Bundesrepublik Deutschland gelegene Immobilien ausgewiesen.

Nach IFRS besteht ein Wahlrecht als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien entweder zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Die Gesellschaft hat sich entschlossen, das Anschaffungskostenmodell nach IAS 40.56 anzuwenden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt somit zu fortgeführten Anschaffungskosten, die bei Bedarf außerplanmäßig abgeschrieben werden. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear über eine Nutzungsdauer von 40 bis 50 Jahren berechnet. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

■ *Sachanlagen*

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von linearen, planmäßigen Abschreibungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer bewertet. Bei Sachanlagen reicht die Nutzungsdauer grundsätzlich von 3 bis 13 Jahren. Bei Gebäuden beträgt die Nutzungsdauer 10 bis 50 Jahre. Die Nutzung ist zeitlich begrenzt. Zugänge werden zeitanfällig ab dem Monat der Anschaffung abgeschrieben. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

Darüber hinaus werden Sachanlagen auf Wertminderungsbedarf geprüft, wenn entsprechende Ereignisse beziehungsweise Änderungen der Umstände anzeigen, dass der Buchwert nicht mehr erzielbar ist. Ein Wertminderungsverlust wird in der Höhe des den erzielbaren Betrag übersteigenden Buchwerts erfasst. Der erzielbare Betrag ist der Höhere aus dem Zeitwert (abzüglich Veräußerungskosten) und dem Nutzungswert.

Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen werden aus der Gegenüberstellung der Einzahlung und dem Buchwert der Anlage ermittelt und jeweils im Posten „sonstige betriebliche Erträge“ beziehungsweise „sonstige betriebliche Aufwendungen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

■ *Anteile an assoziierten Unternehmen*

Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss (assoziierte Unternehmen) wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet.

Ein maßgeblicher Einfluss wird grundsätzlich unterstellt, wenn aufgrund der Beteiligungshöhe von über 20 % die Möglichkeit der Mitwirkung an finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens bestehen soll. Ein maßgeblicher Einfluss wird weiterhin vermutet, wenn eine Zugehörigkeit zu Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorganen in Beteiligungsunternehmen besteht und die Teilnahme an Entscheidungsprozessen, ein Austausch von Führungspersonal sowie die Bereitstellung von bedeutenden technischen Informationen möglich ist.

In den Folgeperioden werden die Buchwerte jährlich um die auf den Deutsche Balaton Konzern entfallenden Veränderungen des Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens erhöht bzw. vermindert. Auf die erstmalige Bewertung eines in dem Beteiligungsansatz enthaltenen Unterschiedsbetrags zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und dem anteiligen Eigenkapital der Gesellschaft werden die für die Vollkonsolidierung geltenden Grundsätze der Kaufpreisallokation entsprechend angewendet. Ein Wertminderungstest für einen im Beteiligungsansatz enthaltenen Firmenwert wird in Folgeperioden nur durchgeführt, sofern ein Hinweis auf eine mögliche Wertminderung des gesamten Beteiligungsansatzes

vorliegt. Zwischengewinne und -verluste aus Verkäufen zwischen Konzerngesellschaften und nach der Equity-Methode bewerteten Gesellschaften werden in Höhe des Beteiligungsprozentsatzes eliminiert.

■ *Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sind – soweit sie nicht als assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode zu bilanzieren sind – der Bewertungskategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet. Sie sind in den langfristigen finanziellen Vermögenswerten enthalten. Das unrealisierte Bewertungsergebnis (Fair-Value-Änderungen) wird dabei erfolgsneutral im Posten Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen. Bei Wertminderung werden die Wertminderungen auf den Zeitwert erfolgswirksam in den Finanzierungsaufwendungen erfasst.

Anteile an börsennotierten Gesellschaften, für die ein aktiver und liquider Markt besteht, werden mit ihrem Börsenkurs zum Bewertungsstichtag oder dem Börsenkurs am letzten Handelstag vor diesem Datum bewertet. Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet. Alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften oder börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver und liquider Markt besteht und für die sich ein Fair Value nicht verlässlich ermitteln lässt, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Für nicht börsennotierte Anteile können sich Anzeichen für Wertminderungen z. B. aus aktuellen Finanzierungsrunden der jeweiligen Investoren oder aus Verkaufsverhandlungen ergeben, die einen unter den Anschaffungskosten liegenden Preis signalisieren. In

diesen Fällen wird die jeweilige Beteiligung anhand sonstiger Frühwarnindikatoren und anhand der aktuellen sowie der zukünftig erwartenden wirtschaftlichen Situation der Beteiligung bewertet. Als Bewertungsmethoden finden Standardbewertungsverfahren wie die Discounted-Cashflow-Methode und Multiplikatorenverfahren Anwendung.

■ *Sonstige Forderungen*

Der Posten „Sonstige langfristige Forderungen“ umfasst langfristige Darlehen und Forderungen mit fester Laufzeit und ohne eingebettetes Derivat. Darlehen und Forderungen werden entsprechend der IAS 39-Kategorisierung „Kredite und Forderungen“ zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Es wird regelmäßig überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung vorliegt. Sofern dies der Fall ist, wird die Wertminderung gemäß IAS 39 ermittelt.

■ *Vorräte*

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bei Anwendung der Durchschnittsmethode oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Die Herstellungskosten enthalten die direkten Einzelkosten von Material und Fertigung sowie die zurechenbaren Gemeinkosten. Finanzierungskosten sind nicht enthalten. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte erzielbare Verkaufserlös des Endproduktes abzüglich der Kosten für die Fertigstellung und den Vertrieb. In der Ermittlung des Nettoveräußerungswertes sind Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer, Überbeständen und ungängiger und beschädigter Ware des Vorratsvermögens ergeben, durch entsprechende Wertminderungskorrekturen berücksichtigt.

■ *Fertigungsaufträge (POC)*

Der Gegenstand von Fertigungsaufträgen (die zum Stichtag noch nicht abgerechnet sind – percentage of completion – POC) ist die auf die individuellen Anforderungen von Kunden abgestimmte – und über unterschiedliche Rechnungsperioden dauernde – Herstellung von kundenspezifisch individuell maßgefertigten Gütern.

Art und Umfang der Leistungserbringung richten sich nach den einzelnen Vertragsbedingungen; in der Regel handelt es sich um Fertigungsaufträge, bei denen der vertraglich vereinbarte Leistungsumfang zu einem festgelegten Preis zu erbringen ist.

Die Zurechnung der Erträge und Aufwendungen zu den einzelnen Rechnungsperioden erfolgt unter Anwendung der Realisierung nach dem Fertigstellungsgrad des Gesamtprojektes auf die einzelnen Fertigungsaufträge. Zur Bestimmung des Fertigstellungsgrades verwendet die Gesellschaft die Cost-to-Cost Methode, wofür das Verhältnis der tatsächlich bis zum Abschlussstichtag angefallenen Kosten für bereits vollendete Arbeiten zu den zu diesem Zeitpunkt geschätzten Gesamtkosten herangezogen wird.

Außer den direkt zurechenbaren Einzelkosten werden den Projekten auch indirekt zurechenbare Fertigungsgemeinkosten und anteilige Verwaltungsgemeinkosten zugeordnet.

Während der Herstellungsphase werden die Herstellungskosten einschließlich anteiliger Marge als nicht fertig gestellte Fertigungsaufträge aktiviert.

Im Gegensatz zum Vorjahr hat der Konzern im Berichtsjahr keine Fertigungsaufträge im Sinne des IAS 11.

■ *Forderungen aus Lieferungen und Leistungen*

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche oder zweifelhafte Beträge bilanziert. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten. Der Konzern nutzt auch das Finanzierungsinstrument Factoring und bucht bei Abtretung der Forderungen den Buchwert der abgetretenen Forderung aus. Forderungen gegen die Factoringgesellschaft werden unter den „sonstigen Vermögenswerten“ ausgewiesen.

■ *Sonstige Vermögenswerte*

Sonstige Vermögenswerte beinhalten kurzfristige Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als zwölf Monaten. Außerdem fallen hierunter Vorauszahlungen.

■ *Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere*

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere betreffen Eigenkapitalinstrumente sowie verzinsliche Wertpapiere, die mit der Absicht und dem Zweck einer kurzfristigen Gewinnrealisierung innerhalb von zwölf Monaten erworben wurden. Die Fair-Value Bewertung ist ergebniswirksam erfolgt.

■ *Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente*

Dieser Bilanzposten beinhaltet Barmittel und jederzeit fällige Sichteinlagen bei Kreditinstituten.

■ *Eigenkapital*

Ausgegebene Aktien der Deutsche Balaton AG werden als Eigenkapital klassifiziert. Mehrkosten, welche der Ausgabe von Aktien direkt zugeordnet werden können, werden direkt im Eigenkapital in der Kapitalrücklage erfasst. Mit jeder Aktie ist für den Anteils-

eigner ein Stimmrecht verbunden. Wenn als Eigenkapital klassifizierte Aktien zurückgekauft werden, werden die zurückgekauften Aktien als Eigene Aktien klassifiziert und zu Anschaffungskosten im Eigenkapital in Abzug gebracht.

■ *Minderheitsanteile*

Der Anteil Dritter am Konzerneigenkapital wird im Posten „Minderheitsanteile“ ausgewiesen. Der Anteil Dritter an Konzerngesellschaften in der Rechtsform einer deutschen Personengesellschaft wird im langfristigen Konzernfremdkapital unter dem Posten „Sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Fremdkapital“ ausgewiesen.

■ *Langfristige finanzielle Schulden*

Langfristige finanzielle Schulden werden in Höhe des tatsächlich zugeflossenen Betrags abzüglich Transaktionskosten erfasst. Ein Unterschied zwischen dem erhaltenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Finanzierung verteilt und im Finanzergebnis erfasst.

■ *Leistungen an Arbeitnehmer*

Aufgrund von Betriebsvereinbarungen und Verträgen besteht die Verpflichtung, an Mitarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen nach deren Eintreten in den Ruhestand Pensionszahlungen zu leisten. Diesen leistungsorientierten Verpflichtungen stehen teilweise für diesen Zweck Rückdeckungsversicherungen gegenüber.

Rückstellungen für Pensionen werden gemäß IAS 19.64 anhand des Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Bei diesem Verfahren werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungen von Renten und Gehältern unter Einschätzung der relevanten Einflussgrößen berücksichtigt.

Nach IFRS werden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb einer Bandbreite von zehn Prozent des höheren Betrages aus Verpflichtungsumfang und Fair Value des Planvermögens liegen, über die durchschnittliche Restdienstzeit verteilt (Korridorverfahren).

Der Dienstaufwand wird im Posten „Zuwendungen an Arbeitnehmer“ ausgewiesen, der Netto-Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Zinsaufwand.

■ *Kurzfristige finanzielle Schulden*

Kurzfristige finanzielle Schulden sind mit den Buchwerten, die dem Rückzahlungsbetrag entsprechen, bewertet.

■ *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen*

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit den Buchwerten, die dem Rückzahlungsbetrag entsprechen, bewertet. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeiten annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten.

■ *Sonstige Schulden*

Sonstige Schulden sind mit den Buchwerten, die dem Rückzahlungsbetrag entsprechen, oder mit dem beizulegenden Zeitwerten bewertet. Wenn für die Deutsche Balaton rechtliche oder tatsächliche Verpflichtungen gegenüber Dritten aufgrund vergangener Ereignisse vorliegen und es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtungen zu Mittelabflüssen führen, werden diese mit jenem Wert angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses nach bestmöglicher Schätzung ermittelt werden kann.

■ *Fremdwährungsumrechnung*

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden nach IFRS mit dem Stichtagskurs erfolgswirksam bewertet. Der Konzern ist Wechselkurschwankungen und somit Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. Diese resultieren insbesondere aus Währungsdifferenzen bei assoziierten Unternehmen und Dividendenansprüchen sowie Kaufpreisforderungen in ausländischer Währung.

■ *Leasing*

Die Klassifizierung von Leasingverhältnissen als Finanzierungs-Leasing beziehungsweise Operating-Leasing richtet sich nach dem wirtschaftlichen Gehalt der Vereinbarungen gemäß IAS 17.8. Gehen bei gemieteten Vermögenswerten alle wesentlichen Risiken und Chancen aus diesem Gegenstand auf den Leasingnehmer über, so wird die Vereinbarung als Finanzierungs-Leasingverhältnis klassifiziert.

Beim Finanzierungsleasing wird der Leasinggegenstand im Anlagevermögen des Leasingnehmers aktiviert und der Barwert der künftig zu zahlenden Leasingraten passiviert. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Barwert der künftigen Leasingraten und der Summe der aufgezinnten Leasingraten stellt einen abgegrenzten Zinsaufwand dar. Dieser wird über die Laufzeit der Verträge verausgabt. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögenswerte.

Beim Operating-Leasing werden die Leasingraten über den Vertragszeitraum in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand und erhaltene Mieteinnahmen als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien als Umsatzerlöse erfasst.

Für das Geschäftsjahr 2009 liegen sowohl Operating-Leasingverhältnisse als auch Finanzierungsverhältnisse im Sinne des IAS 17 vor.

Finanzierungsleasingverbindlichkeiten stellen eine eigene Klasse im Sinne des IFRS 7.6 dar.

■ *Fremdkapitalkosten*

Fremdkapitalzinsen werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Eine Aktivierung von Fremdkapitalzinsen gemäß IAS 23 wird nicht vorgenommen, da im Konzern keine qualifizierten Vermögenswerte vorhanden sind.

■ *Saldierung*

Es besteht ein grundsätzliches Saldierungsverbot zwischen Vermögenswerten und Schulden sowie Erträgen und Aufwendungen, es sei denn, eine Vorschrift fordert oder erlaubt dies ausdrücklich. Soweit möglich, werden Saldierungen vorgenommen. Diesbezüglich verweisen wir insbesondere auf die Ausführungen in der Tz 33 zu den langfristigen finanziellen Schulden.

■ *Derivative Finanzinstrumente*

Derivative Finanzinstrumente sind Verträge, die nachfolgende Merkmale aufweisen. Der Wert des Finanzinstruments verändert sich in Folge einer Änderung eines bestimmten Zinssatzes, Preises eines Finanzinstruments, Rohstoffpreises, Wechselkurses, Preis- oder Zinsindexes, Bonitätsratings oder Kreditindexes oder einer anderen Variablen, vorausgesetzt, dass im Fall einer nicht finanziellen Variablen die Variable nicht spezifisch für eine Partei des Vertrages ist.

Durch entsprechende Sicherungsinstrumente werden der beizulegende Zeitwert oder Zahlungsströme abgesichert. Gewinne und Verluste aus Fair Value Hedges werden ergebniswirksam im Perioden-

ergebnis erfasst, während Gewinne und Verluste aus wirksamen Cash-Flow Hedges zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst werden. Derivate werden im Deutsche Balaton Konzern zur Reduzierung des Währungs- und Zinsrisikos eingesetzt. Die abgeschlossenen Geschäfte stellen wirtschaftlich betrachtet eine Absicherung dar, erfüllen aber die Anforderungen des IAS 39 für bilanzielle Sicherungsbeziehungen nicht. Verträge, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Güter entsprechend dem eigenen Bedarf abgeschlossen werden, werden nicht als Derivat bilanziert, sondern als schwebende Geschäfte behandelt. Separate Derivate werden losgelöst von den schwebenden Geschäften bilanziert. Die Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte dieser Derivate werden direkt erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Wertänderungen von Devisentermingeschäften werden als Kursergebnis in den „sonstigen betrieblichen Erträgen“ oder „sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ ausgewiesen, während Wertänderungen von Zinsswaps Bestandteil der „Finanzerträge“ oder „Finanzierungsaufwendungen“ sind.

Die beizulegenden Zeitwerte der Derivate werden mit marktüblichen Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung der am Bewertungsstichtag vorliegenden Marktdaten ermittelt. Die Bewertung von Devisentermingeschäften erfolgt einzelfallbezogen und zu dem jeweiligen Terminkurs am Bilanzstichtag. Die Terminkurse richten sich nach den Kassakursen unter Berücksichtigung von Terminauf- und abschlägen. Die beizulegenden Zeitwerte von Instrumenten zur Sicherung von Zinsrisiken ergeben sich durch Diskontierung der zukünftigen Zahlungsmittelzuflüsse und -abflüsse. Zur Abzinsung dienen marktübliche Zinssätze, die über die Restlaufzeit der Instrumente

angewendet werden. Für jede einzelne Transaktion wird der beizulegende Zeitwert ermittelt.

Neben den oben beschriebenen Devisenforwards und Zinsswaps bestehen Optionsvereinbarungen zum Erwerb von Unternehmensanteilen.

Sind keine notierten Preise für Finanzinstrumente, wie z.B. für nicht börsennotierte Optionen, verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbaren Marktquellen stammen. Diese Bewertungen unterliegen naturgemäß in höherem Maße der Einschätzung des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Es werden hier in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen.

Bewertungsmodelle müssen anerkannten betriebswirtschaftlichen Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die Marktteilnehmer bei der Festlegung eines Preises als angemessen betrachten würden.

Die Klassen für Finanzinstrumente gemäß IFRS 7.6 werden entsprechend der Bilanzposten bezeichnet.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

7. Umsatzerlöse

in Tsd. €	2009	2008
Verkauf von Gütern	49.634	22.857
Nutzungsentgelte (Mietträge)	863	619
Erbringung von Dienstleistungen	1.692	1.492
	52.189	24.968

Der Posten „Umsatzerlöse“ enthält im Geschäftsjahr 2009 und im Vergleichszeitraum die Erträge aus dem Verkauf von Gütern, Nutzungsentgelte sowie die Erträge für die Erbringung von Dienstleistungen.

Unter dem Posten „Verkauf von Gütern“ sind Umsatzerlöse von vollkonsolidierten Industrieunternehmen enthalten. Die Position „Erbringung von Dienstleistungen“ beinhaltet insbesondere Wartungs- und Serviceleistungen von Industrieunternehmen.

Es werden aus bestehenden Mietverträgen (Operating-Leasing) für das folgende Jahr Zahlungen in Höhe von 825 T€ (Vj. 643 T€) erwartet. Die Mietverträge haben überwiegend eine gesetzliche Kündigungsfrist von drei Monaten, da es sich meistens um für Wohnzwecke genutzte Gebäude handelt. Aus langfristigen Mietverträgen erwartet der Konzern innerhalb von zwei bis fünf Jahren 258 T€. In der Zeit über fünf Jahre bis zum Vertragsende erwarten wir 1.008 T€. Die Vertragsparteien aus den langfristigen Verträgen haben Verlängerungsoptionen, aus denen der Konzern bei Ausübung dieser Optionen innerhalb der Anschlussmietzeit von bis zu 60 Monaten 461 T€ erwartet.

8. Bestandsveränderungen

Die Position „Bestandsveränderungen“ stellt die Veränderung an Vorräten aus fertigen und unfertigen Erzeugnissen von vollkonsolidierten Unternehmen dar.

9. Sonstige betriebliche Erträge

in Tsd. €	2009	2008
Ergebnis aus dem Verkauf und der Bewertung von langfristigen und kurzfristigen Wertpapieren	15.063	1.982
Erträge aus Devisenkursdifferenzen	55	127
Mieterträge (nicht IAS 40)	2	54
Übrige	1.002	803
	16.122	2.966

Die Position „Ergebnis aus dem Verkauf und der Bewertung von langfristigen und kurzfristigen Wertpapieren“ beinhaltet überwiegend das Ergebnis aus dem Verkauf von Anteilen börsennotierter Gesellschaften einschließlich von Kaufpreisnachbesserungen. Hier sind auch Erträge aus dem Verkauf und der Bewertung von Anleihen und Genussscheinen enthalten, die zu Handelszwecken gehalten werden. Der Ausweis erfolgt als Saldo von Verkaufserlösen und Buchwertabgängen. Im Geschäftsjahr 2009 hat der Konzern Nettogewinne aus dem Verkauf von zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren in Höhe von 4.338 T€ (Vj. 0 T€) sowie Nettogewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten in Höhe von 6.909 T€ (Vj. 1.982 T€) erzielt. Aus dem Spruchverfahren Friedrich Grohe AG hat der Konzern eine Nachbesserung von 4.668 T€ vereinnahmt, die im Nettogewinn aus zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte enthalten ist. Aus der ergebniswirksamen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert der zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere wurde als Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten ein Betrag in Höhe von 3.816 T€ (Vj. 0 T€) erfasst. Diese Nettogewinne und -verluste werden durch erfolgswirksame Fair-Value-Änderungen beeinflusst.

Die Position „Erträge aus Devisenkursdifferenzen“ beinhaltet Erträge aus Devisenkursschwankungen bei Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten.

Die Position „Mietträge (nicht IAS 40)“ beinhaltet Mieterträge aus Mietverhältnissen von nicht als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien. Die Immobilien werden bei den Sachanlagen ausgewiesen.

Im Posten „Übrige“ sind periodenfremde Erträge in Höhe von 453 T€ (Vj. 179 T€) im Sinne des § 315 a HGB enthalten.

10. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

in Tsd. €	2009	2008
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24.975	12.203

Im Posten „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“ werden die Aufwendungen zur Herstellung von Gütern erfasst.

11. Zuwendungen an Arbeitnehmer

in Tsd. €	2009	2008
Löhne und Gehälter	11.767	7.121
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.291	1.259
- davon Dienstzeitaufwand	18	19
- davon für beitragsorientierte Pensionspläne (einschließlich Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung)	1.053	531
	14.058	8.380

Im Posten „Löhne und Gehälter“ sind Bezüge des Vorstandes enthalten. Für weitere Informationen wird auf Tz. 46 verwiesen.

Die „Sozialen Abgaben“ und „Aufwendungen für Altersversorgung“ stellen Aufwendungen für einen beitragsorientierten Plan im Sinne des IAS 19.46 dar.

Von den Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung entfallen 1.071 T€ (Vj. 550 T€) auf die Altersversorgung. Der Arbeitgeberanteil wird dabei den Aufwendungen für Altersversorgung zugerechnet.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden an Mitarbeiter des Konzerns Kurzarbeitergeld von insgesamt 161 TEUR (Vj. 0 TEUR) bezahlt. Die Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit wurden mit den Zuwendungen an Mitarbeiter verrechnet. Über das Kurzarbeitergeld hinausgehende Zuwendungen der öffentlichen Hand sind nicht erfasst.

Mitarbeiteranzahl	2009	2008
Leitende Mitarbeiter	10	10
Sonstige Mitarbeiter	312	176
	322	186

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch die ganzjährige Einbeziehung der Eppstein Foils GmbH & Co KG und der Papierwerke Lenk AG in den Konsolidierungskreis erhöht.

12. Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

in Tsd. €	2009	2008
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte	449	162
Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	140	129
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.320	686
	1.909	977

Abschreibungen auf Firmenwerte werden nur als Ergebnis von Wertminderungstests vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2009 sind in den „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte“ Wertminderungen in Höhe von 137 T€ (Vj. 0 T€) enthalten.

„Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ sind gemäß der Leerstandsquote der Immobilienobjekte aufzuteilen. Die Leerstandsquote beträgt rd. 4 % (Vj. rd. 4 %), weshalb 6 T€ (Vj. 5 T€) auf nicht vermietete Wohnungen entfällt.

„Abschreibungen auf Sachanlagen“ beinhalten planmäßige lineare Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung, Technische Anlagen und Maschinen sowie Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte. Es sind im Geschäftsjahr keine Wertminderungen auf Grundstücke erfolgt.

13. Sonstige betriebliche Aufwendungen

in Tsd. €	2009	2008
Beratungskosten	1.164	816
Abschluss- und Prüfungskosten	366	341
Raumkosten	835	483
Hauptversammlung und Investor Relations	102	112
Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten Immobilien	828	384
Marketing, Vertrieb und Kundenservice	2.263	2.171
Aufwendungen aus Devisenkursdifferenzen	119	78
Reparatur und Instandhaltung von technischen Anlagen und Maschinen	1.276	375
Wertminderungen auf Forderungen	898	1.004
Übrige	2.985	1.760
	10.836	7.524

Die „Beratungskosten“ betreffen überwiegend nicht aktivierungsfähigen Aufwand in Zusammenhang mit Kapitalmarktberatung sowie Steuer- und allgemeine Rechtsberatung.

„Abschluss- und Prüfungskosten“ beinhalten alle Aufwendungen für die Jahres- und Zwischenabschlüsse der Konzerngesellschaften, die von der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft direkt gehalten werden, einschließlich der Aufwendungen für die Erstellung und Prüfung des Konzernabschlusses.

Der Posten „Raumkosten“ enthält neben dem Mietaufwand inkl. Mietnebenkosten auch den Instandhaltungsaufwand für die betrieblichen Räume.

Der Posten „Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten Immobilien“ umfasst den laufenden Aufwand für Instandhaltung, Reparatur und Bewirtschaftung der vermieteten Immobilien. Die Leerstandsquote beträgt 4 % (Vj. 4 %), weshalb 33 T€ (Vj. 15 T€) auf nicht vermietete Wohnungen entfallen.

Die Position „Marketing, Vertrieb und Kundenservice“ beinhaltet Aufwendungen der vollkonsolidierten Industrieunternehmen für Marketing, Vertriebs- und Kundenservice. Der Anstieg der Aufwendungen ist auf die erstmalig ganzjährige Konsolidierung weiterer Industrieunternehmen in 2009 zurückzuführen.

Die „Aufwendungen aus Devisenkursdifferenzen“ resultieren ausschließlich aus Effekten von Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten in Zusammenhang mit der laufenden Geschäftstätigkeit.

Die Position „Reparaturen und Instandhaltung von technischen Anlagen und Maschinen“ beinhaltet laufende Reparaturkosten der technischen Anlagen und Maschinen des Konzerns.

Im Posten „Wertminderungen von Forderungen“ sind Wertminderungen auf Darlehensforderungen gegenüber ehemaligen Portfoliogesellschaften enthalten. Diese Wertminderungen betreffen Finanzinstrumente, die der Klasse „Sonstige Forderungen“ im Sinne des IFRS 7 zugeordnet sind. Der Nettoverlust aus der Wertminderung von „Sonstigen Forderungen“ beträgt 898 T€ (Vj. 1.004 T€).

Die periodenfremden Aufwendungen im Sinne des § 315 a HGB betragen 898 T€ (Vj. 1.004 T€).

Im Posten „Übrige“ sind neben diversen Aufwendungen für den laufenden Geschäftsbetrieb auch Leasingraten als Aufwand im geschäftsüblichen Umfang erfasst. Der Konzern nutzt Operating-Leasing sowohl für Kraftfahrzeuge, Maschinen und Technische Anlagen als auch für Büro- und Gewerbeflächen. Diese werden gemäß IAS 17 beim Leasinggeber aktiviert. Die Raten werden als laufender Aufwand erfasst. Die Summe der Zahlungen aus Leasingverhältnissen, die in der Berichtsperiode als Aufwand erfasst wurden, betragen 756 T€ (Vj. 566 T€) und betreffen die Mindestleasingzahlungen sowie Finanzierungsleasingzahlungen in Höhe von 279 T€ (Vj. 0 T€).

14. Finanzerträge

in Tsd. €	2009	2008
Dividendenerträge von Portfoliogesellschaften	1.640	2.081
Zinserträge von Portfoliogesellschaften	127	38
Zinsen und zinsähnliche Erträge	5.099	5.049
	6.866	7.168

Die „Dividendenerträge von Portfoliogesellschaften“ beruhen auf Ausschüttungen, die aufgrund von Beschlüssen der ordentlichen Hauptversammlungen von Gesellschaften erfolgt sind. Gewinnausschüttungen werden erst im Jahr der Beschlussfassung als Ertrag berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2009 hat die Deutsche Balaton Dividenden von nicht konsolidierten nahe stehenden Unternehmen in Höhe von 268 T€ (Vj. 246 T€) erhalten.

Die „Zinserträge von unseren Portfoliogesellschaften“ beruhen auf abgeschlossenen Darlehensverträgen über Gesellschafterdarlehen.

Der Posten „Zinsen und zinsähnliche Erträge“ betrifft die Verzinsung der liquiden Mittel bei diversen Banken sowie Dividenden aus kurzfristigen Wertpapiergeschäften. Außerdem sind die Zinsen für die erhaltene Kaufpreinsnachbesserung der Friedrich Grohe AG, Hemer, in Höhe von 1.880 T€ (Vj. 0 T€) enthalten.

Die Gesamtzinserträge der fortgeführten Aktivitäten für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, betreffen Verzinsungen der liquiden Mittel bei diversen Banken. Es wurden 94 T€ (Vj. 529 T€) als Ertrag erfasst. Qualitative Beschreibungen zur Bilanzierung und zum Ausweis von Finanzinstrumenten (einschließlich derivativer Finanzinstrumente) sind in den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen enthalten.

15. Finanzierungsaufwendungen

in Tsd. €	2009	2008
Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere	6.014	24.342
Wertminderungen auf kurzfristige Wertpapiere	4	1.034
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	3.888	6.211
	9.906	31.627

Die „Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere“ sind Wertberichtigungen auf den beizulegenden Zeitwert von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten. Sie betreffen insbesondere börsennotierte Gesellschaften. In den Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere sind Wertminderungen in Höhe von 37 T€ (Vj. 1.071 T€) enthalten, die auf nicht börsennotierte Gesellschaften entfallen.

Die „Wertminderungen auf kurzfristige Wertpapiere“ enthalten Wertminderungen auf den beizulegenden Zeitwert von zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren. Sie betreffen ausschließlich börsennotierte Wertpapiere.

Die „Zinsen und ähnlichen Aufwendungen“ enthalten die Verzinsung der emittierten Unternehmensanleihen in Höhe von 5,00 % bzw. 6,00 % nominal. Die Anleihe mit einer Nominalverzinsung von 6,00 % wurde am 30. November 2009 zur Rückzahlung fällig. Im Juli 2008 hat der Konzern eine weitere Unternehmensanleihe mit einem Volumen von 10.000 T€ begeben.

Die Anleihen werden zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr teilweise im Eigenbestand gehalten. Der Zinsaufwand für die Anleihen und langfristige Fremdfinanzierungen beträgt 1.570 T€ (Vj. 1.042 T€). Unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen wurden auch der Zinsaufwand aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sonstigen Darlehensgebern erfasst. Darüber hinaus enthält der Posten zinsähnliche Aufwendungen

aus kurzfristigen Wertpapiergeschäften. Im Posten „Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen“ sind außerdem 87 T€ (Vj. 86 T€) als Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen enthalten. Für den Finanzierungsleasingvertrag sind als Zinsaufwand 73 T€ (Vj. 0 T€) erfasst.

Die Gesamtzinsaufwendungen der fortgeführten Aktivitäten für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, betreffen Verzinsungen der Schulden bei diversen Banken und sonstigen Gläubigern. Es wurden 2.004 T€ (Vj. 2.164 T€) als Aufwand erfasst. Qualitative Beschreibungen zur Bilanzierung und zum Ausweis von Finanzinstrumenten (einschließlich derivativer Finanzinstrumente) sind in den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen enthalten.

Zur Bilanzierung der Pensionsverpflichtungen wird auf Tz. 34 verwiesen.

16. Gewinn- und Verlustanteile an assoziierten Unternehmen

in Tsd. €	2009	2008
Periodenergebnis (anteilig)	776	3.306

Der Posten „Periodenergebnis“ (anteilig) gibt den Anteil des Konzerns am Periodenergebnis der assoziierten Unternehmen an.

Die Periodenergebnisse der nach der Equity-Methode einbezogenen Beteiligungen wurden, sofern keine geprüften Abschlüsse der Gesellschaften vorlagen, auf Grundlage der letzten zur Verfügung stehenden Finanzdaten in den Konzernabschluss einbezogen.

17. Ertragsteuern

in Tsd. €	2009	2008
Laufende Steuern	1.330	178
Latente Steuern	176	-110
	1.506	68

Der erwartete Steuersatz für Kapitalgesellschaften setzt sich aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie der von der Gemeinde abhängigen Höhe an Gewerbesteuer zusammen. Der Konzernsteuersatz der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft beträgt insgesamt 29,83 % (Vj. 29,83 %).

Die Überleitung von der theoretisch zu erwartenden Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft zum tatsächlich im Konzernabschluss erfassten Betrag stellt sich folgendermaßen dar:

in Tsd. €	2009	2008
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne (Vj.: Verluste) vor Steuern	14.380	-20.643
Theoretischer Steuersatz für Kapitalgesellschaften in %	29,83	29,83
Theoretischer Steuerertrag/-aufwand	4.290	-6.155

in Tsd. €	2009	2008
Theoretischer Steuerertrag/-aufwand	4.290	-6.155
Veränderung des theoretischen Steuerertrags/-aufwands:		
Steuerfreie Dividenden/Veräußerungen	-963	-1.844
Wertminderungen/Wertaufholungen zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	532	8.266
Ergebnis an Anteilen assoziierter Unternehmen	0	-1.321
Steuersatzdifferenzen	-35	-67
Verlustvorträge	0	624
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	299	702
Permanente Differenzen	998	0
Änderung Nichtansatz aktiver latenter Steuern	-2.340	0
Minderung des laufenden Steueraufwands aufgrund bisher nicht berücksichtigter Verluste	-1.425	0
Steuern Vorjahre	157	-148
Minderheitsanteile am Ergebnis	8	104
Sonstiges	-15	-93
Ertragsteuern	1.506	68
Effektiver Konzernsteuersatz	10,47	-0,33

Steuerfreie Erträge ergeben sich insbesondere aus dem Verkauf von Beteiligungen und Wertpapieren sowie Dividendenerträgen.

Latente Steuern auf Wertsteigerungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Available for Sale-Finanzinstrumente) wurden in Höhe von 156 T€ (Vj. 72 T€) direkt im Eigenkapital erfasst.

18. Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten

in Tsd. €	2009	2008
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	668	1.226

Im Dezember 2009 hat der Konzern entschieden, die Beteiligung an der G + H Isolite GmbH, Ludwigshafen/Rhein zu veräußern und hierzu einen Verkaufsprozess zu starten. Die Beteiligung wurde bisher als assoziiertes Unternehmen bilanziert und dem Segment CornerstoneCapital zugeordnet. Bezüglich den Angaben zur Segmentberichterstattung wird auf Tz. 43 verwiesen.

Der Netto Cashflow aus der Beteiligung G + H Isolite GmbH beträgt 392 T€ (Vj. 547 T€). Bei diesem Betrag handelt es sich um erhaltene Dividenden.

Erläuterungen zur Bilanz

19. Immaterielle Vermögenswerte/als Finanzinvestition gehaltene Immobilien/Sachanlagen

Die Entwicklung der Buchwerte vom Beginn zum Ende der Berichtsperiode unter der gesonderten Angabe über Zu- und Abgänge ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

in Tsd. €	imma- terielle Ver- mögens- werte	Firmen- werte	als Finanz- investition gehaltene Immo- bilien	Sachanlagen			Gesamt
				Grund- stücke und Gebäude	Maschinen und technische Anlagen	Sonst. Be- triebs- und Geschäfts- ausstattung	
Anschaffungs- kosten							
Stand 01.01.2008	3	378	2.167	0	254	790	3.592
Zugänge	3.165	458	4.457	630	4.028	1.072	13.810
- davon Unter- nehmenserwerbe	3.115	458	3.050	630	4.025	863	12.141
Abgänge	0	0	0	0	0	71	71
- davon Unter- nehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2008	3.168	836	6.624	630	4.282	1.791	17.331
Zugänge	163	0	636	39	1.749	411	2.998
- davon Unter- nehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	102	0	0	58	57	96	313
- davon Unter- nehmenserwerbe	102	0	0	0	0	0	102
Umbuchung	0	0	0	20	11	-31	0
Stand 31.12.2009	3.229	836	7.260	631	5.985	2.075	20.016
Kumulierte Abschreibungen							
Stand 01.01.2008	0	3	60	0	51	73	187
Zugänge	162	0	129	16	369	301	977
- davon Unter- nehmenserwerbe	146	0	61	16	322	155	726
Abgänge	0	0	0	0	0	51	51
- davon Unter- nehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2008	162	3	189	16	420	323	1.113
Zugänge	311	137	140	51	832	437	1.908
- davon Unter- nehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	57	28	85
- davon Unter- nehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2009	473	140	329	67	1.195	732	2.936
Buchwerte							
31.12.2008	3.006	833	6.437	614	3.862	1.468	16.220
31.12.2009	2.756	696	6.931	564	4.790	1.343	17.080

Die immateriellen Vermögenswerte wurden vollständig erworben und nicht selbst entwickelt.

Im Berichtsjahr kam es auf Ebene der Eppstein Holding GmbH zu einer Kaufpreisrückzahlung in Höhe von 102 T€. Diese Rückzahlung deckt die Sachverhalte ab, die bereits im Rahmen der Erstkonsolidierung im Geschäftsjahr 2008 durch eine Anpassung der Buchwerte im Rahmen der Kaufpreisallokation erfolgte.

Immaterielle Vermögenswerte werden ausschließlich planmäßig abgeschrieben, da keine Vermögenswerte vorliegen, die eine unbegrenzte Nutzungsdauer haben.

Ein Firmenwert im Konzern in Höhe von 200 T€ resultiert aus dem in 2006 erfolgten Erwerb der Vermögenswerte der Edmund Schröder GmbH & Co. KG, Bad Staffelstein, durch die Fortuna Maschinenbau Holding AG. Der in 2007 hinzugekommene Firmenwert in Höhe von 46 T€ resultiert aus der Übernahme von immateriellen Vermögensgegenständen der Bäckereitechnik Pregesbauer GmbH, Hadersdorf am Kamp, Österreich, durch die Fortuna Maschinenbau Holding AG. Diese beiden Firmenwerte sind der Einheit „Fortuna Maschinenbau Holding AG“ zugeordnet. In 2008 kam durch die Übernahme der Vermögenswerte der Papierfabrik Lenk GmbH & Co. KG, Kappelrodeck, ein weiterer Firmenwert in Höhe von 15 T€ hinzu. Dieser Firmenwert ist der Einheit „PL Industrie-Verwaltungs GmbH“, Kappelrodeck, zugeordnet. Bei der Stratec Rheinallee GmbH, Mannheim, ist im Rahmen der Erstkonsolidierung 2008 ein Firmenwert von 435 T€ entstanden.

Bei der Durchführung der Impairment Tests wurden folgende Annahmen getroffen:

Bezeichnung der CGU	Heidelberger Beteiligungs-holding AG	Fortuna Maschinenbau Holding AG	PL Industrie Verwaltung GmbH	Stratec Rheinallee GmbH
Segment	ABC / HDBH	Fidelitas	Fidelitas	Stratec
Buchwert Firmenwert	0	247	15	435
Außerplanmäßige Abschreibungen	137	0	0	0
Dauer des Planungszeitraums	5 Jahre	5 Jahre	5 Jahre	5 Jahre
Wachstumsrate	0 %	2 %	0 %	2 %
Steuersatz	30,00 %	30,00 %	30,00 %	15,83 %
WACC vor Steuern	10,20 %	10,00 %	13,56 %	6,95 %
WACC nach Steuern	7,20 %	7,78 %	16,78 %	6,09 %

Im Segment „Heidelberger Beteiligungsholding AG“ wurde zum 31. Dezember 2009 unter Zugrundelegung des ermittelten Nutzungswerts ein Wertminderungsbedarf in Höhe von 137 T€ bezüglich des Geschäfts- und Firmenwerts festgestellt. Der Rückgang der immateriellen Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer (Firmenwerte) gegenüber dem Vorjahr beruht auf dem beschriebenen Wertminderungsbedarf.

Die Buchwerte der erworbenen immateriellen Vermögenswerte, welche abgeschrieben werden, setzen sich jeweils zum 31. Dezember wie folgt zusammen:

in Tsd. €	Verbleibende		2009
	2008	Abschreibungsdauer	
Kundenbeziehungen	2.325	10 Jahre	2.598
Übrige	681	3–10 Jahre	158
	3.006		2.756

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen werden planmäßig linear über die Nutzungsdauer (40 Jahre – 50 Jahre) berechnet. Ein Bedarf für außerplanmäßige Abschreibungen hat sich nicht ergeben. Die Zugänge bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien stammen aus Neuerwerben von Immobilien. Zur Besicherung von kurzfristigen und langfristigen Schulden wurden Grundpfandrechte in Höhe von 5.757 T€ (Vj. 5.264 T€) bestellt. Es bestehen Verpflichtungen für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 0 T€ (Vj. 600 T€).

Der Marktwert des gesamten zur Finanzinvestition gehaltenen Immobilienbestandes beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 8.858 T€ (Vj. 7.868 T€). Gemäß konzerneinheitlicher Bewertungsrichtlinie wird unterstellt, dass im Jahr der Anschaffung und im Folgejahr der Marktwert grundsätzlich den Anschaffungskosten entspricht. Danach werden die Marktwerte für die Angabepflichten nach dem Ertragswertverfahren unter Anwendung eines ortsüblichen Multiplikators auf die erzielten bzw. erzielbaren Mieterträge ermittelt. Für die angegebenen Marktwerte liegen keine Sachverständigengutachten vor.

Die Immobilien sind im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen vermietet und werden überwiegend zu Wohnzwecken genutzt. Zu den direkt mit den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Zusammenhang stehenden Mieteinnahmen und Aufwendungen verweisen wir auf die Tz. 7, 12 und 13.

Die Sachanlagen werden vom Konzern grundsätzlich angeschafft. Es besteht auch ein Finanzierungsleasingvertrag mit einem Nettobuchwert in Höhe von 1.184 T€ (Vj. 0 T€). Die Sachanlagen dienen durch bankübliche Sicherungsvereinbarungen als Sicherheiten für kurzfristige und langfristige Schulden und sind in Höhe von 6.374 T€ (Vj. 5.598 T€) sicherungsübereignet. Sachanlagen mit einem Buchwert in Höhe von 323 T€ (Vj. 346 T€) sind nicht sicherungsübereignet.

20. Anteile an assoziierten Unternehmen

in Tsd. €	2009	2008
Anteile an assoziierten Unternehmen	25.219	30.173

Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet.

Die Umgliederung der Isolite Holding GmbH, Ludwigshafen/Rhein, aus dem Kreis der assoziierten Unternehmen in den Posten „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ führte zu einem Abgang des Equity-Buchwertes in Höhe von 1.940 T€ im Geschäftsjahr 2009.

Die folgende Übersicht zeigt die aggregierten Finanzdaten der assoziierten Unternehmen:

in Tsd. €	2009	2008
Gesamtvermögen	187.075	164.355
Gesamtschulden	107.080	88.928
	2009	2008
Erlöse	183.920	174.568
Ergebnis	5.113	12.568

Für die Anteile an den assoziierten Unternehmen existieren mit Ausnahme der Beta Systems Software AG, Berlin, sowie der vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main, keine öffentlichen Marktpreise. Der Börsenwert des konzernweiten Kapitalanteils an der Beta Systems Software AG beträgt zum Bilanzstichtag bei einem Börsenkurs von 2,45 € je Aktie rd. 12.430 T€. Der Börsenwert des konzernweiten Kapitalanteils an der vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG beträgt zum Bilanzstichtag bei einem Börsenkurs von 2,92 € je Aktie rd. 26.936 T€.

Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen bestehen Bürgschaften, Eventualschulden und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Nachfolgend sind die dem Konzern bekannten Bürgschaften und Eventualschulden aufgeführt.

■ *Bürgschaften*

Auszug aus dem Geschäftsbericht 2009 der Beta Systems Software AG, Berlin:

„Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 bestehen keine Bürgschaftszusagen an Dritte.

Während der Konzernzugehörigkeit der Datasec GmbH, Siegen, die zum 30. Dezember 2001 veräußert wurde, hatte die Kleindienst Datentechnik AG im Rahmen der anteiligen Besicherung eines langfristigen Kredits dieser Gesellschaft eine unbesicherte Bürgschaft in Höhe von 333 T€ zugunsten der Volksbank im Siegerland eG gegeben. Die entsprechende Kreditverbindlichkeit ist zum 30. Dezember 2009 ausgelaufen. Mit Auslaufen der Kreditverbindlichkeit zum 30. Dezember 2009 (Hauptgeschäft) ist auch die Bürgschaft (Nebengeschäft) ausgelaufen. Eine Inanspruchnahme der Bürgschaft lag nicht vor.“

Der dem Balaton-Konzern anteilig zuzurechnende Bürgschaftsbetrag beläuft sich auf 0 T€ (128 T€).

■ *Eventualschulden*

Auszug aus dem Geschäftsbericht 2009 der Beta Systems Software AG, Berlin:

„Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 bestehen keine Eventualschulden.

In 2008 bestehende Eventualschulden aus der Verschmelzung der Kleindienst Datentechnik AG auf die Beta Systems Software AG sind mit Abschluss des Spruchverfahren durch einen Vergleich beendet worden. Der Vergleich ist am 17. April 2009 im Elektronischen Bundesanzeiger sowie in der Börsen-Zeitung veröffentlicht. Neben der Vergleichszahlung in Höhe von 431 T€ sind Anwaltskosten von 78 T€ entstanden. Es wurden insgesamt 509 T€ als nachträgliche Anschaffungskosten des Kleindienst-Erwerbs als Firmenwert aktiviert.“

Der dem Balaton-Konzern anteilig zuzurechnende Betrag an Eventualschulden beläuft sich auf 0 T€ (169 T€).

Bei den nach der Equity-Methode einbezogenen Gesellschaften entspricht das Geschäftsjahr dem Kalenderjahr.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden anteilige Verluste von assoziierten Unternehmen in Höhe von 108 T€ (Vj. 0 T€) nicht erfasst.

Bei zwei in den Konzern einbezogenen assoziierten Unternehmen liegt eine bilanzielle Überschuldung gemäß § 92 AktG vor.

Kaufoptionen für Anteile an einem assoziierten Unternehmen werden aufgrund fehlender Werthaltigkeit zum 31. Dezember 2009 mit einem Zeitwert von null beigelegt.

21. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Tsd. €	2009	2008
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	46.622	39.795
Anteile an nahe stehenden Unternehmen	732	756
	47.354	40.551

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sind der Bewertungskategorie Available for Sale zugeordnet. Es handelt sich überwiegend um Anteile an börsennotierten Gesellschaften, für die ein aktiver und liquider Markt besteht. Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Value) basieren auf dem Börsenkurs zum Bewertungsstichtag oder dem Börsenkurs am letzten Handelstag vor diesem Datum. Das unrealisierte Bewertungsergebnis aus Fair-Value-Änderungen wird dabei erfolgsneutral im Posten Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert innerhalb des Eigenkapitals (siehe Tz. 31) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 sind die als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte erfolgswirksam um 6.014 T€ (Vj. 24.382 T€) im Wert gemindert worden.

Alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften oder börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver und liquider Markt besteht und für die sich ein Fair Value nicht verlässlich ermitteln lässt, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Soweit Indikatoren ergeben, dass der beizulegende Zeitwert unter den Anschaffungskosten liegt, erfolgt eine Wertminderung auf den beizulegenden Zeitwert. Zur Besicherung von kurzfristigen Bankkrediten werden im üblichen Umfang Wertpapierdepots verpfändet. Für weitere Informationen insbesondere zu den Buchwerten der verpfändeten Wertpapiere wird auf Tz. 35 verwiesen.

Die Anteile an nahe stehenden Unternehmen umfassen die nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

22. Sonstige Forderungen

in Tsd. €	2009	2008
Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen	247	0
Rückdeckungsansprüche Pensionsverpflichtungen	217	190
Sonstiges	771	1.644
	1.235	1.834

Die Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen und Sonstiges betreffen im Wesentlichen Darlehensforderungen an Portfoliogesellschaften. Die Darlehensforderungen werden marktüblich verzinst und sind nicht besichert. Im Rahmen einer Umwidmung des Beteiligungsverhältnisses wurde ein Darlehen im Ausweis umgliedert. Marktüblich sind Konditionen wie unter fremden Dritten. Die Forderungen werden zwischen 5 % und 17 % p.a. verzinst.

Der Rückdeckungsanspruch wurde nicht abgetreten oder verpfändet. Zum Thema Pensionsverpflichtungen verweisen wir auf Tz. 34.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden neue Darlehen in Höhe von 426 T€ (Vj. 762 T€) gewährt.

Die Deutsche Balaton begegnet dem Ausfallrisiko von Darlehensforderungen durch verschiedene Instrumente der Besicherung. Die Höhe der besicherten Darlehen beträgt 1.166 T€ (Vj. 917 T€). Der Zeitwert der Sicherheiten für die Darlehen beträgt 2.260 T€ (Vj. 1.386 T€). Bei einzelnen Darlehen beträgt der Zeitwert der Sicherheiten weniger als 100 % der Darlehenssumme. Zur Besicherung der Darlehen wurden Rechte an immateriellem Vermögen eingeräumt. Der Konzern ist nicht berechtigt diese Rechte zu veräußern oder auf anderem Wege zu verwerten. Bei einem 100 %-igen Ausfall der gesamten Darlehensforderungen würde der Deutschen Balaton abzüglich der bestehenden Sicherheiten ein nicht erheblicher Schaden entstehen.

Aus Optionsvereinbarungen bestehen Optionsrechte mit einer langen Laufzeit. Die Optionsrechte gewähren das Recht Anteile an Unternehmen zu erwerben. Zur Bewertungsmethode und Angabe des beizulegenden Zeitwertes der Optionen wird auf Tz. 39 verwiesen.

23. Steuererstattungsansprüche, Steuerschulden und latente Steuern

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Aktive latente Steuern	504	299
Passive latente Steuern	1.324	787
Ertragsteuererstattungsansprüche (Inland)	1.646	2.491
Steuerschulden	1.521	929

Die Ertragsteuererstattungsansprüche (Inland) beinhalten anrechenbare Steuern sowie Steuervorauszahlungen.

Die Deutsche Balaton AG verfügt zum Bilanzstichtag über ein Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 228 T€ (Vj. 257 T€), welches gemäß § 37 KStG in den Jahren 2008 bis 2017 in gleichmäßigen Jahresbeträgen an den Anspruchsberechtigten ausgezahlt wird. Im Geschäftsjahr 2008 wurde die erste Rate

vereinnahmt. Zum Bilanzstichtag wurde dieser Anspruch mit dem Barwert aktiviert. Als Abzinsungsmaßstab wurde die Verzinsung einer Bundesanleihe mit ähnlicher Laufzeit angenommen.

Die Steuerschulden bilden unter Berücksichtigung anrechenbarer Steuern und Steuervorauszahlungen die Zahlungsverpflichtung ab.

Die bilanzierten Steuerlatenzen betreffen folgende Posten in der Bilanz:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Firmenwert	435	435
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-248	0
Immaterielle Vermögenswerte	-420	0
Sachanlagen	-348	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und assoziierte Unternehmen	-378	192
Fertigungsaufträge	0	160
Sonstiges	185	0
Verlustvorträge	389	299

Bei den latenten Steuern sind steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 1.296 T€ (Vj. 1.002 T€) berücksichtigt. Darüber hinaus wurden aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern gemäß IAS 12.74 in Höhe von 296 T€ (Vj. 0 T€) saldiert, da die Steuerforderung wie auch die Steuerschuld gegenüber derselben Finanzbehörde besteht.

Der Konzern verfügt zum Bilanzstichtag über steuerliche Verlustvorträge in folgender Höhe:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Verlustvorträge (KSt)	59.335	53.740
Verlustvorträge (GewSt)	49.477	46.882

Die Verlustvorträge betreffen solche Konzerngesellschaften, die überwiegend steuerfreie Erträge generieren, weshalb nur begrenzt aktive latente Steuern auf Verlustvorträge gebildet wurden. Es lässt sich nur bedingt verlässlich abschätzen, wann und in welchem Umfang die steuerlichen Verlustvorträge genutzt werden können. Deshalb bleiben bei der Berechnung der aktiven latenten Steuern gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 48.173 T€ (Vj.: 45.880 T€) und körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 58.046 T€ (Vj.: 52.738 T€) unberücksichtigt.

Steuerliche Verluste in Deutschland können nach derzeitiger Rechtslage auf unbestimmte Zeit vorgetragen werden. Die Nutzung der steuerlichen Verlustvträge in Deutschland ist derzeit in Höhe von 1.000 T€ pro Jahr unbeschränkt möglich. Der übersteigende Teil des steuerlichen Ergebnisses ist zu 60 % mit dem verbleibenden Verlustvortrag verrechenbar.

24. Vorräte

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie fertige und unfertige Erzeugnisse werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Eine Abwertung auf einen niedrigeren Nettoveräußerungswert war nicht erforderlich. Im Rahmen von banküblichen Sicherungsverträgen wie Raumsicherungsvereinbarungen dienen die Vorräte vollumfänglich zur Besicherung von Bankkrediten.

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.967	3.852
Unfertige Erzeugnisse	2.785	1.937
Fertige Erzeugnisse	3.382	3.002
	10.134	8.791

25. Fertigungsaufträge (POC)

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Bereits realisierte Auftragserlöse:		
Brutto Forderungsbestand	0	2.274
Summe der angefallenen Kosten des Bruttoforderungsbestandes	0	1.737
Ausgewiesener Projektertrag	0	537
Erhaltene Teilzahlungen	0	125
Fertigungsaufträge	0	2.149

Die Fertigungsaufträge werden in der Herstellungsphase zu Herstellungskosten einschließlich Marge in der Bilanz aktiviert.

Rechnungslegungsbezogene Schätzungen in der Bewertung der Fertigungsaufträge beruhen auf zukunftsbezogenen Annahmen hinsichtlich der Plankosten und des Fertigstellungsgrads der einzelnen Aufträge. Die Annahmen resultieren aus Erfahrungswerten.

Fertigungsaufträge, deren Anzahlungen die zum Abschlussstichtag realisierten Umsätze übersteigen, sind mit einem passiven Saldo in Höhe von 0 T€ (Vj. 125 T€) in der Bilanz unter dem Posten Sonstige kurzfristige Schulden ausgewiesen.

Im Vorjahr hat der Konzern Fertigungsaufträge gemäß IAS 11 im Abschluss ausgewiesen. Diese Fertigungsaufträge entfielen vollständig auf die Konzerngesellschaft Fortuna Maschinenbau AG. Diese Gesellschaft hat die Produktionsabläufe modernisiert und standardisiert, so dass seit 2009 alle produzierenden Konzerngesellschaften überwiegend in sogenannter individualisierter Massenfertigung die Produkte herstellen. Die Kunden können hierbei aus einer Vielzahl von Ausstattungsvariationen wählen. Fertigungsaufträge gemäß IAS 11 sind Aufträge mit signifikantem Anteil vom Auftragsvolumen mit kundenspezifischen Komponenten.

Durch die Standardisierung der Produktionsprozesse konnte der Anteil der Kundenspezifikationen deutlich reduziert werden, was sich auch positiv auf die Herstellungskosten ausgewirkt hat.

Der Konzern weist im Abschluss 2009 keine Fertigungsaufträge gemäß IAS 11 aus.

26. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche oder zweifelhafte Beträge bilanziert. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten. Die fortgeführten Anschaffungskosten von Forderungen in Fremdwährung, die Teil eines Sicherungsgeschäfts sind, werden um die sich aus dem gesicherten Risiko ergebenden Gewinne oder Verluste erfolgswirksam angepasst.

Der Konzern nutzt derivative Finanzinstrumente ausschließlich zur Absicherung des beizulegenden Zeitwertes seiner Forderungen in Fremdwährung.

Zum Bilanzstichtag bestehen daher Devisenforwards mit einem Nominalvolumen in Höhe von rd. 770 TUSD (Vj. 1.590 TUSD). Der am Stichtag beizulegende Zeitwert beträgt insgesamt rd. -14 T€ (Vj. -19 T€). Für die Ermittlung dieser Werte werden die abgesicherten Werte den sich unter Anwendung des Fremdwährungskurses zum Stichtag ergebenden Beträgen gegenübergestellt.

Die nachfolgende Darstellung gibt die Fälligkeiten der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wieder:

In Tsd. €		31.12.2009
Fälligkeit bis 30 Tage	Fälligkeit bis 90 Tage	Gesamt
1.784	895	2.679

In Tsd. €		31.12.2008
Fälligkeit bis 30 Tage	Fälligkeit bis 90 Tage	Gesamt
11.515	970	12.485

Durch den erstmaligen Einsatz des Finanzierungsinstruments Factoring konnte der Forderungsbestand und das dazugehörige Ausfallrisiko reduziert werden. Im Geschäftsjahr 2009 schloss eine Konzerngesellschaft mit einer Factoringgesellschaft einen Vertrag über echtes Factoring ab. Der Factor kauft ausgewählte kreditversicherte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf revolvingender Basis an. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zum Zeitpunkt des Verkaufs ausgebucht, da im Wesentlichen Chancen und Risiken auf den Erwerber übertragen worden sind und Ansprüche gegen den Kreditversicherer ebenfalls an den Factor abgetreten wurden. Dem Kunden werden mit Rechnungsstellung der Verkauf der Forderung an den Factor mitgeteilt.

Aus dem Verkauf von börsennotierten Wertpapieren im Rahmen eines Übernahmeangebots hatte der Konzern zum Vorjahresstichtag Forderungen in Höhe von 7.254 T€, die im Januar 2009 ausgeglichen wurde.

27. Sonstige Vermögenswerte

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen	1.524	281
Steuerüberzahlungen (insb. USt.)	469	431
Forderungen gegen Factor	228	0
Vorauszahlungen	115	183
Sonstiges	1.269	829
	3.605	1.724

Die Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen betreffen im Vorjahr unverzinsliche Darlehen an nahe stehende Unternehmen. Die Forderungen sind nicht besichert und haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr. Im Berichtsjahr wurden marktüblich verzinsliche Darlehen mit kurzer Laufzeit an ein assoziiertes Unternehmen gewährt. Der Konzern hat die Möglichkeit Sicherheiten durch Bestellung von Grundpfandrechten zu verlangen.

Die Position „Steuerüberzahlungen“ beinhaltet Forderungen gegenüber Finanzbehörden, insbesondere Umsatzsteuer.

Der Posten „Forderungen gegen Factor“ beinhaltet eine Restforderung aus verkauften Forderungen an den Factor.

Der Posten Vorauszahlungen beinhaltet Zahlungen der Konzerngesellschaften für Leistungen, die erst nach dem Bilanzstichtag erbracht werden.

Unter „Sonstiges“ sind auch kurzfristige Darlehensforderungen berücksichtigt. Es sind auch verzinsliche Darlehen an die Organe der Gesellschaft enthalten (vergleiche Tz. 47). Die Deutsche Balaton begegnet dem Ausfallrisiko von Darlehensforderungen durch verschiedene Instrumente der Besicherung. Die Höhe der besicherten Darlehen beträgt 200 T€ (Vj. 0 T€). Bei einem 100 %-igen Ausfall der gesamten Darlehensforderungen würde der Deutschen Balaton abzüglich der bestehenden Sicherheiten ein nicht erheblicher Verlust entstehen.

Der Zeitwert der Sicherheiten für die Darlehen beträgt 200 T€ (Vj. 0 T€). Bei einzelnen Darlehen beträgt der Zeitwert der Sicherheiten weniger als 100 % der Darlehenssumme. In geringem Umfang wurden fällige Darlehen durch Anschlussverträge verlängert.

28. Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere

Unter dieser Position werden kurzfristig zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere ausgewiesen. Bei diesen Wertpapieren handelt es sich überwiegend um Wertpapiere mit Fremdkapitalcharakter wie Anleihen und Genussscheine. Die Bewertung erfolgt ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert.

29. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Kasse und Guthaben bei Kreditinstituten	9.931	3.881

Als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden der Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten erfasst.

30. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Assoziierte Unternehmen	1.940	0
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	1.940	0

In diesem Posten wird der Buchwert der G + H Isolite GmbH, Ludwigshafen/Rhein ausgewiesen.

Die gehaltene Beteiligung ist dem Segment CornerstoneCapital zugeordnet. Der Verkauf fand am 12. April 2010 statt.

31. Eigenkapital

■ Gezeichnetes Kapital/Anzahl der ausgegebenen Aktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutsche Balaton AG hat sich im Geschäftsjahr durch den Einzug eigener Aktien von 12.699.826 € auf 11.640.424 € reduziert. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Die Aktien sind zum Regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard) zugelassen. Daneben sind die Aktien in den Freiverkehr der Wertpapierbörsen von Berlin, Düsseldorf, Hamburg-Bremen, München und Stuttgart einbezogen.

Das Grundkapital ist in Höhe von 11.640.424 € vollständig einbezahlt. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Aktienanzahl und das Grundkapital haben sich wie folgt entwickelt:

Stück	2009		2008	
	Aktienanzahl	Grundkapital [€]	Aktienanzahl	Grundkapital [€]
Stand Geschäftsjahresanfang	12.699.826	12.699.826,00	12.699.826	12.699.826,00
Einzug nach Aktienrückkauf	1.059.402	1.059.402,00	0	0
Stand Geschäftsjahresende	11.640.424	11.640.424,00	12.699.826	12.699.826,00

■ *Bedingtes Kapital*

Auf der Hauptversammlung am 28. August 2006 wurde das Grundkapital um 6.675.000,00 € durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautende nennbetragslose Aktien (Stückaktien) bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der von der Hauptversammlung am 28. August 2006 erteilten Ermächtigung bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Die bedingte Kapitalerhöhung dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Diese Satzungsänderung wurde am 2. November 2006 in das Handelsregister eingetragen.

Es erfolgte bisher keine Ausgabe.

■ *Genehmigtes Kapital*

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26. August 2014 durch die Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien um bis zu 6.300.000,00 € zu erhöhen (genehmigtes Kapital nach § 202 ff AktG). Die Erhöhung kann durch Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals erfolgen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht unwesentlich unterschreitet und der Nennbetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet oder wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen erfolgt.

Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtigt.

Im Geschäftsjahr hat der Vorstand von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

■ *Kapitalrücklage*

Die Kapitalrücklage umfasst Beträge, die bei der Ausgabe von Aktien über den Nennbetrag hinaus erzielt worden sind. Nach nationalen Vorschriften darf die Kapitalrücklage grundsätzlich nicht für Ausschüttungen verwendet werden.

■ *Eigene Anteile*

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum 59.444 (Vj. 999.958) eigene Aktien erworben. Zum Bilanzstichtag hält die Deutsche Balaton keine (Vj. 999.958) eigene Aktien. Die Herabsetzung des Grundkapitals wurde mit Beschluss des Vorstands und Zustimmung des Aufsichtsrats wirksam.

Die Gesellschaft war gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2009 wurde die Gesellschaft unter Aufhebung der vorgenannten Ermächtigung mit Wirkung zum 29. August 2009 erneut ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden.

■ *Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert*

In der Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden die Ergebnisse aus der Marktbewertung (Fair Value) von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, soweit ein aktiver Markt besteht, ausgewiesen. Latente Steuern werden mitberücksichtigt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne und Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder wegen Wertminderung abgewertet wird.

Die Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert hat folgende Entwicklung:

in Tsd. €	2009	2008
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert (01.01.)	5.227	13.181
Unrealisierte Gewinne	8.877	26
Unrealisierte Verluste	0	-7.053
Realisierte Gewinne/Verluste (ergebniswirksam)	-5	-1.117
Latenter Steuereffekt und Minderheitenanteil	-165	190
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert (31.12.)	13.934	5.227

■ *Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung*

Der „Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung“ beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Konsolidierung entstanden sind. Er beinhaltet die Umrechnungsdifferenz der funktionalen Währung in die Berichtswährung. Einbezogen werden Umrechnungsdifferenzen von ausländischen Tochtergesellschaften.

■ *Gewinnrücklage*

Die „Gewinnrücklagen“ umfassen die gesetzliche Rücklage, die nach deutschem Aktienrecht zu bilden ist, die Erstanwendungseffekte aus der IFRS-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2004 und andere Gewinnrücklagen, die auch übernommene Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung nach HGB enthalten. Außerdem werden im Posten „Gewinnrücklagen“ die angesammelten Periodenergebnisse ausgewiesen.

■ *Gewinnverwendung*

in Tsd. €	2009	2008
Ausgezahlte Dividende	0,00	0,00

Die Hauptversammlung hat am 27. August 2009 beschlossen, den Bilanzgewinn 2008 vollständig auf neue Rechnung vorzutragen.

Gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands für das Geschäftsjahr 2009 soll der handelsrechtliche Bilanzgewinn in Höhe von 11.319.414,93 € auf neue Rechnung vorgetragen werden. In Übereinstimmung mit dem Beschluss des Aufsichtsrats soll der Hauptversammlung vorgeschlagen werden, einen Teilbetrag in Höhe von 8.000.000 € in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Darstellung des Eigenkapitals im Einzelabschluss (HGB)

In nachfolgender Tabelle wird das Eigenkapital der Deutsche Balaton AG nach handelsrechtlichen Vorschriften nationalen Rechts im Einzelabschluss dargestellt.

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Gezeichnetes Kapital	11.640	12.700
Kapitalrücklage	50.122	49.062
Rücklage für eigene Anteile	0	4.770
Bilanzgewinn	11.319	4.328
(Ausschüttungsbemessungsgrundlage gem. AktG)		
Summe Eigenkapital (HGB)	73.081	70.860

Auf Erläuterungen zur Besteuerung von Dividenden wird verzichtet, da nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands an die Aktionäre keine Ausschüttung vorgesehen ist.

32. Minderheitsanteile und sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Kapital

in Tsd. €	2009	2008
Minderheitsanteile (Eigenkapital)	7.238	7.470

Der Anteil Dritter am Konzerneigenkapital wird im Posten „Minderheitsanteile“ ausgewiesen.

Der Hinzuerwerb oder Verkauf von Anteilen an Tochterunternehmen durch das Mutterunternehmen und beschlossene Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen führen neben der anteiligen Berücksichtigung des Periodenergebnisses im Konzern sowie Veränderungen der Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert zu Veränderungen beim Minderheitenanteil. Ein negatives Periodenergebnis in Höhe von 176 T€ (Vj. Gewinnanteil 357 T€) entfällt auf die Minderheiten. Für weitere Informationen, insbesondere zur Veränderung im Konsolidierungskreis, wird auf Tz. 4 verwiesen.

Seit dem Geschäftsjahr 2007 wird eine Gesellschaft in der Rechtsform einer deutschen Personengesellschaft in den Konzernabschluss mit einbezogen. Gemäß den einschlägigen IFRS-Vorschriften sind Kommanditanteile, sofern es sich um Anteile Dritter handelt, im langfristigen Konzernfremdkapital auszuweisen. In den langfristigen finanziellen Schulden sind Kommanditanteile Dritter in Höhe von 427 T€ (Vj. 374 T€) ausgewiesen.

33. Langfristige finanzielle Schulden

in Tsd. €	2009	2008
Unternehmensanleihen	5.733	12.918
Bankdarlehen	12.391	13.843
Langfristiger Anteil Finanzierungsleasing	988	0
Kaufpreisverbindlichkeit	325	0
Gesellschafterdarlehen Minderheitsanteile	530	506
	19.967	27.267

Die Deutsche Balaton AG hat eine Unternehmensanleihe mit einem Gesamtvolumen von 20.000 T€ begeben. Die Teilschuldverschreibung wird mit 6,00 % p.a. verzinst. Der Zinstermin ist jährlich am 30. November bis zum Rückzahlungstag der Anleihe am 30. November 2009. Zum Bilanzstichtag sind 0 T€ (Vj. 7.184 T€) ausstehend.

Am 1. Juli 2008 hat die Deutsche Balaton AG eine zweite Unternehmensanleihe mit einem Gesamtvolumen von 10.000 T€ begeben. Die Teilschuldverschreibung wird mit 5,00 % p.a. verzinst. Der Zinstermin ist jährlich am 30. Juni bis zum Rückzahlungstag der Anleihe am 30. Juni 2013. Zum Bilanzstichtag sind 5.750 T€ (Vj. 0 T€) ausstehend.

Der Differenzbetrag zum Bilanzausweis resultiert aus Ausgabekosten (Disagio).

Im Geschäftsjahr 2008 hat der Konzern seine Finanzierung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien neu aufgestellt. Hierzu wurde ein Bankdarlehen mit einer Nominalverzinsung in Höhe 5,75 %, einem Kreditvolumen von 4.600 T€ und einer zehnjährigen Laufzeit, fällig im August 2018, abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag valuiert das Darlehen bei 4.543 T€ (Vj. 4.588 T€). Als jährliche Tilgung wurde 1 % des ursprünglichen Kreditvolumens vereinbart. Zur Besicherung wurden Grundpfandrechte in Höhe von 5.757 T€ (Vj. 5.264 T€) bestellt. Die beizulegenden Zeitwerte dieser Immobilien betragen 8.858 T€ (Vj. 7.024 T€) zum Bilanzstichtag.

Ferner bestehen zum Bilanzstichtag mit Grundschulden abgesicherte langfristige Darlehen in Höhe von 1.785 T€ (Vj. 2.755 T€). Die Darlehen sind befristet bis zum 31. Dezember 2011 und verzinsen sich mit rd. 4,5 % und 9,75 %. Die Grundschulden sind auf Grundstücke und Gebäude eingetragen, die in den Sachanlagen ausgewiesen sind.

Darüber hinaus bestehen langfristige Darlehen in Höhe von ursprünglich 6.500 T€, die sich mit Euribor zuzüglich 200 bis 250 Basispunkte verzinsen. In Höhe von nominal 4.500 T€ wurde ein Zinsswap (pay fixed, receive variable) abgeschlossen, sodass der Konzern für diesen abgesicherten Betrag 4,86 % bezahlt. Aufgrund des negativen beizulegenden Zeitwertes in Höhe von 234 T€ (Vj. 0 T€) ist dies bei den sonstigen kurzfristigen Schulden berücksichtigt. Mit Reduzierung der langfristigen Darlehen von 6.500 T€ auf 4.500 T€ reduziert sich vereinbarungsgemäß die Marge der finanzierenden Bank. Hiervon werden 3.000 T€ bis 2011 fällig und 3.500 T€ bis zum Jahr 2015. Diese Darlehen sind mit banküblichen Sicherungsübereignungsverträgen besichert. Es wurde eine jährliche Tilgung in Höhe von 1.000 T€ bis zum Vertragsende vereinbart.

Außerdem bestehen langfristige, nicht besicherte endfällige Darlehen von Minderheitsaktionären, die sich zwischen 9,0 % und 9,75 % verzinsen und von denen ein Teil im Juni 2012 frühestens fällig wird und ein weiterer Teil im Dezember 2016.

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich der Konzern zum Erwerb von Aktien einer mittelständischen Gesellschaft zu einem bestimmten Kaufpreis verpflichtet. Die Kaufpreisverbindlichkeit ist im Sommer 2011 fällig und wurde mit 7,5 % abgezinst.

Im Geschäftsjahr 2009 nutzt der Konzern erstmals Finanzierungsleasing für die Anschaffung einer Maschine. Zum Bilanzstichtag wurden 1.267 T€ (Vj. 0 T€) als Barwert der Leasingverpflichtungen aus dem Leasingvertrag erfasst, von denen 279 T€ (Vj. 0 T€) unter den kurzfristigen finanziellen Schulden ausgewiesen werden. Die Abzinsung der Leasingverpflichtungen zur Ermittlung des Barwertes wurde mit 6,734 % angesetzt. Die Vertragslaufzeit beträgt 54 Monate und endet somit im August 2013.

Neben den beiden Unternehmensanleihen, den langfristigen Immobilienfinanzierungen, den oben beschriebenen langfristigen Darlehen und Kommanditanteilen Dritter bestehen im Konzern keine Schulden mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten (Tz. 32).

34. Leistungen an Arbeitnehmer

Im Deutsche Balaton Konzern bestehen Pensionsverpflichtungen aufgrund formaler Einzelzusagen und einer allgemeinen Versorgungsordnung. Aufwendungen in Zusammenhang mit diesen Pensionsverpflichtungen sind in der Position „Zuwendungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Eine Versorgungszusage besteht gegenüber einigen ehemaligen und aktiven Betriebsangehörigen der EppsteinFOILS GmbH & Co KG. Die Pensionsverpflichtungen ergeben sich aus einer Versorgungsordnung vom 20. Juli 1987. Anspruchsberechtigt sind die Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1995 in die Firma eingetreten sind. Nicht anspruchsberechtigt sind Mitarbeiter, die wegen ihrer geringfügigen Beschäftigung versicherungsfrei sind oder nur aushilfsweise beschäftigt waren bzw. solche Mitarbeiter, die bei Beginn ihrer anrechenbaren Dienstzeit das Höchstalter von 55 Jahren überschritten hatten.

Neben einem Ruhegeld wird auch ein Hinterbliebenengeld gewährt.

Das Ruhegeld wird gewährt (1) als Altersrente bei Ausscheiden mit oder nach Erreichen der festen Altersgrenze von 65 Jahren, (2) als vorzeitige Altersrente bei Bezug von vorgezogenem oder flexiblem Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder (3) als Invalidenrente bei Ausscheiden mit nachfolgender Erwerbsunfähigkeit oder bei Ausscheiden mit nachfolgender Berufsunfähigkeit, wenn die Berufsunfähigkeit nach Vollendung des 50. Lebensjahres und einer anrechenbaren Dienstzeit von 15 Jahren eintritt oder auf einen Arbeitsunfall oder Berufskrankheit zurückzuführen ist.

Hinterbliebenengeld wird gewährt als Witwen- oder Witwerrente an überlebende Ehegatten und Waisenrenten an überlebende Kinder nach dem Tode eines Anwärters oder Ruhegeldempfängers. Witwerrente jedoch nur, wenn das Arbeitsverhältnis erst nach dem 31. Dezember 1986 geendet hat. Ausgeschlossen von der Witwen- oder Witwerrente sind diejenigen, deren Ehe erst während des Ruhestandes oder nach Vollendung des 55. Lebensjahres geschlossen wurde (Spätehenklausel) oder die Ehe am letzten 1. Dezember noch kein Jahr bestanden hat (Ehedauerklausel) oder die Aufnahmebedingungen für das Versorgungswerk am vorletzten 1. Dezember noch nicht erfüllt waren.

Es wurden folgende Kapitalisierungszinsfüße und Gehaltssteigerungssätze bei der Berechnung des Barwerts der prognostizierten Pensionsverpflichtungen angenommen.

Den Berechnungen liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

31. Dezember	2009	2008
Zinssatz	5,00 %	5,70 %
Pensionssteigerungen	1,75 %	1,75 %
Gehaltssteigerungen	keine	keine
Fluktuation	4,50 %	5,00 %

Als Rechnungsgrundlage wurden die „Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck“ herangezogen.

Die Einzelzusagen bestehen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern der Gesellschaft. Gehaltssteigerungen sind daher nicht relevant.

Es folgt eine Überleitung des Barwerts zum Erwerbszeitpunkt bis zum Barwert der beitragsorientierten Verpflichtungen zum Bilanzstichtag.

31. Dezember	2009	2008
Barwert der Verpflichtungen zum Bilanzstichtag/Erwerbszeitpunkt	1.573	1.597
Laufender Dienstzeitaufwand	18	19
Zinsaufwand für Barwert	87	86
Auszahlungen des Geschäftsjahres	118	124
Gewinne aus der Veränderung der Versorgungsleistungen	0	5
Barwert der Verpflichtungen zum Bilanzstichtag	1.560	1.573

Die Ermittlung der Verpflichtungen zum 31. Dezember 2009 beruht wie im Vorjahr auf einem unabhängigen Gutachten. Zum Erwerbszeitpunkt in 2008 lag kein Gutachten vor. Es wurden geschätzte Mittelwerte angesetzt. Die Pensionsverpflichtungen auf Basis des geschätzten Gehaltsniveaus stellen die Pensionsverpflichtungen des Konzerns unter Berücksichtigung von Trendannahmen hinsichtlich der Gehaltsentwicklung dar.

Die zukunftsbezogenen Annahmen, die den rechnungsbezogenen Schätzungen in der Bewertung der Altersvorsorgeleistungen zugrunde liegen, sind oben eingehend erläutert.

35. Kurzfristige finanzielle Schulden

in Tsd. €	2009	2008
Bankdarlehen	15.912	12.603
Kurzfristiger Anteil Finanzierungsleasing	279	0
Gesellschafterdarlehen Minderheitsanteile	0	325
	16.191	12.928

Die „kurzfristigen finanziellen Schulden“ betreffen im Wesentlichen Kontokorrentkonten bei Kreditinstituten. Die Schulden gegenüber Kreditinstituten sind im banküblichen Umfang durch Verpfändung von Wertpapierdepots und Bankkonten besichert. Der beizulegende Zeitwert der verpfändeten Wertpapierdepots beträgt zum Bilanzstichtag 61.023 T€ (Vj. 45.196 T€). Die Kreditlinien bei unseren Geschäftsbanken betragen zum Bilanzstichtag 30.916 T€ (Vj. 27.659 T€) und werden wie im Vorjahr zum Stichtag teilweise in Anspruch genommen. Die Zinssätze für Kontokorrentkredite bei Kreditinstituten orientieren sich an den Geldmarktsätzen. Der von der Gesellschaft zu zahlende Aufschlag auf die Geldmarktsätze beträgt in der Regel 100 bis 235 Basispunkte. Darüber hinaus bestehen kurzfristige Festzinskredite mit einem Zinssatz bis zu 6,20 % (Vj. 9,75 %). Fällige Darlehen und Kreditlinien wurden durch Anschlussverträge verlängert.

36. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ beinhalten Verbindlichkeiten aus dem Erwerb von Vermögenswerten und aus der Inanspruchnahme von Dienstleistungen in geschäftsüblichem Umfang.

Die nachfolgende Darstellung gibt die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wieder:

In Tsd. €	31.12.2009	
Fälligkeit bis 30 Tage	Fälligkeit bis 90 Tage	Gesamt
1.969	338	2.307

In Tsd. €	31.12.2008	
Fälligkeit bis 30 Tage	Fälligkeit bis 90 Tage	Gesamt
2.082	0	2.082

37. Kurzfristige sonstige Schulden

in Tsd. €	2009	2008
Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Unternehmen	0	33
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	645	121
Verbindlichkeiten Personalbereich	536	1.122
Sonstige Steuern (Lohnsteuer und Umsatzsteuer)	665	458
Abgegrenzte Zinsen für Anleihen	143	190
Verpflichtungen aus Gewährleistungen	203	396
Verbindlichkeiten aus Marktbewertung Zins-Swap	234	0
Sonstige Verbindlichkeiten	1.571	1.456
	3.997	3.776

Die Kurzfristigen sonstigen Schulden haben eine Fälligkeit von unter einem Jahr.

Der Posten „Verbindlichkeiten Personalbereich“ beinhaltet Vergütungsverpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern aus Bonuszahlungen und Tantiemen, Mehrarbeit und nicht genommenem Urlaub. Bei einer Konzerngesellschaft erfolgt die Gehaltszahlung für Dezember vereinbarungsgemäß am 15. Januar des Folgejahres.

Zum Bilanzstichtag bestehen gegenüber Kunden „Gewährleistungsverpflichtungen“. Der überwiegende Teil der Gewährleistungsverpflichtungen des Vorjahres steht im Zusammenhang mit der Übernahme der Vermögenswerte der insolventen Papierfabrik Lenk GmbH & Co. KG. Eine Verpflichtung aus dem Übernahmevertrag besteht nicht, die Gewährleistung erfolgt auf Kulanz.

Zum Bilanzstichtag bestehen erstmals „Verbindlichkeiten aus der Marktbewertung eines Zins-Swaps“ in Höhe von 234 T€ (Vj. 0 T€). Das Swapgeschäft dient zur Absicherung eines langfristigen Darlehens gegen Zinsänderungsrisiken.

Im Posten „Sonstiges“ sind kurzfristige Verbindlichkeiten des laufenden Geschäftsbetriebs enthalten.

38. Sonstige finanzielle Verpflichtungen, Haftungsverhältnisse

Die „sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ gliedern sich folgendermaßen auf:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Einzahlungsverpflichtungen	0	446
Sonstige Verpflichtungen	90	90
Dauerschuldverhältnisse (finance lease)	1.267	0
Dauerschuldverhältnisse (operating lease)	1.384	3.134

Es bestand eine „Einzahlungsverpflichtung“ gegenüber einem assoziierten Unternehmen in Höhe von 446 T€. Diese Einzahlungsverpflichtung ist durch einen Kapitalherabsetzungsbeschluss der Hauptversammlung in 2009 weggefallen.

Ferner besteht im Konzern eine mögliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von 90 T€ aus der Übernahme einer Grundschuld beim Erwerb eines Immobilienobjekts in 2006.

Aus einer Optionsvereinbarung zwischen Aktionären der CornerstoneCapital AG hat sich die Deutsche Balaton gegenüber den anderen Aktionären (Optionsinhaber) verpflichtet, ab dem 01. Juni 2011 die Ausübung der Optionen in Höhe des Bezugspreises mit einem Zinssatz von 8 % p. a. für eine Laufzeit von maximal vier Monaten zu finanzieren. Zu weiteren Ausführungen zu der Optionsvereinbarung wird auf Tz. 39 verwiesen.

Die Dauerschuldverhältnisse betreffen insbesondere Mietverträge für Büros und Gewerbeflächen sowie Leasingverträge für Betriebs- und Geschäftsausstattung wie Kraftfahrzeuge und Stapler. Im Geschäftsjahr 2009 sind 536 T€ (Vj. 566 T€) als Leasingaufwand gemäß IAS 17 in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst (Tz. 13). Als Zahlungen für Finanzierungsleasingverträge ist in 2009 ein Betrag von 293 T€ (Vj. 0 T€) erfasst.

Der Konzern hat sich im Rahmen einer Optionsvereinbarung verpflichtet, 10 % der gesamten Aktien eines in den Konzern einbezogenen Unternehmens zu einem Kaufpreis von 25 T€ zu erwerben, falls die Vertragspartei bis zum 31. Januar 2012 die Put-Option ausübt. Da der beizulegende Zeitwert der Anteile (Basiswert) deutlich über dem Kaufpreis liegt, ist eine Ausübung der Option derzeit höchst unwahrscheinlich und demzufolge ist der Option kein Wert beizumessen.

Aus einem Finanzierungsleasingvertrag bestehen Mindestleasingbeträge (Barwerte) in Höhe von 1.267 T€, davon werden 279 T€ innerhalb eines Jahres und 988 T€ innerhalb von zwei bis fünf Jahren fällig.

Die Fristigkeit der Dauerschuldverhältnisse zum 31. Dezember 2009 stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. €	< 1 Jahr	1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe
Dauerschuldverhältnisse	466	918	0	1.384
davon Miete für Büro-/Gewerbeflächen	208	200	0	408
davon Leasingverhältnisse (Kfz)	116	276	0	391

Im Dezember 2008 wurde ein Leasingvertrag abgeschlossen, der den Konzern zur Zahlung in Höhe von insgesamt 1.515 T€ verpflichtet. Die Nutzung der geleasteten technischen Anlagen erfolgt ab 2009. Der Leasingvertrag wurde seinem wirtschaftlichen Gehalt entsprechend ab Nutzung der Maschine in 2009 als Finanzierungsleasing behandelt und bilanziell berücksichtigt.

Die Fristigkeit der Dauerschuldverhältnisse zum 31. Dezember 2008 (Vorjahr) stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. €	< 1 Jahr	1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe
Dauerschuldverhältnisse	699	2.365	70	3.134
davon Miete für Büro-/Gewerbeflächen	213	286	0	499
davon Leasingverhältnisse (Kfz)	40	49	0	89

Weitergehende aus dem Abschluss nicht erkennbare Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Haftungsverhältnisse zu Gunsten von Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat bestehen nicht.

39. Angaben zum Fair-Value von Finanzinstrumenten und sonstige Angaben

Finanzinstrumente sind Verträge, die bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führen.

Die wesentlichen Bilanzposten der Deutsche Balaton AG, in denen Finanzinstrumente enthalten sind, sind bereits überwiegend (langfristige Vermögenswerte und Schulden) oder vollständig (kurzfristige Wertpapiere) zum Fair Value bilanziert. Bei zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzten Finanzinstrumenten gehen wir davon aus, dass der Fair Value dem Buchwert entspricht. Der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments ist der Preis, zu dem eine Partei die Rechte und Pflichten aus diesem Finanzinstrument von einer unabhängigen anderen Partei übernehmen würde. Angesichts variierender Einflussfaktoren können die dargestellten beizulegenden Zeitwerte nur als Indikatoren für tatsächlich am Markt realisierbare Werte angesehen werden.

Finanzinstrumente sind für die Finanzlage und die Ertragskraft des Konzerns von besonderer Bedeutung, da der Konzern in hohem Maße in Finanzinstrumente investiert.

Bilanzposten	2009		2008	
	Buchwert	Fair-Value	Buchwert	Fair-Value
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	47.354	47.354	40.551	40.551
Sonstige Forderungen	1.235	1.235	1.834	1.834
Fertigungsaufträge (POC)	0	0	2.149	2.149
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.679	2.679	12.485	12.485
Sonstige Vermögenswerte	3.605	3.605	1.724	1.724
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	19.127	19.127	1.135	1.135
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	9.931	9.931	3.881	3.881
Sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Kapital	427	427	374	374
Finanzielle Schulden	20.246	20.246	27.267	27.267
Finanzielle Schulden	15.912	15.912	12.928	12.928
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.307	2.307	2.082	2.082
Sonstige Schulden	3.997	3.997	3.776	3.776

Die Buchwerte der Finanzinstrumente, gegliedert nach den Bewertungskategorien nach IAS 39 stellen sich wie folgt dar:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Vermögen		
Kredite und Forderungen	7.519	16.043
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	47.354	40.551
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert		
bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽¹⁾	19.127	1.135
Schulden		
Zu Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	42.655	46.427
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert		
bewertete finanzielle Verbindlichkeiten ⁽¹⁾	234	0

⁽¹⁾ Finanzinstrumente, die als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert sind. In den Beträgen enthalten sind auch derivative Finanzinstrumente, die nicht in ein Hedge-Accounting einbezogen sind.

Die Finanzinstrumente, die in der Bilanz zum Marktwert bewertet werden, wurden nach der folgenden Hierarchie ermittelt:

Stufe 1: Verwendung von auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierte Preise.

Stufe 2: Verwendung von Inputfaktoren, bei denen es sich nicht um die in Stufe 1 berücksichtigten notierten Preise handelt, die sich aber für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit entweder direkt (d. h. als Preis) oder indirekt (d. h. in Ableitung von Preisen) beobachten lassen.

Stufe 3: Verwendung von nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Faktoren für die Bewertung des Vermögenswertes oder der Verbindlichkeit.

Finanzielle Vermögenswerte und Schulden, die zu beizulegenden Zeitwerten bewertet werden, lassen sich in die folgende Bewertungshierarchie einstufen:

in Tsd. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Gesamt
Kredite und Forderungen	0	523	0	523
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	43.248	0	0	43.248
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	19.127	0	0	19.127
Negativer Marktwert aus Zinsswap	0	234	0	234

Auf die Angabe von Vergleichsdaten für das Vorjahr wird aufgrund der Erstanwendung verzichtet.

Der Posten „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ beinhaltet nahezu ausschließlich börsennotierte Wertpapiere, weshalb diese überwiegend gemäß Stufe 1 gruppiert werden.

Sind keine notierten Preise für Finanzinstrumente, wie nicht börsennotierte Optionen, verfügbar, wird der Fair Value zur Prüfung einer eventuellen Wertminderung unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbar Marktquellen stammen. Diese Bewertungen unterliegen naturgemäß in höherem Maße der Einschätzung des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Es werden hier in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen. Grundsätzlich geht der Deutsche Balaton Konzern davon aus, dass die Anschaffungskosten nicht notierter Finanzinstrumente dem beizulegenden Zeitwert entsprechen. Zu Anschaffungskosten oder einem niedrigeren Wert wurden Eigenkapitalinstrumente in Höhe von 4.106 T€ (Vj. 4.033 T€) bilanziert, da ein aktiver liquider Markt nicht vorhanden ist. Es handelt sich hierbei um kleine Gesellschaften, die in verschiedensten Branchen tätig sind.

Bewertungsmodelle müssen anerkannten betriebswirtschaftlichen Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die Marktteilnehmer bei der Festlegung eines Preises als angemessen betrachten würden.

Der Posten „Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere“ beinhalten ausschließlich Wertpapiere gemäß Stufe 1, da es sich um börsennotierte Wertpapiere handelt.

Die Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente (Zinsswap) in dem Posten „Sonstige Schulden“ wurden gemäß Stufe 3 ermittelt. Die Fair Values der Derivate werden zum Bilanzstichtag vom jeweiligen Kreditinstitut unter Berücksichtigung marktgerechter Zinssätze ermittelt.

■ Forderungen aus Lieferung und Leistungen sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
Aufgrund der kurzen Restlaufzeiten dieser Finanzinstrumente wird angenommen, dass der Buchwert näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Bei Forderungen wird der Nennwert herangezogen unter Berücksichtigung von Abschlägen für Ausfallrisiken. Wertminderungen werden erst erfasst, wenn damit gerechnet wird, dass Schuldner nicht in der Lage sein werden, ihre Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft zu erfüllen.

■ Übrige finanzielle Vermögenswerte

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte setzen sich zusammen:

- Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalanteile wurden anhand der zum 31. Dezember festgestellten Börsenkurse bewertet.
- Für zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalanteile konnten keine beizulegenden Zeitwerte ermittelt werden, da es sich um Anteile an nicht börsennotierten Unternehmen handelt. Ist der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich bestimmbar oder liegen bei denen keine Indikatoren einer dauerhaften Wertminderung zum 31. Dezember vor, wurde angenommen, dass die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten entsprechen.
- Fremdkapitalinstrumente wurden mit Börsenkursen zum Bilanzstichtag bewertet.

■ Die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte beinhalten:

- Derivative Finanzinstrumente, die nicht in ein Hedge Accounting einbezogen sind. Die beizulegenden Zeitwerte der Zins- und Währungssicherungsinstrumente wurden zum Bilanzstichtag vom jeweiligen Kreditinstitut unter Berücksichtigung marktgerechter Zinssätze ermittelt.
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere. Die zu beizulegenden Zeitwerten bewerteten Wertpapiere wurden anhand der zum 31. Dezember festgestellten Börsenkurse bewertet.

■ Die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte beinhalten:

- Kurzfristige sonstige Forderungen und Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Aufgrund der kurzen Restlaufzeiten dieser Finanzinstrumente wird angenommen, dass der Buchwert näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert entspricht.
- Langfristige sonstige Forderungen und Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen. Es wird unterstellt, dass die Buchwerte grundsätzlich den beizulegenden Zeitwerten dieser Finanzinstrumente entsprechen. Aufgrund der Nähe zu den Gläubigern wird die Fälligkeit im Einzelfall einvernehmlich vereinbart. Wertminderungen werden erst erfasst, wenn damit gerechnet wird, dass Schuldner nicht in der Lage sein werden, ihre Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft zu erfüllen. Die Einschätzung über die Bonität der Schuldner resultiert aus dem regelmäßigen Informationsaustausch zwischen Schuldner und dem Konzern.

Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzierungsverbindlichkeiten resultieren aus Anleihen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen werden. Es wird unterstellt, dass die Buchwerte grundsätzlich den beizulegenden Zeitwerten dieser Finanzinstrumente entsprechen.

■ *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen*

Aufgrund der kurzen Laufzeiten dieser Finanzinstrumente wird angenommen, dass der Buchwert näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert entspricht.

Übrige finanzielle Verbindlichkeiten. Die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten beinhalten:

- Derivative Finanzinstrumente, die nicht in ein Hedge Accounting einbezogen sind. Die beizulegenden Zeitwerte der Zins- und Währungssicherungsinstrumente wurden zum Bilanzstichtag vom jeweiligen Kreditinstitut unter Berücksichtigung marktgerechter Zinssätze ermittelt.

Die sonstigen übrigen finanziellen Verbindlichkeiten beinhalten:

- Bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten wird angenommen, dass die beizulegenden Zeitwerte aufgrund der kurzen Laufzeiten den Buchwerten dieser Finanzinstrumente entsprechen.

Die langfristigen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen. Es wird angenommen, dass die Buchwerte den beizulegenden Zeitwerten dieser Finanzinstrumente entsprechen.

■ *Nettogewinne oder -verluste*

Folgende Tabelle stellt die in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigten Nettogewinne oder -verluste von Finanzinstrumenten dar:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Kredite und Forderungen	-898	-1.004
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	895	-22.360
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert		
bewertete finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten ⁽¹⁾	7.916	-1.034
Zu Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0

⁽¹⁾ Finanzinstrumente, die als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert sind. In den Beträgen enthalten sind auch derivative Finanzinstrumente, die nicht in ein Hedge-Accounting einbezogen sind.

Die Nettogewinne bzw. -verluste der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beinhalten insbesondere die Ergebnisse aus Marktwertveränderungen.

Die Nettogewinne bzw. -verluste der zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte beinhalten unter anderem Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren sowie Wertminderungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert.

Die Nettogewinne bzw. -verluste aus Krediten und Forderungen beinhalten im Wesentlichen Ergebnisse aus Wertminderungen von Darlehensforderungen.

■ Optionen

Die Deutsche Balaton AG hat im Mai 2007 insgesamt 164.230 Stück Optionsrechte erworben, die zum Bezug von je einer Aktie an der CornerstoneCapital AG aus bedingtem Kapital berechtigen. Die weiteren 1.478.078 Stück Optionsrechte werden zum überwiegenden Teil von den beiden anderen Aktionären der CornerstoneCapital AG gehalten. Der Bezugspreis der Optionen erhöht sich seit dem 1. Juli 2001 um 8 % p. a.. Kapitalrückzahlungen, Ausschüttungen, etc. führen zu einer Bezugspreisanpassung. Die Optionen laufen bis zum 1. Juli 2011. Darüber hinaus hat sich die Deutsche Balaton AG gegenüber den weiteren Optionsscheininhabern verpflichtet, ab dem 1. Juni 2011 die Ausübung der Optionsscheine in Höhe des Bezugspreises mit einem Zinssatz in Höhe von 8 % p.a. für eine Laufzeit von maximal vier Monaten zu finanzieren.

Im Berichtsjahr hat der Deutsche Balaton Konzern im Rahmen von Optionsvereinbarungen das Recht erworben bis zum 31. Januar 2011 ihren Kapitalanteil von 7,6 % auf 48,3 % der Anteile an einem assoziierten Unternehmen zu erhöhen. Der Kaufpreis der Anteile bei Ausübung der Optionen zum 31. Dezember 2009 hätte TEUR 129 sowie TEUR 165 betragen. Aufgrund fehlender Werthaltigkeit zum 31. Dezember 2009 kann den Kaufoptionen zum Bilanzstichtag kein beizulegender Zeitwert zugerechnet werden. Zum Bilanzstichtag liegt bei der Gesellschaft eine bilanzielle Überschuldung gemäß § 92 AktG vor.

Die Deutsche Balaton hat für die Gewährung eines kurzfristigen Darlehens in Höhe von 200 T€ diverse Sicherheiten erhalten. Zusätzlich hat der Schuldner eine Kaufoption auf die Anteile an einer kleinen Gesellschaft eingeräumt, die sich mit börsennotierten Wertpapieren beschäftigt. Die Option endet am 31. Dezember 2011 und der Kaufpreis der Anteile bemisst sich nach dem Eigenkapitalwert des Gesellschaftsanteils nach Verkehrswerten am zweiten Tag nach Abgabe der Annahmeerklärung in notariell beurkundeter Form abzüglich 10 % Abschlag. Die Option dient zur weiteren Absicherung des Darlehens. Da die Option nur zur weiteren Besicherung des Darlehens dient und keine aktuellen Finanzdaten der Gesellschaft bekannt sind, wurde der beizulegende Zeitwert der Option nicht ermittelt.

Aus ehemaligen Unternehmensbeteiligungen können sich für den Konzern aus Spruchstellenverfahren, wie dieses Jahr beispielsweise aus der ehemaligen Beteiligung an der Friedrich Grohe AG, oder direkten Kaufpreinsnachbesserungen aus Unternehmenskaufverträgen gegebenenfalls noch Nachbesserungen auf die erhaltene Abfindung oder den erhaltenen Verkaufspreis ergeben. Eine konkrete Wertermittlung eventueller Nachbesserungen (Eventualforderungen) ist meistens nicht möglich. In diesen Fällen sind die Ansprüche mit einem Erinnerungswert aktiviert.

40. Risikomanagement und Kapitalmanagement

■ *Allgemeine Aussagen*

Die Deutsche Balaton ist in ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl interner und externer Risiken ausgesetzt. Die Deutsche Balaton definiert Risiken nicht nur als den Unternehmensbestand gefährdende, sondern auch als den Geschäftserfolg bedeutsam beeinflussende Ereignisse und Entwicklungen. Einzelrisiken können sich gegenseitig verstärken bzw. jedenfalls teilweise kompensieren. Diese wechselseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt die Deutsche Balaton bei den für sie bedeutsamen Einzelrisiken, die in externe Risiken, Finanzrisiken, Operative Risiken und Risiken aus Corporate Governance unterteilt sind.

Im Rahmen der Risikosteuerung bildet das bei der Deutsche Balaton eingerichtete interne Kontrollsystem (IKS) einen integralen Bestandteil des Risikomanagements. Die Steuerung von Chancen und Risiken ist bei der Deutsche Balaton nicht einer bestimmten organisatorischen Einheit zugeordnet, sondern im Rahmen des IKS als ein integraler Bestandteil der Unternehmensführung eingerichtet. Daher verantwortet der Vorstand der Konzernmuttergesellschaft Deutsche Balaton AG unmittelbar den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Systeme sowohl für die Deutsche Balaton AG als auch für den Deutsche Balaton-Konzern. Anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen der Deutsche Balaton legt der Konzernvorstand den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Kontrollsysteme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen fest und bestimmt deren Ausgestaltung. Konzernvorstand ist der Vorstand der Konzernmuttergesellschaft.

Funktionsfähig eingerichtete angemessene Systeme zur Risikosteuerung ermöglichen ein frühzeitiges Erkennen von Risiken und einen sorgsamen Umgang mit erkannten Risiken. Dennoch bleibt unternehmerisches Handeln stets mit Risiken verbunden. Das Ziel der Deutsche Balaton ist daher der bewusste Umgang mit potenziellen Risiken und eine verbesserte Kontrolle von Einzelrisiken sowie der konsequente Umgang mit auftretenden Risiken.

Mit dem Risikomanagement eng verknüpft ist bei der Deutsche Balaton das Chancenmanagement. Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken können Ziele und Strategien der Geschäftspolitik abgeleitet und für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis gesorgt werden. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand, der sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld befasst. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

■ Zielsetzungen

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems jederzeit einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten und so im Rahmen einer Risikovermeidung bzw. Risikominimierung durch eine angemessene Chancen-/Riskoverteilung den Unternehmenserfolg zu optimieren. Hierbei ist für den Vorstand die Rendite auf das eingesetzte Kapital neben dem Wert je Aktie die zentrale Steuerungsgröße.

Das aktive Risikomanagement dient der Sicherung des Fortbestandes des Konzerns und seiner Unternehmen, d. h. der zukünftigen Entwicklung und Ertragskraft des Deutsche Balaton Konzerns. Zugleich sollen Einzelrisiken reduziert werden, die eine Verletzung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verwendeten oder enthaltenen Informationen und Daten im Rahmen der Ausführung von Tätigkeiten zur Folge haben. Im Rahmen des Risikomanagements sollen außerdem Abweichungen von den Unternehmenszielen erfasst werden, um ein rechtzeitiges Gegensteuern zu ermöglichen.

Erkannte Risiken werden hinsichtlich ihres Einflusses auf die Deutsche Balaton AG oder den Deutsche Balaton-Konzern untersucht und ihr mögliches Risikopotential ermittelt. In Einzelfällen erfolgt bereits auf dieser Ebene die unterstützende Einschaltung externer Berater.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton AG derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

■ Organisatorischer Aufbau

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem der Deutsche Balaton ist an der Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG und des Konzerns ausgerichtet.

Auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft sind die Mitarbeiter zu einer unverzüglichen ad-hoc Berichterstattung von aufgetretenen oder möglichen Risiken angehalten. Darüber hinaus findet im Rahmen von regelmäßigen Sitzungen ein Informationsaustausch statt, der eine Erkennung und Behandlung von Risiken ermöglicht.

Im Konzern erfolgt die Risikosteuerung, ungeachtet der fortbestehenden und durch das Risikokontrollsystem unangetasteten Verantwortung der Konzernobergesellschaft, grundsätzlich eigenständig auf Ebene der jeweiligen Konzernunternehmen. Im Rahmen der konzernweiten Risikobeobachtung unterstützt die Deutsche Balaton AG die Konzernunternehmen bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Risikocontrollings. Im Rahmen der Risikokontrolle steht der Konzernvorstand in einem regelmäßigen Austausch mit den Konzerngesellschaften.

Auf Ebene des Deutsche Balaton-Konzern werden im Einzelfall externe Berater zur Unterstützung des Risikoprozesses hinzugezogen.

Im Bereich der Compliance existieren konzernweite Verhaltensanweisungen für die Deutsche Balaton AG und die Konzernunternehmen, die sich insbesondere auf die Einhaltung aktien- und wertpapierrechtlicher Vorschriften beziehen.

Die Identifizierung von Risiken erfolgt im Rahmen des auf Ebene der Unternehmensleitung angesiedelten Risikomonitorings, das eine zentrale Aufgabe des Risikomanagements darstellt. Bestandteile des Risikomonitoringprozesses sind unter anderem die Liquiditätsplanung sowie eine wöchentliche Vermögensaufstellung, die auch eine Aufstellung über die Veränderungen der Portfoliozusammensetzung und des Portfoliowertes beinhaltet. Aus diesen Unterlagen lassen sich Frühwarnindikatoren in Bezug auf einzelne Risiken ableiten, anhand derer sich Prognosen in Bezug auf Unternehmensrisiken erstellen lassen, die vom Vorstand durch verschiedene Szenarioanalysen ergänzt werden. Die Unternehmensleitung entscheidet auf Basis dieser Informationen, gegebenenfalls unter Hinzuziehung externer Spezialisten, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Risikobewältigung zu ergreifen sind.

Der Vorstand erstattet dem Aufsichtsrat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen Berichte in Bezug auf die Entwicklung einzelner Portfoliounternehmen sowie die Entwicklung des Konzerns. Der Aufsichtsrat hat außerdem einen, zuletzt im Geschäftsjahr 2009 angepassten, Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte beschlossen, die der Konzernvorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf.

Durch die Ansiedelung des Risikomanagements auf Ebene der Unternehmensleitung ist eine laufende Überwachung der eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit durch den Vorstand sichergestellt.

■ *Einzelrisiken*

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsgeschäft der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, branchen- und unternehmensspezifische Risiken, steuerrechtliche Risiken sowie Liquiditätsrisiken. Die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf die Risiken in den vorgenannten Bereichen obliegt dem Vorstand, der auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

■ *Gesetzliche Risiken*

Unter gesetzlichen Risiken verstehen wir rechtliche und regulatorische Risiken, welche die Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton negativ beeinflussen können.

Die Deutsche Balaton ist einer Vielzahl von rechtlichen Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen des Steuerrechts, Gesellschaftsrechts und Wertpapierhandelsrechts. Die Ergebnisse von gegenwärtig anhängigen bzw. künftigen Verfahren können oft nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden, so dass aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen oder der Vereinbarung von Vergleichen Aufwendungen entstehen können, die Auswirkungen auf das Geschäft der Deutsche Balaton und ihre Ergebnisse haben können.

Die Veränderung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen kann nachteilige Auswirkungen auf das Geschäft der Deutsche Balaton und den wirtschaftlichen Erfolg einzelner Projekte haben. Eine Änderung der steuerlichen Gesetzgebung, insbesondere hinsichtlich der Nutzung bestehender oder künftiger steuerlicher Verlustvorträge oder die Änderung der steuerlichen Belastung auf Ebene der Ertrags- und Verbrauchsteuern können hierfür beispielsweise ursächlich sein. Die Deutsche Balaton versucht dem Risiko auf steuerrechtlicher Ebene entgegenzuwirken, indem eine laufende steuerliche Überwachung eingerichtet ist und eine steuerliche Optimierung der Geschäftsvorfälle angestrebt wird.

Aufgrund der Börsennotiz zweier Konzernunternehmen ist der Deutsche Balaton Konzern außerdem verschiedenen regulatorischen Risiken ausgesetzt. Hierbei sind insbesondere Risiken aus der Regulierung des Wertpapierhandels, des Handels- und Bilanzrechts und des Aktienrechts zu erwähnen. Weiter unterliegt die Gesellschaft verschiedenen passiven Klagerisiken. Entsprechende Risiken können aus einer Änderung der Gesetzgebung oder unterlassenen oder falschen Mitteilungen nach WpHG und AktG herrühren. Die Realisierung entsprechender Risiken kann zu einem Stimmrechtsverlust bei Beteiligungen, der Nichtdurchführbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen oder einem Schadensersatzrisiko führen. Die Deutsche Balaton begegnet diesem Risiko durch die laufende Überwachung von Stimmrechtsmitteilungen und einem laufenden Screening von Ad-hoc-Meldungen. Darüber hinaus erfolgt eine laufende Überwachung von Stimmrechtsschwellen. In Zweifelsfällen werden fallweise externe Rechtsanwaltskanzleien insbesondere in den Bereichen des WpHG und AktG in die Entscheidungsfindung und Risikoabwehr eingebunden.

■ *Politische Risiken*

Zu den politischen Risiken, denen die Deutsche Balaton ausgesetzt ist, zählen gesetzgeberische oder behördliche Maßnahmen, Aufruhr, kriegerische Ereignisse oder Revolution im Ausland, welche die Realisierung von Forderungen oder die Durchsetzung von Gesellschafter- und Teilhaberrechten verhindern. Daneben fällt die Möglichkeit der Nichtkonvertierung und Nichttransferierung von in Landeswährung eingezahlten Beträgen infolge von Beschränkungen des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs unter die politischen Risiken, denen sich die Deutsche Balaton ausgesetzt sieht. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Deutsche Balaton aufgrund politischer Ursachen ihr an sich zustehende Ansprüche nicht durchsetzen kann.

Die Deutsche Balaton beobachtet daher die politische Entwicklung der Länder, in denen Beteiligungen bestehen, regelmäßig und holt gegebenenfalls vor Ort Informationen über die Entwicklung der politischen Verhältnisse ein. Eine Risikominimierung erfolgt durch die schwerpunktmäßige Beschränkung von Investitionen in Deutschland.

■ *Allgemeine Marktpreisrisiken*

Die von der Deutsche Balaton gehaltenen börsennotierten Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. Solche Wertschwankungen können aus sich ändernden Marktpreisen auf Grund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und

damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt ausgeschlossen werden, da alle Wertpapiere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die Veränderung der Zinsstrukturkurve hat ebenfalls Auswirkungen auf die Bewertung von Vermögenswerten, insbesondere verzinslicher Wertpapiere mit festem Zinssatz. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit marktpreisrelevante Ereignisse zu erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Die Deutsche Balaton war in der Vergangenheit und im Geschäftsjahr 2009 auf Grund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen auf den jeweils niedrigeren beizulegenden Wert von ihr gehaltener Vermögensgegenstände und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Das maximale Risiko liegt bei allen Bilanzposten der Aktivseite (Vermögenswerte) im Totalausfall.

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	47.354	40.551
Sonstige Forderungen	1.235	1.834
Fertigungsaufträge (poc)	0	2.149
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.679	12.485
Sonstige Vermögenswerte	3.605	1.724
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	19.127	1.135
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	9.931	3.881

■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen der Deutsche Balaton wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Balaton ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch. Die Unternehmensbranchen, in welche die Deutsche Balaton durch Eingehen von Beteiligungen investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen. Die nicht auf bestimmte Branchen begrenzte Streuung des Beteiligungsportfolios bietet dem Vorstand die Chance, Veränderungen branchenspezifischer Rahmenbedingungen nach Abwägung der Chancen und Risiken für neue Investments zu nutzen.

■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte die Deutsche Balaton einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben.

Im Konzern wird versucht, dieses Risiko durch eine dem potenziellen Investment angemessene Voranalyse zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments gegeneinander ab. Weiterhin gibt die regelmäßige Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten dem Vorstand die Möglichkeit, unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Konzernvorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

■ *Sensitivitätsanalyse*

Der Buchwert der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Tz. 21) beläuft sich auf insgesamt 47.354 T€ (Vj. 40.551 T€) und stellt damit zum 31. Dezember 2009 33,7 % (Vj. 33,3 %) der Vermögenswerte des Konzerns dar. Eine Verringerung des Marktpreises in Höhe von 10 % reduziert beispielsweise den Buchwert um 4.735 T€ (Vj. 4.055 T€). Entsprechend hoch würde sich auch das Eigenkapital des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten reduzieren. Erhöht sich dagegen der Marktpreis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte um 10 %, so würde sich auch das Eigenkapital des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten um 4.735 T€ (Vj. 4.055 T€) erhöhen.

■ *Steuerrechtliche Risiken*

Die Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf das Geschäft der Deutsche Balaton auswirken.

Die Deutsche Balaton geht davon aus, dass die Gesellschaft auf Grund von Verlustvorträgen nicht oder nur teilweise zu Steuerzahlungen verpflichtet ist, solange und soweit der steuerliche Verlustvortrag nicht durch erzielte Jahresüberschüsse aufgebraucht ist. Aktuell sind die bestehenden Verlustvorträge wirtschaftlich allerdings nicht oder nur in begrenztem Umfang nutzbar, da das körperschaftsteuerliche Ergebnis negativ ist. Sollte sich diese Annahme nicht bewahrheiten und/oder die von der Gesellschaft ermittelten steuerlichen Verlustvorträge nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, führte dies nach Ansicht der Gesellschaft zu einer Verringerung der bestehenden Verlustvorträge. In diesem Fall wären Steuernachzahlungen möglich.

Änderungen im Steuerrecht bergen das Risiko, dass die steuerliche Belastung der Deutsche Balaton zunimmt. Eine höhere steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG mit direkten oder indirekten Steuern führt zu einer Verringerung des Jahresergebnisses und damit des wirtschaftlichen Erfolgs. In der Folge könnten sich hieraus nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG ergeben.

■ *Wechselkursrisiken*

Ein Wechselkursrisiko besteht beim Deutsche Balaton Konzern bei Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung. Dies hat jedoch eine untergeordnete Bedeutung. Zur Absicherung des Wechselkursrisikos nutzt der Konzern Währungssicherungsinstrumente wie Devisenforwards.

■ *Liquiditätsrisiken in Bezug auf Beteiligungen*

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können auf Grund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio der Deutsche Balaton gehaltenen Beteiligungen bestehen. Die Deutsche Balaton beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz- bis mittelfristig ein großes Chance-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Dieses Risiko ist auch Beteiligungen, die nicht an einer Börse gehandelt werden, immanent. Die Veräußerung von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen ist oftmals nur im Rahmen eines aufwändigen, strukturierten Verkaufsprozesses möglich.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potenzieller Beteiligungsobjekte zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

Im gegenwärtigen Marktumfeld sieht der Vorstand die Veräußerungsmöglichkeiten eingeschränkt.

■ *Kreditbeschaffungs- und Liquiditätsrisiken*

Im Bereich der Finanzrisiken ist die Deutsche Balaton dem Risiko ausgesetzt, kurzfristig fällig werdende Forderungen nicht oder nicht vollständig rechtzeitig bedienen zu können. Die Deutsche Balaton steuert diese Liquiditätsrisiken durch die Begrenzung der Inanspruchnahme von Lombardkrediten, die wertmäßig auf den jeweiligen Beleihungswert begrenzt sind. Auf Basis der Depotwerte und Beleihungswerte erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Kreditlimite durch den Vorstand. Im Rahmen einer Liquiditätsplanung erfasst der Vorstand die Liquiditätsrisiken und trifft Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken.

Verschiedene Banken haben der Deutsche Balaton laufende Kreditrahmen in unterschiedlicher Höhe eingeräumt. Die Deutsche Balaton nimmt aus den eingeräumten Kreditrahmen laufend Kredit in Anspruch. Die jeweils in Anspruch genommenen Kreditlinien sind in ihrer jeweiligen Höhe zumeist mit börsennotierten und von den jeweiligen Banken als beleihbar akzeptierten Wertpapieren ausreichend zu besichern. Das allgemeine

Marktpreisrisiko sinkender Wertpapierpreise börsennotierter Wertpapiere kann dazu führen, dass eine ausreichende Besicherung der in Anspruch genommenen Kredite nicht mehr dargestellt werden kann und die Bank den Kredit zur sofortigen Rückzahlung fällig stellt. Außerdem kann die Prolongation von Krediten erschwert oder unmöglich sein oder die Bank kann laufende Kredite, die bis auf weiteres oder kurzfristig gewährt sind, kündigen. Zudem kann die Bank die jeweils zugrunde gelegten Beleihungswerte einseitig zum Nachteil der Deutsche Balaton anpassen und das zur Verfügung stehende Kreditvolumen hierdurch verringern.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine vorausschauende und vorsichtige Planung der Kreditinanspruchnahmen zu minimieren. Zur weiteren Verminderung von Kreditbeschaffungsrisiken erfolgt die Inanspruchnahme von Krediten auf mehrere Banken verteilt.

■ Sensitivitätsanalyse

Die kurzfristigen (Tz. 35) und langfristigen finanziellen Schulden (Tz. 33) des Konzerns betragen zum 31. Dezember 2009 36.158 T€ (Vj. 40.195 T€). Ein Anstieg des Marktwertes der hingegebenen Sicherheiten um 10 % würde eine höhere Inanspruchnahme der Kreditlinien ermöglichen. Eine Verminderung der Marktwerte der Sicherheiten würde die Möglichkeiten einer Kreditinanspruchnahme reduzieren. Zum Bilanzstichtag beträgt der Marktwert beleihbarer Wertpapiere 61.023 T€ (Vj 45.196 T€). Der angenommene Anstieg um 10 % würde den Marktwert um 6.102 T€ erhöhen. Eine angenommene Verminderung um 10 % würde den Marktwert in gleicher Höhe reduzieren.

■ Fälligkeitsanalyse der Restlaufzeiten

Die Restlaufzeiten zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt:

in Tsd. €	täglich fällig	bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	über 5 Jahre
Finanzielle Schulden (kurzfristig)	13.587	2.604	0	0
Finanzielle Schulden (langfristig)	0	0	15.364	4.603
Gesamt	13.587	2.325	643	4.603

Die Restlaufzeiten zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt:

in Tsd. €	täglich fällig	bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	über 5 Jahre
Finanzielle Schulden (kurzfristig)	12.603	325	0	0
Finanzielle Schulden (langfristig)	0	8.225	14.406	4.636
Gesamt	12.603	8.550	14.406	4.636

■ *Zinsänderungsrisiko*

Der überwiegende Teil der Konzernschulden sind kurzfristig fällig. Hierdurch unterliegt der Konzern einem besonderen Zinsänderungsrisiko. Als kurzfristiges Fremdkapital gelten im Konzern alle Schulden mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr. Es erfolgt kein Einsatz von Zinsderivaten zur Absicherung eines bestimmten Zinsniveaus, da die Höhe der flüssigen Mittel starken Schwankungen unterliegt und nur schwer prognostizierbar ist. Bei massiven Veränderungen der Zinssätze wird der Vorstand geeignete Maßnahmen einleiten.

■ *Sensitivitätsanalyse*

Die kurzfristigen Schulden (Tz. 35) und langfristigen finanziellen Schulden (Tz. 33) des Konzerns betragen zum 31. Dezember 2009 36.158 T€ (Vj. 40.195 T€). Ein Anstieg des Zinssatzes um 100 Basispunkte, unter der Voraussetzung einer konstanten Kreditanspruchnahme und Zinsmarge, erhöht die jährlichen Zinszahlungen des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten um 362 T€ (Vj. 402 T€). Die zusätzlichen Zinszahlungen würden das Periodenergebnis des Konzerns vermindern.

■ *Analyse der Verzinsung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten*

Die Analyse der Verzinsung der Vermögenswerte und Schulden in Abhängigkeit der Zinsentwicklung stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Vermögenswerte (festverzinslich)	9.472	736
Vermögenswerte (variabel verzinslich)	10.987	0
Finanzielle Schulden (festverzinslich)	20.134	29.592
Finanzielle Schulden (variabel verzinslich)	16.024	10.603

■ *Finanzmarktrisiken und Liquiditätsrisiken*

Die Deutsche Balaton ist aufgrund ihres Schwerpunktes im Bereich von Unternehmensbeteiligungen von der Stabilität der Finanzmarktsysteme, insbesondere den Börsen und Banken, abhängig. Darüber hinaus bestehen für die Deutsche Balaton Finanzmarktrisiken in Form von Zinsschwankungen sowie der Änderungen von Wechselkursen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen. Die Finanzmarktrisiken können einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben. Die Deutsche Balaton steuert und überwacht Finanzmarktrisiken überwiegend im Rahmen der operativen Geschäfts- und Finanzierungsaktivitäten und bei Bedarf durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente.

Die Deutsche Balaton ist als Beteiligungsunternehmen insbesondere Kursschwankungen an den Aktienmärkten ausgesetzt. Insbesondere Wertpapiere, die eine geringe Marktliquidität aufweisen, bergen ein Risiko des Wertverlustes. Durch die regelmäßige Beobachtung der Börsenentwicklung ist eine angemessene Risikosteuerung durch den Vorstand gewährleistet. Der Vorstand trifft in der konkreten Situation, unter Beachtung des Anlagehorizonts, geeignete Maßnahmen zur Schadensminderung.

Kreditrahmen sind wertmäßig stets durch den Beleihungswert begrenzt. Kurzfristigen Zinsänderungen kann durch die kurzfristige Rückführung von Kreditlinien durch die Veräußerung liquider Wertpapiere begegnet werden. Darüber hinaus besteht im Einzelnen ein Emittentenrisiko. Hierunter versteht die Deutsche Balaton das Risiko in Bezug auf die geschäftliche Entwicklung einzelner Emittenten von Wertpapieren. Das Emittentenrisiko kann dazu führen, dass einzelne Emittenten keine Ausschüttungen vornehmen können. Hierdurch kann die Liquidität und Ertragslage der Deutsche Balaton beeinträchtigt werden. Die Deutsche Balaton ist bemüht, das Emittentenrisiko durch eine Diversifikation des Beteiligungsportfolios zu begrenzen.

Wechselkursrisiken bestehen in Bezug auf ausländische Wertpapiere und Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Der Vorstand ist bemüht, den Einfluss von Wechselkursschwankungen gering zu halten. Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen spielen eine eher untergeordnete Rolle im Geschäft der Deutsche Balaton. In Einzelfällen erfolgt eine Absicherung des Wechselkursrisikos durch Währungssicherungsgeschäfte.

■ *Forderungsrisiken*

Die Deutsche Balaton ist im Zusammenhang mit der Finanzierung ihrer Beteiligungen und Konzernunternehmen und dem Verkauf von Beteiligungen an Dritte dem Risiko des Ausfalls von Forderungen ausgesetzt. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass kurzfristig fällig werdende Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht vollständig fristgerecht erfüllt werden können.

Im Rahmen der Finanzierung von Beteiligungsunternehmen und Konzernunternehmen erfolgt die Bereitstellung von Mitteln ausschließlich nach Durchführung einer Chance-/Risiko-Analyse. In Abhängigkeit von der prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeit wird die Bereitstellung von Finanzmitteln von der Stellung liquider Sicherheiten abhängig gemacht.

Entsprechendes gilt in Bezug auf gestundete Kaufpreiszahlungen.

Darüber hinaus bestehen Forderungsrisiken aus Investitionen in Genussscheine und Anleihen. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Emittenten kann die Zinszahlung und auch die Rückzahlung von Forderungen aus Anleihen und Genussrechten eingeschränkt sein oder ausfallen. Die Deutsche Balaton betreibt zur Risikominimierung eine regelmäßige Chance-/Risiko-Analyse.

■ *Liquiditätsrisiken (Finanzrisiken)*

Im Bereich der Finanzrisiken ist die Deutsche Balaton dem Risiko ausgesetzt, kurzfristig fällig werdende Forderungen nicht oder nicht vollständig rechtzeitig bedienen zu können. Die Deutsche Balaton steuert diese Liquiditätsrisiken durch die Begrenzung der Inanspruchnahme von Lombardkrediten, die wertmäßig auf den jeweiligen Beleihungswert begrenzt sind. Auf Basis der Depotwerte und Beleihungswerte erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Kreditlimite durch den Vorstand. Im Rahmen einer Liquiditätsplanung erfasst der Vorstand die Liquiditätsrisiken und trifft Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken.

Verschiedene Banken haben der Deutsche Balaton laufende Kreditrahmen in unterschiedlicher Höhe eingeräumt. Die Deutsche Balaton nimmt aus den eingeräumten Kreditrahmen laufend Kredit in Anspruch. Die jeweils in Anspruch genommenen Kreditlinien sind in ihrer jeweiligen Höhe zumeist mit börsennotierten und von den jeweiligen Banken als beliehbar akzeptierten Wertpapieren ausreichend zu besichern. Das allgemeine Marktpreisrisiko sinkender Wertpapierpreise börsennotierter Wertpapiere kann dazu führen, dass eine ausreichende Besicherung der in Anspruch genommenen Kredite nicht mehr dargestellt werden kann und die Bank den Kredit zur sofortigen Rückzahlung fällig stellt. Außerdem kann die Prolongation von Krediten erschwert oder unmöglich sein oder die Bank kann laufende Kredite, die bis auf Weiteres oder kurzfristig gewährt sind, kündigen. Zudem kann die Bank die jeweils zugrunde gelegten Beleihungswerte einseitig zum Nachteil der Deutsche Balaton anpassen und das zur Verfügung stehende Kreditvolumen hierdurch verringern.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine vorausschauende und vorsichtige Planung der Kreditinanspruchnahme zu minimieren. Zur weiteren Verminderung von Kreditbeschaffungsrisiken erfolgt die Inanspruchnahme von Krediten auf mehrere Banken verteilt.

■ *Personalwirtschaftliche Risiken*

Personalrisiken ergeben sich im Wesentlichen durch Personalbeschaffung, mangelnde Qualifikation und Fluktuation. Diese Risiken werden begrenzt durch Weiterbildungsmaßnahmen und leistungsgerechte Vergütung.

Bei der Deutsche Balaton besteht eine vertrauensbasierte Unternehmenskultur mit flachen Hierarchien, die auf jeder Ebene eigenverantwortliches Handeln und Denken fordert. Der Zugang zu vertraulichen Informationen birgt trotz ausgebauter Prüfungs- und Kontrollmechanismen grundsätzlich das Risiko des Missbrauchs. Personen, die im Sinne des Aktienrechts über Insiderkenntnisse verfügen, verpflichten sich zur Einhaltung der damit verbundenen Vorschriften. Darüber hinaus werden die bestehenden Autorisierungsregelungen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

■ *Informationstechnologische Risiken*

Die Deutsche Balaton identifiziert im Bereich informationstechnologischer Risiken neben Risiken in Form von Datenverlusten und Systemausfallzeiten auch das Risiko des Missbrauchs informationstechnischer Anlagen.

Das Risiko von Datenverlusten wird durch regelmäßige Sicherungen der elektronisch verfügbaren Unternehmensdaten minimiert, insbesondere der Unternehmensdatenbanken, der Finanzbuchhaltung und der Rechnungslegungsdaten. Außerdem werden alle von unseren Mitarbeitern innerhalb der Server-Client-Umgebung erstellten Dateien ebenfalls gesichert. Für die Datensicherungen werden werktäglich separate Festplatten verwendet. Die Aufbewahrung der Datensicherungsplatten erfolgt an sicheren, gegen Brand geschützten Orten.

Der Zugriff auf elektronische Dokumente und zu den EDV-Systemen ist durch Benutzerzugriffsrechte geschützt.

Systemausfallzeiten werden durch den Einsatz von sachkundigen Mitarbeitern oder externen Fachkräften auf ein geringes Maß reduziert. Gegen schädliche Computerprogramme wird aktuelle Schutzsoftware eingesetzt.

■ *Managementrisiken*

Unter Managementrisiken verstehen wir die Möglichkeit, dass die Unternehmensführung eine grundlegende strategische Fehlentscheidung trifft, die bei den vorhandenen Informationen eigentlich vermeidbar wäre.

Managementrisiken werden daher unter Berücksichtigung derjenigen Informationen bewertet, die dem Management zum Entscheidungszeitpunkt zur Verfügung stehen oder mit vertretbarem Aufwand beschafft werden können. Bei wirtschaftlich bedeutsamen Entscheidungen ist neben dem Vorstand auch der Aufsichtsrat beratend in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Im Rahmen der Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats hat dieser einen Katalog von Geschäften beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Bestandteil des Katalogs ist auch eine Budgetplanung, die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats jährlich vorzunehmen ist. Rechtsgeschäfte, die aufgrund des Zustimmungskatalogs der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen bzw. nicht in der jeweiligen, vom Aufsichtsrat genehmigten jährlichen Budgetplanung beinhaltet sind, legt der Vorstand dem Aufsichtsrat zur vorherigen Zustimmung vor.

■ *Risikomanagement als Chance*

Risiko- und Chancenmanagement sind bei der Deutsche Balaton eng miteinander verknüpft.

Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken leiten wir Ziele und Strategien der Geschäftspolitik ab und sorgen so für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand. Der Vorstand beschäftigt sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmen-daten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

■ *Kapitalmanagement*

Das dem Konzern zur Verfügung stehende Eigen- und Fremdkapital wird in diverse Vermögenswerte investiert.

Die Grundlage für das Kapitalmanagement der Deutsche Balaton AG stellen die Vermögenswerte in der vom Management regelmäßig erstellten Vermögensübersicht dar. Jedes Investment muss unter Chance-Risiko-Gesichtspunkten eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erreichen. Zur Optimierung der Kapitalstruktur und somit einer Verbesserung der Eigenkapitalverzinsung wird das Verhältnis von Eigenkapital und Fremdkapital stetig optimiert und gegebenenfalls angepasst. Das bedeutet, dass der Konzern für jedes Investment den Eigen- und Fremdkapitalanteil bestimmt, da der Konzern für jede Investition die ideale Kombination für

das Unternehmen anstrebt. Ziel des Kapitalmanagements ist auch eine ausreichende und die Mindestkapitalanforderungen erfüllende Versorgung des Unternehmens mit Eigenkapital. Die Mindestkapitalanforderungen beziehen sich einerseits auf die Einhaltung aktienrechtlicher Vorschriften des § 92 AktG und andererseits auf Vorgaben der Banken zur Gewährung von Kreditlinien und Festkrediten. Der Deutsche Balaton Konzern hat sich im Rahmen dieser Kreditverträge zur Einhaltung von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen verpflichtet. Diese Kennzahlen werden zur Einhaltung der kreditvertraglichen Vorgaben regelmäßig überprüft. Im Berichtszeitraum wurden die Mindestkapitalanforderungen erfüllt, diese werden voraussichtlich auch in 2010 und 2011 erfüllt.

Insgesamt ergibt sich für den Deutsche Balaton Konzern folgende Kapitalzusammensetzung:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Konzerneigenkapital	93.162	72.017
Langfristige Konzernschulden	23.556	30.001
Kurzfristige Konzernschulden	23.737	19.714
Gesamtkapital des Konzerns	140.455	121.732
Konzerneigenkapitalquote	66,3 %	59,2 %

41. Angaben zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 werden Zahlungsströme erfasst, um Informationen über die Bewegung der Zahlungsmittel des Unternehmens darzustellen. Die Zahlungsströme werden nach betrieblicher Tätigkeit sowie nach Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden. Es wird die indirekte Darstellungsform für Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit angewendet.

Einzahlungen und Auszahlungen aus langfristigen finanziellen Vermögenswerten und sonstigen langfristigen Forderungen werden grundsätzlich als Cashflow aus Investitionstätigkeit und nicht als Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit dargestellt, da diese Klassifizierung aus unserer Sicht einer klareren Darstellung dient.

Der Finanzmittelfonds am Anfang und am Ende der Periode besteht in Form von Bankguthaben und entsprechenden Äquivalenten in folgender Zusammensetzung:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Kasse und Guthaben bei Kreditinstituten	9.931	3.881
	9.931	3.881

42. Ergebnis je Aktie nach IAS 33

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie errechnet sich aus der Division des auf die Deutsche Balaton AG entfallenden Konzernjahresüberschusses und der gewichteten durchschnittlichen Anzahl der während des Geschäftsjahres ausstehenden Aktien.

Eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie kann durch die Ausgabe potenzieller Aktien resultieren. Zum Bilanzstichtag ist die Berücksichtigung von verwässernden potenziellen Aktien auf Grund von beschlossenen Kapitalerhöhungen aus bedingtem oder genehmigtem Kapital bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht erforderlich, da keine verwässernden Maßnahmen bestehen bzw. sich keine verwässernden Titel im Umlauf befinden.

	31.12.2009	31.12.2008
Periodenergebnis nach Minderheitsanteilen (T€)	13.050	-20.711
Aktienanzahl zum Stichtag	11.640.424	12.699.826
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	11.688.723	12.143.151
unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	1,12	-1,71

Neben dem Ergebnis je Aktie ist auch das Ergebnis je Aktie aus fortgeführter und eingestellter Geschäftstätigkeit anzugeben:

	31.12.2009	31.12.2008
Periodenergebnis nach Minderheitsanteilen (T€)	13.050	-20.711
Anpassung für eingestellte Geschäftstätigkeit (T€)	668	1.266
Periodenergebnis aus fortgeführter Geschäftstätigkeit nach Minderheitsanteilen (T€)	12.874	-20.353
Aktienanzahl zum Stichtag	11.640.424	12.699.826
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	11.689.410	12.143.151
unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	1,18	-1,61

	31.12.2009	31.12.2008
Periodenergebnis nach Minderheitsanteilen (T€)	13.050	-20.711
Anpassung für fortgeführte Geschäftstätigkeit (T€)	-12.874	20.353
Periodenergebnis aus eingestellter Geschäftstätigkeit nach Minderheitsanteilen (T€)	668	1.266
Aktienanzahl zum Stichtag	11.640.424	12.699.826
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	11.689.410	12.143.151
unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	0,06	0,10

Es erfolgt eine Überleitung der gewichteten durchschnittlichen Anzahl von Aktien für das Geschäftsjahr 2009 sowie 2008, welche als Nenner in der Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie verwendet wurden:

	Stückzahl	Tage
Aktien im Umlauf 01.01.09–16.10.09	11.699.868	293
Aktienrückkauf I	50.069	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf I	11.649.799	49
Aktienrückkauf II	6.008	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf II 09.12.09–10.12.09	11.643.791	1
Aktienrückkauf III	3.367	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf III 11.12.09–31.12.09	11.640.424	22

Im Geschäftsjahr 2009 waren durchschnittlich 11.689.410 Aktien im Umlauf.

	Stückzahl	Tage
Aktien im Umlauf 01.01.08–20.02.08	12.699.826	51
Aktienrückkauf I	499.986	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf I	12.199.840	188
Aktienrückkauf II	249.987	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf II	11.949.853	69
Aktienrückkauf III	249.985	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf III 03.11.2008–31.12.2008	11.699.868	58

Im Geschäftsjahr 2008 waren durchschnittlich 12.143.151 Aktien im Umlauf.

43. Angaben zur Segmentberichterstattung

Das Geschäft des Vermögensaufbaus als Investmentspezialist wird bei der Deutsche Balaton AG auf globaler Basis, das heißt ohne Fokus auf Branchen und Regionen, durchgeführt. Dabei investiert der Deutsche Balaton Konzern sowohl in Unternehmen als auch Immobilien sowie andere Investmentanlagen.

■ Abgrenzung der Segmente

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 fordert Angaben zu Segmenten in Analogie zur internen Steuerungs- und Berichtsstruktur des Konzerns.

Der Deutsche Balaton Konzern unterteilt die Segmente in Teilkonzerne wie an den Konzernvorstand berichtet wird.

Die Deutsche Balaton AG bildet hierbei ein eigenständiges Segment. Die Tätigkeit des Segments Deutsche Balaton ist die Übernahme der Holdingaufgaben sowie der Erwerb, das Halten und der Verkauf von überwiegend börsennotierten Wertpapieren sowohl als Eigenkapital- auch als Fremdkapitalinstrument.

Die Gesellschaften ABC Beteiligungen AG und Heidelberger Beteiligungsholding AG bilden als Teilkonzern ein berichtspflichtiges Segment. Die Tätigkeit dieses Segments ist im Wesentlichen das Halten größerer Aktienpakete wie die Anteile an der BetaSystems Software AG, Berlin, und der WebFinancial Group S. A., Madrid.

Der Teilkonzern Fidelitas bildet ein weiteres Segment, welches in mittelständische Unternehmen in Sonder-situationen wie Insolvenz und Nachfolgeregelungen investiert. Bisher sind im Segment Fidelitas nur Unter-nehmensübernahmen aus Insolvenzen erfolgt. In diesem Segment sind die Finanzdaten der Fortuna Maschinenbau Holding AG und der Fortuna Technology GmbH, einem Bäckereimaschinenhersteller, sowie die Gesellschaften der Lenk-Gruppe, einem Spezialpapierhersteller, enthalten.

Sämtliche in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften der CornerstoneCapital bilden mit den dazugehörigen Konzerngesellschaften der Eppstein Gruppe ein Segment. Dieses Segment bildet die Tätigkeit der CornerstoneCapital ab, die mit einem erfahrenen Team an Private Equity Spezialisten in mittelständische Unternehmen investieren. Die Eppstein Gruppe ist ein Hersteller von hochwertigen NE-Folien. In diesem Segment sind auch die Vermögenswerte und das Ergebnis aus Sachverhalten gemäß IFRS 5 enthalten.

Die Gesellschaften des Teilkonzerns Stratec bilden das Segment Stratec. Das Segment Stratec bildet über-wiegend die Investitionen in zu Wohnzwecken genutzte Wohnimmobilien ab. Die Stratec investiert in ver-mietete Mehrfamilienhäuser in der Bundesrepublik und erzielt hieraus Vermietungsumsätze.

Eine in das Segment einbezogene Gesellschaft ist bilanziell überschuldet.

Die regionale Segmentberichterstattung unterscheidet zwischen Inland und Ausland. Der juristische Sitz des Unternehmens ist maßgebend für die Klassifizierung in Inland oder Ausland sowie der Standorte der Vermögenswerte.

■ *Segmentinformationen*

Die Segmentdaten wurden auf der Grundlage der im Konzernabschluss angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Außenumsatzerlöse repräsentieren die Erlöse aus der Vermietung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie die Umsatzerlöse von Industrieunternehmen.

in Tsd. €	Balaton		ABC / HDBH		CornerstoneCapital	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Umsatzerlöse	0	0	0	0	21.429	12.124
- davon mit Dritten	0	0	0	0	21.429	12.124
Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-63	-890
Aufwand für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe	0	0	0	0	-9.599	-6.599
Sonstige betriebliche Erträge	14.796	1.395	269	15.742	1.619	1.618
Zuwendungen an Arbeitnehmer	-411	-450	-153	-134	-5.494	-3.433
Abschreibungen	-24	-24	-144	-7	-1.341	-670
- davon planmäßig	-24	-24	-7	-7	-1.341	-670
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.801	-2.968	-161	-206	-4.961	-3.404
- davon nicht zahlungswirksam	-741	-1.004	0	0	-90	0
Finanzertrag	4.531	2.842	2.553	4.762	1.514	1.808
- davon Zinsertrag	3.030	933	2.452	4.740		1.603
Finanzaufwand	-7.018	-21.874	-12.552	-4.780	-945	-5.734
- davon Zinsaufwand	-1.000	-2.262	-1.877	-4.325	-556	-386
- davon Wertminderungen (nicht zahlungswirksam)	-6.018	-19.612	0	-455	0	-5.348
Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen	-264	741	252	975	1.456	2.856
Segmentergebnis (Ergebnis vor Ertragsteuern)	8.808	-20.338	-9.937	16.351	3.614	-2.325
Ertragsteuern (nachrichtlich)	497	-141	7	-29	796	-133
Segmentvermögen	108.485	96.331	22.935	38.683	42.160	37.302
- davon Anteile an assoziierten Unternehmen	5.825	6.923	6.605	11.705	12.789	12.232
Segmentsschulden	18.974	29.213	127	6.938	16.320	15.899
Investitionen in langfristiges Segmentvermögen	15	4	0	1	1.742	5.891

	Fidelitas		Stratec		Konsolidierung		Konzern	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	30.000	12.452	760	619	0	-227	52.189	24.968
	30.000	12.452	760	619	0	-227	52.189	24.968
	-493	1.641	0	0	0	0	-557	751
	-15.376	-5.599	0	-5	0	0	-24.975	-12.203
	483	291	17	21	-1.061	-16.100	16.122	2.966
	-7.977	-4.338	-24	-24	0	0	-14.058	-8.380
	-280	-221	-120	-83	0	28	-1.909	-977
	-280	-221	-120	-83	0	28	-1.771	-977
	-4.503	-2.838	-913	-491	2.504	2.383	-10.836	-7.524
	-59	0	-8	0	0	0	-898	-1.004
	17	26	58	33	-1.807	-2.302	6.866	7.168
		26		33		-2.248	5.482	5.087
	-617	-304	-276	-213	11.503	1.279	-9.906	-31.627
	-617	-304	-276	-213	271	1.279	-4.055	-6.211
	0	0	0	0	0	0	-6.018	-25.416
	0	0	0	0	0	0	1.444	4.472
	1.254	1.110	-499	-144	11.138	-14.940	14.380	-20.286
	337	251	-131	0		120	1.506	68
	12.630	13.515	7.440	7.020	-55.345	-73.914	138.305	118.942
	0	0	0	0	0	-686	25.219	30.173
	9.230	10.914	5.601	4.685	-5.804	-19.649	44.448	47.999
	474	767	586	3.605	0	0	2.950	13.810

**Segmentberichterstattung
nach Regionen**

in Tsd. €	Deutschland		Ausland	
	2009	2008	2009	2008
Umsatzerlöse mit Dritten	27.603	10.602	24.585	14.366
Segmentvermögen	129.557	112.652	8.748	6.290
Investitionen in langfristiges Segmentvermögen	2.816	10.269	0	0

Die konzerninternen Transaktionen resultieren aus Leistungsbeziehungen innerhalb des Konzerns zwischen den Segmenten. Zwischen den Konzerngesellschaften wurden konzerninterne Darlehen mit kurzer Laufzeit abgeschlossen. Die Verrechnung erfolgt auf Grundlage marktüblicher Konditionen. Die Segmente arbeiten unabhängig von einander, weshalb diese Transaktionen gewöhnlich nur einen geringen Umfang haben.

Das Segmentergebnis wird als Periodenergebnis vor Ertragsteuern dargestellt.

Das Segmentvermögen stellt das betriebsnotwendige Vermögen der einzelnen Segmente dar. Es umfasst alle Bilanzpositionen mit Ausnahme von Steuerforderungen für laufende und latente Ertragsteuern. Geschäfts- und Firmenwerte werden dem jeweiligen Segment zugeordnet.

In den Segmentschulden sind die operativen Schulden der einzelnen Segmente enthalten. Verbindlichkeiten aus laufenden und latenten Ertragsteuern werden nicht in den Segmentschulden ausgewiesen.

Die Überleitung des Segmentvermögens auf das Konzernvermögen bzw. der Segmentschulden auf das Fremdkapital des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Segmentvermögen	138.305	118.942
Steuerforderungen (laufend und latent)	2.150	2.790
Konzernvermögen	140.455	121.732
in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Segmentschulden	44.448	47.999
Steuerschulden (laufend und latent)	2.845	1.716
Konzernfremdkapital	47.293	49.715

44. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 12. April 2010 wurde ein Kaufvertrag über den Verkauf der G + H Isolite GmbH, Ludwigshafen/Rhein, geschlossen. Der Verkauf steht unter aufschiebenden Bedingungen.

45. Deutscher Corporate Governance Kodex (§ 161 AktG)

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Balaton AG haben die Erklärung gemäß § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex im Geschäftsjahr 2009 abgegeben und den Aktionären dauerhaft auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich gemacht.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Heidelberger Beteiligungsholding AG haben als börsennotierte Gesellschaft die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG für das Geschäftsjahr 2009 abgegeben und ihren Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

46. Angaben zu den Organen der Gesellschaft

■ Vorstand

- Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen

in Tsd. €	2009	2008
Vorstandsvergütung	255	335

Die Vorstandsvergütung wird in monatlichen Beträgen ausgezahlt.

Die Hauptversammlung vom 28. August 2006 hat den Vorstand von der Angabepflicht der Individualvergütung befreit.

■ Aufsichtsrat

- Wilhelm Konrad Thomas Zours, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender
Vorstand DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg
Vorstand WV Beteiligungen AG, Heidelberg
- Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Mannheim, Stellvertretender Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
- Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim, Aufsichtsratsmitglied
Unternehmensberater

Der Aufsichtsrat erhält für seine Tätigkeit zeitanteilige Festvergütungen gemäß Satzung sowie den Ersatz seiner Auslagen. Zusagen an Aufsichtsratsmitglieder für Altersversorgung oder sonstige Leistungen wurden nicht gemacht.

in Tsd. €	2009	2008
Aufsichtsratsvergütungen	32	32

Die Aufsichtsratsvergütungen sind gemäß IAS 24.16 als kurzfristig zu klassifizieren und sind nach Ablauf des Geschäftsjahres fällig.

Angaben zur Mitgliedschaft der Organmitglieder in Aufsichtsräten:

Herr Jörg Janich ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender
- CARUS AG, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender seit 18. Februar 2009
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg, seit 1. Januar 2009

Herr Philip Andreas Hornig ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg, seit 1. Januar 2010
- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Dr. Burkhard Schäfer ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- GPXS Services AG, München
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg, seit 19. November 2009
- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Wilhelm Konrad Thomas Zours nimmt keine weiteren Aufsichtsratsmandate wahr.

■ *Ehemalige Mitglieder*

Für ehemalige Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats bestehen keine Zahlungsverpflichtungen aus deren ehemaligen Tätigkeiten in einem Organ der Gesellschaft.

47. Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Nahe stehende Unternehmen im Sinne des IAS 24 sind die DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg, und die VV Beteiligungen AG, Heidelberg, die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie deren Familienmitglieder und ihnen wirtschaftlich zuzurechnende Unternehmen jeglicher Rechtsform, die nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie die assoziierten Unternehmen.

■ Mitgeteilte Beteiligungen

Die VV Beteiligungen AG mit Sitz in Heidelberg (Deutschland) hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 %, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt.

Die DELPHI Unternehmensberatung AG mit Sitz in Heidelberg (Deutschland) hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 % der Stimmrechte, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt. Hiervon sind der DELPHI Unternehmensberatung AG 54,395% (6.336.950 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die der DELPHI Unternehmensberatung AG zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgendes von der DELPHI Unternehmensberatung AG kontrolliertes Unternehmen, dessen Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG 54,395 %, also 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

– VV Beteiligungen AG, Heidelberg

Sie selbst hält keine Aktien der Deutsche Balaton AG.

Herr Wilhelm Konrad Thomas Zours, Deutschland, hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 % der Stimmrechte, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt. Hiervon sind ihm 54,395 % (6.336.950 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die ihm zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihm kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG jeweils 54,395 %, also jeweils 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

– DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg

– VV Beteiligungen AG, Heidelberg

Er selbst hält keine Aktien der Deutsche Balaton AG.

Die AXXION S. A., Munsbach, Luxemburg, hat der Deutsche Balaton AG mit Schreiben vom 20.08.2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 16.08.2007 die Schwelle von 15 % überschritten hat und nun 15,03 % (Bestand Axxion S.A.: 2.007.111) beträgt.

■ *Vorstand und Aufsichtsrat*

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Vorstand der DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg, sowie Vorstand der VV Beteiligungen AG, Heidelberg. Zwischen der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und der VV Beteiligungen AG wurde am 16. Dezember 2009 ein Entherrschungsvertrag geschlossen. Zwischen der Deutsche Balaton und den beiden Gesellschaften besteht eine Vereinbarung zur wechselseitigen Überwachung und Bekanntgabe wertpapierrechtlich relevanter Beteiligungen im Hinblick auf die Überwachung von Stimmrechtsschwellen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag zu den zwei Gesellschaften keine weiteren Rechtsbeziehungen.

Einer dem Vorstand Jörg Janich wirtschaftlich zuzurechnenden Gesellschaft wurde ein Darlehen zur Finanzierung des Erwerbs von Gesellschaftsanteilen von einer in den Konzern einbezogenen Gesellschaft gewährt. Zum Bilanzstichtag beträgt der Saldo inkl. aufgelaufener Zinsen 116 T€ (Vj. 104 T€). Das Darlehen wird mit 7,5 % p.a. verzinst. Das Darlehen ist vertraglich zweckbestimmt. Dingliche Sicherheiten wurden nicht gestellt.

Eine dem Aufsichtsratsmitglied Dr. Burkhard Schäfer wirtschaftlich zurechenbare Gesellschaft hat gegenüber einer in den Konzern einbezogenen Gesellschaft Beratungsleistungen erbracht. Im Berichtsjahr wurde 39 T€ (Vj. 6 T€) als Aufwand erfasst. Zum Bilanzstichtag waren 24 T€ (Vj. 6 T€) noch offen.

Daneben gab es im Geschäftsjahr 2009 keine Geschäftsvorfälle mit weiteren Personen in Schlüsselpositionen oder nahen Angehörigen von Personen in Schlüsselpositionen.

Die Mandate der Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind unter Tz. 46 angegeben.

Bezüglich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wird auf Tz. 46 verwiesen.

Die Vergütungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden unter Tz. 46 angegeben.

■ *Nahe stehende Unternehmen*

Die Forderungen gegen nahestehende Unternehmen betreffen unverzinsliche kurzfristige Darlehen an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen. Die Forderungen sind nicht besichert. Zum Bilanzstichtag sind 0 T€ (Vj. 281 T€) offen.

Es bestehen gegenüber einem assoziierten Unternehmen kurzfristig fällige nicht besicherte Darlehen in Höhe von 1.500 T€, welche in 2009 gewährt wurden und sich mit 10 % p.a. und teilweise zzgl. Gewinnbeteiligung verzinsen. Zum Bilanzstichtag waren 1.524 T€ inklusive aufgelaufener Zinsen offen. Der Konzern hat das Recht zur Besicherung der Darlehen sich Grundpfandrechte bestellen zu lassen.

Des Weiteren besteht ein besichertes im Jahr 2010 fälliges Darlehen gegenüber einem assoziierten Unternehmen in Höhe von 600 T€. Das Darlehen wurde mit 17 % verzinst. Im Vorjahr ist eine Abwertung erfolgt, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr 200 T€ beträgt. Neben dinglichen Sicherheiten besteht zur Absicherung des Darlehens eine selbstschuldnerische Bürgschaft einer Privatperson.

48. Honorar des Abschlussprüfers

Für die Tätigkeit des Abschlussprüfers KPMG Deutsche Treuhand AG, Berlin, sind im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 122 T€ als Aufwand für die Prüfung des Konzernabschlusses sowie der Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen erfasst. Im Vorjahr betrug der Vergleichswert 117 T€.

49. Anteilsbesitz und Befreiung von Offenlegungspflichten

Der Konzern hält zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 Beteiligungen gemäß § 313 HGB.

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	16	-1
BNS Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	13	-1
HART Technik Kft, Pomáz (HU)	100,0 %	2.252	196
CARUS AG, Heidelberg	49,5 %	-217	-581
CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg	49,0 %	-7	0
Isolite Holding GmbH, Ludwigshafen	40,0 %	4.014	1.480
wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main	36,7 %	36.256	3.944
Beta Systems Software AG, Berlin	38,5 %	14.506	539

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
Human Solutions GmbH, Kaiserslautern (2008)	42,1 %	3.462	581
Administration Intelligence AG, Würzburg (2008)	28,8 %	1.953	699
ASE AG, Bruchsal (2008)	25,1 %	363	72
Synaxon AG, Bielefeld	14,7 %	15.509	883
W.E.T. Automotive Systems AG, Odelzhausen	10,5 %	40.191	-1.979
Mania Technologie AG, Weilrod (Insolvenz 2008)	9,4 %	-	-
Kartonpack Rt., Budapest (2008)	8,3 %	4.357	328
Mistral Media AG, Köln (2008)	8,2 %	18.584	-335
TDS Informationstechnologie AG, Neckarsulm (31.03.2009)	6,3 %	51.446	9.284
P & I Personal & Informatik AG, Wiesbaden (31.03.2009)	5,4 %	26.533	9.376

Die Tochtergesellschaften CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg, und Eppstein Foils GmbH & Co. KG, Eppstein/Taunus, machen von der Befreiungsvorschrift des § 264b HGB hinsichtlich der Veröffentlichung ihres Jahresabschlusses Gebrauch.

Anmerkungen:

- Die Angaben werden grundsätzlich in Tausend Euro (= TEUR) per 31.12.2009 gemacht.
- Die Angaben zu folgenden Gesellschaften erfolgen, sofern nicht nachfolgend in Klammern ein anderer Stichtag angegeben ist, auf den Stichtag 31.12.2008, da für diese Gesellschaften zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Anhangs keine aktuelleren Jahresabschlusszahlen zur Verfügung standen: Administration Intelligence AG, ASE AG, Human Solution GmbH, Kartonpack Rt., Mania Technologie GmbH (Insolvenz 2008) Mistral Media AG, Personal & Informatik AG (31.03.2009), TDS Informationstechnologie AG (31.03.2009).
- Angaben in Euro zur Hart-Technik Kft. und Kartonpack Rt. sind unter Berücksichtigung des letzten von der Europäischen Zentralbank im Kalenderjahr 2009 am 31.12.2009 festgelegten Referenzkurses (1,00 EUR = 270,42 HUF) angegeben.

Heidelberg, 29. April 2010

Der Vorstand

Jörg Janich

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Heidelberg, den 29. April 2010

Der Vorstand

Jörg Janich

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Eigenkapitalspiegel, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften, liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 14. April 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Kronner
Wirtschaftsprüfer

Blohm
Wirtschaftsprüfer

Sehr geehrte Aktionäre der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft,

der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2009 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Pflichten und Aufgaben wahrgenommen und sich während des Geschäftsjahres 2009 mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Gesellschaft befasst. Er hat den Vorstand außerdem bei der Geschäftsführung überwacht und beraten. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat gemäß § 90 AktG über die wesentlichen Aspekte der Geschäftsentwicklung sowie die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und des Konzerns informiert. Hierzu gehörte insbesondere die Entwicklung des Beteiligungsportfolios sowie der Konzernunternehmen der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft.

Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2009 mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Der Aufsichtsrat war in alle wesentlichen Entscheidungen mit grundlegender Bedeutung für die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft eingebunden und hat die nach Gesetz und Satzung erforderlichen Beschlüsse gefasst. Geschäfte, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen durfte, wurden im Rahmen von Vorstandsvorlagen behandelt. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratsitzungen und Beschlussfassungen in laufendem Kontakt mit dem Vorstand und wurde von diesem regelmäßig über die aktuelle Geschäftslage und wesentliche Geschäftsvorfälle unterrichtet.

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Alle Themen der Aufsichtsrats Tätigkeit wurden im Geschäftsjahr 2009 vom Gesamtaufichtsrat behandelt. Ausschüsse wurden im Geschäftsjahr 2009 nicht gebildet. Beschließende Ausschüsse wären stets mit dem Gesamtaufichtsrat identisch.

Insgesamt fanden im Geschäftsjahr 2009 acht Präsenz- sowie vier telefonische Sitzungen statt. Außerdem hat sich der Aufsichtsrat in zwölf Umlaufverfahren außerhalb von Sitzungen mit den Berichten und Vorlagen des Vorstands befasst. An allen Sitzungen und Beschlussfassungen haben jeweils sämtliche Aufsichtsratsmitglieder teilgenommen.

Beratungen im Aufsichtsrat

Die Lage der Gesellschaft, insbesondere die Ergebnisentwicklung sowie die Finanz- und Wirtschaftslage der Gesellschaft, waren Gegenstand der Berichterstattungen des Vorstands an den Aufsichtsrat. In den Sitzungen des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr 2009 unter anderem die nachfolgenden Themen behandelt:

- Beratung über die vom Vorstand erstatteten Berichte über den Gang der Geschäfte und die aktuelle Lage und Entwicklung der Gesellschaft
- Berichterstattung und Beratung über den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 im Beisein der Vertreter des Wirtschaftsprüfers
- Beteiligungsangelegenheiten und die Liquiditätsplanung der Gesellschaft

- Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte
- Erwerb und Einziehung eigener Aktien
- Entsprechenserklärung zum Deutsche Corporate Governance Kodex gemäß § 161 Aktiengesetz
- Beauftragung des Abschlussprüfers

Deutscher Corporate Governance Kodex

Über die Anwendung der Empfehlungen des Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK) und die Aktualisierung der Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz hat der Aufsichtsrat am 09.11.2009 Beschluss gefasst. Der Aufsichtsrat hat die Anwendung der Kodex-Empfehlungen erneut abgelehnt.

Weiterhin halten wir die Empfehlungen des DCGK auf große Publikumsgesellschaften zugeschnitten, die eine entsprechend komplexe Struktur aufweisen. Der Aufsichtsrat geht davon aus, dass eine ordnungsgemäße Unternehmensführung bei der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft auch durch die Beachtung der durch Gesetz und Satzung vorgegebenen Bestimmungen ohne ausdrückliche Verpflichtung zur Einhaltung der DCGK-Empfehlungen möglich ist. Auch wenn viele Empfehlungen sinnvoll erscheinen und vom Aufsichtsrat auf freiwilliger Basis angewendet werden, können andere Empfehlungen (z. B. die Bildung von Aufsichtsratsausschüssen) nicht oder nicht vernünftig umgesetzt werden. Damit der Aufsichtsrat nicht fortlaufend die Anwendung bzw. Nichtanwendung einzelner Empfehlungen verfolgen und überprüfen muss, hat er sich formal für eine umfassende Nichtanwendung der Empfehlungen des DCGK entschieden.

Prüfung des Jahresabschlusses der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und des Konzerns

Die Hauptversammlung der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft hat am 27. August 2009 erneut die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 gewählt. Der Aufsichtsrat hat der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den Auftrag für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2009 erteilt.

Gegenstand der Abschlussprüfung waren der vom Vorstand vorgelegte und nach den nationalen Rechnungslegungsregelungen des Handelsgesetzbuchs (HGB) zum 31. Dezember 2009 aufgestellte Jahresabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und der Konzernabschluss, der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt wurde, die Lageberichte für die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und den Konzern. Die Prüfungen erfolgten jeweils unter Beachtung von Prüfungsschwerpunkten und unter Einbeziehung der Buchführung und haben zu keinen Einwendungen geführt, weshalb jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Entwürfe der Prüfungsberichte wurden nebst Abschlussunterlagen sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 21. April 2010 bzw. der Konzernbilanzsitzung, die am 30. April 2010 stattfand, zugeleitet. An beiden Sitzungen nahmen auch Vertreter des Abschlussprüfers teil.

Der Abschlussprüfer berichtete in der Bilanzsitzung am 21. April 2010 dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen des Jahresabschlusses und stand für Fragen zur Verfügung. Auch der Aufsichtsrat prüfte den Jahresabschluss und den Lagebericht für die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat sich dem Prüfungsergebnis der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft angeschlossen und den vom Vorstand zum 31. Dezember 2009 aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Mit der Billigung des Jahresabschlusses ist dieser gemäß § 172 Satz 1 AktG zugleich festgestellt.

Außerdem hat der Aufsichtsrat in seiner Bilanzsitzung am 21. April 2010 den Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2009 in Höhe von 11.319.414,93 Euro in Höhe eines Teilbetrages von 8.000.000,00 Euro zur Einstellung in andere Gewinnrücklagen gemäß § 266 Abs. 3 III Nr. 4 HGB zu verwenden und den verbleibenden Teilbetrag in Höhe von 3.319.414,93 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Der Aufsichtsrat hat sich dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands angeschlossen und wird der Hauptversammlung einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten.

In der Konzernbilanzsitzung am 30. April 2010 wurde der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts im Beisein der Wirtschaftsprüfer behandelt. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Abschlussprüfers und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 sowie den Konzernlagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat sich dem Prüfungsergebnis der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft angeschlossen und den vom Vorstand zum 31. Dezember 2009 aufgestellten Konzernabschluss gebilligt.

Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009

Im Geschäftsjahr 2009 gehörten dem Aufsichtsrat ununterbrochen die Herren Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Dr. Burkhard Schäfer und Wilhelm Konrad Thomas Zours an.

In der Hauptversammlung der Gesellschaft am 27. August 2009 fand die turnusgemäße Neuwahl der Aufsichtsratsmitglieder statt; alle Mitglieder des Aufsichtsrats wurden erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgte jeweils bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über ihre Entlastung für das Geschäftsjahr 2013 beschließt.

Abhängigkeitsbericht

Der vom Vorstand aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG ist von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, ebenfalls geprüft worden. Hierzu hat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft am 14. April 2010 den nachfolgend wiedergegebenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 313 Abs. 3 AktG erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrats zusammen mit den übrigen Abschlussunterlagen und Prüfungsberichten vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats, die am 21. April 2010 stattfand, zugeleitet. Der Aufsichtsrat hat sich in seiner Sitzung am 21. April 2010 mit dem Abhängigkeitsbericht befasst und hat den Bericht der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Berichts des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2009 entgegengenommen. Der Prüfungsbericht berichtet über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung des Abhängigkeitsberichts. Der Abschlussprüfer erläuterte in der Bilanzsitzung die wesentlichen Prüfungsergebnisse und stand außerdem für Fragen der Aufsichtsratsmitglieder zur Verfügung. Nach einer eigenen Prüfung des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen im Geschäftsjahr 2009, die unter Einbeziehung der Prüfungsergebnisse des Abschlussprüfers im Hinblick auf die Vollständigkeit und Richtigkeit erfolgte, ist der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind und hat dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zugestimmt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeitern der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft für ihren persönlichen Einsatz und die erbrachte Leistung im Geschäftsjahr 2009.

Heidelberg, im Mai 2010

Für den Aufsichtsrat

Wilhelm Konrad Thomas Zours
Aufsichtsratsvorsitzender

Deutsche Balaton

Aktien g e s e l l s c h a f t

Deutsche Balaton AG

Ziegelhäuser Landstraße 1, 69120 Heidelberg

Telefon +49 (0) 6221 64924-0

Telefax +49 (0) 6221 64924-24

Internet <http://www.deutsche-balaton.de>

eMail info@deutsche-balaton.de

Deutsche Balaton AG

ISIN DE0005508204 / WKN 550 820

Börsenkürzel BBH

Börsennotiz Frankfurt (Regulierter Markt), Berlin,
Düsseldorf, Hamburg, München, Stuttgart

Reuters „BBHG.F“, „BBHG.BE“, „BBHG.D“,
„BBHG.HA“, „BBHG.MU“, „BBHG.SG“

Bloomberg „BBH GR“

Sämtliche Unternehmensinformationen der
Deutsche Balaton AG stehen Ihnen zeitnah
im Internet zur Verfügung:

■ <http://www.deutsche-balaton.de>

Gesamtherstellung: performio Mannheim

August 2010

Deutsche Balaton AG

Ziegelhäuser Landstraße 1

69120 Heidelberg

Tel. +49 (0) 6221 64924-0

Fax +49 (0) 6221 64924-24

info@deutsche-balaton.de

<http://www.deutsche-balaton.de>